

Wolff

KIEL MUTIG MACHEN

UNSER WAHLPROGRAMM ZUR

OB-WAHL 2025

ZUKUNFT  **MADE IN EUROPE**

KIEL MUTIG MACHEN

Faires Wohnen, Stadtentwicklung von den Menschen für die Menschen, Vielfalt durch Gemeinschaft und eine Wirtschaft, die Wohlstand innerhalb planetarer Grenzen sichert: Viola Ketelsen und Volt Kiel wollen Kiel zukunftsfähig aufstellen - mit Herz, Haltung und echter Beteiligung der Menschen unserer wunderschönen Stadt.

In einer Zeit, in der sich immer deutlicher zeigt, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht an Landesgrenzen aufhören, müssen auch unsere Antworten über Grenzen hinweg gestaltet und umgesetzt werden. Darum haben wir Volt gegründet: als europaweite Antwort auf den Brexit, das Erstarken des Rechtspopulismus in Europa und den Verlust in die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Europa muss überzeugende, grenzüberschreitende Lösungen anbieten für den Erhalt unseres Klimas, den Ausbau unserer inklusiven, vielfältigen und offenen Gesellschaft oder für eine Digitalisierung, die Demokratie und Chancengerechtigkeit fördert.

Seit der Gründung von Volt arbeiten wir daran, die Idee, dass wir gemeinsam stärker sind als getrennt, durch Aktivismus und durch den politischen Prozess voranzubringen. Diese Bewegung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die europäische Idee mit frischer Energie zu erfüllen und die komplexen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. Heute tragen wir diese Energie und Entschlossenheit nach Kiel und verbinden sie mit den spezifischen Bedürfnissen unserer Stadt.

Unsere Überzeugungen, die Hoffnung, der Mut und die Solidarität vereinen uns über Kulturen und Ländergrenzen hinweg. Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, Unterschiede zu überwinden und unsere gemeinsamen Werte zu stärken.

Für diesen gemeinschaftlichen, Landesgrenzen überschreitenden Ansatz wollen wir hier in Kiel genauso wie in Brüssel eintreten. Mit Viola Ketelsen treten wir mit einer Kandidatin an, die unsere schöne Fördestadt bereits seit Jahren weiterentwickelt. Viola steht für Kooperation, Beteiligung und Weitsicht.

WAS MACHT EINE OBERBÜRGERMEISTERIN?

Die Oberbürgermeisterin ist die Chefin der Stadtverwaltung. Sie sorgt dafür, dass die Stadt funktioniert und die Entscheidungen der Ratsversammlung umgesetzt werden.

Ihre Aufgaben sind unter anderem:

- die gesamte Stadtverwaltung leiten und organisieren
- Personalentscheidungen nach dem von der Ratsversammlung beschlossenen Stellenplan treffen
- Beschlüsse von Ratsversammlung und Ausschüssen vorbereiten und umsetzen
- regelmäßig dem Hauptausschuss berichten
- geltende Gesetze in der Stadt ausführen

Kurz gesagt: Die Oberbürgermeisterin verbindet Politik und Verwaltung. Sie sorgt dafür, dass aus Beschlüssen konkrete Taten werden.



VIOLA UND IHRE HERZENSTHEMEN

„Kiel soll eine lebenswerte und nachhaltige Stadt für alle sein, mit bezahlbarem Wohnraum, besseren Begegnungsorten und einer starken Teilhabe an Stadtgestaltung und kommunalen Entscheidungen.“

„Alle Kielerinnen und Kieler sollen sich ihrer Verwaltung verbunden fühlen – weil sie effizient, digital und serviceorientiert arbeitet und gleichzeitig persönlich für alle da ist. Eine moderne Verwaltung, die mit Mut und Fürsorge den Wandel gestaltet.“

„Kiel soll eine Stadt sein, die Menschen verbindet statt isoliert. Einsamkeit ist ein wachsendes Problem von jung bis alt. Ich möchte, dass die körperliche und mentale Gesundheit der Einwohnenden gefördert und das Vertrauen ineinander gestärkt wird.“

„Kiel hat viele kluge Köpfe und Alleinstellungsmerkmale – in der Wirtschaft, Forschung und der Verwaltung. Ich will sie wirkungsorientiert zusammenbringen, damit Innovationen mit Strahlkraft entstehen und hier in Kiel Wohlstand nachhaltig gesichert wird.“

Eure
Viola Ketelsen



INHALT

1

UNSERE STADT: DEMOKRATISCH. AKTIV. TRANSPARENT.

1. EINE STADT, DIE VON ALLEN GEMACHT WIRD

1.1.	Echte Beteiligung und Teilnahme ermöglichen	19
1.2.	Das Verwaltungs- und Politikgeschehen zugänglich machen	21
1.3.	Einführung einer städtischen Online-Plattform	22
1.4.	Liquid Democracy	23
1.5.	Bürger*innenwerkstätten zur Entwicklung von Lösungen	23
1.6.	Finanzielle Beteiligung und Transparenz	24
1.7.	Klima- und Digitalisierungsbeirat	25
1.8.	Jugendrat	25
1.9.	Beteiligungsbericht als Steuerungsinstrument	27

2. EINE STADT, DIE DEMOKRATIE STÄRKT **28**

2.1.	Bürgerrat Demokratie	28
2.2.	Demokratiebildung	28
2.3.	Förderung lokaler Medienvielfalt	30
2.4.	Umgang mit Desinformationen	31
2.5.	Wirkungskontrollen kommunaler Politik	33



3. EINE STADT, IN DER ALLE GUT UND LANGE LEBEN KÖNNEN **36**

- | | | |
|------|---|----|
| 3.1. | Bezahlbarer Wohnraum | 37 |
| 3.2. | Wohnungslosigkeit beenden | 38 |
| 3.3. | Wohnheime für Auszubildende und Studierende | 40 |
| 3.4. | Altersgerechter und inklusiver Wohnraum | 41 |
| 3.5. | Mehrgenerationenhäuser | 42 |
| 3.6. | Teilhabe im Alter | 43 |
| 3.7. | Pflege strukturell stärken | 44 |
| 3.8. | Durchmischung der Stadtteile | 45 |
| 3.9. | Generationenfreundliche Quartiere | 46 |

4. EINE STADT, DIE MIGRATION ALS CHANCE BEGREIFT UND INTEGRATION FÖRDERT **49**

- | | | |
|------|---|----|
| 4.1. | Kiel als sicherer Hafen | 50 |
| 4.2. | Dezentrale Unterbringung für Zugewanderte | 52 |
| 4.3. | Traumabehandlung von Geflüchteten | 53 |
| 4.4. | Guthaben-Girokarte statt Bezahlkarte für Asylbewerber*innen | 54 |
| 4.5. | Integration von Anfang an | 55 |

5. EINE STADT, DIE DIE MENTALE UND KÖRPERLICHE GESUNDHEIT ALLER PRIORISIERT **57**

- | | | |
|------|---|----|
| 5.1. | Übergewicht und Bewegungsmangel | 57 |
| 5.2. | Suchtmittelkonsum und Drogenproblematik | 58 |
| 5.3. | Bevölkerungsgruppen mit erschwertem Versorgungszugang | 59 |
| 5.4. | Psychische Gesundheit | 61 |
| 5.5. | Einsamkeit verringern | 62 |
| 5.6. | Hebammen und Geburtshilfe | 64 |
| 5.7. | Städtisches Krankenhaus | 65 |

6. EINE SPORTLICHE STADT **68**

- | | | |
|------|---|----|
| 6.1. | Bewegungsräume | 68 |
| 6.2. | Sportstättenförderung | 70 |
| 6.3. | Sport- und Spielplätze | 70 |
| 6.4. | Spitzensport in Kiel fördern | 72 |
| 6.5. | E-Sport als moderner Teil der Sportlandschaft | 73 |
| 6.6. | Olympia-Bewerbung Kiel 2036 | 74 |



7. EINE STADT, DIE RÜCKSICHT NIMMT **76**

- 7.1. Für eine diskriminierungsfreie Stadt 76
- 7.2. Religiöse Vielfalt und interreligiöser Dialog 79
- 7.3. Inklusion und Barrierefreiheit 80
- 7.4. Inklusiver Digitalisierung 81
- 7.5. Gleichstellung 82
- 7.6. Friedhöfe und Bestattungswesen 83
- 7.7. Ein tierfreundliches Kiel 84
- 7.8. Silvesterfeuerwerk 86

8. EINE STADT, DIE IN KINDER, FAMILIEN UND LEBENSLANGES LERNEN INVESTIERT **89**

- 8.1. Kindgerechte Stadtentwicklung 89
- 8.2. Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung 90
- 8.3. Bildungsgerechtigkeit, die niemanden zurücklässt 93
- 8.4. Schulen als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen 94
- 8.5. Schulen, die begeistern und befähigen 95
- 8.6. Berufliche Bildung 97
- 8.7. Europa an Kieler Schulen erlebbar machen 98
- 8.8. Wissenschaft und Hochschulbildung 99
- 8.9. Volkshochschule 100
- 8.10. Bibliotheken 101

9. EINE STADT, DIE DAS LEBEN LEBENSWERT MACHT **103**

- 9.1. Kulturförderung 103
- 9.2. Kreativzentren 104
- 9.3. Ehrenamt stärken 105
- 9.4. Vereine und Initiativen gezielt fördern 105
- 9.5. Räume für kulturelle Nutzung 107
- 9.6. Quartiershäuser und Nachbarschaftsfeste 107
- 9.7. Nacht- und Clubkultur 108
- 9.8. Theater 109
- 9.9. Erinnerungskultur 110
- 9.10. Denkmalschutz 111
- 9.11. Kleingärten 112
- 9.12. Grünflächenpflege 113
- 9.13. Schwimm- und Freibäder 113



10. EINE STADTVERWALTUNG, DIE MODERN, DIGITAL UND PERSÖNLICH FÜR ALLE DA IST	116
10.1. Digitales Bürger*innenportal	116
10.2. Barrierefreiheit in allen Verwaltungsprozessen	116
10.3. Digitalisierung der Verwaltung	117
10.4. KI in der Verwaltung	118
10.5. Digitalisierung finanzieren – klug, nachhaltig, europäisch	119
11. EINE STADT, DIE DIE MOBILITÄTSWENDE AKTIV VORANTREIBT	120
11.1. Öffentlicher Personennahverkehr	121
11.2. Kieler Stadtbahn - zukunftsfähiger ÖPNV	122
11.3. Kiel-Ticket	124
11.4. Jobticket	125
11.5. Fußverkehrsstrategie	125
11.6. Ausbau von Lastenräder- und Sharing-Angeboten	126
11.7. E-Bike-Ladestationen	128
11.8. SprottenFlotte	129
11.9. E-Roller	129
11.10. Autofreie Straßen und Kiellinie	130
11.11. Park + Ride	131
11.12. Anwohner*innenparken	132
11.13. Tempo 30 innerstädtisch als neue Norm	133
11.14. Intelligente Straßenführung	134
11.15. Flughafen Kiel	134
12. EINE STADT, DIE SICH HEUTE SCHON AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN VORBEREITET	136
12.1. Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden	136
12.2. Energieresilienz	137
12.3. Hitzeschutz	138
12.4. Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Hochwasser, Sturmflut und Risikokommunikation	139
12.5. Klimabudget – verbindliche Klimaziele	141
12.6. Klimainvestitionen	141
12.7. Schwammstadt Kiel – Regen als Ressource	142

12.8. Wärmeplanung	143
12.9. Nachhaltiges Wohnen	145
12.10. Kreislaufwirtschaft und Recycling	146
12.11. Wasserversorgung in Zeiten der Klimakrise	148
13. EINE STADT, DIE DIE GRUNDVERSORGUNG ZUVERLÄSSIG UND NACHHALTIG SICHERSTELLT	149
13.1. Stadtwerke weiterentwickeln	149
13.2. Abwasser und Kläranlagen	151
13.3. Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel	152



**14. EINE STADT, IN DER ALLE
GERNE UND SICHER LEBEN 155**

- | | |
|---|-----|
| 1. Prävention | 155 |
| 2. Sicherheitsfokussierte Stadtgestaltung | 156 |
| 3. Müllvermeidung und Stadtsauberkeit | 157 |
| 4. Bekämpfung von Vandalismus | 158 |
| 5. Die bürger*innennahe Sicherheitsarbeit gemeinsam stärken | 159 |
| 6. Feuerwehr | 160 |
| 7. Technisches Hilfswerk (THW) Kiel | 161 |
| 8. Rettungsdienst stärken | 162 |
| 9. Kommunaler Ordnungsdienst | 163 |

**15. EINE STADT MIT STARKER WIRTSCHAFT
UND HOHER ZUKUNFTSKOMPETENZ 165**

- | | |
|---|-----|
| 1. Gewerbeflächen | 165 |
| 2. Industrie | 167 |
| 3. Handwerk | 167 |
| 4. Ökonomie für morgen | 169 |
| 5. Start-Ups | 170 |
| 6. Waterkant Festival | 171 |
| 7. Innovation fördern - Zukunft gestalten | 172 |

16. DIE STADTVERWALTUNG ALS ARBEITGEBERIN 173

- | | |
|--|-----|
| 1. Das Personal zukunftsfähig, resilient und flexibel aufstellen | 173 |
| 2. Gute Arbeitsbedingungen für städtische Mitarbeitende | 175 |
| 3. Moderne Führungskultur in der Stadtverwaltung | 176 |
| 4. Fehlerkultur als Grundlage für Innovation und Lernen | 177 |

17. EINE STADT, DIE KOOPERIERT 179

- | | |
|---|-----|
| 1. Austausch fördern | 179 |
| 2. Kiel europäisch denken – von Kooperation profitieren | 180 |
| 3. KielRegion | 182 |
| 4. Open Data und algorithmische Transparenz (KI) | 183 |

**18. EINE STADT, DIE IHRE
BESONDERHEITEN FEIERT 185**

- | | |
|-----------------|-----|
| 1. Geomar | 185 |
| 2. Kieler Hafen | 187 |

3.	Wissenschaftspark und KITZ	188
4.	Meeresvisualisierungszentrum	189
5.	Alte Mu	191
6.	Institut für Weltwirtschaft	191

19. EINE STADT MIT ANZIEHUNGSKRAFT 192

1.	Tourismus	192
2.	Kieler Woche	194
3.	Kreuzfahrt und Verantwortung	195
4.	Übernachtungssteuer	195
5.	Wochenmärkte	196
6.	Einzelhandel	197
7.	Leerstand nutzen statt hinnehmen	199
8.	Fachkräfte	200
9.	Stadtmarketing	201



GLOSSAR

Allris	Rats-Informationssystem der Landeshauptstadt Kiel. Software zur Unterstützung der kommunalen Gremienarbeit, die Sitzungsmanagement, Dokumentenverwaltung und öffentliche Bereitstellung von Ratsinformationen ermöglicht.
Angsträume	Orte, an denen Menschen sich aufgrund von Dunkelheit, Isolation oder unübersichtlicher Gestaltung unsicher fühlen.
Awareness-Teams	Teams, die auf Veranstaltungen oder im öffentlichen Raum präsent sind, um Konflikte zu verhindern und deeskalierend zu wirken.
Beirat	Gremium, das eine Organisation oder Institution beratend unterstützt, ohne selbst Entscheidungsbefugnis zu haben.
Biodiversität	Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten.
Bürger*innenrat	Versammlung von zufällig ausgewählten Bürger*innen, die zu politischen oder gesellschaftlichen Themen beraten und Empfehlungen aussprechen.
Citizen-Science	Beteiligung von Bürger*innen an wissenschaftlichen Projekten, z. B. durch Datensammlung, Beobachtungen oder Auswertungen, um Forschung zu unterstützen und Wissen gemeinsam zu erzeugen.
Coworking	Gemeinsames Arbeiten von Selbstständigen, Freiberuflern oder Unternehmen in geteilten Büro- oder Arbeitsräumen.
Daseinsvorsorge	Grundversorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen wie Wasser, Energie, Verkehr und Gesundheit.
Datenplattform	Digitale Infrastruktur zur Sammlung, Speicherung, Verwaltung und Bereitstellung von Daten für verschiedene Nutzer*innen.

Denkmalschutz	Erhalt und Pflege historischer Gebäude und Strukturen unter Berücksichtigung von Nutzung, Klimaschutz und Barrierefreiheit.
Desinformation	Verbreitung von gezielt falschen oder irreführenden Informationen, um Meinungen oder Entscheidungen zu beeinflussen.
Dritte Orte	Orte außerhalb von Zuhause und Arbeitsplatz, die Begegnung, Austausch und Gemeinschaft fördern, z. B. Cafés, Bibliotheken oder Parks.
Elterncafés	Familienfreundliche Cafés mit Spielbereichen, kindersicherem Mobiliar und altersgerechtem Geschirr.
Erasmus / Erasmus+	EU-Programm für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende, das Austausch, Mobilität und interkulturelles Lernen fördert. In Kiel wird es an Schulen und in der beruflichen Bildung genutzt.
Erbpacht	Recht, ein Grundstück für einen bestimmten Zeitraum zu nutzen ohne Eigentumsübertragung.
Fachkräftezulage	Finanzielle Anreize für Engpassberufe (IT, Pflege, Sozialarbeit, Technik).
Flüchtlinge / Asylbewerber*innen / subsidiär Schutzberechtigte	Unterschiedliche Schutzgruppen nach internationalem und nationalem Recht.
Grundsteuer C	Steuer auf unbebaute Grundstücke, die spekulativen Leerstand verhindern und zur Bebauung anregen soll.
Housing First	Ansatz zur Wohnungsversorgung, bei dem obdachlosen Menschen sofort eigenständiger Wohnraum angeboten wird, ohne vorherige Bedingungen wie Therapie oder Abstinenz.
Inklusion	Gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Fähigkeiten oder Hintergrund.
Innovation Hub	Räume oder Netzwerke, in denen neue Ideen, Technologien oder Geschäftsmodelle gefördert und umgesetzt werden.

Interreligiöser Dialog	Austausch zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften.
KI	Künstliche Intelligenz. Technologie, bei der Computersysteme Aufgaben ausführen, die menschliche Intelligenz erfordern, z. B. Lernen, Problemlösen oder Sprachverstehen.
Kiel-Karte	Die Kiel-Karte unterstützt Kinder und Jugendliche, wenn sie Leistungen erhalten – nach dem SGB II, Sozialgeld, Wohngeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Kinderzuschlag, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz.
KielPass	Der KielPass ist ein Vergünstigungsausweis. Kieler*innen mit wenig Einkommen können damit am Kieler Kulturleben zu vergünstigten Preisen teilnehmen.
KiWoG	Kommunale Wohnungsbaugesellschaft Kiel, zuständig für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und städtischen Bauprojekten.
Klimawandelbegrenzung	Maßnahmen, um die globale Erwärmung zu reduzieren, CO ₂ -Emissionen zu senken und negative Klimafolgen zu vermeiden.
Konzeptvergabe	Vergabeverfahren, bei dem nicht nur Preis, sondern auch Qualität, Ideen oder Konzepte eines Angebots für die Entscheidung ausschlaggebend sind.
Leerstand	Unbenutzte oder unbewohnte Gebäude oder Flächen, die vorübergehend oder dauerhaft nicht genutzt werden.
Liquid Democracy	Form der Demokratie, bei der Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme direkt abgeben oder an Vertrauenspersonen delegieren können.
Livestream	Echtzeitübertragung von Audio oder Video über das Internet.

Mentoring	Strukturierter Unterstützungsprozess, bei dem erfahrene Personen (Mentor*innen) ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Ratschläge an weniger erfahrene Personen (Mentees) weitergeben, um deren Entwicklung und Lernprozesse zu fördern.
Nachverdichtung	Erhöhung der Bebauungsdichte in bereits bestehenden Stadtgebieten durch zusätzliche Gebäude oder Erweiterungen.
Offene Daten	Siehe "Open Data".
Offene Lizenz	Rechtliche Genehmigung, die die freie Nutzung, Weitergabe und Bearbeitung von Werken oder Daten erlaubt.
Open Data	Frei verfügbare, maschinenlesbare Daten, die ohne Einschränkungen genutzt, weiterverarbeitet und geteilt werden können.
Open Source	Software, deren Quellcode öffentlich zugänglich ist und frei genutzt, verändert und weiterverbreitet werden darf.
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr. System von Bussen, Straßenbahnen, Zügen und anderen Verkehrsmitteln, das den Personenverkehr innerhalb von Städten und Regionen organisiert und zugänglich macht.
Ortsbeirat	Lokales Gremium, das die Interessen eines Stadtteils oder Dorfes vertritt und die Verwaltung beratend unterstützt.
OZG	Onlinezugangsgesetz. Gesetzliche Grundlage für die Digitalisierung öffentlicher Verwaltungsleistungen.
Quartier	Teilgebiet eines Stadtteils / weitgefasste Nachbarschaft.
Peer-Mediation	Verfahren zur Konfliktlösung, bei dem gleichaltrige oder gleichgestellte Personen (Peers) als geschulte Vermittler*innen zwischen Konfliktparteien vermitteln, um Lösungen eigenverantwortlich zu finden.

Pilot	Test- oder Erprobungsprojekt, das neue Ideen, Produkte oder Verfahren unter realen Bedingungen erprobt, bevor sie großflächig umgesetzt werden.
Pluralismus	Akzeptanz und Förderung vielfältiger Lebensformen und Identitäten.
Reallabor	Praxisnahe Testumgebungen für neue Ideen.
Resilienz	Widerstandsfähigkeit der Organisation gegenüber Belastungen und Krisen.
SDGs	Sustainable Development Goals. Von den Vereinten Nationen festgelegte 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die weltweit soziale, ökologische und wirtschaftliche Herausforderungen adressieren.
Segregation	Räumliche oder soziale Trennung von Bevölkerungsgruppen nach Kriterien wie Einkommen, Herkunft oder Bildung.
Smart City	Stadt, die digitale Technologien und Daten nutzt, um Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Effizienz städtischer Prozesse zu verbessern.
Sozialquote	Vorgabe oder Anteil, der für bestimmte soziale Gruppen (z. B. Geringverdienende oder Geflüchtete) bei Vergaben, Wohnraum oder Förderprogrammen reserviert wird.
Stellungnahme	Offizielle oder formelle Äußerung zu einem Thema, in der Meinungen, Bewertungen oder Informationen dargestellt werden.
Subsidiär Schutzberechtigte	Schutzstatus für Personen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, aber aus humanitären Gründen Schutz benötigen.
Vorkaufsrecht	Recht einer Person oder Institution, beim Verkauf einer Sache bevorzugt zuerst kaufen zu dürfen, bevor sie anderen angeboten wird.

Wirkungsrunden	Regelmäßige Treffen von Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, in denen Projekte, Maßnahmen oder Entscheidungen ausgewertet, überprüft und bei Bedarf angepasst werden, um Wirkung und Effizienz zu steigern.
Zukunftskompetenzen	Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Menschen befähigen, zukünftige Herausforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu meistern.
Zweckentfremdung	Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke als zum Wohnen, z. B. als Büro oder Ferienwohnung.
Zwischennutzung	Temporäre Nutzung von ungenutzten Gebäuden oder Flächen, bis eine dauerhafte Nutzung umgesetzt wird.

UNSERE STADT:

DEMOKRATISCH.

AKTIV.

TRANSPARENT.

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

1. EINE STADT, DIE VON ALLEN GEMACHT WIRD

Eine starke Demokratie lebt vom aktiven Engagement der Menschen vor Ort. Besonders auf kommunaler Ebene, wo Politik direkt vor der Haustür stattfindet, haben Menschen das Recht und die Möglichkeit, ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten. Echte Bürger*innenbeteiligung bedeutet mehr, als nur alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne zu gehen – sie schafft dauerhaft Räume für Dialog, Mitbestimmung und gemeinsame Problemlösung. Wenn wir Bürger*innen bewusst Plattformen und Strukturen zur Verfügung stellen, um sich einzubringen, entstehen nicht nur bessere politische Entscheidungen, sondern auch ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und eine höhere Identifikation mit dem eigenen Wohnort. Bürger*innenbeteiligung ist damit kein Hindernis für effiziente Verwaltung, sondern der Schlüssel zu nachhaltigen und von der Gemeinschaft getragenen Lösungen.

In Kiel soll Bürger*innenbeteiligung nicht nur ein Schlagwort sein, sondern gelebte Realität. Unser Ziel ist es, allen Einwohnenden – unabhängig von Alter, Herkunft oder Bildungsstand – echte Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Durch transparente Prozesse, digitale Plattformen und niedrigschwellige Beteiligungsformate sollen Menschen sich gehört und respektiert fühlen. Besonders bei Infrastruktur- und Mobilitätsprojekten sollen die Bedürfnisse und das Wissen der Anwesenden von Beginn an in die Planung einfließen. So entstehen nicht nur bessere, praxisnähere Lösungen, sondern auch eine höhere Akzeptanz und Identifikation mit unserer gemeinsamen Stadt. Unser Zielbild ist eine lebendige Demokratie, in der Politik und Verwaltung Hand in Hand mit den Bürger*innen arbeiten – für eine lebenswerte, zukunftsfähige und von allen mitgetragene Stadtentwicklung.

1.1. ECHE BETEILIGUNG UND TEILNAHME ALLEN MENSCHEN ERMÖGLICHEN

Eine Beteiligung am Stadtgeschehen oder in der Politik fällt vielen Menschen aus unterschiedlichen Gründen schwerer als anderen. Es ist wichtig, dass diese Hindernisse abgebaut werden. Daher setzen wir uns für

die folgenden Verbesserungen in der Beteiligung der Menschen vor Ort ein:

- > **Wechselnde Tage und Uhrzeiten:** Beteiligungsformate finden zu unterschiedlichen Uhrzeiten und an unterschiedlichen Wochentagen statt, um heterogenen Interessengruppen (Schichtdienst, Angehörigenbetreuung) die Beteiligung zu ermöglichen.
- > **Eine Kinderbetreuung** ist während Beteiligungsveranstaltungen sichergestellt.
- > **Selbstverständliche und gelebte Inklusion:** Bei wichtigen öffentlichen Veranstaltungen findet eine **Simultanübersetzung in Gebärdensprache** statt.
- > **Aufsuchende Beteiligung:** In Stadtteilen mit geringer Beteiligung sollen Politik und Verwaltung zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Menschen zur Beteiligung zu motivieren. Diese aufsuchende Beteiligung soll adressatengerecht und niedrighschwellig stattfinden, z.B. auf dem Supermarktparkplatz oder an bekannten öffentlichen Treffpunkten.
- > **Teilhabe auch für Menschen psychischen Erkrankungen:** Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen nicht nur als Zielgruppe betrachtet werden, sondern aktiv an Entscheidungen mitwirken. Ihre Beteiligung muss barrierefrei, gut unterstützt und in Einfacher Sprache gewährleistet sein.
- > **Ein Update für Ortsbeiräte:** Ortsbeiräte sollen methodisch neu gedacht und zugänglicher werden, um so eine größere Diversität und Teilnahme zu ermöglichen und weniger gesprächsgeübte Personen sichtbar zu machen. Kurzfristig soll ein Ortsbeirat als Pilot ausgewählt werden, in welchem Verbesserungsvorschläge ausgetestet werden, damit aus den Ergebnissen evaluiert werden kann, welche Maßnahmen auf alle Ortsbeiräte ausgeweitet werden.

Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit haben, sich einzubringen, kann eine Stadt entstehen, die die Bedürfnisse ihrer gesamten Bevölkerung widerspiegelt.

1.2. DAS VERWALTUNGS- UND POLITIKGESCHEHEN ALLEN MENSCHEN ZUGÄNGLICH MACHEN

Viele Menschen wissen gar nicht, wo sie sich informieren können. Die Informationen sind zwar vielfach vorhanden, jedoch nicht adressatengerecht aufbereitet und auffindbar. Dies wollen wir ändern. Daher setzen wir uns für die folgenden Lösungen ein:

- > **Bürger*innenbeteiligung hautnah:** Digitale Livestreams von Rats- und Gremiensitzungen, Online-Abstimmungen und Meinungsumfragen zu den diskutierten Themen der Sitzungen.
- > **Demokratie ohne Barrieren:** Barrierefreie und mehrsprachige Ausgestaltung der verschiedenen Plattformen (z.B. Kieler Homepage oder Plattform zur Bürger*innenbeteiligung (s.u.)), um sicherzustellen, dass die Plattformen für Menschen mit Behinderungen vollständig nutzbar sind und in den wichtigsten in Kiel gesprochenen Sprachen zur Verfügung stehen.
- > **Übersichtliche Darstellung:** Alle Projekte inklusive der Finanzen sollen auf der städtischen Website verständlich und vollständig dargestellt werden.
- > **Offene Daten:** Kommunale Daten werden als Open Data veröffentlicht und für Bürger*innen, Unternehmen und Start-ups zugänglich gemacht. Offene Datenplattformen fördern bürgerschaftliche Projekte, digitale Innovationen und Transparenz. Informationen zu Haushalt, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung sollen aktuell, strukturiert und frei verfügbar sein.
- > **Digitale Services für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsfragen:** Offene Informationen zu Luftqualität, Lärm, urbanem Grün und Umweltprojekten werden bereitgestellt und die Online-Plattform ermöglicht eine direkte Beteiligung an ökologischen Maßnahmen wie z. B. Klimaschutzaktionen.

Transparenz, Verständlichkeit und digitale Zugänglichkeit sind zentrale Voraussetzungen für echte Teilhabe – Informationen müssen für alle auffindbar, verständlich und nutzbar werden.

1.3. EINFÜHRUNG EINER STÄDTISCHEN ONLINE- PLATTFORM FÜR BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Neben den vielfältigen analogen Beteiligungsformaten, die in Kiel bereits erfolgreich etabliert wurden, müssen wir anerkennen: Bei allen Beiräten und anderen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die persönliche Anwesenheit erfordern, wird es immer noch zahlreiche Menschen geben, die sich aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände nicht einbringen können, obwohl sie es gern würden. Menschen im Schichtdienst, pflegende Angehörige, Alleinerziehende oder Personen mit eingeschränkter Mobilität finden oft nicht den Weg zu den festgelegten Terminen der Beiratssitzungen. Deshalb brauchen wir in Kiel eine datenschutzkonforme Online-Plattform für die Bürger*innenbeteiligung:

- > **Digitale Mitbestimmung**, immer und überall, erleichtert den Zugang zu demokratischen Prozessen deutlich.
- > **Gehört werden, mit Wirkung:** Nach dem Reykjavik-Modell werden die meistunterstützten Ideen der Plattform monatlich in der Ratsversammlung behandelt und deren Umsetzung wird vorbehaltlich der Zustimmung der Ratsversammlung priorisiert.
- > **Vernetzte Demokratie, analog und digital:** Integration der Online-Plattform mit den bestehenden Orts- und Themenbeiräten, damit digitale und analoge Beteiligung sich gegenseitig stärken.
- > **Transparente Entscheidungen:** Aufbau der Plattform durch Open-Source-Lösungen nach dem Vorbild von Barcelonas Decidim-Plattform, um maximale Transparenz und Beteiligung zu ermöglichen und Kosten zu sparen.

Mit einer städtischen Online-Plattform schaffen wir neue, flexible Wege zur Mitbestimmung – für eine Demokratie, die alle erreicht und niemanden ausschließt.

Best Practice

Digitale Bürger*innenbeteiligung in Barcelona

*Die Open-Source-Plattform Decidim ermöglicht die digitale Bürger*innenbeteiligung auf kommunaler Ebene. Bürger*innen können Vorschläge einbringen, diskutieren und abstimmen. Seit 2016 wurden über 70% der Bürger*innenvorschläge in offizielle Stadtpolitik umgesetzt.*

1.4. LIQUID DEMOCRACY

Wir machen Mitbestimmung in Kiel einfach und fortlaufend: Mit Liquid Democracy kann selbst abgestimmt oder die Stimme für ein Thema an eine Person des Vertrauens delegiert werden. Die Delegation ist jederzeit widerrufbar. So fließt Alltagswissen direkt in konkrete Entscheidungen ein, wie etwa zu Radwegen, Grünflächen oder dem Bürger*innenbudget ([s. Kap. 1.6. Finanzielle Beteiligung und Transparenz](#)). Die Teilnahme ist barrierefrei online und mit Hilfe vor Ort möglich, Vorschläge können auch in Bibliotheken und Ämtern abgegeben werden. Damit Ergebnisse Kiels Vielfalt widerspiegeln, laden wir gezielt in allen Stadtteilen ein und ergänzen die Online-Beteiligung durch eine zufällig ausgewählte Gruppe. Geheime oder bindende Entscheidungen trifft weiter der Rat oder ein Bürger*innenentscheid. Die Resultate aus Liquid Democracy werden transparent und barrierefrei veröffentlicht und als Empfehlungen in die Gremien eingebracht.

1.5. BÜRGER*INNENWERKSTÄTTEN ZUR GEMEINSAMENENTWICKLUNG VON LÖSUNGEN

In vielen anderen Kommunen haben sich Bürger*innenwerkstätten bereits als tolle Formate bewiesen, in welchen die Bürger*innen selbst die Lösungen für konkrete Herausforderungen erarbeiten oder aber Lösungsansätze so weit wie möglich auf den Weg bringen. Wir sind überzeugt davon, dass es für die idealen Lösungen einer Gemeinschaft nicht immer das Planungsbüro braucht. Die besten Ideen befinden sich in den Köpfen der Menschen, die vor Ort wohnen und die tagtäglich mit einem bestimmten Problem konfrontiert sind.

Wir möchten für vielerlei Themen Bürger*innenwerkstätten ins Leben rufen. Diese Themen könnten beispielsweise sein:

- > Mobilität und Erreichbarkeit
- > Nahversorgung
- > Ortsbild und Leerstand
- > Gut alt werden vor Ort
- > Tourismus und Freizeit
- > Gemeinschaft und Vereinsleben

Denn wer könnte bessere Lösungen entwickeln als die Menschen, die ihre Stadt jeden Tag erleben? Gemeinsam gestalten wir Kiel mit den Ideen aus der Mitte der Gesellschaft.

1.6. FINANZIELLE BETEILIGUNG UND TRANSPARENZ

Wir wollen, dass die Menschen in Kiel aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt mitwirken, auch bei finanziellen Entscheidungen. Wenn Bürger*innen über den Einsatz öffentlicher Mittel mitbestimmen können, stärkt das ihre Selbstwirksamkeit und fördert eine lebendige Demokratie. Gleichzeitig ist eine transparente und verständlich aufbereitete Haushaltsplanung entscheidend für das Vertrauen in die Verwaltung. Daher setzen wir uns für die folgenden Lösungen in Kiel ein:

- > **Einführung eines Bürger*innenbudgets:** Pro gemeldeter Person soll mindestens ein Euro jährlich für gemeinwohlorientierte Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Bürger*innen entscheiden selbst, wofür dieses Geld eingesetzt wird, idealerweise über eine zentrale Online-Plattform zur Beteiligung ([*s. Kap. 1.3. Einführung einer städtischen Online-Plattform für Bürger*innenbeteiligung*](#)).
- > **Digitaler und interaktiver Haushalt:** Der städtische Haushalt soll für alle verständlich, transparent und digital zugänglich sein, ähnlich wie beim Bundeshaushalt oder dem Landeshaushalt Schleswig-Holsteins. Interaktive Darstellungen sollen die Verwendung öffentlicher Mittel nachvollziehbar machen.
- > **Mitbestimmung bei Haushaltsengpässen:** In Zeiten eines angespannten kommunalen Haushalts kann ein Bürger*innenbudget nicht zusätzlich in den Haushalt eingeplant werden. Um dennoch Mitbestimmung zu ermöglichen, sollen die Bürger*innen über ausgewählte freiwillige Leistungen der Stadt mitentscheiden können. Nicht weiter finanzierte freiwillige Maßnahmen schaffen dann Raum für neue Projekte im Sinne des Bürger*innenbudgets.

Finanzielle Transparenz und echte Mitbestimmung machen kommunale Haushalte verständlich – und aus Bürger*innen echte Mitgestaltende ihrer Stadt.

1.7. KLIMA- UND DIGITALISIERUNGSBEIRAT

Wir können es uns nicht leisten, die digitalen Entwicklungen anderen zu überlassen oder mit Klimaanpassungen weiter zu warten. Zudem müssen wir uns viel schneller auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen können. Eine Maßnahme hierfür ist die Einrichtung eines Klima- und Digitalisierungsbeirates in Kiel, der die direkte Beteiligung der Einwohner*innen in politischen Prozessen ermöglichen soll. Unser Ziel ist es, einen offenen Diskussionsraum zu schaffen und den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft zu verbessern. Durch Workshops und Schulungen möchten wir die politische Bildung stärken und ein besseres Verständnis für die mögliche Partizipation der Bürger*innen fördern.

1.8. JUGENDRAT

Der bestehende Junge Rat Kiel und die kommunale Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung ([Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung in Kiel](#)) schaffen bereits wichtige Grundlagen für die demokratische Teilhabe junger Menschen. Der Junge Rat soll in Zukunft weiterentwickelt und gestärkt werden, damit junge Kieler*innen die Chance haben, demokratische Entscheidungsprozesse hautnah zu erfahren, demokratische Werte zu erleben und zu mündigen Bürger*innen heranzuwachsen. Wenn junge Stimmen gehört und ernst genommen werden, entsteht eine lebendige Demokratie vor Ort, von der alle Kieler*innen profitieren.

- > **Automatische Beteiligung:** Der Junge Rat wird bei sämtlichen Beschlüssen mit direkten Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche zwingend um eine Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme-Pflicht ersetzt die bisherige unverbindliche „Soll-Bestimmung“ in § 1 Abs. 2 der Satzung des Jungen Rates durch eine rechtlich bindende Verpflichtung der Verwaltung zur proaktiven Einbeziehung.
- > **Verlässliche Kommunikation:** Alle Anfragen des Jungen Rates an die Verwaltung werden innerhalb einer gesetzlich verankerten Frist von maximal 6 Wochen beantwortet. Die bisherige unbestimmte Formulierung „angemessene Zeit“ wird durch diese konkrete Frist ersetzt, um dem Jungen Rat planbare Arbeitsgrundlagen zu verschaffen.
- > **Erweiterte Haushaltskompetenzen:** Das bestehende jährliche Projektbudget wird durch direktes Antragsrecht für zusätzliche

Haushaltsposten bei der Kämmerei ergänzt. Der Junge Rat erhält mehr Autonomie bei der Budgetverwaltung und kann über das Grundbudget hinaus eigenständig Mittel für besondere Jugendprojekte beantragen.

- > **Digitale Plattform für alle jungen Stimmen:** Ein eigener Bereich auf der städtischen Beteiligungsplattform für junge Stimmen nach dem Vorbild von "Frankfurt fragt mich" oder "Better Reykjavík" bringt mehr junge Menschen ins Gespräch und erleichtert die Arbeit des Junges Rats:
 - > **Informationsbörse:** Informationen werden verständlich und zeitnah aufbereitet, mehrsprachig und in leichter / einfacher Sprache bereitgestellt.
 - > **Ideenbörse:** Junge Menschen können eigene Vorschläge für Spielplätze, Skateparks, Jugendtreffs oder Veranstaltungen einreichen und darüber abstimmen.
 - > **Online-Befragungen:** Schnelle Meinungsbilder zu Schulhofgestaltung, ÖPNV-Anbindung oder Freizeitangeboten - zwischen den Sitzungen, von Zuhause aus.
 - > **Digitaler Jugendhaushalt:** Wie in Helsinki mit "OmaStadi" können junge Menschen per App über die Verwendung des kommunalen Jugendbudgets mitentscheiden.
 - > Die digitale Plattform **ergänzt Präsenzveranstaltungen** und macht Demokratie zugänglich für alle jungen Menschen - auch für die, die nicht zu den Sitzungen kommen können.
- > **Systematische Qualitätssicherung:** Die neun Grundsätze der Leitlinie erhalten messbare Kriterien, die für jährliche Überprüfungen eingesetzt werden. Das Kinder- und Jugendbüro entwickelt hierfür Erhebungsinstrumente und koordiniert die Datensammlung. Externe wissenschaftliche Begleitung ermöglicht die objektive Qualitätsbewertung.
- > **Lebenslanges Lernen statt starrer Strukturen:** Erfolgreiche Ansätze anderer Städte bereichern kontinuierlich Kiels methodisches Arsenal und verstärken die Innovationskraft der lokalen Jugendbeteiligung. Aus Erfolgen, bewährten Methoden und innovativen Ideen entsteht so ein sich permanent weiterentwickelnder Qualitätsprozess, der jungen Menschen immer bessere Beteiligungsmöglichkeiten bietet.

Ein starker Jugendrat macht Demokratie für junge Menschen erlebbar

– und legt den Grundstein für eine engagierte, mitgestaltende Generation von morgen.

1.9. EIN JÄHRLICHER BETEILIGUNGSBERICHT ALS STEUERUNGSMITTEL

Eine aktive Bürger*innenschaft und Beteiligung der Bevölkerung ist in einer lebendigen Demokratie nicht optional, sondern eine wichtige Basis. Daher darf es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, sondern die Beteiligung muss institutionalisiert und stetig weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund soll die Beteiligung jährlich evaluiert werden: Maßnahmen müssen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Die Bürger*innen müssen nachlesen können, was mit ihren Anliegen geschehen ist und wie Politik und Verwaltung aus welchen Gründen gehandelt haben.

2. EINE STADT, DIE DEMOKRATIE STÄRKT

Eine lebendige Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen in ihre Institutionen – und von der Möglichkeit, sich wirksam und niedrigschwellig in politische Prozesse einzubringen. Doch angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, wachsender Komplexität und zunehmender Desinformation braucht es neue Wege, um Demokratie erfahrbar, verständlich und inklusiv zu gestalten.

Die demokratischen Strukturen vor Ort müssen gestärkt und weiterentwickelt werden – durch neue Beteiligungsformen wie einen Demokratierat, durch umfassende Demokratiebildung für alle Generationen, durch transparente Kommunikation, durch Unterstützung lokaler Medien und durch eine gezielte Auseinandersetzung mit Falschinformationen. Demokratie ist keine abstrakte Idee – sie entsteht im Alltag, in Stadtteilen, Schulen, Beiräten und digitalen Räumen.

Kiel soll eine Stadt sein, in der alle Menschen mitwirken können. Eine Stadt, die demokratische Prozesse nicht nur ermöglicht, sondern aktiv gestaltet und weiterdenkt – offen, gerecht und zukunftsorientiert.

2.1. BÜRGERRAT DEMOKRATIE

Kiel verfügt erfreulicherweise bereits jetzt schon über eine sehr vielfältige Beiratslandschaft. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen und Vertrauensverlust in politische Prozesse fehlt allerdings ein ganz grundlegender Beirat in Kiel: der Demokratierat. In diesem Demokratierat sollen die Bürger*innen jeder Altersstufe, Herkunft oder anderer sozialer Kriterien zusammenkommen und über die Verbesserung demokratischer Prozesse in Kiel diskutieren sowie Lösungen auf den Weg bringen.

2.2. DEMOKRATIEBILDUNG

Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern auch eine Gesellschafts- und Lebensform. „Demokratie muss gelernt werden, um gelebt werden zu können“ (K. G. Fischer), **aber zugleich** „Demokratie muss gelebt werden, um gelernt werden zu können!“ (G. Behrmann). Demokratie

als Lebensform begreifen wir am besten, wenn wir demokratischen Strukturen im Alltag begegnen und diese anerkennen.

Die demokratische Praxis in Kiel wollen wir nach dem Vorbild erfolgreicher europäischer Modelle weiter ausbauen – mit Bildungsangeboten, Beteiligungsformaten und Unterstützungsstrukturen, die das demokratische Leben in allen Stadtteilen stärken. Denn wir sind überzeugt: Alle Kieler*innen sollten die Möglichkeit haben, sich an politischen Vorhaben zu beteiligen, ihre Ideen einzubringen und so Demokratie unmittelbar zu erleben. Wir sind überzeugt davon, dass Demokratiebildung nur durch echte Teilhabe an politischen Prozessen gelingen kann:

- > **Freie Informationen für alle:** Bereitstellung einer städtischen Website, die benutzungsfreundlich, barrierefrei und mehrsprachig über die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten, Beiräte und die Arbeit der Ratsversammlung informiert.
- > **Demokratie lernen und leben:** Einrichtung eines Netzwerks dezentraler Demokratie-Lernorte, an denen Bürger*innen den Umgang mit Beteiligungsformaten erlernen können. In Kooperation mit lokalen Bildungseinrichtungen werden Kurse und Workshops angeboten, die sowohl technische Aspekte als auch demokratische Kompetenzen vermitteln.
- > **Demokratie-Mentoring-Programm:** Freiwillige, erfahrene Beiratsmitglieder fungieren als Mentoren für interessierte Bürger*innen und geben ihr wertvolles Erfahrungswissen weiter. Dies senkt die Schwelle zur Beteiligung in den Beiräten.
- > **Digitale Demokratische Schulbildung:** Einführung einer Online-Plattform (wie "aula"), die Schüler*innen Mitbestimmung im Schulalltag und praktische Demokratieerfahrung vermittelt.
- > **Lokale Demokratie-Brücken zur Stadtgesellschaft:** Demokratiebildung darf nicht an der Schultür enden. Kooperationen zwischen Kieler Beiräten und Kieler Schulen fördern demokratisches Bewusstsein, indem Schüler*innen ihre demokratischen Kompetenzen in echten kommunalpolitischen Projekten einbringen können.
- > **Demokratische Schulbildung europäisch denken:** Kieler Schulen und Hochschulen kooperieren mit Partnern aus LabSchoolsEurope (wie z. B. die Laborschule Bielefeld) und arbeiten länderübergreifend an gemeinsamen demokratischen Schulentwicklungsprozessen.

- > **Konflikte gemeinsam lösen:** Wer früh lernt, Konflikte demokratisch zu lösen, wird dies auch als Erwachsener tun. Kieler Schulen führen das Konzept der Peer-Mediation ein, bei der Schüler*innen zu Mediator*innen ausgebildet werden und in Konflikten vermitteln. Das Konzept hat sich in Deutschland und Österreich als besonders erfolgreicher Ansatz der demokratischen Konfliktlösung etabliert.
- > **Demokratie beginnt im Sandkasten:** Demokratische Teilhabe kann nicht früh genug gelernt werden. Das in Schleswig-Holstein entwickelte Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ wird durch lokale Expert*innen stadtwweiter Standard in allen Kieler Kindertagesstätten. Verbindliche KiTa-Verfassungen und altersgerechte Mitbestimmungsformate ermöglichen Kindern frühzeitige demokratische Erfahrungen und schaffen einen nahtlosen Übergang zur schulischen Demokratiebildung.
- > **Transparente Evaluation:** Demokratische Prozesse müssen nachvollziehbar sein. Ein jährlicher Demokratiebericht macht die Entwicklung der demokratischen Kultur in Kiel transparent und ermöglicht die evidenzbasierte Weiterentwicklung der Programme.

Nur wenn Demokratie früh erlebt, aktiv erlernt und im Alltag gelebt wird, kann sie wachsen – deshalb machen wir Kiel zu einer Stadt, in der demokratische Bildung selbstverständlich, sichtbar und für alle zugänglich ist.

2.3. FÖRDERUNG LOKALER MEDIENVIELFALT

Lokaljournalismus und Community-Medien in Kiel arbeiten mit knappen Kapazitäten. Gleichzeitig brauchen wir alle verlässliche, verständliche Infos aus den Stadtteilen und über Kiel. Wenn Zugänge, Termine und Daten schwer auffindbar sind, sinkt die Vielfalt der Berichte, Bürger*innen können sich schwieriger informieren und Vertrauen leidet. Wir alle profitieren also von Transparenz, Verständlichkeit und Zuverlässigkeit in der Informationsbereitstellung:

- > **Einfacher Zugang:** Einheitliche Akkreditierung auch für Blogger*innen und Stadtteilredaktionen sowie einen offenen Presseverteiler zur Selbstanmeldung.
- > **Planbare Termine:** iCal-Feeds für Rats-, Ausschuss- und Pressetermine und zusätzlich eine gut platzierte Monatsübersicht, damit wir alle

nichts verpassen.

- > **Ratsinfos und Daten nutzbar:** Livestream und die Mediathek bleiben verlässlich. Zusätzlich sollen Beschluss-Kurzprotokolle und Entscheidungs-Highlights bereitgestellt und ALLRIS-Daten um maschinenlesbare Exporte (z. B. JSON/CSV) ergänzt werden.
- > **Räume und Technik:** Medienarbeitsplatz im Rathaus (WLAN, Aufnahme-/Schnitt-Slots) gemeinsam mit Offenem Kanal und Kieler Hochschulen.
- > **Medien-Kit:** Für städtisches Eigenmaterial soll der Einsatz einer offenen Lizenz (vorzugsweise CC-BY) geprüft und neues Bild- oder Grafikmaterial möglichst frei lizenziert werden. Infografik-Vorlagen und Kartenmaterial sollen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die Kieler Mediendatenbank wird mit einer CC-BY-Lizenz versehen und Infografik-Vorlagen und Kartenmaterial werden zusätzlich zur Verfügung gestellt.
- > **Wiki:** Abläufe, Zuständigkeiten und Fristen werden kompakt und verständlich dargestellt.
- > **Schulungen:** Bestehender Angebote (Förde-vhs, OKSH) sollen ergänzt werden um Module zu Recherche, Faktencheck, Urheberrecht und Datennutzung, offen für Schüler*innen, Studierende und interessierte Bürger*innen.
- > **Fairness und Transparenz:** Redaktionelle Leitlinien für eine faire Stadtkommunikation und ein jährlicher Bericht zu Kanälen, Sprachen, Barrierefreiheit und Reaktionszeiten.

Vielfalt entsteht, wenn Hürden fallen. Offene Wege, Daten und Werkzeuge ermöglichen, dass wir alle berichten, verstehen und mitreden – verbindlich, barrierearm, nah an den Menschen in Kiel.

2.4. UMGANG MIT DESINFORMATIONEN

Desinformation und gezielte Falschmeldungen untergraben das Vertrauen in demokratische Institutionen und spalten unsere Gesellschaft. Besonders in sozialen Medien verbreiten sich Verschwörungstheorien und manipulative Inhalte schneller als je zuvor. Dies gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erschwert fundierte demokratische Entscheidungen. Eine starke Demokratie braucht informierte Bürger*innen,

die Fakten von Meinungen unterscheiden können und kritisch hinterfragen, was sie lesen und hören. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der unsere Stadtgesellschaft gemeinsam Herausforderungen bewältigt und nicht durch Falschinformationen gespalten wird:

- > **Medienkompetenz für alle Generationen:** Menschen aller Altersgruppen lernen, Quellen zu prüfen, Fakten zu erkennen und manipulative Inhalte zu durchschauen.
 - > **Medienkompetenz-Workshops:** Die hochwertigen Computer- und Internetkurse der Förde-VHS werden stärker beworben und um spezielle Anti-Desinformations-Module erweitert. Wie im Medienkompetenz-Zentrum in Hamburg bieten Kieler Hochschulen und Stadtteilzentren regelmäßige Workshops zu Faktenchecks, sicherer Internetnutzung und dem Erkennen von Falschmeldungen an. Informationsmaterialien und Workshops werden in verschiedenen Sprachen angeboten, damit alle Kieler*innen erreicht werden.
 - > **Aufklärungsarbeit in Senior*inneneinrichtungen:** Mobile Teams besuchen Pflegeheime und Seniorentreffs, um ältere Menschen vor Online-Betrug und gezielter Desinformation zu schützen.
 - > **Medienkompetenz von Eltern:** Kinder kommen bereits im KiTa-Alter in den Kontakt mit digitalen Medien. Eltern müssen also bereits für ihre Kleinkinder einschätzen können, welche Auswirkungen der Konsum für die Kleinen hat. Unterstützung sollen die Eltern durch Impulsreferate auf Elternabenden oder Workshops unter Einbeziehung von (Medien-) Pädagog*innen, Kinderärzt*innen, Kinder- und Jugendpsychiater*innen und -psycholog*innen erhalten.
 - > **Digitale Kompetenz in Schulen stärken:** Schulworkshops und Projekttag zur Medienkompetenz werden ausgebaut und regelmäßig angeboten. Sie vermitteln Kindern und Jugendlichen, wie sie seriöse Quellen erkennen und Informationen kritisch bewerten. Zusätzlich wird das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zu diesem Thema verstärkt.
- > **Digitale Plattformen für Aufklärungsarbeit:** Sichere digitale Räume ermöglichen konstruktive Diskussionen ohne Manipulation und Hetze. Durch kluge Nutzung digitaler Möglichkeiten entstehen Orte für demokratischen Austausch und verlässliche Information.
 - > **Social-Media-Arbeit gegen Desinformationen:** Die bereits

professionelle Social-Media-Arbeit der Stadt wird gezielt für Anti-Desinformations-Kampagnen und Faktenformate eingesetzt. Faktenbasierte Inhalte und Tipps zum Umgang mit Falschmeldungen werden gezielt gefördert.

- > **Netzwerk gegen Desinformation:** Zusammenarbeit mit lokalen Medien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fact-Checking-Initiativen stärkt die gemeinsame Abwehr und bietet frei zugängliche Informationen über sichere Internetnutzung und das Erkennen von Falschmeldungen.
- > **Bevölkerung macht Wissenschaft:** Wir skalieren bestehende Kieler Citizen-Science-Formate (Kieler Forschungswerkstatt, Plastikpiraten) und ermöglichen es Kieler*innen, selbst bei der Faktenprüfung und Aufklärungsarbeit mitzuwirken.
- > **Alternative Informationskanäle:** Kiels städtischer Podcast mit OB und Stadträten wird aktiver beworben und durch Newsletter und weitere Formate ergänzt, um mehr Bürger*innen zu erreichen.
- > **Wo das Geld dafür herkommt:** Förderprogramme wie „Demokratie leben!“, EU-Mittel für Medienkompetenz, Landesprogramme zur Erwachsenenbildung und Kooperationen mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Nur durch umfassende Medienkompetenz, transparente Informationen und gemeinsames Engagement kann unsere Stadtgesellschaft Resilienz gegenüber Desinformationen entwickeln und so das Vertrauen in unsere Demokratie nachhaltig stärken.

2.5. WIRKUNGSKONTROLLEN KOMMUNALER POLITIK

In Kiel wird viel beschlossen, doch oft ist unklar, was sich für Menschen vor Ort verbessert. Ohne klare Ziele und lernende Routinen bleiben Wirkung, Vertrauen und Tempo hinter ihren Möglichkeiten.

- > **Standard-Wirkungscheck:** Jede Beschlussvorlage enthält 1–3 messbare Ziele mit Startwert, Zielwert, Zeitpunkt und Datenquelle – kurz, verständlich, verbindlich.
- > **Kennzahlen je Politikfeld:** Für Wohnen, Klima, Mobilität, Bildung und Soziales sollen wenige, klare Kennzahlen festgelegt und jährlich aktualisiert werden. Diese bauen auf bestehenden SDG-/

Nachhaltigkeitsberichten und Fachberichten auf.

- > **Öffentliche Kennzahlen-Seite:** Das, was es schon gibt (offene Daten, Haushalt, SDG), soll zu einer leicht verständlichen Übersichtsseite mit Karten und Kurztexen in leichter Sprache erweitert werden.
- > **Lernen fest verankern:** Wirkungsrunden mit Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen etabliert werden, ebenso wie Auswertungen nach Abschluss jedes Projektes und ein Katalog bewährter Lösungen mit klaren „Wenn-dann“-Hinweisen.
- > **Feedback aus der Stadtgesellschaft:** Damit wir alle mitreden können, sollen die Beteiligungsformate um ständige Bürger*innen-Gruppen, kurze Online-Befragungen und offene Sprechstunden erweitert werden, mehrsprachig und barrierearm.
- > **Wirkung steuert Ressourcen:** Vorhaben sollen nach einer vorab definierten Erprobungsphase evaluiert werden. Was wirkt, bleibt. Was nicht wirkt, wird angepasst oder beendet. Die Ergebnisse fließen konsequenterweise in die Haushaltsgespräche ein.
- > **Schlanke Umsetzung:** Vorhandene Daten und Systeme sollen genutzt, Berichtspflichten - wo es rechtlich zulässig ist - zugunsten kurzer Wirkungsechecks umgeschichtet werden. So entsteht mehr Wirkung ohne mehr Bürokratie.

Damit Politik in Kiel wirklich was bewegt und alle mitgenommen werden, müssen wir transparent prüfen, offen dazulernen und gemeinsam nachjustieren.

Best Practice

Mannheim 2030 - Verbindlichkeit und Wirkungsorientierung im Fokus

Mannheim hat 2019 das Leitbild „Mannheim 2030“ beschlossen und misst den Fortschritt jährlich in einem Jahresbericht. Grundlage sind 52 Schlüsselkennzahlen für die sieben strategischen Ziele. Der Bericht ist Teil des städtischen Steuerungsmodells und im Haushalt verankert. Entstanden ist das Leitbild in einem breiten Beteiligungsprozess mit über 2.500 Mitwirkenden. Das Ergebnis: klare Ziele, regelmäßige Messung und öffentliche Berichte, als verbindliche Basis für wirkungsorientierte Entscheidungen.

UNSERE STADT:

SOZIAL.

SOLIDARISCH.

INKLUSIV.

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

3. EINE STADT, IN DER ALLE GUT UND LANGE LEBEN KÖNNEN

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis – und zugleich eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. In Kiel steigen Mieten und Immobilienpreise seit Jahren stark an, während der Bestand an bezahlbarem Wohnraum kontinuierlich sinkt. Immer mehr Menschen finden keine Wohnung, die sie sich leisten können – ob Familien, Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende, Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen. Besonders dramatisch ist die Situation für wohnungslose Menschen, die gänzlich aus dem System fallen. Doch Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot sind kein Naturgesetz – sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen und lassen sich durch mutiges, strukturelles Handeln überwinden.

Um die Wohnungsfrage in Kiel sozial und zukunftsfähig zu lösen, braucht es eine breite Palette an Maßnahmen: Wir müssen den sozialen Wohnungsbau massiv stärken und kommunale Akteure wie die KiWoG gezielt ausbauen. Die konsequente Nutzung von städtischem Boden, eine soziale Flächenvergabe und das Vorkaufsrecht der Stadt sind ebenso notwendig wie klare Sozialwohnungsquoten und dauerhafte Bindungen. Für junge Menschen in Ausbildung braucht es eigene Wohnheime mit fairen Mieten und einer wohnortnahen Infrastruktur. Gleichzeitig müssen wir altersgerechtes, barrierefreies und inklusives Wohnen fördern, generationenübergreifende Wohnkonzepte unterstützen und Pflegeangebote im Quartier verankern. Darüber hinaus müssen auch die Bedingungen für den privaten Wohnungsbau deutlich verbessert werden, was die Wohnungsknappheit reduzieren und zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen würde.

Eine sozial gerechte Stadt braucht durchmischte Quartiere statt sozialer Spaltung. Dafür müssen gezielte Investitionen in benachteiligte Stadtteile ebenso erfolgen wie der Ausbau von Begegnungsorten, Nachbarschaftshilfen und einer Infrastruktur, die alle Lebensphasen mitdenkt – von der barrierefreien Mobilität bis zur digitalen Teilhabe im Alter. Eine konsequente Quartiersentwicklung nach dem Prinzip der 15-Minuten-Stadt, verbunden mit nachhaltigem Bauen und klimagerechter Planung, bildet das Fundament für lebenswerte, generationenfreundliche Stadtteile.

Kiel hat die Chance – und die Verantwortung – eine soziale Wohnungspolitik umzusetzen, die niemanden zurücklässt. Dafür braucht es klare politische Prioritäten, mutige Entscheidungen und ein verlässliches Miteinander von Stadt, Trägern, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft. Wohnen darf kein Luxus sein – sondern muss für alle bezahlbar, zugänglich und menschenwürdig sein.

3.1. BEZAHLBARER WOHNRAUM

Kiel ist eine wachsende und lebendige Stadt. Auch in den kommenden Jahren wird mit einem weiteren Anstieg der Einwohner*innenzahl gerechnet. Gleichzeitig steigen Mieten und Immobilienpreise weiterhin stark. Wohnen darf aber kein Luxus sein – deshalb braucht es eine aktive kommunale Wohnungs- und Bodenpolitik, die allen Menschen ein bezahlbares Zuhause sichert:

- > **Kommunale Bodenpolitik stärken:** Die Stadt Kiel soll ihren Netto-Landbesitz gezielt ausweiten, um bei der Entwicklung wichtiger Flächen aktiver mitgestalten zu können. Das kommunale Vorkaufsrecht ist dabei ein zentrales Instrument, das verstärkt genutzt werden soll. So können neu erworbene Grundstücke und Immobilien für den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau sowie für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesichert werden.
- > **Mehr geförderten Wohnungsbau – Sozialquote erhöhen:** Die Stadt muss den Wohnungsneubau konsequent fördern – insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Unser Ziel: Den Anteil öffentlich geförderter Wohnungen von derzeit rund 6 % auf mindestens 30 % erhöhen. Dafür braucht es klare Quoten, verbindliche Vorgaben und engagiertes Handeln.
- > **KiWoG stärken – kommunaler Wohnraum in öffentlicher Hand:** Die städtische Wohnungsbaugesellschaft KiWoG ist ein zentrales Instrument zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum. Sie soll deutlich ausgebaut werden – durch Neubauten auf städtischen Flächen ebenso wie durch den Ankauf von Bestandswohnungen. Jede Wohnung in kommunaler Hand ist ein Beitrag zu dauerhaft bezahlbarem Wohnen in Kiel.
- > **Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen:** Wir wollen den Wohnungsbau einfacher, schneller und kostengünstiger machen. Nach dem Vorbild des „Hamburger Standards“ soll geprüft werden,

inwiefern vereinfachte Baustandards und eine bessere Zusammenarbeit aller am Wohnungsbau Beteiligten auch in Kiel zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung beitragen können.

- > **Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Flächen klug nutzen:** Anstatt neue Flächen im Umland zu versiegeln, setzen wir auf eine gezielte Nachverdichtung im Stadtgebiet. Brachliegende innerstädtische Flächen sollen bevorzugt bebaut werden. Um dies zu fördern, wird die Einführung einer Grundsteuer C geprüft, die spekulativem Leerstand entgegenwirkt und das Baugebot unterstützt.
- > **Leerstand und Zweckentfremdung bekämpfen:** Wohnraum ist zum Wohnen da. Um Leerstand und Zweckentfremdung effektiv zu erkennen und zu bekämpfen, wollen wir ein digitales Wohnraumkataster aufbauen. Es soll helfen, leerstehende Wohnungen sichtbar zu machen, Ursachen zu identifizieren und gezielt Maßnahmen zu ergreifen.

Nur mit einer sozialen, nachhaltigen und vorausschauenden Wohnungspolitik sichern wir, dass Kiel für alle bezahlbar bleibt – heute und in Zukunft.

3.2. WOHNUNGSLOSIGKEIT BEENDEN

Wohnen ist ein Menschenrecht. Doch auch in Kiel leben Menschen teilweise über Jahre ohne festen Wohnsitz. Sie stoßen auf Barrieren in Gesundheitsversorgung, Verwaltung und Teilhabe. Einrichtungen wie die Stadtmission, der Kältebus oder HEMPELS leisten wichtige Arbeit. Aber Notlösungen ersetzen kein Zuhause. Die Forschung ist eindeutig: Housing First funktioniert. Wer zuerst ein sicheres Dach über dem Kopf hat, kann auch Gesundheit, Arbeit und soziale Beziehungen wieder aufbauen. Jetzt ist es Zeit, diesen Ansatz strukturell in Kiel zu verankern und Obdachlosigkeit nicht nur zu verwalten, sondern zu beenden:

- > **Housing First umsetzen:** Kiel soll ein kommunales Housing-First-Programm aufbauen, mit festen Wohnkontingenten, sozialer Begleitung und klarer Finanzierung. Die Kooperation mit Wohnungsunternehmen, Trägern und Ehrenamtlichen soll systematisch gefördert werden.
- > **Wohnraum statt Notlösungen:** Statt anonymer Sammelunterkünfte braucht es dauerhafte Wohnangebote. Perspektivisch soll jede obdachlose Person ein eigenes Zimmer oder Apartment erhalten, mit

- Unterstützungsangeboten vor Ort.
- > **Prävention stärken:** Durch ein Frühwarnsystem bei Mietrückständen oder Räumungsklagen sollen Wohnungslosigkeit und Zwangsräumungen frühzeitig verhindert werden. Städtische Stellen, Jobcenter und Vermieter*innen sollen gemeinsam handeln, nicht erst im Krisenfall.
 - > **Mobile und niedrigschwellige Hilfen ausbauen:** Straßensozialarbeit, medizinische Versorgung, Duschen, WLAN und Tagesaufenthalte sollen ausgebaut werden. Besonders vulnerable Gruppen, etwa Menschen mit psychischen Erkrankungen, brauchen Schutzräume mit spezifischer Unterstützung.
 - > **Würde und Teilhabe sichern:** Menschen ohne festen Wohnsitz sollen diskriminierungsfrei Zugang zu Kultur, Sport, Gesundheitsversorgung und Verwaltung erhalten - auch ohne Meldeadresse. Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen in Behörden sollen Vorurteile abbauen und Teilhabe ermöglichen.
 - > **Daten erfassen, Fortschritte sichtbar machen:** Kiel soll regelmäßig Daten zur Wohnungsnot erheben, veröffentlichen und als Planungsgrundlage nutzen. Nur wer statistisch sichtbar wird, kann gezielt unterstützt werden.

Wohnungslosigkeit ist kein Naturgesetz. Wenn wir mutig handeln, die richtigen Strukturen schaffen und Menschen ins Zentrum stellen, können wir sie beenden, auch in Kiel. Gemeinsam, menschenwürdig und langfristig.

Best Practice

Housing First in Finnland - die nationale Strategie gegen Wohnungslosigkeit

Finnland setzt seit 2008 auf Housing First als zentrales Element der nationalen Strategie gegen Wohnungslosigkeit. Betroffene Menschen erhalten dort unmittelbar eine eigene Wohnung, mit regulärem Mietvertrag und freiwilliger sozialer Begleitung. Viele Notunterkünfte wurden geschlossen oder in dauerhafte Housing-First-Angebote umgewandelt. Mit diesem Ansatz konnte die Zahl der langzeitwohnungslosen Menschen um über 75 % reduziert werden. Heute bleiben rund 80 % der ehemals obdachlosen Personen langfristig in ihrer Wohnung, die Rückkehrate in die Obdachlosigkeit liegt unter 20 %. Finnland zeigt, wie Wohnungslosigkeit durch klare politische

Prioritäten, öffentlichen Wohnraum und koordinierte Unterstützung nachhaltig überwunden werden kann.

3.3. WOHNHEIME FÜR AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE

Kiel braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung oder Studium. Aktuell konkurrieren sie nicht nur untereinander, sondern auch mit allen, die eine kleine oder günstige Wohnung suchen. Viele finden keine Wohnung, pendeln lange Strecken oder brechen ihre Ausbildung oder ihr Studium ab. Das gefährdet nicht nur den individuellen Lebensweg, sondern schwächt auch Kiel als Bildungs- und Wirtschaftsstandort. Hier braucht Kiel dringend zukunftsfähige Lösungen:

- > **Gemischte Wohnheime schaffen:** Wir wollen gemischte Wohnheime für Auszubildende und Studierende schaffen. Diese sollen modular, klimafreundlich (z. B. in Holz- oder Elementbauweise) und bei Bedarf durch Aufstockung oder Umnutzung bestehender Gebäude entstehen. Die Wohnheime sollen langfristig gesichert werden, mit Sozialbindungen von mindestens 30 Jahren und barrierefreien Einheiten.
- > **Flächen gezielt nutzen:** Wir fordern ein Flächenkataster für geeignete Grundstücke im Besitz der Stadt, des Landes oder verbundener Träger. Geeignete Orte sollen durch Nachverdichtung an bestehenden Bildungsstandorten oder über temporäre Modulbauten auf Zwischennutzungsflächen aktiviert werden.
- > **Vergabe gemeinwohlorientiert regeln:** Die Stadt soll Grundstücke im Erbbaurecht statt zum Verkauf vergeben. Dabei sollen Konzeptvergaben an gemeinwohlorientierte Träger wie das Studierendenwerk, Genossenschaften oder Jugend- und Bildungsträger erfolgen - orientiert an Qualität, Zielmiete und Nutzungsstruktur.
- > **Wohnen bezahlbar machen:** Die Warmmiete soll sich an der BAföG-Wohnpauschale (aktuell 380 €) orientieren. Bei Auszubildenden sind die individuellen Berufsausbildungsbeihilfe-Bedarfe der Maßstab. Nebenkostenpauschalen und eine Grundmöblierung erleichtern den Einzug und reduzieren den Aufwand für junge Menschen.
- > **Soziale Kontingente und Belegrechte:** Durch städtische Belegrechte und soziale Kontingente sollen auch Menschen mit besonderen

Herausforderungen Zugang erhalten, zum Beispiel internationale Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder junge Menschen in Mangelberufen.

- > **Nachhaltig und alltagstauglich bauen:** Die Wohnheime sollen energieeffizient mit Photovoltaik, Wärmepumpe, Fahrradabstellplätzen, Gemeinschaftsräumen und einer guten Anbindung an den ÖPNV ausgestattet sein. Ein kurzer jährlicher Bericht soll die Zahl der Plätze, die Mietstruktur und die Auslastung transparent machen.
- > **Digital und transparent:** Ein zentrales Vergabeportal „Wohnen in Ausbildung Kiel“ bündelt Angebote aller Träger mit klaren Kriterien, Wartelisten-Transparenz und Matching zwischen Betrieben und Lernenden.
- > **Kooperationen:** Stadt, Studierendenwerk, Kammern, Betriebe und Wohnungsunternehmen schließen Wohn- und Ausbildungspartnerschaften, inklusive sogenannter Werkwohnplätze, also betrieblich bereitgestellter oder vermittelter Wohnungen in Nähe zum Ausbildungs- oder Arbeitsort.
- > **Finanzierung:** Förderprogramme von Bund und Land (z. B. „Junges Wohnen“) sollen genutzt und mit KfW/BEG-Effizienzförderung, kommunalen Bürgschaften und Erbpachtzinsen kombiniert werden.

So schaffen wir günstigen, verlässlichen Wohnraum, entlasten junge Menschen, sichern Fachkräfte und stärken Kiel als Bildungs- und Ausbildungsstadt.

3.4. ALTERSGERECHTER UND INKLUSIVER WOHNRAUM

Kiel wird älter und vielfältiger. Barrierearme, bezahlbare Wohnungen fehlen, besonders in Beständen ohne Aufzug. Viele Menschen möchten im Alter in ihrer Wohnung bleiben, brauchen dafür aber Unterstützung beim altersgerechten Umbau. Es gibt bereits gute Ansätze wie die Beratungsstelle für barrierefreies Bauen, den Pflegestützpunkt als Beratungsstelle für Wohnraumanpassungen, „Wohnen-wie-ich-will“ und die smarte Musterwohnung in der MarthasträÙe. Diese Strukturen wollen wir verstetigen und skalieren, quartiersnah, bezahlbar und nach modernen Standards:

- > **Bedarf sichtbar machen:** Der Fehlbedarf von barrierearmen und

altersgerechten Wohnungen soll regelmäßig erhoben und verständlich nach Stadtteilen aufbereitet werden.

- > **Eine Anlaufstelle für alles:** Kiel benötigt eine Anlaufstelle „Wohnen ohne Barrieren“. Dort erhalten Bürger*innen Beratung und Planung sowie Förder- und Zuschussmöglichkeiten durch Kranken- und Pflegekasse aufgezeigt - alles aus einer Hand, online und vor Ort.
- > **Altersgerechten Umbauten erleichtern:** Um auch im höheren Alter noch sicher in der eigenen Wohnung wohnen zu können, braucht es Unterstützung für stufenlose Eingänge, breite Türen, sichere Bäder und Aufzüge oder Treppenlifte. Für Haushalte mit wenig Geld soll es zusätzliche Zuschüsse geben. Bei Bedarf wird die Antragstellung begleitet.
- > **Neubau mit fester Quote:** Auf städtischen Flächen und in geförderten Projekten soll ein fester Anteil barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen gesichert sein.
- > **Gemeinschaft stärkt:** Wir unterstützen inklusive und generationenübergreifende Wohnprojekte und helfen Vereinen, Genossenschaften und Nachbarschaften bei der Umsetzung.
- > **Wohnumfeld mitdenken:** Sitzbänke, gute Wege, Beleuchtung, Orientierung und Treffpunkte im Quartier sichern einen selbstbestimmten Alltag.
- > **Digitale Hilfen freiwillig und erklärt:** Wer möchte, soll einfache Assistenztechnik (z. B. Sturzmelder, Licht- und Türhilfen) nutzen können. Die Beratungsangebote zum Nutzen, Datenschutz und Kosten sollen ausgebaut werden.
- > **Finanzierung bündeln und erleichtern:** Wir kombinieren städtische Mittel mit Programmen von Land, Bund, IB.SH und KfW. Ein kommunaler Zuschuss hilft, letzte Finanzierungslücken bei Umbauten zu schließen, besonders für Haushalte mit geringem Einkommen.

Für Wohnungen und Quartiere, die zugänglich, bezahlbar und würdevoll sind, damit wir alle in Kiel selbstbestimmt leben können, heute und morgen.

3.5. MEHRGENERATIONENHÄUSER

Mehrgenerationenhäuser verbinden barrierefreien, bezahlbaren

Wohnraum mit nachbarschaftlicher Begegnung und Alltagshilfe – so entstehen lebendige Quartiere und selbstbestimmtes Wohnen in jeder Lebensphase. Die Förderung dieser Projekte erfolgt durch Zuschüsse, passende Förderprogramme und die Vernetzung engagierter Träger. Ein integriertes Quartiersmanagement bündelt soziale und pflegerische Angebote vor Ort, ergänzt durch Gesundheitskioske ([siehe Kap. 5.3. Bevölkerungsgruppen mit erschwertem Versorgungszugang](#)) als mehrsprachige, niedrigschwellige Anlaufstellen.

Neben klassischen Wohnungen setzen wir auf neue Wohnformen wie generationenübergreifende WGs, „Wohnen für Hilfe“ und Mentoring-Modelle, die Alt und Jung verbinden. Gegen Alterseinsamkeit schaffen wir kostenlose Begegnungsangebote ohne Konsumzwang, stärken Besuchsdienste, Nachbarschaftslots*innen und digitale Patenschaften – immer erreichbar, barrierefrei und mehrsprachig. Gemeinschaftsräume, Gästezimmer, grüne Außenflächen sowie Kultur- und Bewegungsangebote fördern Teilhabe – auch für Menschen mit wenig Zeit, Geld oder Mobilität.

Wo möglich, unterstützen wir die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in generationenübergreifenden Wohnkonzepten. Die Finanzierung erfolgt über Bundes- und Landesmittel sowie städtische Förderfonds wie *Gemeinsam Kiel gestalten*, vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel.

3.6. TEILHABE IM ALTER

In Kiel soll Alter keine Hürde sein, sondern eine Chance für aktive Beteiligung und lebendige Gemeinschaft. Wir fördern flächendeckend barrierefreie Begegnungsorte, zum Beispiel generationenoffene Nachbarschaftscafés und kreative Werkstätten, sowie seniorenerechte Bewegungs- und Ruheinseln. Bestehende Angebote wie Digitaltreffs und das Projekt „Digitaler Engel“ werden ausgebaut. Wir etablieren ein verlässliches Digitallots*innen-Programm in Bibliotheken und Quartierszentren. Mit dem bestehenden KielPass erhalten ältere Menschen mit geringem Einkommen Ermäßigungen für Kultur-, Freizeit- und Sportangebote. Ein städtisch koordinierter, app-gestützter Besuchs- und Begleitdienst soll künftig freiwillige Begleitungen vermitteln und gezielt gegen Isolation im Alter wirken. Aus Einsparungen durch digitale Verwaltungsverfahren finanzieren wir diese Maßnahmen, ohne zusätzliche Gebühren oder Beiträge zu erheben.

3.7. PFLEGE STRUKTURELL STÄRKEN – FÜR EIN WÜRDEVOLLES LEBEN IM ALTER

Viele Menschen in Kiel sind heute oder künftig auf Pflege angewiesen. Gute Pflege bedeutet nicht nur medizinische Versorgung, sondern auch Sicherheit, Teilhabe und ein Leben in Würde - unabhängig vom Alter, vom Gesundheitszustand oder von den persönlichen Ressourcen. Doch die Realität ist oft eine andere: zu wenige Kurzzeitpflegeplätze, überlastete Angehörige, schwierige Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie Fachkräfte, die unter Zeitdruck arbeiten, statt Zeit für Menschen zu haben.

In Kiel gibt es mit dem Pflegestützpunkt und einer engagierten freien Trägerlandschaft bereits wichtige Ansätze. Doch diese erreichen nicht alle, besonders nicht im Stadtteil, in der Krise oder in komplexen Familiensituationen. Damit Pflege in Kiel zukunftsfest wird, braucht es ein starkes Netzwerk aus öffentlicher Verantwortung, bürger*innennaher Infrastruktur und guter Arbeit in der Pflege:

- > **Pflegepunkte im Stadtteil:** Pflege braucht Nähe. Deshalb wollen wir in jedem Stadtteil barrierefreie Pflegepunkte als Ergänzung zu bestehenden Angeboten schaffen. Diese bündeln Beratung, Tagespflege, Kurzzeitpflege und Wohnberatung an einem Ort, mehrsprachig und niedrigschwellig. Auch mobile Teams sollen dort andocken können. So schaffen wir echte Ankerpunkte im Alltag statt digitaler Portale.
- > **Ambulante Dienste stärken:** Wer zu Hause pflegt oder gepflegt wird, braucht verlässliche ambulante Angebote. Die Stadt sorgt dafür, dass mobile Pflege im Alltag gut funktioniert, indem sie technisch, baulich und organisatorisch Barrieren abbaut. Dafür braucht es klare Ansprechpartner*innen, pflegefreundliche Bebauungspläne und unbürokratische Genehmigungen.
- > **Angehörige entlasten:** Pflegenden Angehörige tragen einen Großteil der Versorgung, oft unbeachtet. Wir bauen ein kommunales Unterstützungsnetz aus freiwilligen Besuchs-, Entlastungs- und Begleitdiensten auf. Ergänzt wird dieses Netzwerk durch offene Treffpunkte, Schulungen und digitale Tools zur Selbsthilfe.
- > **Faire Bedingungen in der Pflege:** Gute Pflege beginnt mit guten Arbeitsbedingungen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Unterstützung von Ausbildungsträgern und eine enge Kooperation mit

Praxispartner*innen ein. Pflegekräfte verdienen Anerkennung, faire Bezahlung und verlässliche Arbeitszeiten. Pflege darf keine Armutsfalle sein.

- > **Digital unterstützte Pflege:** Digitale Technik kann Pflege ergänzen, aber nicht ersetzen. Wir setzen auf freiwillige und alltagstaugliche Angebote wie Teleberatung, digitale Notrufsysteme oder smarte Anwendungen, insbesondere dort, wo persönliche Versorgung schwer erreichbar ist. Dabei gilt, dass gute Pflege immer echte Begegnung, menschliche Nähe und verlässliche Ansprechpartner*innen braucht. Digitalisierung darf niemanden ausschließen, sondern soll helfen, bestehende Angebote besser zugänglich zu machen - ohne Zwang, ohne Verlust an Qualität, immer datenschutzkonform.

Wir stehen für eine Pflege, die Menschen in den Mittelpunkt stellt - unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Gesundheitszustand. Pflegeangebote müssen auch queere Lebensrealitäten, Mehrsprachigkeit und andere Lebensweisen mitdenken. Eine kultursensible, diskriminierungsfreie Pflege ist Teil eines menschenwürdigen Kiel ([s. Kap. 5.3. Bevölkerungsgruppen mit erschwertem Versorgungszugang](#)).

3.8. DURCHMISCHUNG DER STADTEILE

In Kiel zeigt sich seit Jahren eine wachsende räumliche Konzentration von Armut, insbesondere in Stadtteilen wie Gaarden, Mettenhof oder Neumühlen-Dietrichsdorf. Dort leben überdurchschnittlich viele armutsbetroffene Haushalte, während einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen sich zunehmend in anderen Vierteln konzentrieren. Diese soziale Segregation untergräbt langfristig Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Sicherheitsgefühl in der Stadt. Es braucht deshalb eine mutige Stadtentwicklung, die gezielt für soziale Mischung sorgt, ohne Menschen zu verdrängen.

- > **Sozial gemischt bauen, statt Armut zu konzentrieren:** Neue Wohnquartiere müssen so geplant werden, dass dort Menschen mit unterschiedlichen Einkommen und Lebenslagen gut zusammenleben können. Dazu gehört ein klarer Mix aus öffentlich geförderten, preisgedämpften und frei finanzierten Wohnungen. Bei städtischen Grundstücken soll die Vergabe künftig nach sozialen Konzepten erfolgen, nicht nach Höchstpreis. Auch in privaten Neubauprojekten braucht es

verbindliche Sozialquoten über städtebauliche Verträge. So entsteht lebendige Vielfalt statt neuer sozialer Trennlinien.

- > **Benachteiligte Viertel gezielt stabilisieren:** Stadtteile wie Gaarden brauchen mehr als neue Fassaden. Damit Aufwertung gelingt, ohne Menschen zu verdrängen, müssen Quartierszentren, aufsuchende Sozialarbeit und Bildungsangebote ausgebaut werden. Öffentliche Räume sollen gezielt gestärkt werden als Orte für Begegnung, Teilhabe und Zusammenhalt. Bauliche Investitionen müssen mit Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung verknüpft sein, etwa durch Mieter*innenberatung, Beteiligungsformate oder integrierte Sanierungsstrategien.
- > **Verdrängung stoppen, Mieter*innen schützen:** Kiel soll endlich von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, um sozial durchmischte Quartiere zu erhalten. In besonders gefährdeten Stadtteilen braucht es soziale Erhaltungssatzungen. Um Umwandlungen, Luxus-sanierungen und spekulativen Leerstand zu verhindern, müssen das kommunale Vorkaufsrecht und die Zweckentfremdungssatzung verstärkt angewendet werden. So sichern wir langfristig bezahlbaren Wohnraum für alle, auch in innerstädtischen Lagen.
- > **Die KiWoG als Schlüsselakteurin stärken:** Die kommunale Wohnungsgesellschaft KiWoG soll deutlich wachsen, mehr Grundstücke erhalten und neue Projekte in gemischten Quartieren realisieren. Ihr Fokus liegt auf dauerhaft bezahlbaren Mieten, sozial verantwortlicher Vergabe und Beratung für Mieter*innen. Gewinne sollen vollständig in den Bestand und Neubau zurückfließen. So entsteht ein Gegengewicht zum profitorientierten Wohnungsmarkt, mit echter Wirkung für die Menschen vor Ort.

Eine solidarische Stadt braucht soziale Vielfalt in allen Quartieren. Ohne gezielte Durchmischung droht Kiel weiter zu fragmentieren.

3.9. GENERATIONENFREUNDLICHE QUARTIERE

Kiel soll Orte schaffen, in denen Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen gut zusammenleben, barrierefrei, sicher, grün und nah am Alltag. Wir denken Wohnen, Wege, Begegnung, Gesundheit und Mobilität quartiersnah zusammen und richten uns an bewährten Standards für zugängliche Städte aus:

- > **15-Minuten-Stadt:** Alltagsziele wie Einkauf, KiTa, Schule, Ärzt*innen, Grünflächen und ÖPNV sind fußläufig oder per Rad innerhalb von 15 Minuten erreichbar.
- > **Barrierefreie Wege und Haltestellen:** Schwellenfreie Querungen, taktile Leit- und Orientierungssysteme, Aufzüge und barrierefreie ÖPNV-Haltestellen werden Standard.
- > **Dritte Orte und Erdgeschosse:** Quartierstreffs, Bibliotheken, Schulhöfe, Sportflächen sowie gemeinschaftlich nutzbare Erdgeschosse für z.B. Treffs, Beratung, Nahversorgung stärken Begegnungen.
- > **Quartiershäuser mit sozialer Nutzung:** Erdgeschosse sollen gezielt für Gemeinschaft, Beratung, Nahversorgung und Co-Working genutzt werden. Dafür können städtische Grundstücke im Erbbaurecht vergeben und Konzeptverfahren für gemeinwohlorientierte Träger genutzt werden. KiWoG und Baugemeinschaften werden aktiv eingebunden.
- > **Sichere Straßenräume:** Tempo-Reduktion ([*s. Kap. 11.13. Tempo 30 innerstädtisch als neue Norm*](#)), aufenthaltsfreundliche Straßen, breite Gehwege, gute Beleuchtung und ausreichend Fahrradstellplätze erhöhen Sicherheit und Selbstständigkeit.
- > **Sitz- und Sanitärausstattung:** Sitzbänke in sinnvollen Abständen, neue Trinkbrunnen und barrierefreie öffentliche Toiletten ergänzen die „15-Minuten“-Logik und machen Wege machbar(er).
- > **Sichere Schul- und Alltagswege:** Schulwegpläne, längere Grünphasen an Ampeln, aufgeweitete Querungen, Querungshilfen und Tempo-Reduktion an sensiblen Stellen.
- > **Sport und Spiel im öffentlichen Raum:** Bewegungsparcours, Joggingrouten, inklusive Spielgeräte, Spielplätze und Schattenplätze schaffen wohnortnahe Bewegung.
- > **Kühl und grün:** Bäume, Entsiegelung, Pocket-Parks (Miniatur-Grünräume zwischen dicht gebauten Häusern) und Regenwassermanagement ([*s. Kap. 12.7. Schwammstadt Kiel – Regen als Ressource*](#)) sorgen für Schatten, Kühlung und Schutz bei Starkregen - pflegearm und artenreich.
- > **Gesund im Quartier:** Quartiersnahe Gesundheitspunkte bündeln Pflege-, Präventions- und Beratungsangebote, mobile Dienste (z. B. Hausbesuche) schließen Lücken.
- > **Gesundheit und Pflege vor Ort:** Beratungspunkte werden um Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätze sowie aufsuchende Dienste ergänzt

und strukturell im Quartier verankert. Eine Kooperation mit Trägern und Krankenkassen rundet das Angebot ab.

- > **Außengastronomie mit Leitplanken:** Großzügige Außengastronomieflächen laden alle zum Verweilen ein, wenn Barrierefreiheit, Durchgangsbreiten, Rettungswege und Lärmschutz gewährleistet sind.
- > **Digital und analog zugänglich:** Quartiers-App und Aushänge informieren barrierefrei und mehrsprachig über Angebote, Hilfe und Veranstaltungen.

So entstehen lebendige, gerechte Quartiere, in denen wir gemeinsam wohnen, uns sicher bewegen und gesund älter werden.

4. EINE STADT, DIE MIGRATION ALS CHANCE BEGREIFT UND INTEGRATION FÖRDERT

Menschen, die nach Kiel kommen, bringen Erfahrungen, Fähigkeiten und neue Perspektiven mit. Damit Integration gelingt, braucht es klare Strukturen, soziale Sicherheit und das Vertrauen darauf, willkommen zu sein. Wir verstehen Zugewanderte vom ersten Tag an als Teil der Gesellschaft.

Dazu gehört eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung, die Teilhabe ermöglicht statt Isolation schafft. Es braucht eine verlässliche psychosoziale Versorgung für anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Asylbewerber*innen, die Schutz und Heilung bietet. Integration gelingt am nachhaltigsten, wenn Bildung, Arbeit und Teilhabe frühzeitig möglich sind. Auch bei unsicherem Aufenthaltsstatus sind frühe Sprach- und Qualifizierungsangebote sinnvoll. Wir lehnen diskriminierende Sonderregelungen ab, wie beispielsweise die Bezahlkarten mit pauschalen Bargeldbeschränkungen, die rechtlich umstritten und mit Blick auf Menschenwürde und Gleichbehandlung problematisch sind. Stattdessen fordern wir gleiche Behandlung auf Grundlage verfassungsrechtlich tragfähiger Standards. Die nachfolgend genannten Maßnahmen setzen wir im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten um. Bei Regelungen, die in Bundes- oder Landeskompetenz fallen, etwa zum Arbeitsmarktzugang, zu Sprachkursen oder zur medizinischen Versorgung in landesbetriebenen Einrichtungen, wirken wir durch Kooperationen, Förderungen und politische Initiativen darauf hin, dass diese möglichst integrationsfördernd gestaltet werden.

Sicheres Ankommen gelingt nur, wenn Schutz vor Diskriminierung, gezielte Beratung und Teilhabe zusammengedacht werden. Kiel muss dafür Anlaufstellen schaffen und integrationsfördernde Projekte stärken.

Wir wollen eine Stadt, in der Menschen nicht nur ankommen – sondern leben können.

4.1. KIEL ALS SICHERER HAFEN

Kiel ist ein sicherer Hafen – für Menschen auf der Flucht (unabhängig vom Schutzstatus), für Menschen, die Diskriminierung erfahren haben, und für alle, die Schutz, Teilhabe und Perspektiven suchen. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der Pluralismus gelebt wird, Gerechtigkeit erfahrbar ist und niemand aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Lebensentwurf ausgegrenzt wird. Die Sicherheit schutzbedürftiger Gruppen darf kein symbolisches Lippenbekenntnis bleiben. Wer in Kiel ankommt, soll Unterstützung erhalten, und das möglichst menschenwürdig, unbürokratisch und solidarisch. Für uns ist der „sichere Hafen“ kein bloßes Symbol, sondern ein politischer Auftrag.

Wir wollen, dass Kiel ein Ort wird, an dem alle Menschen willkommen sind, Unterstützung finden und selbstbestimmt leben können. Dazu braucht es verlässliche Anlaufstellen, koordinierte Hilfsangebote und eine klare Haltung gegen jede Form der Diskriminierung.

- > **One-Stop-Shops für Ankommende:** Wir richten eine zentrale, niedrigschwellige Anlaufstelle für anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte, Asylbewerber*innen, Migrant*innen und neu zugezogene Fachkräfte ein. Sie bietet Erstorientierung, Einzelfall-Management und Lotsenfunktion. Der One-Stop-Shop bietet Erstorientierung und persönliche Begleitung, koordiniert Stadtverwaltung, Behörden, soziale Träger und Zivilgesellschaft, vermittelt Sprach- und Kulturmittler*innen, unterstützt bei Formularen und Behördenkontakten und leitet an passende Beratungs- und Unterstützungsangebote weiter. Die Angebote werden eng mit dem Welcome Center Schleswig-Holstein verzahnt, um Doppelstrukturen zu vermeiden.
- > **Menschenwürdiger, solidarischer und unbürokratischer Schutz:** Aufnahme und Begleitung sichern, durch schnelle, transparente Bearbeitung von Anliegen und Anträgen, gezielte Vermittlung an lokale Vereine, Schutzräume und vertrauenswürdige Ansprechpersonen sowie niedrigschwelligen Zugang zu psychosozialen und rechtlichen Erstinformationen in Kooperation mit Allgemeinen Sozialen Diensten, Opferschutz, Migrationsberatungsstellen (z. B. Caritas, Diakonie) und Fachberatungen für anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Asylbewerber*innen.

- > **Konsequentes Vorgehen gegen Diskriminierung, Extremismus und Ausgrenzung:** Kiel braucht klare Strukturen, um Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Wir fordern den Aufbau der von der Ratsversammlung beschlossenen Antidiskriminierungsstelle, kostenfreie Schulungen für Mitarbeitende in Ämtern, Schulen und öffentlichen Einrichtungen, sowie Schutzräume und Ansprechpersonen in den Rathäusern für Besucher*innen und städtische Beschäftigte, die Diskriminierung, Belästigung oder Gewalt erfahren.
- > **Vielfalt, Teilhabe und demokratische Mitgestaltung:** Vielfalt ist Ausdruck einer liberalen Demokratie. Wir setzen uns für die aktive Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in kommunale Entscheidungsprozesse ein. Die Ortsbeiräte sollen als Gremien der Mitgestaltung gestärkt werden, indem ein*e Inklusions- und Teilhabe-Beauftragte*r zum Abbau von Barrieren und zur Förderung inklusiver Entscheidungsprozesse eingesetzt wird.
- > **Unterstützung von Schutz- und Demokratieprojekten:** Wir fördern Initiativen, die demokratische Bildung und Schutz für marginalisierte Gruppen stärken, darunter SCHLAU Schleswig-Holstein e. V. sowie die Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ* der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Mit klaren Strukturen, konkreter Unterstützung und einer entschlossenen Haltung gestalten wir Kiel als offene, vielfältige und solidarische Stadt. So wird der sichere Hafen zur gelebten Realität – für alle, die hier leben.

Best Practice

Plan Einstein in den Niederlanden - Integration durch lebendige Nachbarschaften

Im Niederländischen Erfolgsmodell Plan Einstein leben Menschen mit Fluchterfahrung und Einheimische im selben Quartier, besuchen gemeinsam Sprach- und Unternehmenskurse und gestalten das Zusammenleben aktiv mit. So entstehen lebendige Nachbarschaften, frühe soziale Netzwerke und echte berufliche Perspektiven – getragen von Stadt, NGOs und Bildungsträgern.

4.2. DEZENTRALE UNTERBRINGUNG FÜR ZUGEWANDERTE

Für eine erfolgreiche Integration braucht es mehr als Unterkunft – es braucht Wohnorte. Große Sammelunterkünfte nehmen Privatsphäre, erschweren soziale Kontakte und können Isolation fördern.. Wir setzen uns deshalb für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von anerkannten Schutzberechtigten, Asylbewerber*innen und anderen Zugewanderten ein.

- > **Leverkusener Modell in Kiel anwenden:** Familien und Einzelpersonen leben in bestehenden Quartieren, begleitet von Sozialarbeiter*innen. So entstehen schneller Kontakte zu Nachbar*innen, und der Zugang zu lokalen Angeboten, von KiTa über Sportverein bis zum Sprachkurs, ist direkt gegeben.
- > **Quartiersarbeit stärken:** Wir setzen uns für Stadtteilcafés und Begegnungsorte zur Förderung des Austauschs und des Miteinanders ein. Bestehende Migrationsberatungsstellen und Initiativen wie das Welcome Center Kiel werden ausgebaut und enger mit der Quartiersarbeit verknüpft, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Kooperationen mit lokalen Initiativen stärken den nachbarschaftlichen Zusammenhalt.
- > **Wohnraum gezielt schaffen:** Sozialer Wohnraum muss gezielt bereitgestellt werden – auch für Menschen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung, soweit dies mit den Förderbedingungen und Belegungsrichtlinien des Landes vereinbar ist. Förderprogramme wie das des Landesbeirats für Wohnraumförderung Schleswig-Holstein unterstützen bei der Finanzierung ([s. Kap. 3.1. Bezahlbarer Wohnraum](#)).
- > **Integration als Querschnittsaufgabe:** Unterbringung, Bildung, Arbeit und Teilhabe müssen zusammengedacht werden. Das bedeutet: früher Zugang zu Sprachkursen, Qualifizierung, Vereinen, Kultur- und Freizeitangeboten, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsdauer, soweit es rechtlich möglich ist.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Zugewanderte vom ersten Tag an Teil der Nachbarschaft sind, sich orientieren können und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, statt an den Rand gedrängt zu werden.

4.3. TRAUMABEHANDLUNG VON GEFLÜCHTETEN

Viele geflüchtete Menschen in Kiel haben auf ihrer Flucht Gewalt, Krieg und Verfolgung erlebt. Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) schätzt, dass über 70 % von ihnen traumatische Erfahrungen mit sich tragen. Etwa ein Drittel entwickelt eine behandlungsbedürftige Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), mit möglichen Folgen wie Schlafstörungen, Angstzuständen, Depressionen oder Suizidgedanken. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche.

Traumatisierung allein führt nicht zu Gewalt. Es sind Ausgrenzung, Isolation und fehlende Unterstützung, die gesellschaftliche Spannungen erzeugen. Menschen mit psychischen Belastungen brauchen Schutz, Begleitung und professionelle Hilfe – keine Stigmatisierung. In Kiel bestehen mit der Traumaambulanz „Flucht und Migration“ am UKSH und dem Psychosozialen Zentrum der Brücke Schleswig-Holstein wichtige Anlaufstellen. Dennoch bleibt die Versorgungslage unzureichend: Die Kapazitäten reichen nicht aus, Wartezeiten sind lang, und in Erstaufnahmeeinrichtungen fehlt es an psychotherapeutischer Grundversorgung. Ehrenamtliche leisten hier wertvolle Arbeit, sind aber oft überlastet.

Wir fordern eine kommunal abgestimmte psychosoziale Versorgung, die frühzeitig greift, kultursensibel sowie mehrsprachig ist und, in Kooperation mit den zuständigen Landes- und Bundesstellen, den Zugang zu professioneller Hilfe sichert. Eine gute psychosoziale Versorgung ist die Basis für eine gelingende Integration und einem sicheren Ankommen in Kiel.

- > **Ergänzung des Notarztmodells um psychologische Fachkompetenz:** Wir setzen uns beim Land Schleswig-Holstein dafür ein, das bestehende medizinische Notarztmodell in den landesbetriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen um regelmäßige Einsätze von psychiatrischer und psychotherapeutischer Expertise zu erweitern.
- > **Multiprofessionelle Teams aufbauen:** Regelmäßige Präsenz von Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und Dolmetscher*innen zur Früherkennung und Begleitung von Traumafolgen – orientiert am Modell der Traumapädagogischen Initiative Flensburg (TPI e. V.).
- > **Zusammenarbeit mit Fachstellen stärken:** Ausbau der Kooperation,

in enger Abstimmung mit den jeweiligen Trägern, mit bestehenden spezialisierten Angeboten wie der Traumaambulanz Flucht und Migration am UKSH zur Sicherung ambulanter Weiterbehandlung.

- > **Niedrigschwellige Gewaltprävention:** Unterstützung von Projekten wie "MiMi – Mit Migrant*innen für Migrant*innen", die durch interkulturelle Mediator*innen in verschiedenen Sprachen über Gewalt aufklären und deeskalierend wirken.

Psychische Gesundheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Mit einer starken psychosozialen Versorgung machen wir Kiel zu einem Ort, der Menschen nicht nur aufnimmt, sondern ihnen auch beim Heilen hilft.

4.4. GUTHABEN-GIROKARTE STATT BEZAHLKARTE FÜR ASYLBEWERBER*INNEN

Die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende in Schleswig-Holstein, auch in Kiel, ist integrationshemmend, bürokratisch und rechtlich umstritten. Sie erschwert den Alltag, begrenzt die finanzielle Selbstbestimmung, schwächt durch eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten auch die lokale Wirtschaft und verstärkt soziale Isolation. Forschung zeigt, dass Bezahlkarten weder Migration noch Rücküberweisungen wirksam beeinflussen, aber Teilhabe und Integration deutlich behindern können. Hinzu kommen erhebliche Datenschutzrisiken durch die zentrale Erfassung und mögliche Auswertung von Transaktionsdaten sowie eine sichtbare Stigmatisierung, die Diskriminierung im Alltag begünstigen kann. Die Implementierung verursacht zudem hohe Verwaltungs- und Systemkosten, deren Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis zum Aufwand steht, während rechtliche Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Asylbewerberleistungsgesetz bestehen. Sozialgerichte haben pauschale Bargeldobergrenzen als rechtswidrig bewertet, die generelle Einführung bleibt jedoch nach den landesrechtlichen Vorgaben zulässig.

Wir setzen uns für die freie Wahl der Bankverbindung ein, auch für Menschen im Asylbewerberleistungsbezug, und die Nutzung einer regulären, auf Guthaben basierenden Girokarte als diskriminierungsfreie Alternative, die ohne restriktive Nutzungslimits oder regionale Bindung funktioniert, in bestehende Bank- und Zahlungssysteme eingebunden wird und so Verwaltungskosten senkt, Bürokratie abbaut und allen Menschen in

Kiel vom ersten Tag an selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht.

4.5. INTEGRATION VON ANFANG AN

Geflüchtete Menschen bringen Potenziale, Erfahrungen und Fähigkeiten mit. Doch viele dürfen monatelang weder arbeiten noch lernen. Diese erzwungene Untätigkeit behindert Integration, führt zu Frustration, Verarmung und gesellschaftlicher Isolation. Wir wollen das ändern. Bildung und Spracherwerb sollen vom ersten Tag an möglich sein, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, um gesellschaftliche Teilhabe und Integration nicht zu verzögern. Der Zugang zum Arbeitsmarkt soll so früh wie bundesrechtlich zulässig erfolgen, gebunden an eine erste Prüfung des Schutzstatus und eine realistische Aussicht auf Bleiberecht, um Integration zu fördern und rechtliche Klarheit zu schaffen. Viele anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Asylbewerber*innen in Kiel erleben unnötige Hürden bei Ausbildung, Arbeitssuche und Spracherwerb. Gleichzeitig fehlt es in Unterkünften an dauerhaft präsenten Ansprechpersonen, die bei der Orientierung helfen. Gute Projekte existieren – doch sie sind meist projektfinanziert und es fehlt an struktureller Förderung, Koordination und Verlässlichkeit.

- > **Sozialarbeit in Unterkünften stärken:** Dauerhaft präsente, feste Ansprechpersonen in allen Unterkünften schaffen, die bei Orientierung, Behördengängen, Spracherwerb, Ausbildungs- und Jobsuche unterstützen.
- > **Früher Zugang zu Bildung:** Sprachkurse und niedrigschwellige Bildungsangebote auch für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ermöglichen – als Grundlage für gesellschaftliche und berufliche Integration.
- > **Kooperation mit lokalen Akteuren:** Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie ZBBS, ZEIK und dem Netzwerk LaNeMo ausbauen, um Beratung, Qualifizierung und Teilhabe zu verstetigen und Angebote besser zu koordinieren.
- > **Einbindung der Wirtschaft:** Lokale Unternehmen, Kammern und Initiativen einbinden, um Ausbildungs- und Arbeitsangebote mit begleitender Qualifizierung und der Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu verbinden.
- > **Gesellschaftliches Bewusstsein stärken:** Wir unterstützen

zivilgesellschaftliche Initiativen in Kiel, die sich vor Ort für Integration, Menschenrechte und den Schutz Geflüchteter einsetzen, etwa durch Bildungsarbeit, Begegnungsprojekte und Beratung. Dazu zählen auch Gruppen wie die Seebrücke Kiel, sofern ihre Aktivitäten einen unmittelbaren Bezug zu kommunalen Aufgaben haben.

Mit klaren Strukturen für Bildung, Arbeit und Teilhabe ermöglichen wir Integration von Anfang an.

5. EINE STADT, DIE DIE MENTALE UND KÖRPERLICHE GESUNDHEIT ALLER PRIORISIERT

Gesundheit und Wohlbefinden sind zentrale Grundlagen für ein lebenswertes und solidarisches Miteinander in unserer Stadt. Doch trotz guter medizinischer Infrastruktur stehen viele Menschen in Kiel vor Herausforderungen, die ihnen Zugang zu Versorgung und Unterstützung erschweren. Übergewicht und Bewegungsmangel bei Kindern, die Folgen von Suchtmittelkonsum, soziale und kulturelle Barrieren im Gesundheitswesen sowie die zunehmende Einsamkeit vieler Menschen zeigen, wie vielschichtig die Aufgaben sind, vor denen wir stehen. Ebenso ist die verlässliche Geburtshilfe ein wichtiger Baustein, um Familien von Anfang an zu stärken, während das Städtische Krankenhaus als Herzstück der lokalen Gesundheitsversorgung eine tragende Rolle für eine gerechte und zukunftsfähige medizinische Versorgung spielt. Um all diesen Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es ein gemeinsames und ganzheitliches Handeln – mit präventiven Angeboten, offenen Begegnungsräumen, kultursensibler Unterstützung und einem solidarischen Gesundheitssystem, das alle Menschen erreicht und niemanden zurücklässt.

5.1. ÜBERGEWICHT UND BEWEGUNGSMANGEL

In Kiel ist jedes achte Kind bei der Einschulung übergewichtig, Tendenz steigend. Laut Schuleingangsuntersuchungen ist der Anteil übergewichtiger Kinder im Schuljahr 2022/2023 auf 13 % gestiegen, gegenüber rund 11,6 % im Jahr 2018/19. Besonders betroffen sind Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. Damit gesundheitliche Probleme nicht schon im Kindesalter beginnen, braucht es frühzeitige, strukturverankerte Prävention im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Raum:

- > **Gesunde Ernährung ermöglichen:** Ein gesundes Mittagessen in Schule und KiTa soll der Standard sein. Stadtweite Kampagnen wie „Trink Wasser, Kiel!“ können auf die Bedeutung von Wasser aufmerksam machen und den Konsum von Softdrinks senken. Gleichzeitig wollen wir die Abschaffung von Süßigkeiten- und Softdrink-Automaten im Umfeld

von Schulen sowie Werbebeschränkungen für stark zucker- oder fett-haltige Produkte (Junk Food) auf städtischen Werbeflächen.

- > **Bewegung fördern:** Tägliche Bewegungseinheiten in KiTa und Schule müssen verbindlich verankert werden. Schulhöfe und Sportplätze sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten zugänglich sein. Öffentliche Spiel- und Bewegungsflächen wollen wir flächendeckend und inklusiv ausbauen, anknüpfend an positive Entwicklungen wie frei zugängliche Outdoor-Sportanlagen in mehreren Stadtteilen.
- > **Aktive Mobilität stärken:** Ein konsequenter Ausbau des Radwegenetzes macht Bewegung im Alltag attraktiver und sicherer. Gleichzeitig verringert er die Auto-Dichte in der Stadt, mit positiven Effekten auf Luftqualität und Lärmbelastung.

Prävention beginnt im Quartier. Bewegung, Ernährung und Gesundheitsförderung müssen dort ansetzen, wo Kinder leben und lernen, offen, gerecht und für alle zugänglich. Frühe Prävention schützt nicht nur die Gesundheit der Kinder, sie senkt auch langfristig die Belastung unseres Gesundheitssystems.

5.2. SUCHTMITTELKONSUM UND DROGENPROBLEMATIK

Der offene Drogenkonsum hat merklich zugenommen, einhergehend mit steigender Beschaffungskriminalität. Auch Alkoholabhängigkeit und Tabakkonsum sind weiterhin verbreitet – bundesweit ist z. B. bei Jugendlichen ein Wiederanstieg des Rauchens zu verzeichnen. Sucht ist ein Querschnittsthema, das Gesundheits-, Ordnungs- und Sozialpolitik gemeinsam betrifft.

Kiel benötigt eine umfassende und zukunftsgerichtete Strategie im Hinblick auf die Drogenpolitik. Repression allein löst keine Probleme – sie verdrängt sie nur. Wir setzen uns für eine moderne, pragmatische Drogenpolitik ein, die Hilfsangebote, Gesundheits- und Sozialarbeit, gezielte Prävention und Sicherheit im öffentlichen Raum miteinander verbindet. Ziel ist es, Suchtkranken echte Perspektiven zu bieten und zugleich die Sicherheit und die Lebensqualität in allen Stadtteilen zu stärken.

- > **Drogenkonsumräume schaffen:** Einrichtung von konsumkontrollierten Räumen in Kiel, in denen Abhängige unter hygienischen

Bedingungen und fachlicher Aufsicht konsumieren können - kombiniert mit Beratung, medizinischer Vorsorge und Vermittlung in Hilfsangebote.

- > **Sicherheit im öffentlichen Raum neu denken:** Sicherheit entsteht nicht nur durch Präsenz der Polizei, sondern durch ein Zusammenwirken verschiedener Akteure. Wir setzen uns für ein Konzept ein, das sichtbare Polizei für schnelle Hilfe, Streetworker*innen für den Kontakt zu Abhängigen und präventive Sozialarbeit für langfristige Lösungen miteinander kombiniert. So schaffen wir sichere und offene Stadtteile für alle – ohne Verdrängung, sondern mit konkreten Angeboten, Regeln und Ansprechpersonen vor Ort.
- > **Bessere Datengrundlagen schaffen:** Einführung eines regelmäßigen kommunalen Sucht- und Drogenberichts, um Bedarfe zu erheben und Maßnahmen zielgerichtet zu steuern.
- > **Straffreies “Drug Checking” ermöglichen:** Einführung von Angeboten, um Inhaltsstoffe und Dosierungen von Drogen zu analysieren – verbunden mit Beratung und Aufklärung, um Risiken zu minimieren.
- > **Bußgeld statt Gefängnis:** Für den Besitz geringer Mengen Drogen setzen wir uns für Bußgelder und verpflichtende Beratungsgespräche statt strafrechtlicher Verfolgung ein.
- > **Frühe und zielgerichtete Prävention:** Ausbau von Aufklärungsprogrammen in Schulen für Schüler*innen ab der 7. Klasse sowie gezielte Präventionsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene.
- > **Eltern und Angehörige stärker einbinden:** Stärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien und nahestehende Personen von Suchtkranken.

Eine zukunftsorientierte Drogenpolitik basiert auf verlässlichen Daten, frühzeitiger Prävention, wirksamer Hilfe und einem ausgewogenen Verhältnis von Ordnung und sozialer Unterstützung.

5.3. BEVÖLKERUNGSGRUPPEN MIT ERSCHWERTEM VERSORGUNGSZUGANG

Kiel hat eine gute medizinische Infrastruktur, doch nicht alle profitieren gleichermaßen davon. Soziale, kulturelle, ökonomische und sprachliche Barrieren schließen Menschen aus, besonders jene mit geringem

Einkommen, eingeschränkter Mobilität, Migrationsgeschichte oder unsicherem Aufenthaltsstatus. Gesundheitliche Chancengleichheit mit niedrighschwelligem, zielgruppengerechten Angeboten ist erklärtes Ziel, aber noch nicht erreicht. Niemand darf nur wegen Herkunft, Status oder Lebenslage schlechtere Chancen auf gute Gesundheit haben.

- > **Gesundheitsversorgung in benachteiligten Quartieren und für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen:** In sozial benachteiligten Stadtteilen Kiels sind chronische Erkrankungen, Übergewicht und Karies bei Kindern häufiger und Vorsorgeangebote werden seltener genutzt. Geringes Einkommen, niedriger Bildungsstand, eingeschränkte Gesundheitskompetenz, finanzielle Hürden wie Zuzahlungen und Fahrtkosten sowie beengte Wohnverhältnisse und fehlende gesundheitsfördernde Infrastruktur verschärfen die Lage. Um gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen, sollen präventive Angebote wie Stadtteil-Gesundheitszentren gestärkt, Spiel- und Bewegungsräume erweitert ([s. Kap. 6.1. Bewegungsräume](#)) und Gesundheitsbildung in Schulen und KiTas ausgebaut werden. Sozial- und Gesundheitslots*innen sollen beim Zugang helfen, während finanzielle Hürden wie Fahrtkosten oder Zuzahlungen gezielt abgebaut werden.
- > **Versorgung für Menschen mit Migrationsgeschichte:** Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede, Misstrauen gegenüber Institutionen und die Sorge, dass kulturelle oder religiöse Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden, führen bei Menschen mit Migrationsgeschichte zu einer geringeren Nutzung von Vorsorge- und Pflegeangeboten. Zudem sind Menschen mit Migrationsgeschichte häufiger von Armut und niedrigem Bildungsstand betroffen. Um den Zugang zu verbessern, sollen muttersprachliche Gesundheitsinformationen und interkulturelle Schulungen für medizinisches Personal ausgebaut, kultursensible Pflegeangebote ([s. Kap 3.7. Pflege strukturell stärken – für ein würdevolles Leben im Alter](#)) und mehrsprachiges Personal gefördert, aufsuchende Beratung durch Gesundheitslots*innen gestärkt, die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen vorangetrieben und Präventionsangebote in Kooperation mit Migrant*innenorganisationen entwickelt werden.
- > **Medizinische Hilfe für Menschen ohne Versicherung oder Rechtsstatus:** Undokumentierte Geflüchtete und Wohnungslose haben in Kiel oft keinen oder nur stark eingeschränkten Zugang zur medizinischen

Regelversorgung. Angst vor Entdeckung und rechtliche Unsicherheit führen dazu, dass Erkrankungen häufig zu spät behandelt werden. Zur Verbesserung der Versorgung sollen das Medibüro Kiel als anonyme, kostenfreie Anlaufstelle weitergeführt, niedrigschwellige medizinische Hilfen für Nicht-Versicherte ausgebaut, die Vernetzung mit sozialen Trägern verstärkt und sich auf Landes- und Bundesebene für eine gesundheitliche Grundversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus eingesetzt werden.

- > **Ältere, alleinstehende und behinderte Menschen:** Eingeschränkte Mobilität, Isolation, fehlende Informationen und kognitive Einschränkungen wie Demenz erschweren älteren, alleinstehenden und behinderten Menschen den Zugang zur Gesundheitsversorgung. Mangelnde digitale Kompetenzen erschweren die Teilhabe zusätzlich. Für ältere Migrant*innen fehlt es zudem an flächendeckend kultursensibler Pflege (s.o.). Auch die strategische Verzahnung von Hilfsangeboten ist unzureichend, etwa beim Übergang aus betreuten Wohnformen für psychisch Erkrankte in ein selbständiges Leben. Verbesserungen sollen durch den Ausbau aufsuchender Dienste wie Pflegedienste, Nachbarschaftshilfen und mobile Beratungsteams erreicht werden. Soziale Akteure sollen gezielt vernetzt und koordiniert, analoge Informationen als Ergänzung zu digitalen Lösungen angeboten werden. Zudem soll das Pflegepersonal in kultursensibler Pflege und Diversitätskompetenz weitergebildet, bessere Barrierefreiheit in medizinischen Einrichtungen erreicht und lokale Netzwerke stärker ausgebaut werden.

Mehrsprachige Informationen und Projekte wie das Medibüro sind erste Schritte. Doch echte Chancengleichheit braucht quartiersnahe, niedrigschwellige und kultursensible Angebote, gezielte Unterstützung für besonders verletzte Gruppen, eine verlässliche Vernetzung zwischen medizinischen und sozialen Diensten und eine klare politische Priorität für soziale Gerechtigkeit im Gesundheitswesen.

5.4. PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Psychische Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Doch in Kiel geraten immer mehr Menschen in Versorgungslücken: Fehlender Wohnraum, lange Wartezeiten, überlastete Dienste und unkoordinierte Hilfesysteme führen dazu, dass dringend

benötigte Unterstützung nicht ankommt. Besonders betroffen sind Menschen mit komplexen Problemlagen, etwa in Armut, mit Diskriminierungserfahrung oder Mehrfachdiagnosen. Die Stadt kann hier mehr tun.

- > **Koordination ausbauen, Versorgung sichern:** Der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV) Kiel muss strukturell gestärkt werden, mit einer gemeinsam getragenen Koordinierungsstelle, verbindlicher Beteiligung der Stadt und regelmäßiger Psychiatrieplanung. Beratungsstellen und spezialisierte psychosoziale Angebote dürfen auch in Krisenjahren nicht gekürzt werden. Trägervielfalt ist Teil der Qualität.
- > **Übergänge gestalten, Wohnformen fördern:** Viele Menschen bleiben zu lange in Kliniken oder Einrichtungen, weil passende Übergangswohnformen fehlen. Mehr betreutes Einzelwohnen und flexible Wohnmodelle sind notwendig, etwa durch Konzeptvergaben oder Kooperationen mit der KiWoG. Psychische Erkrankungen dürfen nicht zur Wohnungsnot führen (s. Kap. 3.4. Altersgerechter und inklusiver Wohnraum).
- > **Quartiersnahe Unterstützung ermöglichen:** Stadtteile wie Gaarden brauchen koordinierte Präsenz. Sozialpsychiatrischer Dienst, Suchtberatung, Wohnungslosenhilfe und Gesundheitsamt sollen dort eng vernetzt arbeiten, mit aufsuchenden Angeboten und festen Anlaufstellen. Auch Peer-Beratung und Safer Spaces gehören in die Stadtteilstruktur.
- > **Teilhabe statt Ausgrenzung:** Menschen mit psychischen Erkrankungen dürfen nicht nur Zielgruppe sein, sie müssen mitgestalten können. Beteiligung an städtischer Planung, Gesundheitsversorgung oder Wohnpolitik soll barrierefrei, begleitet und in einfacher Sprache möglich sein (s. Kap. 1.1. Echte Beteiligung und Teilnahme allen Menschen ermöglichen).

Eine gerechte Stadt beginnt dort, wo niemand durchs Raster fällt, auch nicht in der Krise.

5.5. EINSAMKEIT VERRINGERN

Einsamkeit ist auch in Kiel und Schleswig-Holstein weit verbreitet. Laut einer Forsa-Befragung aus dem Jahr 2024 fühlt sich fast jede*r zweite Schleswig-Holsteiner*in (49 %) einsam. Rund ein Viertel (24 %) der Betroffenen empfindet diese Einsamkeit sogar als starke oder sehr starke

seelische Belastung. Dennoch wird kaum über Einsamkeit gesprochen: 72 % der Befragten geben in der Studie an, selten oder nie mit anderen darüber zu reden. Viele schämen sich oder wollen niemanden mit ihren Sorgen belasten. Diese Scham und Unsicherheit erschweren es zusätzlich, Hilfe zu suchen. Um Betroffenen bei dem Weg aus der sozialen Isolation zu unterstützen, ist es dringend notwendig, Einsamkeit offen zu thematisieren und praktikable Lösungen zu erarbeiten:

- > **Begegnungsräume gestalten:** Öffentliche Räume wie Parks, Plätze oder Grünflächen sollen so gestaltet werden, dass sie zum Verweilen einladen und soziale Kontakte ermöglichen, zum Beispiel durch schattige Sitzgruppen, Trinkwasserstellen, kleine Spiel- oder Bewegungselemente ([s. Kap. 6.1. Bewegungsräume](#)) oder begrünte Aufenthaltsinseln. Besonders in Quartieren, in denen es bisher an solchen Angeboten fehlt, sollen wohnortnahe, öffentlich zugängliche Treffpunkte geschaffen werden. Auch Menschen ohne festes soziales Umfeld profitieren von Orten, die leicht zugänglich sind, an denen man sich wohlfühlen und unaufdringlich Teil des Stadtlebens sein kann.
- > **Sozialräume fördern:** Neben gut gestalteten öffentlichen Räumen braucht es auch sozial organisierte Treffpunkte, an denen Menschen regelmäßig zusammenkommen können, zum Beispiel Stadtteilcafés oder Nachbarschaftszentren ([s. Kap. 3.9. Generationenfreundliche Quartiere](#)). Solche Angebote müssen langfristig abgesichert sein und neue niedrigschwellige Formate gezielt gefördert werden, indem bestehende Förderprogramme wie „Gemeinsam Kiel gestalten“ stärker bekannt gemacht und einfacher nutzbar werden. Dazu soll die Stadt die bestehenden Informationsseiten benutzungsfreundlicher gestalten und das Antragsverfahren für kleinere Projekte verständlich und unbürokratisch aufbereiten.
- > **Ehrenamt für Begegnungen stärken:** In Kooperation mit dem netzwerkorientierten Ehrenamtsbüro und sozialen Trägern sollen niedrigschwellige Angebote wie Spazierbegegnungen entwickelt und sichtbarer gemacht werden, zum Beispiel über Werbung in Arztpraxen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die bestehende Informations- und Vermittlungsplattform des Ehrenamtsbüros soll benutzungsfreundlicher gestaltet und stärker beworben werden. Zusätzlich wollen wir gemeinsam mit sozialen Trägern gezielt Schulungen für Ehrenamtliche anbieten,

- insbesondere zum Umgang mit Einsamkeit und zur Gesprächsführung.
- > **Offen über Einsamkeit sprechen:** In Kiel gibt es bereits erste Angebote, die auch das Thema Einsamkeit aufgreifen, zum Beispiel die Woche der Seelischen Gesundheit oder der inklusive MUT-LAUF. Damit das Thema dauerhaft sichtbar bleibt und nicht zwischen anderen Anliegen untergeht, setzen wir uns für einen jährlich wiederkehrenden Aktionstag gegen Einsamkeit ein, der gemeinsam mit sozialen Einrichtungen und Kulturschaffenden gestaltet wird. Ergänzend möchten wir mit einer gezielten, niedrighschwelligigen Informationskampagne in der Stadtgesellschaft mehr Bewusstsein für das Thema schaffen, zum Beispiel durch Plakate im öffentlichen Raum und Beiträge in lokalen Medien.
 - > **Freizeitangebote sichtbar machen:** Wir wollen, dass alle Kieler*innen, unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Umfeld, einfachen Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten in ihrer Nähe haben. Deshalb setzen wir uns für eine digitale Übersichtskarte auf der Website der Stadt Kiel ein, auf der Angebote zentral gebündelt, nach Interessen und Stadtteilen filterbar und leicht auffindbar sind. Anerkannte Vereine, Initiativen und andere Einrichtungen sollen ihre Angebote dort eigenständig über ein einfaches Formular einreichen können.
 - > **Teilhabe auch bei geringem Einkommen ermöglichen:** Der KielPass bietet Menschen mit wenig Einkommen bereits zahlreiche Vergünstigungen für Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote und somit zu sozialer Teilhabe. Wir möchten den Zugang zum KielPass mit zielgenauen Informationskampagnen verbessern, die Antragstellung noch niedrighschwelliger gestalten und prüfen, ob weitere Personenkreise berechtigt werden sollten, die ihn aktuell noch nicht nutzen können. Außerdem möchten wir weitere Partner für den KielPass gewinnen und in einer digitalen Übersichtskarte sichtbar machen.

Einsamkeit zu verringern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – durch gute Gestaltung von Räumen, gezielte Förderung von Begegnung und transparente Zugänge zu Teilhabe schaffen wir in Kiel die Voraussetzungen für mehr soziale Nähe und Zusammenhalt.

5.6. HEBAMMEN UND GEBURTSHILFE

Alle beklagen die sinkende Geburtenrate, doch wer ein Kind bekommt, steht oft allein da. In Kiel ist Geburt für viele mit Unsicherheit, Bürokratie

und Versorgungslücken verbunden. Wer keine Hebamme findet oder zwischen überfüllten Kreißsälen wählen muss, spürt schnell: Familiengründung wird unnötig schwer gemacht. Dabei sind Kinder unsere Zukunft. Geburtshilfe ist kein Luxus, sondern Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie verdient verlässliche, gerechte Strukturen.

- > **Versorgung koordinieren und wohnortnah sichern:** Ob Hausgeburt, Klinik oder Wochenbettbegleitung - Hebammenhilfe muss zugänglich sein. Ein städtisches Onlineportal kann die Hebammensuche vereinfachen und Versorgungslücken sichtbar machen. Kliniken, Praxen und soziale Dienste sollen besser vernetzt und der Hebammenkreißaal im städtischen Krankenhaus gestärkt werden.
- > **Arbeitsbedingungen verbessern und den Beruf sichern:** Viele Hebammen geben wegen Bürokratie, Unsicherheit und Belastung auf. Damit Kiel Hebammen hält und gewinnt, braucht es faire Vergütung sowie stabile Arbeitsmodelle. Die Stadt kann Ausbildungskapazitäten mit Hochschulen ausbauen und neue Wege für den beruflichen Einstieg ermöglichen.
- > **Selbstbestimmte Geburt für alle ermöglichen:** Geburt ist individuell und soll es auch bleiben. Ob ambulant, stationär oder zuhause: Gebärende müssen gut informiert und begleitet entscheiden können. Deshalb braucht es kostenfreie Kurse in Geburtsvorbereitung, Rückbildung und Stillen, barrierearm, mehrsprachig und kultursensibel. Auch psychische Belastungen nach der Geburt verdienen professionelle und vertrauliche Begleitung.
- > **Familien früh unterstützen und gerecht versorgen:** Menschen in belasteten Lebenslagen brauchen besondere Unterstützung. Deshalb wollen wir die aufsuchende Hebammenhilfe in benachteiligten Stadtteilen gezielt stärken, gemeinsam mit den Frühen Hilfen und sozialen Diensten.

Wenn wir wollen, dass mehr Kinder geboren werden, müssen wir aufhören, Geburt zur Zumutung zu machen. Eine kinderfreundliche Stadt beginnt mit Geburtshilfe, die schützt, begleitet und allen gerecht wird.

5.7. STÄDTISCHES KRANKENHAUS

Das Städtische Krankenhaus (SKK) ist ein zentraler Teil der

Gesundheitsversorgung in Kiel, gemeinwohlorientiert, verlässlich und nah an den Menschen. Als einziges kommunales Krankenhaus der Stadt bietet es Leistungen, die anderswo unter Kostendruck verschwinden: Geburtshilfe, Geriatrie, Notaufnahme. Gesundheitsversorgung darf keine Ware sein. Das SKK muss dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben.

- > **Gesundheit gemeinsam und transparent sichern:** Damit das SKK zukunftsfähig bleibt, braucht es öffentliche Beteiligung und eine an den tatsächlichen Bedarfen ausgerichtete Planung, auch im Rahmen der Krankenhausreform des Bundes. Regelmäßige öffentliche Berichte, ein Patient*innenbeirat und transparente Beteiligungsstrukturen können das Vertrauen stärken und Entscheidungen nachvollziehbar machen.
- > **Personal binden und Ausbildung stärken:** Gesundheitsversorgung funktioniert nur mit motivierten Fachkräften. Pflegekräfte, Ärzt*innen und alle Beschäftigten brauchen faire Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstpläne und Entwicklungsmöglichkeiten. Das städtische Pflegebildungszentrum mit über 180 Ausbildungsplätzen ist eine große Stärke, sie muss ausgebaut und mit Quereinstiegsprogrammen, Schulkooperationen und kommunaler Ausbildungsförderung ergänzt werden (*s. Kap. 19.8. Fachkräfte*).
- > **Zugang sozial gerecht und inklusiv für alle:** Gesundheit ist ein Menschenrecht, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Behinderung. Das SKK soll Vorreiter für eine barrierearme, diskriminierungssensible Versorgung sein. Das bedeutet bauliche Barrierefreiheit, kultursensible Kommunikation, Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherung und enge Zusammenarbeit mit sozialen Diensten.
- > **Zukunft digital, ökologisch und vernetzt gestalten:** Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) stehen Fördermittel für Digitalisierung, IT-Sicherheit und moderne Notaufnahmen bereit; diese müssen vollständig ausgeschöpft werden. Gleichzeitig braucht das SKK Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung und nachhaltige Technik. Die Stadt kann dafür Landes- und EU-Förderungen wie den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nutzen. Eine stärkere Vernetzung mit ambulanter Versorgung, Prävention und Sozialarbeit sorgt für passgenaue und sektorübergreifende Versorgung.
- > **Patient*inneninformationssystem:** Das SKK soll die Neuanschaffung eines Patient*inneninformationssystems prüfen, welches den digitalen

Austausch zu ambulanten Versorgungsträgern, dem Rettungsdienst sowie weiteren an der Versorgung beteiligten Stellen sicherstellt. Sollte eine solche Lösung aktuell nicht auf dem Markt verfügbar sein, sollte geprüft werden, ob zusammen mit anderen Einrichtungen (z. B. dem UKSH) eine gemeinsame Anschaffung möglich ist.

Das Städtische Krankenhaus Kiel steht für eine solidarische Stadt. Dieses Versprechen wollen wir mit Transparenz, Verantwortung und Mut zur Investition erneuern.

6. EINE SPORTLICHE STADT

Regelmäßige Bewegung ist essenziell für das körperliche und seelische Wohlbefinden – und damit eine zentrale Aufgabe unserer Stadtpolitik. Kiel soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen wohnungsnah, sicher und barrierefrei bewegen können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen. Dafür wollen wir öffentliche Räume wie Parks, Schulhöfe und Plätze öffnen, besser ausstatten und als vielseitige Bewegungsorte gestalten.

Wir setzen uns für den Ausbau frei zugänglicher Sport- und Spielplätze ein, die für alle Generationen inklusiv nutzbar sind und Begegnung fördern. Gleichzeitig müssen vorhandene Sportstätten modernisiert, barrierefrei gestaltet und bedarfsgerecht erweitert werden – insbesondere in unterversorgten Stadtteilen und für neue Sportarten.

Durch stärkere Kooperationen zwischen Stadt, Schulen und Vereinen sowie niedrigschwellige Angebote wie „Sport im Park“ bringen wir Bewegung in den Alltag aller Kieler*innen. Sport ist für uns mehr als Freizeit – er ist Ausdruck eines aktiven Lebensstils, ein verbindendes Element unserer Gemeinschaft und ein Beitrag zu Gesundheit, Teilhabe und Lebensqualität in Kiel.

6.1. BEWEGUNGSRÄUME

Regelmäßige Bewegung ist Voraussetzung für körperliches und seelisches Wohlbefinden und damit eine zentrale Aufgabe kommunaler Gesundheitsförderung. Doch nicht alle Menschen in Kiel haben im Alltag die gleichen Chancen auf Bewegung. In dicht besiedelten Stadtteilen fehlen oft wohnungsnah, sichere und barrierearme Bewegungsflächen. Wer keinen Sportverein findet oder sich Fitnessangebote nicht leisten kann, bleibt schnell außen vor. Gleichzeitig stehen vorhandene Flächen wie Schulhöfe, Sportrasen oder asphaltierte Plätze der Gemeinschaft außerhalb der regulären Nutzung häufig nicht zur Verfügung.

In Kiel gibt es bereits positive Ansätze: Im gesamten Stadtgebiet sind mittlerweile 14 frei zugängliche Outdoor-Fitness-Anlagen installiert. Dies und das Projekt „Spiel und Spaß für alle“ in Neumühlen-Dietrichsdorf zeigen, was möglich ist. Diese Beispiele wollen wir ausbauen, flächendeckend,

inklusiv und gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

- > **Bewegung wohnungsnah und kostenlos ermöglichen:** Parks, Plätze, Schulhöfe und Grünstreifen sollen zu offenen Bewegungsräumen werden, mit Calisthenics-Zonen, Spiel- und Motorikflächen, generationenübergreifenden Bewegungsparcours und kleinen Sportmodulen.
- > **Mehr Bewegung für alle – SportBoxen in ganz Kiel:** Die ersten beiden SportBoxen stehen bereits in Kiel. Per App lassen sich dort kostenlos verschiedene Sportgeräte sowie Spiele wie Wikingerschach oder Spikeball ausleihen – unkompliziert, gemeinschaftsfördernd und mit viel Spaß verbunden. Dieses niedrigschwellige Angebot bringt Menschen in Bewegung und lädt dazu ein, Neues auszuprobieren. Damit noch mehr Kieler*innen davon profitieren können, sollen SportBoxen an weiteren Standorten im Stadtgebiet aufgestellt werden.
- > **Bestehende Infrastruktur öffnen:** Schulhöfe und Sportplätze sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten öffentlich nutzbar sein, in Kooperation mit Schulen, Vereinen und Nachbarschaften. Der zunehmende Vandalismus auf Schulhöfen sorgt dafür, dass immer mehr Schulhöfe eingezäunt werden müssen. Die Einzäunung sollte immer als letztes Mittel gewählt werden, um die Nutzung auch außerhalb der Schulöffnungszeiten zuzulassen ([s. Kap 14.4. Bekämpfung von Vandalismus](#)).
- > **Barrierefreiheit und Teilhabe sichern:** Rutschfeste Beläge, Rampen, taktile Leitsysteme, inklusive Spielgeräte, Sitzgelegenheiten und Beschilderung in Leichter Sprache machen Bewegungsräume zugänglich für alle - besonders für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderung.
- > **Bewegung in den Alltag integrieren:** Breite Gehwege, verkehrsberuhigte Straßen, sichere Schulwege, Schattenplätze und genug Bänke sorgen dafür, dass sich Menschen in Kiel auch ohne Sportangebote aktiv durch die Stadt bewegen können.
- > **Bewegungsräume gemeinsam gestalten:** Bewegungsangebote sollen gemeinsam mit Anwohner*innen, Jugendgruppen und Initiativen geplant werden, damit die Flächen genutzt, gepflegt und akzeptiert sind. Beteiligung reduziert Konflikte und stärkt Identifikation.
- > **Bewegung als Gesundheitsstrategie verstehen:** Wir sehen Bewegung nicht nur als Freizeitangebot, sondern als Teil einer umfassenden kommunalen Gesundheitsvorsorge. Prävention beginnt im eigenen Stadtviertel.

Bewegungsräume sind soziale Infrastruktur. Sie fördern Gesundheit, Teilhabe und Miteinander, ganz ohne Eintritt, Leistungsdruck oder Vereinszugehörigkeit. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Kiel frei, sicher und mit Freude bewegen können.

6.2. SPORTSTÄTTENFÖRDERUNG

Kiel setzt mit der Sportstrategie 2042 auf den Erhalt, die Modernisierung und den Neubau von Sportstätten. Unser Ziel sind voll funktionsfähige, gut ausgestattete und barrierefreie Anlagen, die allen Menschen offenstehen und vielfältige Sportarten ermöglichen.

- > **Neubau in unterversorgten Stadtteilen und für neue Sportarten:** Wir wollen neue Sportstätten dort schaffen, wo bislang Lücken bestehen, und Angebote für bisher unterrepräsentierte Sportarten ermöglichen. Wohnortnahe Anlagen erhöhen die sportliche Teilhabe deutlich, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.
- > **Barrierefreiheit umsetzen:** Bestehende Anlagen sollen so umgebaut werden, dass sie vollständig barrierefrei sind. Dies schafft die Voraussetzungen für inklusiven Sport, z. B. Rollstuhlbasketball, und erleichtert allen Menschen den Zugang.
- > **Kooperation und Nutzung optimieren:** Die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Schulen und Sportvereinen soll gestärkt werden, um Hallenkapazitäten optimal auszulasten und ein vielfältiges Angebot sicherzustellen.
- > **Niedrigschwellige Angebote ausbauen:** Bewegungsangebote wie „Sport im Park“ wollen wir erweitern, stärker bewerben und öffentliche Sportanlagen, insbesondere in Grünflächen, schaffen. So wird Sport im Alltag leichter zugänglich und für alle Menschen attraktiv.

Sport in Kiel ist nicht nur Ausdruck eines aktiven Lebensstils, sondern ein verbindendes Element unserer Stadtgesellschaft und ein Beitrag zu Lebensqualität und Gemeinschaft.

6.3. SPORT- UND SPIELPLÄTZE

Kiel verfügt über ein breites Angebot an Sport- und Spielplätzen, von großen Anlagen wie dem Sport- und Begegnungspark Gaarden über zentrale Flächen wie im Schrevenpark bis hin zu zahlreichen Quartiersspielplätzen.

Dennoch bestehen Lücken. In dicht besiedelten Stadtteilen fehlen oft wohnungsnah, barrierearme Bewegungsflächen. Bestehende Anlagen sind nicht immer zugänglich oder entsprechen nicht den Anforderungen inklusiver Nutzung. Insbesondere Familien ohne eigenen Garten, Jugendliche ohne Vereinsanbindung und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen profitieren von gut erreichbaren, kostenfreien Bewegungsräumen. Neben baulichen Defiziten sind auch eingeschränkte Öffnungszeiten ein Hindernis für eine vielfältige Nutzung.

- > **Zugang sichern und erweitern:** Sport- und Spielflächen sollen für alle Kieler*innen möglichst frei zugänglich sein. Schulhöfe und Sportplätze sollen daher auch außerhalb der Unterrichts- und Vereinszeiten geöffnet werden. Eine Einzäunung darf nur als letztes Mittel erfolgen, wenn dies aus Sicherheits- oder Lärmschutzgründen notwendig ist. Beleuchtung, einsehbare Wege und Sicherheitskonzepte fördern offenen Zugang und Sicherheit.
- > **Inklusion und Barrierefreiheit umsetzen:** Alle Anlagen sollen für Menschen mit unterschiedlichen körperlichen und sensorischen Fähigkeiten nutzbar sein, mit inklusiven Geräten, rutschfesten Belägen, taktilen Leitsystemen und Rampen. Sitzgelegenheiten, Beschattung sowie Beschilderung in Leichter Sprache und mit Piktogrammen erleichtern die Nutzung.
- > **Flächendeckende Qualität und Versorgung:** Wir wollen eine vollständige und aktuelle Bestandsaufnahme des Zustands, der Barrierefreiheit und der Ausstattung aller öffentlichen Sport- und Spielplätze in Kiel. Sie bildet die Grundlage für Bedarfsplanung nach Bevölkerungsdichte und Altersstruktur. Unterversorgte Stadtteile sollen gezielt neue, multifunktionale Anlagen erhalten.
- > **Gemeinschaftliche Gestaltung und Pflege:** Planung und Pflege sollen gemeinsam mit Anwohner*innen, Kindern, Jugendlichen und Initiativen erfolgen. Wetterfeste Infotafeln können der Organisation von Festen, Treffen oder Sportangeboten dienen. Kooperationen mit Vereinen und Trägern sichern Pflege und Belebung.
- > **Verbindung von Sport, Natur und Klimaanpassung:** Sport- und Spielplätze sollen nicht nur Bewegungsräume, sondern auch Orte der Erholung und ökologischen Aufwertung sein. Begrünung, Baumpflanzungen und naturnahe Gestaltung verbessern das Mikroklima und schaffen

Schatten. Regenwassernutzung und Entsiegelung helfen, Hitzeperioden abzumildern und das Stadtklima zu stabilisieren. So werden Sport- und Spielplätze zu multifunktionalen Flächen, die Gesundheit, Umwelt und Gemeinschaft gleichermaßen fördern.

Mit inklusiven, wohnungsnahen und gut gepflegten Sport- und Spielplätzen schaffen wir Bewegungsräume für alle Generationen. Wir fördern Begegnung, Gesundheit und Teilhabe im öffentlichen Raum und machen Kiel zu einer Stadt, in der Spiel und Sport selbstverständlich Teil des Alltags sind.

6.4. SPITZENSport IN KIEL FÖRDERN

Kiel ist eine Stadt des Sports mit herausragenden Vereinen wie beispielsweise THW Kiel, Holstein Kiel und den Kiel Baltic Hurricanes. Spitzensport prägt das Image unserer Stadt, begeistert die Menschen, liefert Impulse für den Nachwuchs und trägt zum sozialen Zusammenhalt sowie zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bei. Daher soll der Spitzensport mit klarer Verantwortung für Nachhaltigkeit, Transparenz, Inklusion und einer breiten Verankerung in der Stadtgesellschaft gezielt gefördert werden.

- > **Holstein-Stadion zukunftsfähig ausbauen:** Der geplante Umbau soll im Dialog mit Fans und Anwohnenden klimafreundlich, barrierefrei und modern umgesetzt werden. Als positives Beispiel gilt der Umbau des Preußenstadions in Münster, der trotz laufendem Spielbetrieb zügig und im Zeitplan verläuft. Von solchen erfolgreichen Abläufen können auch wir in Kiel lernen.
- > **Spitzenvereine stärken, Talente fördern:** THW Kiel, Holstein Kiel und die Baltic Hurricanes sollen durch moderne Trainingsbedingungen, verlässliche Infrastruktur und gezielte Nachwuchsprogramme in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen langfristige Planungssicherheit erhalten.
- > **Wassersport als Aushängeschild fördern:** Als Stadt am Meer hat Kiel eine besondere Verantwortung und Chance, den Spitzensport im Wasser gezielt zu stärken. Dazu gehören der Erhalt und die Sanierung von Trainingsgeländen und Vereinsheimen im Segel-, Kanu- und Kajak- und Rudersport, etwa rund um das Olympiazentrum Schilksee und entlang der Kiellinie.

- > **Nachwuchs stärken und Teilhabe ermöglichen:** Kinder und Jugendliche sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Einkommen Zugang zum Leistungssport erhalten. Dafür braucht es niedrighschwellige Angebote wie Probetrainings, Kooperationen mit Schulen und Unterstützungsfonds für Ausrüstung oder Fahrtkosten. Unser Ziel ist es, allen gleiche Chancen für sportliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit zu bieten.
- > **Vereinsübergreifende Zusammenarbeit fördern:** Wir möchten Synergien zwischen Sportvereinen stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Sportstätten, geteilte Ressourcen, gemeinsames Training und gemeinsame Sportveranstaltungen. Die Stadt kann solche Kooperationen gezielt unterstützen, indem sie den Austausch über bestehende Netzwerke wie die „SportRegion“ (eine Arbeitsgruppe der KielRegion) fördert und gemeinschaftlich organisierte Projekte wie Turniere, Trainingswochenenden oder inklusive Sporttage unterstützt.

Kiel soll auch in Zukunft für herausragenden und gemeinschaftlich getragenen Spitzensport stehen.

6.5. E-SPORT ALS MODERNER TEIL DER SPORTLANDSCHAFT

E-Sport ist längst ein fester Bestandteil der Lebenswelt vieler junger Menschen. Er schult Teamarbeit, Kommunikation, strategisches Denken und Konzentration. Kiel verfügt bereits über eine aktive Szene: Baltic eSports Kiel e. V., Holstein Kiel eStorks, Kiel Gaming Port e. V., das Landeszentrum für E-Sport und Digitalisierung Schleswig-Holstein (LEZ SH) sowie Schul-AGs und Jugendtreffs zeigen, wie E-Sport Gemeinschaft und Bildung verbinden kann. Diese Angebote wollen wir stärken, ausbauen und vernetzen. Dazu gehören offene, gut ausgestattete Räume in Jugendzentren, Schulen und Stadtteiltreffs, die auch für Turniere und gemeinsames Spielen zugänglich sind. In Kooperation mit Schulen, Jugendämtern und Sportvereinen sollen E-Sport-Formate genutzt werden, um digitale Kompetenzen zu fördern, Teamgeist zu stärken und präventiv gegen problematisches Spielverhalten zu wirken. Ergonomische Ausstattung, Bewegungspausen und ergänzende Sportangebote sind integraler Bestandteil, um gesundheitlichen Belastungen vorzubeugen. Wir wollen leistungsfähige Netze, moderne Ausstattung und lokale Events fördern

sowie Kooperationen mit der Gaming- und Kreativwirtschaft ausbauen, um Kiel als Standort für digitale Innovation und inklusiven E-Sport zu etablieren.

6.6. OLYMPIA-BEWERBUNG KIEL 2036

Die Landeshauptstadt Kiel und Schleswig-Holstein haben sich in einer gemeinsamen Resolution dafür ausgesprochen, zum dritten Mal olympische Segelwettbewerbe in Kiel auszurichten. Damit soll Kiel, nach den Segelregatten 1936 und 1972, erneut Olympiastandort werden. Für die Sommerspiele 2036 (alternativ 2040) bewirbt sich Kiel als Austragungsort der Disziplinen Segeln sowie der neuen olympischen Sportarten Küstenrudern und Freiwasserschwimmen. Eine Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) über eine deutsche Bewerbung und den Haupt Austragungsort wird 2026 erwartet. Kiel steht dabei in Konkurrenz zu Rostock-Warnemünde, das ebenfalls offiziell Segelstandort werden möchte.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Olympia-Bewerbung und -Ausrichtung in Kiel von Anfang an transparent, nachhaltig und mit breiter Bürger*innenbeteiligung gestaltet wird. Olympia 2036 muss unserer Stadt echten Mehrwert bringen, für den lokalen Sport, eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben in Kiel, ohne ökologische und soziale Belastungen zu hinterlassen.

- > **Vorhandene Infrastruktur nutzen und zukunftsfähig ausbauen:** Kiel verfügt mit dem Olympiazentrum Schilksee und den Erfahrungen der Kieler Woche über gute Voraussetzungen für die Austragung der Segelwettbewerbe. Die bestehenden Infrastrukturen sollen gezielt und nachhaltig modernisiert werden. Wo neue Anlagen notwendig sind, müssen die Standorte sorgfältig geprüft, sensible Küsten- und Naturräume geschützt, Biodiversität sowie Wasserqualität gesichert und hohe ökologische Standards eingehalten werden. Dazu gehören ein transparentes Nachhaltigkeitskonzept mit CO₂-Bilanzierung, konkreten Klimazielen, kreislaufgerechtem Bauen und einer langfristigen, öffentlich nutzbaren Nachnutzung.
- > **Sportinfrastruktur nachhaltig nutzen:** Notwendige Investitionen im Rahmen der Olympiaplanung sollen so gestaltet werden, dass sie nicht nur dem Spitzensport dienen, sondern dauerhaft dem Breitensport

zugutekommen, zum Beispiel durch moderne, barrierefreie Sportanlagen, die nach den Spielen allen offenstehen.

- > **Solide Finanzierung sicherstellen:** Bevor sich Kiel endgültig als Austragungsort verpflichtet, müssen klare Finanzierungszusagen von Land und Bund vorliegen. Zusätzlich ist eine unabhängige Kosten- und Risikoanalyse vorzulegen, um die international belegte Gefahr von Budgetüberschreitungen zu minimieren. Auch wenn nicht alle Kosten exakt planbar sind, braucht es eine transparente und nachvollziehbare Aufstellung der erwarteten Ausgaben und einen verbindlichen Kostenrahmen.
- > **Olympische Werte leben:** Wir wollen mit der Austragung 2036 ein klares Zeichen für Vielfalt, Demokratie und Inklusion setzen. Dazu gehören barrierefreie Veranstaltungsorte, Bildungsangebote zum historischen Kontext der Spiele von 1936 und europäische Kooperationen, beispielsweise durch Austauschprogramme, gemeinsame Kulturprojekte oder ein Jugendcamp mit unseren Partnerstädten.
- > **Beteiligung ermöglichen und stärken:** Wir setzen uns dafür ein, dass der geplante Bürger*innenentscheid zur Olympia-Bewerbung durch einen offenen und vielfältigen Beteiligungsprozess ergänzt wird. Dazu gehören öffentliche Beteiligungsforen und Ideenwerkstätten ebenso wie die bessere Sichtbarkeit und Weiterentwicklung der bestehenden digitalen Beteiligungsplattform DIPAS (s. Kap. 1 Liquid Democracy). Alle Menschen in Kiel sollen ortsunabhängig, barrierearm und verständlich informiert werden und die Möglichkeit haben, eigene Vorschläge einzubringen und mitzugestalten. Ein negativer Bürger*innenentscheid beendet die Bewerbung.
- > **Mobilität während der Spiele gezielt verbessern:** Der öffentliche Nahverkehr soll während der Spiele gezielt auf den Hauptachsen verstärkt werden, damit alle Standorte zuverlässig, barrierefrei und klimafreundlich erreichbar sind. Ergänzend sollen temporäre Maßnahmen wie zusätzliche Fahrradspuren nach dem Vorbild der Kaistraße zur Kieler Woche für mehr Sicherheit und bessere Verkehrsführung sorgen.

Nur wenn ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft im gesamten Prozess gesichert sind, kann Olympia 2036 für Kiel ein positives und zukunftsweisendes Kapitel werden.

7. EINE STADT, DIE RÜCKSICHT NIMMT

In unserer Stadt leben Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen, Bedürfnissen und Lebensweisen. Damit wir alle gut miteinander auskommen, ist Rücksichtnahme das Fundament unseres Zusammenlebens. Nur wenn wir einander achten, respektieren und aufeinander eingehen, kann unsere Gemeinschaft stark und gerecht sein.

Wir möchten eine Stadt, in der jeder Person mit Wertschätzung begegnet wird – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter oder Beeinträchtigung. Inklusion ist uns dabei besonders wichtig, damit niemand ausgeschlossen wird und alle aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Auch der Schutz unserer Tiere liegt uns am Herzen. Rücksicht auf die Bedürfnisse von Haustieren und Wildtieren trägt zu einem harmonischen Zusammenleben bei und schützt unsere Umwelt.

Gerade an besonderen Anlässen wie Silvester ist Rücksichtnahme unerlässlich. Der verantwortungsbewusste Umgang mit Feuerwerk und Lärm sorgt dafür, dass alle - Menschen und Tiere - sicher und friedlich ins neue Jahr starten können.

Gemeinsam schaffen wir ein Umfeld, in dem Vielfalt als Bereicherung verstanden wird und niemand ausgegrenzt wird.

7.1. FÜR EINE DISKRIMINIERUNGSFREIE STADT: VIELFALT SCHÜTZEN, HALTUNG ZEIGEN

Kiel ist eine vielfältige, offene und solidarische Stadt und das soll auch in Zukunft so bleiben. Doch auch hier nehmen Diskriminierung, antisemitische und rechtsextreme Straftaten sowie Hasskriminalität spürbar zu. Viele Betroffene erleben Ausgrenzung im Alltag, ohne dass diese Vorfälle sichtbar oder ernst genommen werden – die Dunkelziffer bleibt hoch. Das können und wollen wir nicht hinnehmen.

Antidiskriminierung und Antirassismus müssen zentrale Querschnittsaufgaben städtischer Politik und Verwaltung werden – von Bildung über Kultur bis hin zu Wirtschaft und öffentlicher Sicherheit. Kiel darf nicht nur

reagieren, wenn Menschen ausgegrenzt oder angegriffen werden – die Stadt muss aktiv handeln und diskriminierende Strukturen erkennen, Betroffene wirksam unterstützen und Vielfalt als selbstverständlichen Bestandteil des öffentlichen Lebens fördern. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, verbindliche Standards, gut erreichbare Anlaufstellen und die konsequente Einbindung von Menschen, die Diskriminierung erfahren:

- > **ECCAR-Ziele endlich verbindlich umsetzen:** Kiel ist Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), doch viele Ziele des 10-Punkte-Plans bleiben bisher Lippenbekenntnisse. Eine konkrete Umsetzungsstrategie mit Zeitplan, Evaluation und Öffentlichkeitsbeteiligung ist notwendig, um aus Symbolpolitik echte Fortschritte zu machen..
- > **Verpflichtende Antidiskriminierungs-Trainings:** Menschen, die in Verwaltung, Bildung, Gesundheitswesen oder öffentlicher Sicherheit arbeiten, haben Verantwortung im Umgang mit Vielfalt. Daher braucht es regelmäßige, verpflichtende Schulungen zu Antidiskriminierung und Rassismus, mit Fokus auf Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus sowie antichristlichen und antimuslimischen Rassismus. Diese Weiterbildungsangebote sollen zusätzlich helfen, eigene Denkmuster zu reflektieren.
- > **Zentrale Anlaufstelle schaffen und Strukturen vernetzen:** Kiel braucht eine unabhängige, zentrale Antidiskriminierungsstelle, die niedrigschwellige, intersektionale Beratung für Betroffene bietet, Beschwerden entgegennimmt, strukturelle Veränderungen anstößt und zwischen Verwaltung, Polizei, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft vermittelt. Diese Stelle soll nicht nur reaktiv beraten, sondern auch proaktiv Sensibilisierung und Empowerment fördern, mit klarer Zuständigkeit und ausreichend Ressourcen ausgestattet sein. Die bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote (z. B. advsh e. V., ZBBS, Coach e. V.) sollen aktiv eingebunden werden.
- > **Eine zentrale, unabhängige Anlaufstelle gegen Diskriminierung und Hasskriminalität:** Eine niedrigschwellige, intersektional arbeitende Koordinationsstelle bietet Beratung und Unterstützung für Betroffene, nimmt Beschwerden entgegen und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Betroffenenorganisationen.

- > **Rassismusfördernde Strukturen abschaffen:** Strukturen, die rassistische Benachteiligung begünstigen oder reproduzieren, müssen konsequent verändert werden. Wir setzen uns für eine rassismuskritische Organisationsentwicklung in städtischen Einrichtungen, Schulen, KiTas, Unternehmen und Vereinen ein – professionell begleitet durch externe Beratung, langfristige Qualifizierungsangebote und mit dem Ziel, dauerhaft diskriminierungsfreie Räume zu schaffen.
- > **Zeichen setzen für gelebte Vielfalt:** Wir schlagen die Einführung eines freiwilligen städtischen Antidiskriminierungs-Zertifikats vor – für Unternehmen, Vereine, Clubs und öffentliche Einrichtungen. Es steht sichtbar für eine diskriminierungssensible Haltung, konkrete Maßnahmen gegen Ausgrenzung und das aktive Bekenntnis zu Vielfalt und Teilhabe in Kiel.
- > **Stärkung politischer Bildung und demokratischer Kultur:** durch Aktionswochen, kreative Bildungs- und Kulturprojekte, digitale Formate und öffentliche Veranstaltungen mit Fokus auf Menschenrechte, Antirassismus und gesellschaftliche Teilhabe.
- > **Erinnern heißt Verantwortung übernehmen:** Kiel braucht eine lebendige und vielfältige Erinnerungskultur, die marginalisierte Perspektiven sichtbar macht und historisches Unrecht klar benennt. Dazu gehören die kritische Überprüfung und – wo nötig – Umbenennung kolonial belasteter Straßennamen ebenso wie Gedenkformate zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Erinnerung darf kein Stillstand sein – sie muss wachhalten, aufklären und zum Handeln ermutigen ([s. Kap. 9.9. Erinnerungskultur](#)).
- > **Gleiches Recht für alle statt Sonderregeln:** Diskriminierende Maßnahmen wie die Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir entschieden ab ([s. Kap. 4.4. Guthaben-Girokarte statt Bezahlkarte für Asylsuchende](#)). Kiel muss allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Pass – einen gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang zu Teilhabe, Unterstützung und grundlegenden Rechten gewährleisten. Eine solidarische Stadt lässt niemanden außen vor.

Wir wollen, dass Kiel ein sicherer Ort für alle bleibt – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder sozialem Status. Eine Stadt, die Vielfalt nicht nur toleriert, sondern schützt, stärkt und feiert.

7.2. RELIGIÖSE VIELFALT UND INTERRELIGIÖSER DIALOG

Kiel ist religiös vielfältig, mit Synagogen, Kirchen, Moscheen, Tempeln und humanistischen Gemeinschaften. Diese Vielfalt ist durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt und prägt den Alltag in unserer Stadt. Gleichzeitig erleben Menschen aufgrund ihrer Religion immer wieder Ausgrenzung oder Unsichtbarkeit. Eine demokratische Stadtgesellschaft braucht aber gegenseitigen Respekt, offene Räume und gelebte Gleichbehandlung, auch in Glaubensfragen.

- > **Dialog fördern, Strukturen stärken:** Mit dem Interreligiösen Arbeitskreis Kiel und Formaten wie der interreligiösen Stadtrundfahrt gibt es bereits wichtige Dialogansätze. Diese wollen wir sichtbarer machen und strukturell absichern, etwa durch eine städtisch koordinierte Plattform für interreligiösen Austausch, die alle Glaubensgemeinschaften, Weltanschauungen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen regelmäßig zusammenbringt.
- > **Glaubensfreiheit konkret ermöglichen:** Alle Menschen sollen ihre Religion frei und sicher ausüben können, ohne Angst vor Diskriminierung oder bürokratischen Hürden. Dafür braucht es transparente Genehmigungsverfahren für Gebetsräume, Schutz religiöser Einrichtungen und Gleichbehandlung bei der Nutzung öffentlicher Räume. Diese Verantwortung beginnt auf kommunaler Ebene, mit Verwaltung, Politik und Stadtplanung.
- > **Bildung, die Vielfalt sichtbar macht:** In Kiel wird religiöse Bildung bereits plural vermittelt; wir wollen das weiter fördern. In Schulen und KiTas sollen Kinder früh verschiedene Glaubensrichtungen kennenlernen. Besonders unterstützen wir Konzepte wie interreligiöse Projekt-tage oder Mehr-Religionen-KiTas, in denen gleichberechtigtes Miteinander von Anfang an erlebbar wird.
- > **Gemeinsam gegen Diskriminierung:** Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Diskriminierung gegen Christ*innen und religiös motivierte Ausgrenzung dulden wir nicht. Aufklärung, Beratung und ein städtisches Monitoring antisemitischer und antireligiöser Vorfälle sind nötig, um Betroffene zu schützen und Zusammenhalt zu fördern.

Vielfalt ist Realität. Was daraus wird, ist eine Frage politischer Haltung.

Kiel kann und soll zeigen, wie eine diskriminierungsfreie Stadt für alle gelingt, auch im Glauben.

7.3. INKLUSION UND BARRIEREFREIHEIT

Wir wollen, dass alle Menschen in Kiel ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können. Erste Grundlagen sind gelegt: Auf kiel.de finden sich Seiten in Gebärdensprache (DGS) und Leichter Sprache, das städtische Serviceportal bietet erste Online-Formulare, Veranstaltungsreihen wie „KulturInklusive“ senken Teilhabebehörden, der Beirat für Menschen mit Behinderung berät Politik sowie Verwaltung und die KVG setzt bereits eine 100 % Niederflerbusflotte ein. Rund zwei Drittel der Haltestellen sind barrierearm ausgebaut. Darauf bauen wir auf, konsequent, messbar und gemeinsam mit den Betroffenen:

- > **Kommunaler Aktionsplan Inklusion:** Ein rechtsverbindlicher Aktionsplan mit klaren Zielen, Zuständigkeiten und jährlichem Monitoring für Bau, Mobilität, Kultur, Sport, digitale Verwaltung und inklusives Wohnen schafft Verbindlichkeit.
- > **Inklusive Stadtplanung:** Barrierefreie Wegeketten, taktile Leitlinien, kontrastreiche und Braille-Beschilderung, sichere Querungen und Sitzgelegenheiten werden in B-Plänen, Gestaltungssatzungen sowie bei Spiel- und Sportflächen verbindlich verankert.
- > **Barrieremelder Kiel:** Über ein niedrighschwelliges Online-Portal können Bürger*innen bauliche oder digitale Barrieren melden. Die Verwaltung veröffentlicht Prioritätenliste und Abarbeitungsstand.
- > **Barrierefreie Verwaltung by default:** Alle neuen und überarbeiteten Online-Formulare erfüllen die WCAG-Richtlinie, Texte erscheinen zusätzlich in Leichter Sprache und häufig genutzten Fremdsprachen. Bei zentralen Terminen steht DGS-Dolmetschung bereit und im Rathaus werden taktile und visuelle Leitsysteme ergänzt.
- > **ÖPNV und Wege für alle:** Wir wollen die barrierefreie Umrüstung der restlichen Haltestellen beschleunigen. Akustische und visuelle Echtzeitanzeigen sollen installiert werden ebenso wie akustische Signale an großen Kreuzungen. Bei Neu- und Ersatzbeschaffungen bleiben Fahrzeuge konsequent barrierefrei.
- > **Bildung und Freizeit inklusiv:** KiTas, Schulen, VHS, Bibliotheken und

Jugendeinrichtungen werden baulich sowie digital barrierefrei. Kurse und Veranstaltungen bieten Untertitel, DGS, Leichte Sprache und unterstützende Technik (z. B. Induktionsschleifen).

- > **Kultur, Sport und Großevents inklusiv:** Induktionsanlagen, Audiodeskription, ruhige Zonen sowie barrierefreie Wege und Toiletten werden Standard, städtische Förderbedingungen schreiben diese Anforderungen für Großevents verbindlich vor.
- > **Inklusives Wohnen und Beratung:** Wir fördern Wohnraum Anpassungen, bündeln Quartiersberatung und vernetzen Stadt, Wohnungswirtschaft, Pflege Eingliederungshilfe, soziale Dienste und Zivilgesellschaft für alters- und behindertengerechtes Wohnen ([s. Kap. 3.4. Altersgerechter und inklusiver Wohnraum](#)).

Barrierefreiheit nützt uns allen. Sie macht Kiel verständlicher, sicherer und lebenswerter, damit wir als Stadtgemeinschaft zusammenwachsen können.

7.4. INKLUSIVE DIGITALISIERUNG

Alle Menschen in Kiel sollen digitale Angebote selbstbestimmt nutzen können, unabhängig von Alter, Einkommen, Sprache oder Behinderung. Gleichzeitig behalten wir analoge Alternativen, etwa persönliche Beratung, telefonische Terminvergabe und schriftliche Anträge, damit niemand ausgeschlossen wird. Bereits jetzt gibt es in Kiel Informationen in Gebärdensprache und eine Vorlesefunktion auf kiel.de, Online-Services (teils mehrsprachig), Spontansprechstunden und digitale Hilfe in Bibliotheken oder Quartieren, öffentliches #SH_WLAN in der Innenstadt, Tablets zur Vor-Ort-Nutzung in der Zentralbücherei, Open-Data-Schnittstellen und Austauschformate wie Hackathons.

Wir bauen diese Grundlagen konsequent weiter aus. Alle städtischen Online-Formulare werden standardmäßig nach den WCAG-Richtlinien gestaltet (kurz, mobil-tauglich, screenreader-geeignet) und durch Untertitel sowie Videos in Gebärdensprache ergänzt. Online-Angebote erscheinen systematisch in Leichter Sprache und mehrsprachig. In Quartieren und Bibliotheken unterstützen Digitallots*innen Menschen mit wenig Vorerfahrung beim Umgang mit Smartphone, Tablet oder PC, etwa bei Gesundheitsanwendungen, Verwaltungskontakten oder digitaler Kommunikation. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität schaffen wir

ergänzend mobile Beratung und aufsuchende Formate. Bibliotheken und Stadtteilzentren stellen einen Leihpool für Tablets mit Grundfunktionen zur Verfügung, unterstützt durch persönliche Anleitung. Das öffentliche WLAN-Netz #SH_WLAN wird auf alle Stadtteile ausgeweitet. Wir fördern niedrigschwellige Digitalcafés und Schulungsreihen für ältere Menschen in Kooperation mit Ehrenamt, Wohlfahrt und Stadtgesellschaft. Die Entwicklung digitaler Angebote erfolgt gemeinsam mit den Nutzer*innen. Die Verwaltung soll mit einer Open-Source-Selbstverpflichtung und nach dem Prinzip „Datenschutz by design“ arbeiten. So wird digitale Teilhabe für alle Wirklichkeit, egal ob von Zuhause aus, unterwegs oder vor Ort.

7.5. GLEICHSTELLUNG

Gleichstellung ist keine Kür, sondern eine Verpflichtung. Die Stadt Kiel erfüllt bereits zentrale gesetzliche Vorgaben: Es gibt ein Gleichstellungsbüro, Beratungsangebote und feste Beteiligungsrechte für Gleichstellungsbeauftragte in Verwaltung und Personalprozessen. Doch Gleichstellung endet nicht bei der Einhaltung von Pflichten. Damit alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Identität oder Lebensform, sicher, selbstbestimmt und sichtbar in Kiel leben können, braucht es konkrete Verbesserungen und strukturelle Weiterentwicklungen.

- > **Verpflichtungen wirksam umsetzen:** Die frühzeitige Beteiligung der Gleichstellungsstelle in Personalverfahren, Projektentscheidungen und Gremienbesetzungen wird standardisiert und nachvollziehbar dokumentiert. Bestehende Schutzangebote für gewaltbetroffene FLINTA*- und queere Personen werden finanziell gesichert und koordiniert weiterentwickelt.
- > **Parität ermöglichen:** Gremien, Beiräte, Jurys und Führungspositionen sollen geschlechtergerecht besetzt werden. Auch wenn Parität nicht verpflichtend ist, kann sie durch klare Zielvorgaben und öffentliche Transparenz gefördert werden.
- > **Diskriminierungsfrei einstellen:** Anonyme Bewerbungsverfahren werden dort erprobt, wo es sinnvoll ist. Alle Personalverantwortlichen erhalten verpflichtende Schulungen zu unbewussten Vorurteilen und diskriminierungssensibler Kommunikation.
- > **Kindern und Jugendlichen frühzeitig ihre Möglichkeiten aufzeigen:** Wir setzen uns für eine zentrale Informations- und Vermittlungsplattform

für den Girls' und Boys' Day und weitere berufsorientierende Formate in der Stadt ein, damit junge Menschen schon frühzeitig die Gelegenheit bekommen, berufliche Vorbilder aller Geschlechter zu erleben. Damit möchten wir langfristig dazu beitragen, dass Menschen ihre Berufswahl unabhängig von Rollenklischees treffen können.

- > **Gleichstellungs-Check einführen:** Bei allen Vorlagenerstellungen soll die Gleichstellung mitbedacht und die Berücksichtigung in der Vorlage mittels eines Gleichstellungs-Checks strukturiert dokumentiert werden. So schärfen und verstetigen wir den Blick für wirkliche Gleichberechtigung.
- > **Sichtbarkeit stärken:** Queere Kultur, feministische Stadtgeschichte und gendersensible Gestaltung werden sichtbarer Teil des Stadtbilds. Dabei werden queere und feministische Initiativen und Projekte, wie z. B. Haki e. V. oder der CSD Kiel e. V. einbezogen. Die jährliche Queere Kulturwoche und der Christopher Street Day sind eine wichtige Säule der Sichtbarkeit. Wir setzen uns deshalb für eine Förderung durch die Stadt ein.
- > **Zugänge schaffen:** Die Stadt unterstützt Programme zur Förderung von FLINTA*-Personen in MINT, Handwerk, Verwaltung und Politik. Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird mit flexiblen Arbeitsmodellen, auch in der Stadtverwaltung, weiterentwickelt.
- > **Planung gendergerecht denken:** Menstruationsprodukte werden in ausgewählten öffentlichen Gebäuden kostenfrei zugänglich gemacht. Öffentliche Räume wie Straßen, Plätze und Parks sollen so gestaltet werden, dass sich alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Mobilität, sicher und willkommen fühlen. Gute Beleuchtung, Aufenthaltsqualität und barrierearme Zugänge sind dafür zentrale Kriterien.

Gleichstellung entsteht dort, wo Strukturen, Sprache und Ressourcen Menschen nicht ausschließen, sondern bewusst einbeziehen. So wird Kiel gerechter, sichtbarer und freier für alle.

7.6. FRIEDHÖFE UND BESTATTUNGSWESEN

Friedhöfe sind nicht nur Bestattungsorte. Sie sind öffentliche Räume für Trauer, Erinnerung, Natur und Gemeinschaft. In Kiel zeigt sich der Wandel der Bestattungskultur deutlich: Urnenfelder, Baumbestattungen,

anonyme Gräber und interkulturelle Formen werden immer stärker nachgefragt. Gleichzeitig leiden viele Friedhöfe unter wirtschaftlichem Druck und teilweise unter fehlender Pflege. Wir wollen Friedhöfe zukunftsfähig machen, sozial gerecht, ökologisch tragfähig und kulturell offen:

- > **Würdevolle Bestattung für alle:** Der Zugang zu einer würdevollen Bestattung darf nicht vom Einkommen abhängen. Wir setzen uns für klare Informationen, verständliche Verfahren und aktive Beratung zur Sozialbestattung ein.
- > **Ökologische und naturnahe Gestaltung:** Friedhöfe leisten wichtige Beiträge zum Stadtklima. Wir wollen klimafreundliche Grabfelder, weniger versiegelte Wege, biologische Materialien und Pflegekonzepte mit Artenvielfalt und Schattenstruktur fördern. Die Reerdigung, die in Kiel bereits angeboten wird, ist ein gutes Beispiel für eine nachhaltige Bestattungsform.
- > **Vielfalt ermöglichen:** Friedhöfe sollen die Lebensrealitäten einer pluralen Stadtgesellschaft abbilden - mit Urnengärten, Rasengräbern, Gemeinschaftsfeldern und interkulturellen Angeboten, die würdevoll gestaltet und sichtbar zugänglich sind.
- > **Friedhöfe als Orte der Teilhabe:** Gedenkveranstaltungen, Pflanzaktionen oder Kooperationen mit Schulen und Hospizen machen Friedhöfe zu lebendigen Orten. Barrierefreiheit, Ruhezonen und Leichte Sprache verbessern die Zugänglichkeit für alle.
- > **Friedhöfe kommunal sichern:** Friedhöfe sind Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen uns dafür ein, dass sie öffentlich zugänglich, bedarfsgerecht gepflegt und langfristig in kommunaler Trägerschaft bleiben - nicht kommerzialisiert oder vernachlässigt.

Friedhöfe sind Orte, die uns verbinden - mit Erinnerungen, mit der Natur und miteinander. Wir wollen sie stärken und gemeinsam gestalten.

7.7. EIN TIERFREUNDLICHES KIEL

Tiere sind Teil unseres städtischen Lebensraums – ob als Haustiere, Wildtiere oder Insekten. Kiel bietet bereits viele gute Ansätze für ein tierfreundliches Miteinander. Diese wollen wir stärken und weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine Stadt, in der Tiere geschützt und respektiert werden – durch gezielte Aufklärung, verbesserte Lebensräume und aktive

Beteiligung der Stadtgesellschaft.

- > **Bienenpopulation fördern:** Dem Rückgang der Bienen wird bereits durch eingezäunte Bienenwiesen, Nisthilfen und einem Aktionsplan begegnet. Wir wollen zusätzlich die in Kiel lebenden Menschen stärker einbinden – etwa durch Aufrufe zur Balkonbepflanzung oder zur Gestaltung von insektenfreundlichen Grünflächen und durch Aufklärungskampagnen. So stärken wir das Bewusstsein für Artenschutz und fördern lokales Engagement. Gleichzeitig soll die Stadt auf Pestizide im öffentlichen Raum verzichten und die Pflege städtischer Grünflächen konsequent insektenfreundlich und bienenfreundlich gestalten.
- > **Geh- und Radwege tierfreundlich gestalten:** Bei Neu- und Umbauten sollen Grünstreifen entlang von Geh- und Radwegen konsequent mitgedacht und gepflegt werden. Diese Flächen schaffen Lebensräume für Kleintiere, helfen bei der Vernetzung von Biotopen, verbessern das Mikroklima und machen die Stadt hundefreundlicher – auch mitten im urbanen Raum.
- > **Naturlehrpfade schaffen:** Naturlehrpfade wie in Kiel-Ellerbek leisten wichtige Arbeit. Kurze, gut zugängliche Lernpfade im Stadtgebiet sollen Naturerlebnisse und Umweltbildung miteinander verbinden. Sie fördern die Achtsamkeit gegenüber der Tierwelt und schaffen Bewusstsein für den Umgang mit natürlichen Lebensräumen – generationsübergreifend und alltagsnah.
- > **Beteiligungskonzepte ausbauen:** In enger Zusammenarbeit mit Schulen wollen wir Schulhöfe als Lern- und Lebensräume gestalten – durch Nisthilfen, Bienenstöcke oder Insektenhotels. So lernen Kinder früh, Verantwortung für Tiere und Umwelt zu übernehmen und sich aktiv einzubringen.
- > **Tierschutz stärken:** Aufklärung ist die Grundlage für wirksamen Tierschutz. Wer über die Bedürfnisse von Wild- und Haustieren informiert ist, handelt bewusster – sei es beim Füttern von Enten, beim Umgang mit Müll oder beim Schutz von Lebensräumen. Wir wollen diese Informationen niederschwellig und zielgruppengerecht vermitteln.
- > **Tierheim Uhlenkrog unterstützen:** Das Tierheim leistet wertvolle Arbeit – für Haustiere wie auch für verletzte Wildtiere. Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Unterstützung ein, um Versorgung und Unterbringung zu sichern. Perspektivisch soll das Tierheim erweitert und als

- tierfreundlicher Rückzugsort gestärkt werden.
- > **Digitale Aufklärungskampagnen:** Über soziale Medien sollen regelmäßig Informationen zum Schutz von Tieren in der Stadt veröffentlicht werden – z. B. zur Brutzeit, zur Leinenpflicht, Taubenfütterung oder zu den Folgen von Vermüllung. So erreichen wir viele Menschen direkt und praxisnah.
 - > **Verantwortungsvolle Haustieradoption fördern:** Die Zahl der adoptierten Tiere aus dem Ausland steigt – oft ohne ausreichende Vorbereitung. In Zusammenarbeit mit dem örtlichen Tierschutz wollen wir digitale Workshops anbieten, die über Chancen, Risiken und artgerechte Haltung aufklären. Sie dienen der Prävention und schaffen Austausch für Tierfreund*innen mit ähnlichen Anliegen.
 - > **Stadttauben tierschutzgerecht managen:** Die Population der Stadttauben wird durch Fütterungsverbote und Kontrolle der Futterplätze bereits reguliert. Wir setzen ergänzend auf Aufklärung über verantwortungsvolles Verhalten, insbesondere über geeignete Fütterung und Gesundheitsrisiken. Gebäudeeigentümer*innen sollen beraten werden, wie sie ihre Immobilien tierfreundlich schützen können. Das Modell des Taubenhauses am Hauptbahnhof wollen wir auf weitere Stadtteile ausweiten, um eine dezentrale und tierschutzgerechte Regulierung zu ermöglichen.

Eine tierfreundliche Stadt ist eine lebenswerte Stadt – für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass Kiel ein Ort bleibt, an dem Tiere geschützt und respektvoll behandelt werden.

7.8. SILVESTERFEUERWERK

Für viele Menschen ist Silvester ein Moment der Freude und des Zusammenkommens. Doch der Jahreswechsel ist auch mit enormen Herausforderungen für Mensch, Tier und Umwelt verbunden: Verletzungen, Übergriffe auf Einsatzkräfte, hohe Feinstaubwerte, Müll und Verschmutzung sowie Lärmbelastung. Auch in Kiel sorgt Silvester jedes Jahr für besondere Belastungen – in einigen Stadtteilen kam es zuletzt zu massiven Angriffen auf Polizei und Rettungskräfte.

Hinzu kommt: Mit einem der wenigen Produktionsstandorte der Pyrotechnikindustrie im Stadtteil Pries-Friedrichsort spielt die Branche eine Rolle in der lokalen Wirtschaft. Das macht die Diskussion in Kiel vielschichtig

– und zeigt umso mehr, wie wichtig es ist, nachhaltige und faire Lösungen im Dialog mit allen Beteiligten zu entwickeln.

Damit alle Menschen in Kiel die Silvesternacht angstfrei und sicher verbringen können, braucht es ein modernes, sicheres und nachhaltiges Silvesterkonzept, welches Sicherheit, Umwelt, Zusammenhalt, Arbeitsplätze und lokale Besonderheiten zusammendenkt. Wir wollen attraktive, sichere und inklusive Feierformate schaffen, die Menschen verbinden.

Silvester sicher für alle gestalten

- > Ausweitung von Böllerverbotzonen auf weitere sensible Bereiche wie Innenstadt und Hauptbahnhof
- > Angriffe auf Einsatzkräfte konsequent ahnden, ergänzt durch eine städtische Informations- und Respekt-Kampagne, die auch auf die Belastung für Tiere und Umwelt aufmerksam macht
- > Mehrsprachige Präventionskampagnen gemeinsam mit Schulen, Jugendtreffs und zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickeln, um gefährlichen Situationen frühzeitig vorzubeugen

Mensch, Tier und Umwelt besser schützen

- > Konsequente Reinigung am Neujahrstag in besonders betroffenen Stadtgebieten.
- > Start der Initiative „Sauberes Kiel zum Jahreswechsel“ mit Bürger*innenbeteiligung.
- > Schäden an Infrastruktur, Müllaufkommen und städtische Kosten sollen systematisch erfasst und analysiert werden, um künftige Maßnahmen gezielt zu verbessern.

Industrie und Beschäftigte im Blick behalten

- > Einrichtung eines runden Tisches für ein modernes Silvester mit der Stadt, Weco, Beschäftigten und Zivilgesellschaft
- > Unterstützung bei Innovationen in nachhaltiger Pyrotechnik

Zentrale, inklusive Feierformate schaffen

- > Entwicklung eines Konzepts für öffentliche und familienfreundliche Silvesterfeiern mit Musik, Laser- oder Drohnenshow sowie lärmreduziertem Feuerwerk mit lokalen Kulturschaffenden.
- > Barrierefreiheit sicherstellen, z. B. durch rollstuhlgerechte Zugänge,

barrierefreie Toiletten und ausgewiesene Bereiche.

- > Finanzierung über eine Kombination aus städtischen Mitteln, lokaler Wirtschaft und Crowdfunding.
- > Frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen, z. B. über Online-Umfragen, offene Ideenwerkstätten und Beteiligungsgremien.

Ein modernes Silvesterkonzept schützt Menschen, Tiere und Umwelt, stärkt Kieler Arbeitsplätze und feiert unsere Stadt und das neue Jahr - ohne Angst, Müllberge und Feinstaubnebel.

Best Practice

Zentrale Feuerwerksshows in Amsterdam

Amsterdam zeigt, wie ein moderner Jahreswechsel aussehen kann: Statt privatem Böllern gibt es zentrale Feuerwerksshows – organisiert von der Stadt. Das sorgt für weniger Gewalt, weniger Schäden und ein entspannteres Einsatzgeschehen. Die Menschen feiern weiterhin zusammen, aber sicherer und umweltfreundlicher. Volt Kiel sieht Amsterdam als Vorbild: Mit zentralen Orten und attraktiven, sicheren Feierformaten lässt sich Silvester auch in Kiel moderner gestalten.

8. EINE STADT, DIE IN KINDER, FAMILIEN UND LEBENSLANGES LERNEN INVESTIERT

Kinder sind das Herz unserer Gesellschaft – sie sind unsere Zukunft, unsere Hoffnung und unser größtes Potenzial. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, Kiel zu einer Stadt zu machen, in der alle Kinder von Anfang an die bestmöglichen Chancen erhalten, sich frei und sicher zu entfalten. Bildung und Betreuung sind weit mehr als nur ein Platz in KiTa oder Schule – sie sind die Grundlage für persönliche Entwicklung, soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.

Wir setzen uns dafür ein, dass frühkindliche Bildung, Betreuung und schulische Angebote in Kiel nicht nur flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden sind, sondern auch qualitativ hochwertig, inklusiv und gerecht gestaltet werden. Jedes Kind soll unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder individuellen Fähigkeiten die Unterstützung bekommen, die es braucht, um seine Talente zu entdecken und zu entwickeln. Dabei wollen wir Barrieren abbauen, Chancengleichheit stärken und Räume schaffen, in denen sich Kinder sicher, geborgen und willkommen fühlen.

Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Stadt, in der Familien entlastet werden, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingt und Kinder in einer Umgebung aufwachsen, die sie ermutigt, neugierig zu sein, kreativ zu denken und selbstbewusst ihren Weg zu gehen. Gemeinsam gestalten wir Kiel als einen Ort, an dem Bildung als Schlüssel für eine gerechte Zukunft verstanden und gefördert wird – weil wir fest daran glauben, dass in jedem Kind ein kleines Wunder steckt.

8.1. KINDGERECHTE STADTENTWICKLUNG

Kiel braucht mehr Orte, an denen Familien mit Kindern willkommen sind und sich ungestört aufhalten können. Noch immer stoßen Eltern im öffentlichen Raum auf viele Barrieren: Cafés sind eng möbliert, Kinderwagen finden keinen Platz, kindliche Lebendigkeit gilt als störend. Auch Bibliotheken oder Kultureinrichtungen bieten selten kindgerechte Bedingungen.

- > **Elterncafés:** Wir wollen familienfreundliche Cafés unterstützen, in denen Spielecken, Malsachen, kindersicheres Mobiliar und altersgerechtes Geschirr selbstverständlich dazugehören. Solche Elterncafés sollen gezielt unterstützt werden, damit Familien sich nicht ausgeschlossen, sondern willkommen fühlen.
- > **Die Kinderbibliothek:** Die Stadtbücherei Kiel bietet punktuell Angebote für Kinder, jedoch keine eigenständige, kindgerechte Struktur. In Kooperation mit der Stadtbücherei soll es regelmäßig offene Formate geben, bei denen Kinder die Welt der Bücher spielerisch entdecken können – in einem geschützten, inspirierenden Umfeld. So stärken wir frühzeitig Lesekompetenz, Neugier und soziale Begegnung.
- > **Die Kinderdisco:** Wir wollen Bewegung und Begegnung durch eine mobile Kinderdisco ermöglichen. In Zusammenarbeit mit lokalen Clubs soll eine regelmäßig stattfindende Kinderdisco entstehen – nachmittags, mit kindgerechter Musik, wechselnden Orten und offen für alle. Hier können Kinder tanzen, toben und sich austauschen, während die Eltern soziale Kontakte knüpfen. Die mobile Struktur sorgt für niedrigschwelligen Zugang und stärkt frühkindliche Teilhabe.
- > **Das Spielplatz-Infobrett:** Kiels Spielplätze erfüllen meist funktionale Mindeststandards, werden aber nur selten als soziale Orte genutzt. Einfache, wetterfeste Infotafeln vor Ort sollen Eltern die Organisation von Festen, Verabredungen oder Nachbarschaftstreffen erleichtern – und die Arbeit von Spielpat*innen sichtbar machen. Spielplätze sollen künftig durch Kinder mitgestaltet werden. So werden Spielplätze zu echten Begegnungsorten im Stadtteil.

Kiel soll eine kinderfreundliche Stadt sein – mit Raum für Begegnung, Bewegung, Bildung und Teilhabe. Dafür gestalten wir öffentliche Räume neu: inklusiv, offen und familiengerecht.

8.2. FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND KINDERTAGESBETREUUNG

Gute frühkindliche Bildung ist kein Bonus – sie ist Grundvoraussetzung für Chancengerechtigkeit, soziale Teilhabe und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. KiTas sind die ersten Bildungsorte, an denen Kinder soziale Kompetenzen entwickeln, sich ausprobieren und gefördert werden. Deshalb setzen wir uns für ein starkes, gerechtes und flexibles System

ein, das allen Kindern offensteht – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Förderbedarf.

- > **Vielfalt von Anfang an:** Frühkindliche Bildung muss allen zugänglich sein – niedrighschwellig, inklusiv und vielfältig. Sport, Musik, Kunst, Sprache, Umweltbildung und soziale Kompetenzen sollen kindgerecht vermittelt werden. Ob mit Entwicklungsverzögerung oder Hochbegabung: Kinder brauchen individuelle Förderung, etwa durch Sprachkurse, Immersionsmodelle (z. B. zweisprachige Gruppen) oder gezielte Assistenz. Inklusion beginnt in der KiTa. Kinder sollen bei Bedarf durch regelmäßige Förderkurse in der KiTa bei dem Erlernen von Deutsch als Alltagssprache unterstützt werden. Die „Kinderstube der Demokratie“ soll flächendeckend umgesetzt werden, damit Kinder Mitbestimmung von Anfang an erleben.
- > **Verlässliche Betreuung – gerecht organisiert:** Eltern brauchen sichere, passende Angebote – in Randzeiten, für unter Dreijährige und in jedem Stadtteil. Die Stadt Kiel muss ihren Versorgungsauftrag endlich vollumfänglich erfüllen. KiTas brauchen flexible Öffnungszeiten, kurze Wege und echte Wahlmöglichkeiten.
- > **Gute Betreuung beginnt mit gutem Personal:** Dem Fachkräftemangel in KiTas muss mit besseren Ausbildungsbedingungen begegnet werden. Kommunal geförderte Ausbildung (z. B. Schüler*innen-BAföG), Förderung der sogenannten Praxisintegrierten Ausbildung (mit Ausbildungsgehalt), familienfreundliche Umschulungsmodelle und eine faire Bezahlung, orientiert am Grundschullehramt. Auch Quereinsteiger*innen sollen flexible Wege in den Beruf finden. Darüber hinaus setzen wir uns für multiprofessionelle Teams in jeder Einrichtung ein: mit Logopäd*innen, Sprachpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und weiteren Fachkräften, die eine ganzheitliche Förderung ermöglichen.
- > **Beteiligung ermöglichen, Übergänge gestalten:** Eltern sollen durch Elternvertretungen, Mitgestaltung und Bildungsangebote aktiv eingebunden werden. Gleichzeitig müssen Übergänge besser gestaltet werden: von der Familie in die KiTa, von der KiTa in die Grundschule. Dazu braucht es verlässliche Übergabestrukturen, gemeinsame Bildungspläne und eine enge Kooperation zwischen KiTa, Schule, Familienzentrum und Quartier.
- > **Kindgerechte Bildung bedeutet mehr als Betreuung:** Projekte zur

Wertevermittlung, Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe sollen gefördert werden – gemeinsam mit regionalen Partner*innen. KiTas sollen Orte sein, an denen Kinder Empathie, Verantwortung und Demokratie lernen. Kiel kann hier auf bestehende Netzwerke aufbauen und gezielt auch Bildungszentren im Stadtteil fördern. Orte, an denen frühkindliche Bildung, Familienangebote und nachbarschaftliches Leben zusammengedacht werden.

- > **Gesund essen, gemeinsam lernen.** Eine gesunde, bezahlbare KiTa-Verpflegung ist für uns zentral. Regionale Produkte, pädagogisch begleitete Kochtage und kultureller Austausch sollen das Gesundheitsbewusstsein der Kinder fördern. Die Auswahl darf pragmatisch und alltagstauglich sein – vegetarisch, ausgewogen und bezahlbar. Das eigene Lieblingsessen darf natürlich mitgebracht werden.
- > **Sichere Wege, starke Kinder:** Wir stärken die Verkehrserziehung in KiTas und setzen uns für kindersichere Wege ein, damit Kinder möglichst früh eigenständig unterwegs sein können – das entlastet Familien und schafft Selbstvertrauen.
- > **Digital unterstützt, einfach organisiert:** Digitale Lösungen wie KiTa-Apps, Online-Krankmeldungen oder ein verbesserter KiTa-Finder erleichtern Eltern den Alltag. Wir fordern ein nutzungsfreundliches, transparentes Vergabeportal, das Angebote, Öffnungszeiten und pädagogische Profile sichtbar macht - barrierefrei und mehrsprachig.
- > **Digitale Bildung in der KiTa braucht qualifiziertes Personal:** Wir setzen uns für die kontinuierliche Fortbildung von Erzieher*innen im Bereich Digitalisierung und Medienkompetenz ein – und für ein verbindliches Digitalisierungskonzept für KiTas. Dabei wollen wir sicherstellen, dass digitale Medien sinnvoll und kindgerecht eingesetzt werden, als Werkzeug, nicht als Selbstzweck.
- > **Ein Betreuungsschlüssel, der Kindern und Erzieher*innen gerecht wird:** Der Personalschlüssel in Kiel muss sich an pädagogischen Standards orientieren, nicht nur an gesetzlichen Mindestvorgaben. Wir setzen deshalb ein klares Qualitätsziel: 1:3 im Krippenbereich und 1:7,5 im Kindertagesbereich - wie von Fachverbänden empfohlen.

Wer heute in gute Kinderbetreuung investiert, legt das Fundament für eine starke, gerechte Stadt von morgen.

8.3. BILDUNGSGERECHTIGKEIT, DIE NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST

Herkunft und Geldbeutel der Eltern dürfen nicht über Bildungschancen entscheiden. Doch in Deutschland sind Bildungserfolge weiterhin eng mit dem sozialen Status verknüpft. Auch in Kiel erleben Kinder und Jugendliche sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Als Schulträger und KiTa-Planungsverantwortliche kann Kiel entscheidende Weichen für mehr Bildungsgerechtigkeit stellen – von der frühkindlichen Förderung bis zum Schulabschluss. Mit der kommunalen Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung (Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung in Kiel) hat Kiel bereits wichtige Grundlagen geschaffen. Wir brauchen ein System, in dem absolut niemand mehr zurückgelassen wird:

- > **Digitale Teilhabe für alle:** Kiels Schulen wurden in den letzten Jahren digital besser ausgestattet. Doch außerhalb des Unterrichts fehlt vielen Kindern der Zugang zu Geräten, Internet oder Know-how. Deshalb werden Leihgeräte-Programme für einkommensschwache Familien ausgeweitet.
- > **Familien gezielt unterstützen:** Ein kommunaler Bildungsfonds stellt kostenfreie Materialien, Schulranzen und Sportausrüstung bereit. Kostenlose Nachhilfe und gesunde Schulpflege für alle stärken Chancengleichheit, während Ferienlerncamps Lernrückstände ausgleichen. Nach Bremer Vorbild entstehen Welcome Center für zugewanderte Familien, die den Bildungseinstieg erleichtern.
- > **Inklusive Bildung konsequent umsetzen:** Alle Schulgebäude werden schrittweise barrierefrei umgebaut – mit Aufzügen, taktilen Leitsystemen und angepassten Arbeitsplätzen. Zusätzliches Unterstützungspersonal wie Schulbegleiter*innen und Sonderpädagog*innen ermöglicht individuelle Förderung für jedes Kind. Flexible Lernräume und inklusive Methoden schaffen Raum für Vielfalt.
- > **Sprachförderung als Integrationsmotor:** Intensive Deutschförderung beginnt bereits in der KiTa und wird in allen Schulformen fortgesetzt. Die Förde-VHS, die bereits fast jeden vierten ihrer 1.934 Kurse als Deutsch als Zweitsprache anbietet, wird zum zentralen Ort für Sprachförderung, Elternbildung und Integration weiterentwickelt. Nach Münchner Vorbild unterstützen Sprach- und Kulturmittler*innen

Familien im Bildungsalltag.

- > **So wird das finanziert:** Über kommunale Haushaltsmittel für Bildung und Integration, Landes- und Bundesprogramme wie das Bundesprogramm "Gesellschaftlicher Zusammenhalt", EU-Fördermittel (AMIF, ESF+), Städtebauförderung für integrative Quartiersprojekte sowie Kooperationen mit Stiftungen und lokalen Unternehmen.

Bildung darf kein Privileg sein – mit mutiger Kommunalpolitik schaffen wir Strukturen, die niemanden zurücklassen und allen Kindern in Kiel ein gutes Aufwachsen ermöglichen.

8.4. SCHULEN ALS SPIEGEL GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNGEN

Bereits Grundschulen sind heute oft soziale Brennpunkte. Orte, an denen sich gesellschaftliche Spannungen, Bildungsungleichheiten und psychosoziale Belastungen bündeln. Sie zeigen, wo unsere Gesellschaft scheitert und wo sie ansetzen muss. Zwischen dem schulischen Alltag und dem Tätigwerden der Jugendhilfe gibt es einen Übergangsbereich, der bislang zu wenig beachtet wird. Doch genau hier entscheidet sich, ob wir Kinder und Jugendliche frühzeitig erreichen oder sie erst dann unterstützen, wenn Krisen längst eskaliert sind.

Deshalb braucht es niedrigschwellige Gruppenangebote direkt vor Ort an den Schulen. Besonders wirkungsvoll sind Gruppenangebote, die auf unterschiedliche Bedarfe und Lebensrealitäten eingehen, etwa Junggruppen, in denen Jungen soziale Kompetenzen und emotionale Selbstregulation stärken können, ohne unter stereotype Erwartungen zu geraten. Auch Gruppenangebote für Mädchen oder queere Jugendliche, wie sie vielerorts bereits erfolgreich umgesetzt werden, schaffen wichtige Räume für Selbststärkung, Austausch und Grenzsetzung.

Solche Angebote müssen in enger Kooperation zwischen Schule, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe umgesetzt werden - verbindlich, regelmäßig und bedarfsgerecht. In Einzelfällen kann eine Teilnahme auch als pädagogische Maßnahme verpflichtend sein. In Kiel gibt es Schulsozialarbeit und punktuelle Kooperationen, aber diese Formate sind oft projektbasiert und nicht flächendeckend verankert. Wir fordern daher eine strukturierte, langfristige Verankerung solcher Gruppenangebote an Schulen mit

hohem Unterstützungsbedarf, professionell begleitet und sozialraumorientiert geplant. Denn Schule darf nicht nur Lernort sein, sondern muss auch sozialer Schutzraum sein, besonders für Kinder und Jugendliche, die im Alltag wenig Halt erleben. Wenn wir sie dort abholen, wo sie stehen, eröffnen wir echte Chancen - für Entwicklung, Teilhabe und ein besseres Miteinander.

8.5. SCHULEN, DIE BEGEISTERN UND BEFÄHIGEN

Moderne Schulgebäude sind das Fundament für erfolgreiche Bildung. Während Bildungsinhalte Landessache sind, liegt die Verantwortung für zeitgemäße Lernräume, digitale Ausstattung und ein förderliches Schulumfeld in kommunaler Hand. Die Schulen von heute müssen auf das Leben von morgen vorbereiten – mit digitaler Vollausrüstung, flexiblen Lernräumen und nachhaltigen Gebäuden, die eine sich schnell verändernde Welt widerspiegeln.

Gleichzeitig sind Schulen mehr als Lernorte. Sie sind Orte, an denen Kinder, Jugendliche und Familien gemeinsam Zeit verbringen, sich begegnen und entfalten können. Mit durchdachten Ganztagskonzepten, gesunder Verpflegung und multiprofessioneller Unterstützung verwandeln wir sie in Orte, an denen sich alle wohlfühlen und gemeinsam wachsen können. Investitionen in Schulinfrastruktur zahlen sich doppelt aus: Sie schaffen optimale Bedingungen für Lehren und Lernen und stärken gleichzeitig die Attraktivität unserer Stadt für Familien und Fachkräfte.

- > **Moderne Lehr- und Lernräume:** Alle Schulgebäude werden mit flexiblen, lichtdurchfluteten Klassenzimmern ausgestattet. Barrierefreie Zugänge und inklusive Ausstattung schaffen Teilhabe für alle Kinder. Offene Lernlandschaften und Gruppenräume ermöglichen individuelles und kooperatives Lernen. Professionelle Arbeitsplätze für Lehrkräfte mit ruhigen Arbeitszimmern schaffen Raum für konzentrierte Vor- und Nachbereitung. Der Neubau der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kiel-Gaarden zeigt als modernes Bildungszentrum, wie zeitgemäße Schularchitektur aussehen kann und was das Ziel für alle Schulen Kiels ist.
- > **Digitale Vollausrüstung ohne Kompromisse:** Aufbauend auf Kiels bisherigen Erfolgen werden endlich digitale Standards an allen Schulen erreicht. Gigabit-Internet für alle Schulen, flächendeckendes WLAN und interaktive Tafeln in jedem Klassenzimmer werden Standard, während

einheitliche Lernplattformen Zuhause und Schule nahtlos vernetzen. Kommunaler IT-Support vor Ort sorgt dafür, dass Technik hilft statt zu stören – mit schneller Reparatur, regelmäßigen Updates und professionellem Geräte-Management.

- > **Ganztag mit Qualität und Vielfalt:** Moderne Mensen mit regionaler Schulverpflegung, Entspannungs- und Freizeiträume als Rückzugsorte sowie vielfältige Sportangebote machen Ganztagschulen zu echten Entwicklungsorten. Kooperationen mit Sportvereinen, Musikschulen und Jugendeinrichtungen bereichern das Angebot und fördern individuelle Talente.
- > **Multiprofessionelle Unterstützung:** Teams aus Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Therapeut*innen arbeiten eng mit den Lehrkräften zusammen und bieten umfassende Hilfe bei Problemen, Konflikten und besonderen Förderbedarfen. Mobile Beratungsteams mit Logopäd*innen und Ergotherapeut*innen unterstützen bei speziellen Bedürfnissen, während präventive Angebote Mobbing und Schulverweigerung vorbeugen.
- > **Klimaneutrale Schulgebäude:** Nach Freiburger Vorbild werden alle Schulen zu klimaneutralen Bildungsorten: Photovoltaik-Anlagen auf Dächern, intelligente Gebäudetechnik für optimale Raumtemperatur und LED-Beleuchtung senken Energiekosten und CO₂-Ausstoß. Nachhaltige Baustoffe, Regenwassernutzung und Wärmerückgewinnung machen Neubauten und Sanierungen zukunftsfähig ([s. Kap. 12.9. Nachhaltiges Wohnen](#) und [12.7. Schwammstadt Kiel - Regen als Ressource](#)). So werden Schulen zu Lernorten für Klimaschutz – in der Theorie und als lebendiges Beispiel.
- > **Sichere Schulwege und grüne Pausenhöfe:** Gut beleuchtete, verkehrsberuhigte Schulwege, moderne Pausenhöfe mit Grünflächen und Sportmöglichkeiten sowie sanierte Turnhallen schaffen ein Umfeld, in dem sich alle wohlfühlen. Eltern-Kind-Zentren und Familienbüros in Schulumnähe stärken die Bildungspartnerschaft.
- > **Europa erleben:** Durch Erasmus+ School, eTwinning-Partnerschaften und einen jährlichen „EU-Projekttag“ wird jede Kieler Schule Teil eines europäischen Netzwerks. Austauschprogramme mit Ostseepartnerstädten vertiefen interkulturelle Kompetenzen.
- > **Finanziert** wird die Transformation unserer Schulen über über den

DigitalPakt Schule, Städtebaufördermittel, KfW-Programme für energetische Sanierung, Landesprogramme für Ganztagschulen sowie kommunale Investitionsmittel. EU-Sozialfonds und Bundesprogramme wie „Demokratie leben!“ unterstützen Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams, während öffentlich-private Partnerschaften gemeinwohlorientierte, innovative Lösungen ermöglichen und die Bau- und Betriebsrechte in städtischer Hand bleiben.

So gestalten wir Schulen, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern Zukunft ermöglichen – für jedes Kind, für jede Familie, für ein starkes Kiel.

8.6. BERUFLICHE BILDUNG

Berufliche Bildung ist mehr als Ausbildung: Sie ist ein zentraler Hebel für Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Zukunft. Doch in Kiel bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt, weil Wohnraum fehlt oder Unterstützung ausbleibt. Besonders Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen, Zugewanderte oder Quereinsteiger*innen stoßen auf unnötige Hürden. Eine starke berufliche Bildung stärkt unsere Stadt - sozial und wirtschaftlich.

- > **Ausbildung ermöglichen, Einstieg erleichtern:** Wer eine Ausbildung beginnt, braucht mehr als einen Betrieb: bezahlbaren Wohnraum, gute Erreichbarkeit und Orientierung. Wir fordern kommunal geförderte Azubiwohnheime und unterstützte Wohnprojekte für Berufsschüler*innen ([s. Kap. 3.3. Wohnheime für Auszubildende und Studierende](#)). Mit einer kommunal gepflegten, barrierefreien Plattform machen wir Ausbildungsangebote, Praktika, Beratung und Anerkennungsverfahren sichtbar, in mehreren Sprachen und mit niedrigem Zugang.
- > **Übergänge stärken, Begleitung sicherstellen:** Praxistage, Mentoring-Programme und Berufsberatung sollen Jugendlichen Orientierung geben - besonders dort, wo Chancen ungleich verteilt sind. Für Menschen mit Fluchterfahrung oder ausländischen Abschlüssen braucht es einfache Verfahren, individuelle Beratung und gezielte Sprachförderung. Ein kommunal koordiniertes Übergangsmanagement zwischen Schulen, Jugendhilfe, Jobcenter und Trägern sichert Unterstützung aus einer Hand.
- > **Lebenslang lernen, Chancen eröffnen:** Berufliche Neuorientierung darf keine Frage von Zeit oder Umständen sein. Wer sich weiterbilden

will, braucht flexible Wege – etwa durch Teilzeit-Umschulungen mit digitalen Modulen, zum Beispiel in Pflege, IT oder Handwerk. Auch Menschen mit Betreuungsverantwortung sollen echte Chancen auf beruflichen Neustart haben. Dafür wollen wir gemeinsam mit der VHS, den Kammern und Einrichtungen wie der Stiftung Drachensee eine zentrale, niedrighschwellige Weiterbildungsberatung aufbauen – gut vernetzt, praxisnah und für alle erreichbar.

- > **Europa öffnen, Zukunft gestalten:** Berufliche Mobilität darf nicht am Studienstatus scheitern. Wir wollen Erasmus+ für Azubis sichtbar machen, Partnerprogramme mit Aarhus oder Gdynia fördern und Unternehmen beim Zugang zu EU-Förderung unterstützen. Internationale Erfahrung stärkt Selbstvertrauen und Perspektive.
- > **Bildung braucht Beteiligung und Steuerung:** Auszubildende sollen ihre Lernorte mitgestalten, z. B. über Beteiligungsformate an Berufsschulen. Ein jährlicher Ausbildungsbericht soll sichtbar machen, wo Kiel steht: bei Abbruchquoten, Wohnraumbedarf, Anerkennungsverfahren oder Übergängen.

Berufliche Bildung muss sichtbarer, gerechter und moderner werden. Kiel kann hier vorangehen.

8.7. EUROPA AN KIELER SCHULEN ERLEBBAR MACHEN

Die Hebbelschule und das RBZ Wirtschaft Kiel tragen mit Stolz den Titel „Europaschule“. Die Hebbelschule war dabei eine der ersten Schulen in Schleswig-Holstein, die diese Auszeichnung erhielt. Beide Bildungseinrichtungen leben den europäischen Gedanken aktiv – im regulären Unterricht ebenso wie in zahlreichen zusätzlichen Projekten und Aktivitäten, beispielsweise durch Austauschprogramme und EU-Projektstage. Ziel ist es, Schüler*innen zu selbstbewussten, aktiven Europäer*innen zu erziehen. Engagierte Fördervereine und ehrenamtliche Unterstützer*innen tragen dazu bei, dass die europäische Idee in beiden Schulen lebendig bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, das europäische Engagement dieser Schulen weiter zu fördern. Gleichzeitig wollen wir das Thema Europa an allen Kieler Schulen stärker verankern. Denn nur wenn junge Menschen die Werte und Grundlagen Europas verstehen, können sie demokratische Prozesse

durchdringen, globale Zusammenhänge entdecken – und erkennen, warum Europa für alle Bürger*innen ein Gewinn ist.

8.8. WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULBILDUNG

Kiel ist eine Stadt der Hochschulen, mit der Christian-Albrechts-Universität, der Fachhochschule, der Muthesius Kunsthochschule und der Wirtschaftsakademie. Rund 35.000 Studierende prägen unsere Stadtgesellschaft. Doch das Potenzial, das in Lehre, Forschung und studentischem Leben steckt, wird noch zu wenig sichtbar gemacht und genutzt.

- > **Wohnen, Teilhabe und mentale Gesundheit sichern:** Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Studierende kaum noch zu finden. Um dem entgegenzuwirken, braucht es mehr studentischen Wohnraum durch Kooperation mit dem Studierendenwerk und allgemein mehr bezahlbaren Wohnraum (*s. Kap 3.3. Wohnheime für Auszubildende und Studierende*). Gleichzeitig müssen städtische Gesundheitsangebote und Prävention stärker auf junge Erwachsene und Studierende abgestimmt werden, mit Fokus auf mentale Gesundheit und Einsamkeit. Auch bei Studienzweifeln oder einem drohenden Studienabbruch braucht es niedrigschwellige Übergangs- und Beratungsangebote, z. B. in die berufliche Bildung oder Freiwilligenarbeit.
- > **Wissenschaft sichtbar und erlebbar machen:** Hochschulen dürfen keine Elfenbeintürme sein. Wissenschaft soll auch im öffentlichen Raum stattfinden, in Stadtteilzentren, auf Festivals oder digitalen Plattformen. Dafür braucht es mehr Kooperationen mit städtischen Einrichtungen, Formate wie Wissenschaft im Quartier oder eine kommunal unterstützte Woche der Wissenschaft. Forschung, die mit öffentlichen Geldern entsteht, soll als Open Access zugänglich sein. Auch studentische Projekte, Citizen Science und Initiativen verdienen mehr Sichtbarkeit und Förderung im Stadtbild.
- > **Internationalität leben, Willkommensstrukturen schaffen:** Kiel ist europäisch geprägt, das sollte sich auch für internationale Studierende widerspiegeln. Wir setzen uns für mehrsprachige Informationen und Freizeitangebote in Kooperation mit Hochschulen, Ehrenamt und Kulturszene ein. Erasmus+ und andere Austauschformate wollen wir durch kommunale Partnerschaften und gezielte Öffentlichkeitsarbeit bekannter machen und stärken.

- > **Innovation, Praxis und Reallabore fördern:** Kiel braucht ein Ökosystem, das Studierende bei Gründungsideen, Transferprojekten und Kooperationen mit Stadt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützt. Wir fordern Gründungsberatung auf allen Campi (*s. Kap 15 Eine Stadt mit starker Wirtschaft und hoher Zukunftskompetenz*), ein städtisches Matching-Tool für Abschlussarbeiten mit Praxisbezug und eine gezielte Förderung interdisziplinärer Transferformate, gerade auch für soziale und ökologische Innovation. Hochschulen sollen dabei als Reallabore für Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Wandel genutzt werden.
- > **Demokratie und Stadtentwicklung gemeinsam denken:** Studierende gestalten Kiel mit, deshalb sollen sie auch strukturell beteiligt werden, etwa im Klimabeirat oder in Stadtteilprozessen. Die Hochschulen sollen sich als demokratische Orte verstehen, die aktiv in gesellschaftliche Fragen hineinwirken. Damit studentisches Engagement sichtbar bleibt, braucht es ausreichend Räume für Gruppenarbeit, Kultur und Initiativen, auch außerhalb der Campusbereiche. Barrierefreiheit, digitale Teilhabe und Offenheit für vielfältige Lebensrealitäten müssen dabei selbstverständlich mitgedacht werden.

Hochschulen sind mehr als Bildungsorte: Sie sind Impulsgeber für die Stadt von morgen. Damit sie diese Rolle einnehmen können, braucht es eine kommunale Politik, die das unterstützt, vernetzt und ermöglicht.

8.9. VOLKSHOCHSCHULE

Die Förde-vhs ist heute schon ein zentraler Ort für lebenslanges Lernen, Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Jährlich besuchen Tausende Menschen Kurse in Bereichen wie Sprachen, digitaler Grundbildung, beruflicher Orientierung und kultureller Bildung. Besonders stark nachgefragt sind dabei Deutschkurse für Zugewanderte. Doch die Anforderungen steigen und viele Potenziale bleiben ungenutzt.

Damit wir alle besser lernen, ankommen und mitgestalten können, braucht es eine gezielte Weiterentwicklung. Die VHS soll als wohnortnaher Lernort in allen Stadtteilen präsent sein - mit mobilen Kursangeboten, besserer digitaler Infrastruktur und barrierefreien Plattformen. Kursformate müssen flexibler werden, durch hybride Lernmodelle, einfache Sprache und mehr Angebote zu Medienkompetenz, Demokratiebildung und Desinformationsschutz. Besonders wichtig sind auch kostenlose

Grundbildungskurse und Orientierungshilfen für Erwachsene ohne Schulabschluss, um Bildungsbarrieren wirksam abzubauen. Kooperationen mit Bibliotheken, Schulen, Stadtteilzentren und Jobcentern sollen strategisch ausgebaut werden, ebenso wie die politische Rolle der VHS in der kommunalen Bildungslandschaft. Dafür braucht es eine nachhaltige Finanzierung und eine stärkere Verankerung in der Bildungsplanung der Stadt.

Die Förder-vhs hat das Potenzial, zu einem Bildungsanker für ganz Kiel zu werden - offen, verlässlich und zukunftsfähig für eine vielfältige Stadtgesellschaft.

8.10. BIBLIOTHEKEN

Bibliotheken sind weit mehr als Orte der Buchausleihe. Sie sind Zukunftsorte für Bildung, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Kiel leisten die Zentral- und Stadtteilbibliotheken bereits heute einen wichtigen Beitrag für eine gebildete, digitale und inklusive Stadt.

Wir wollen diese Rolle ausbauen und Bibliotheken gezielt als niedrigschwellige Treffpunkte für Teilhabe und gegen Einsamkeit stärken. Ob als warme Orte ohne Konsumzwang, als Resilienzpunkte bei Hitzewellen und möglichen Stromausfällen oder als digitale Anlaufstellen mit kostenfreiem WLAN, Leih-Tablets und Digitallots*Innen: Bibliotheken sollen für alle zugänglich und relevant sein. Besonders in einer Zeit, in der sich viele Menschen, jung wie alt, isoliert fühlen, brauchen wir öffentliche Räume, die Verbindung und Zugehörigkeit ermöglichen.

Lesekreise, Kreativangebote, Vorlesestunden oder einfach ein Platz zum Dableiben schaffen Begegnung und wirken Einsamkeit aktiv entgegen. Damit dies gelingt, müssen alle Bibliotheken in Kiel barrierefrei zugänglich sein - mit Angeboten in Leichter Sprache, Gebärdensprache, assistiver Technik und inklusiven Veranstaltungsformaten.

Auch politische Teilhabe soll hier möglich werden: durch Liquid-Feedback-Terminals, Informationsabende oder Liveübertragungen von Ratsentscheidungen. Formate wie die Bibliothek der Dinge oder Saatgutbibliotheken zeigen, dass Bibliotheken längst mehr sind als Lernorte: Sie sind soziale Infrastruktur mit Zukunftsauftrag. Wir setzen uns dafür ein, dass sie als solche mehr anerkannt, ausgestattet und weiterentwickelt

werden. Für eine Stadt, die niemanden allein lässt und in der wir gemeinsam lernen, leben und wachsen können.

Verweise zu anderen Kapiteln:

- > [Kapitel 1.2. Das Verwaltungs- und Politikgeschehen allen Menschen zugänglich machen](#)
- > [Kapitel 3.6. Teilhabe im Alter](#) und [3.9. Generationenfreundliche Quartiere](#)
- > [Kapitel 5.5. Einsamkeit verringern](#)
- > [Kapitel 7.4. Inklusive Digitalisierung](#)
- > [Kapitel 12.2. Energieresilienz](#)

Best Practice

Oodi in Helsinki - Zukunftsort statt reine Bücherei

*Die finnische Hauptstadt Helsinki zeigt mit der Zentralbibliothek Oodi, wie Bibliotheken zu modernen, sozialen und digitalen Zukunftsorten werden können. Seit 2018 kombiniert Oodi klassische Medienangebote mit offenen Lernräumen, kreativen Werkstätten, Veranstaltungsflächen und digitalen Labs. Besucher*innen können dort kostenfrei WLAN nutzen, 3D-Drucker oder Tonstudios verwenden und an Workshops zu Medienkompetenz und digitaler Teilhabe teilnehmen. Als „warmer Ort“ ohne Konsumzwang fördert Oodi aktiv den sozialen Austausch und wirkt Einsamkeit entgegen. Das mehrfach ausgezeichnete Haus wurde gemeinsam mit den Menschen vor Ort geplant und setzt international Maßstäbe für eine inklusive, innovative und demokratische Bibliothekskultur.*

9. EINE STADT, DIE DAS LEBEN LEBENSWEERT MACHT

Kiel ist eine lebendige Stadt, in der Kultur, bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe zentrale Rollen spielen. Die Stadt fördert nicht nur vielfältige kulturelle Angebote von Theater über Musik bis hin zu bildender Kunst, sondern setzt sich auch für eine inklusive, nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung ein. Dabei ist Kulturförderung nicht nur ein Ausdruck kreativer Vielfalt, sondern auch ein wichtiger Faktor für Gemeinschaft, Lebensqualität und soziale Integration.

Zentrale Herausforderungen wie Raummangel für Kreative, die Stärkung von Ehrenamt und Vereinen, die Sicherung von Kultur- und Begegnungsorten, die Förderung von Nacht- und Clubkultur sowie der Schutz von Denkmälern und Erinnerungskultur zeigen, wie eng Kultur mit sozialem Zusammenhalt und Stadtentwicklung verknüpft sind. Darüber hinaus sind Grünflächen, Kleingärten und Schwimm- und Freibäder unverzichtbare Bestandteile einer lebenswerten und klimaresilienten Stadt, die Erholung, Umweltbildung und soziale Begegnung ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund braucht Kiel eine Kultur- und Sozialpolitik, die inklusiv, transparent und nachhaltig ist. Sie muss Räume schaffen, Engagement erleichtern, Vielfalt fördern und langfristige Planungssicherheit gewährleisten. Nur so kann Kiel seine kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt bewahren, ausbauen und für alle Bürger*innen zugänglich machen – vom Theaterbesuch über Ehrenamtsarbeit bis hin zur Teilhabe an Grünflächen und Freizeiteinrichtungen.

Diese umfassende Strategie verbindet Kulturförderung, Stadtentwicklung und soziale Infrastruktur zu einem gemeinsamen Ziel: eine offene, lebendige und solidarische Stadtgesellschaft, in der sich alle Menschen wohlfühlen und aktiv einbringen können.

9.1. KULTURFÖRDERUNG

Die Stadt Kiel hat sich in den vergangenen Jahren als Kulturstadt etabliert, die ihren Bürger*innen eine breite Vielfalt an kulturellen Angeboten bietet. Diese Vielfalt – von Musik über Theater und Literatur bis hin zu bildender Kunst – ist nicht nur Ausdruck der kreativen Kraft unserer

Stadt, sondern auch ein bedeutender Faktor für die Lebensqualität der Menschen in Kiel.

Mit einer jährlichen Förderung von 2 Millionen Euro unterstützt die Stadt Kiel die kulturellen Einrichtungen und Initiativen vor Ort. Diese Mittel sind ein wichtiger Bestandteil, um Kulturangebote für die breite Bevölkerung zugänglich zu machen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Besonders in einer Zeit, in der immer mehr Menschen von Isolation und Einsamkeit betroffen sind, spielt Kultur eine wichtige Rolle als Brücke zwischen Individuen, Gemeinschaften und Generationen. Kultur fördert Austausch, regt kreative Prozesse an und stärkt Gemeinschaft.

Kulturförderung darf außerdem nie ein exklusives Privileg für bestimmte Gruppen oder Institutionen sein. Sie muss inklusiv und partizipativ gestaltet werden. Diese Grundsätze müssen sich in Förderkriterien und Fördervergaben widerspiegeln. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine niedrigschwellige, verlässliche und transparente Kulturförderung ein, die langfristig die vielfältige kulturelle Landschaft in Kiel unterstützt. Neben finanzieller Unterstützung ist der Zugang zu nutzbaren, bezahlbaren Räumen ein zentrales Anliegen vieler Kulturschaffender. Deshalb braucht es ein transparentes Leerstandskataster und flexible Zwischennutzungsmodelle. Dabei ist es entscheidend, dass die Kulturförderung sowohl für Kulturschaffende als auch für den Haushalt der Stadt planbar bleibt.

9.2.KREATIVZENTREN

Kreative Nutzung macht eine Stadt lebendig, offen und wandelbar. Ob Pop-up-Galerien, Werkstätten, Urban Gardening oder soziale Treffpunkte - in Kiel gibt es viele Ideen, doch oft scheitern sie an Raummangel, Bürokratie oder fehlender Sichtbarkeit. Räume stehen leer, während Initiativen nach Platz suchen. Einzelprojekte wie die Alte Mu, der Projektraum 13 oder der Pop-up-Pavillon zeigen, wie viel Potenzial in kreativer Nutzung steckt, aber auch wie wenig strukturelle Absicherung es bisher gibt. Eine systematische Raumstrategie fehlt. Wir fordern ein digitales Leerstandskataster ([s. Kap 19.7. Leerstand nutzen statt hinnehmen](#)), das kreative Potenziale sichtbar macht, sowie ein kommunales Förderprogramm mit Mietzuschüssen, rechtlicher Beratung und digitaler Vermittlung. Eigentümer*innen sollen motiviert werden, Leerstand temporär oder dauerhaft gemeinwohlorientiert zu öffnen. Auch städtische Gebäude sollen stärker

für kreative, nichtkommerzielle Nutzung freigegeben werden. Die Vergabe dieser Räume muss transparent, fair und gemeinsam mit der Szene gestaltet werden. Denn kreative Nutzung ist mehr als ein Lückenfüller: Sie ist Stadtentwicklung von der Wurzel und verdient Schutz, Struktur und Unterstützung.

9.3. EHRENAMT STÄRKEN

Freiwilliges Engagement ist das Rückgrat unserer Stadt, ob in Sportvereinen, der Nachbarschaftshilfe oder der Geflüchtetenarbeit. Kiel unterstützt Ehrenamtliche bereits durch die Freiwilligenagentur „nettekieler Ehrenamtsbüro“ und beteiligt sich an der Ehrenamtskarte Schleswig-Holstein. Doch viele Menschen stoßen weiterhin auf Barrieren: zu viel Bürokratie, fehlende Sichtbarkeit oder Strukturen, die nicht alle mitdenken.

Engagement einfacher machen: Eine zentrale Anlaufstelle, digital und vor Ort, soll Engagement sichtbar machen, vermitteln und unterstützen. Mikroförderungen, Räume und Technik sollen unkompliziert verfügbar sein. Die Ehrenamtskarte Schleswig-Holstein wollen wir durch städtische Vergünstigungen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit weiter stärken.

Vielfalt gezielt fördern: Ehrenamt muss für alle offen sein. Dafür braucht es barrierefreie Strukturen, mehrsprachige Informationen und Fortbildungen für inklusive Vereinsarbeit. Gruppen, die bisher weniger sichtbar sind, etwa queere, migrantische oder junge Menschen, sollen gezielt angesprochen und vernetzt werden.

Anerkennung und Sicherheit gewährleisten: Ehrenamt braucht Wertschätzung: durch Ehrenamtspreise, sichtbare Dankeskultur und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Stadt soll rechtliche Absicherung und in Zusammenarbeit mit der VHS Schulungsangebote bereitstellen, z. B. zu Projektarbeit, Öffentlichkeitsarbeit oder Vereinsrecht.

Freiwilliges Engagement ist das Fundament unserer Stadtgemeinschaft. Damit es weiter wachsen kann, braucht es Raum, Respekt und Ressourcen.

9.4. VEREINE UND INITIATIVEN GEZIELT FÖRDERN

Das vielfältige Engagement von Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kiel. Ob

im Sport, in der Kultur, in der Nachbarschaftshilfe, der Bildung oder im Umwelt- und Klimaschutz – bürgerschaftliches Engagement bereichert das Leben in unseren Stadtteilen, schafft Teilhabe und stärkt die demokratische Kultur. Damit diese Arbeit weiterhin möglich bleibt, braucht es gute Rahmenbedingungen – insbesondere verlässliche und niedrigschwellige Förderstrukturen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Kiel eine aktive Rolle bei der finanziellen und organisatorischen Stärkung von Vereinen und Initiativen übernimmt – durch gezielte Förderung, fundierte Beratung und transparente Verfahren.

- > **Fördermittelzugang verbessern:** Die Stadt soll eine zentrale, verständliche Übersicht über alle relevanten Fördermöglichkeiten (kommunal, Land, Bund, EU, Stiftungen) bereitstellen – digital, mehrsprachig und regelmäßig aktualisiert. Diese Plattform soll auch Hinweise auf Beratungsangebote, Mustervorlagen und Fristen enthalten und sowohl für Antragstellende als auch Fördernde nutzbar sein. Zusätzlich soll eine niedrigschwellige Mikroförderung für Kleinstprojekte und kurzfristige Vorhaben mit schneller Entscheidung und minimalem Aufwand verfügbar sein. Bestehende Programme wie „Gemeinsam Kiel gestalten“ müssen sichtbarer gemacht und gezielt weiterentwickelt werden, etwa durch verständlichere Ausschreibungen, niedrigere Einstiegshürden und ergänzende digitale Unterstützung.
- > **Fördermittelberatung gezielt ausbauen:** Vereine und Initiativen sollen gezielt bei der Suche und Beantragung von Fördermitteln unterstützt werden – auch über kommunale Programme hinaus. Eine städtisch koordinierte Fördermittelberatung kann bei Anträgen, Projektplanung, Co-Finanzierung und Verwendungsnachweisen helfen. Ergänzend sollen Schulungen und Infoveranstaltungen zu aktuellen Fördermöglichkeiten angeboten werden.
- > **Planungssicherheit schaffen:** Damit Vereine verlässlich arbeiten können, setzen wir uns für mehrjährige Förderzusagen und frühzeitige Entscheidungen ein. Neben der Projektförderung wollen wir auch dauerhafte Strukturen stärken – z. B. durch Zuschüsse für Öffentlichkeitsarbeit, Qualifizierungen oder Sachkosten.

So schaffen wir verlässliche und zugängliche Förderstrukturen, die das vielfältige Engagement in unserer Stadt sichtbar stärken, Vereinen und

Initiativen langfristige Planungssicherheit geben und dazu beitragen, dass bürgerschaftlicher Einsatz auch in Zukunft eine tragende Rolle für das Zusammenleben in Kiel spielen kann.

9.5. RÄUME FÜR KULTURELLE NUTZUNG

Kultur braucht Raum, nicht am Rand, sondern im Herzen der Stadt. In Kiel fehlt es an langfristig gesicherten, bezahlbaren Orten für Kultur, besonders für die freie Szene, junge Initiativen, migrantische und queere Perspektiven. Bestehende Orte wie die Alte Mu oder Zwischennutzungen in leerstehenden Gewerbeimmobilien zeigen, wie groß das Potenzial ist und wie prekär die Bedingungen oft bleiben. Eine umfassende Raumstrategie gibt es bislang nicht, ebenso wenig eine strukturierte Beteiligung der Kulturakteur*innen. Kultur findet dort statt, wo zufällig Platz ist, doch dieser Raum wird durch steigende Mieten, Nutzungsdruck und fehlende Planung knapper.

Damit Kultur nicht zur Ausnahme wird, braucht es eine Kulturraumpolitik, die kulturelle Nutzung als Teil städtischer Daseinsvorsorge versteht. Leerstände müssen systematisch erfasst und öffentlich sichtbar gemacht werden, etwa durch ein digitales Leerstandskataster ([s. Kap 19.7. Leerstand nutzen statt hinnehmen](#)). Ein kommunales Pop-up-Programm mit Mietzuschüssen, Beratung und digitaler Vermittlung kann kreative Ideen niedrigschwellig ermöglichen. Auch städtische Gebäude, etwa in der Innenstadt, sollen gezielt für gemeinwohlorientierte, nichtkommerzielle Nutzung geöffnet werden. Die Vergabe solcher Räume muss transparent und gemeinsam mit der Szene entwickelt werden. Kultur lebt von Menschen, nicht von Mietverträgen. Und sie braucht Orte, an denen sie wachsen kann - langfristig, offen und mitten in der Stadt.

9.6. QUARTIERSHÄUSER UND NACHBARSCHAFTSFESTE

Starke Nachbarschaften sind das Fundament einer solidarischen und lebenswerten Stadt. Quartiershäuser bieten als zentrale Anlaufstellen in jedem Stadtteil Raum für Begegnung, Bildung und städtische Dienstleistungen – niedrigschwellig, wohnortnah und inklusiv. Quartiershäuser bieten Nähe und Unterstützung, gerade für Menschen, die sonst schwer Zugang zu sozialen Angeboten finden. Sie wirken gegen Einsamkeit,

fördern Engagement und vernetzen bestehende Initiativen. Kiel braucht ein stadtweites Konzept, das solche Orte in jedem Stadtteil ermöglicht, gemeinsam geplant mit den Menschen vor Ort. Ergänzt durch regelmäßige Nachbarschaftsfeste entstehen lebendige Orte, die das soziale Miteinander stärken und den öffentlichen Raum aktivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Quartiershäuser endlich Realität werden – gemeinsam mit den Menschen vor Ort und orientiert an den Bedürfnissen jedes Stadtteils.

9.7. NACHT- UND CLUBKULTUR

Die Nacht- und Clubkultur Kiels hat sich in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie, grundlegend verändert. Die Bergstraße, die einst als das pulsierende Herz des Kieler Nachtlebens galt, hat diesen Ruf eingebüßt. Die Clubs verteilen sich heute über die ganze Stadt, wodurch eine klare Identität und ein roter Faden verloren gegangen sind. Zwar gibt es weiterhin eine vielfältige Auswahl an Bars und Clubs, doch viele von ihnen bleiben aufgrund mangelnder Sichtbarkeit und fehlender Einbindung ins städtische Leben weitgehend unbekannt.

- > **Bergstraße neu denken:** Wir möchten die Bergstraße als lebendigen Mittelpunkt des Kieler Nachtlebens neu denken und beleben. Dazu gehören die gezielte Ansiedlung von Kulturformaten sowie die kreative Nutzung brachliegender Flächen. Durch strategische Mietgestaltung, moderne Schallschutzlösungen und temporäre Pop-Up-Events wollen wir die Bergstraße sowohl anwohner*innenfreundlich als auch attraktiv und qualitativ hochwertig gestalten.
- > **Alternative Veranstaltungskonzepte:** Darüber hinaus unterstützen wir alternative Veranstaltungskonzepte wie Strandraves, die unter klar definierten Auflagen stattfinden können und so neue Impulse für das Nachtleben setzen.
- > **Förderfonds für eine vielfältige Nachtkultur:** Damit Kiel eine lebendige Clubszene langfristig erhalten und ausbauen kann, braucht es strukturelle Unterstützung. Wir fordern einen kommunalen Förderfonds für die Nachtkultur, insbesondere zur Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen, baulichen Anpassungen, Renovierungen und Infrastruktur. Clubs sind keine reinen Wirtschaftsbetriebe, sondern Kulturorte mit

gesellschaftlicher Relevanz.

- > **Nachtbürgermeister*in:** Um die vielfältigen Interessen der Nachtkultur sichtbar zu machen und zu koordinieren, bedarf es einer Vertretung, die sich für die Struktur des Nachtlebens einsetzt, zwischen den verschiedenen Interessens-/Konfliktparteien vermittelt und neue Impulse für das Nachtleben setzt. Amsterdam oder Heidelberg gehen hier mit gutem Beispiel voran.
- > **Koordinierte Club-Events:** Die „Nacht der Clubs“ ist ein tolles regelmäßiges Event, um die Vielfalt der Szene erlebbar zu machen. Durch vergünstigte oder gebündelte Eintritte, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationen mit dem ÖPNV kann ein niedrighschwelliger Zugang zum Nachtleben geschaffen werden, besonders für junge Menschen und Zugezogene. Wir möchten mehr solcher Events in Kiel etablieren.

Gemeinsam möchten wir die Nacht- und Clubkultur in Kiel neu beleben, zu einem Ort machen, an dem Vielfalt, Kreativität und Gemeinschaft lebendig sind – für eine Stadt, die auch nach Sonnenuntergang pulsiert und verbindet.

9.8. THEATER

Kiels Theaterlandschaft ist vielfältig und unverzichtbar: Vom Schauspielhaus über das Theater im Werftpark bis zur freien Szene prägt sie das kulturelle Leben unserer Stadt. Theater eröffnet neue Perspektiven, fördert gesellschaftlichen Dialog und schafft Räume für Begegnung, doch die finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen sind oft prekär.

- > **Kulturelle Teilhabe ermöglichen:** Theater soll für alle zugänglich sein, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Mobilität. Wir wollen sozial gestaffelte Ticketpreise stärken (z. B. über den KielPass), mobile Formate wie die Sommeroper im Stadtteil ausbauen und Theaterpädagogik stärker in Schulen und KiTas bringen. Öffentlicher Raum soll weiter als Bühne genutzt werden.
- > **Freie Szene absichern:** Die freie Szene ist kreativ, beweglich und oft unterfinanziert. Wir fordern bezahlbare Räume, mehrjährige Förderverträge und transparente Kriterien. Auch kleine Gruppen und experimentelle Formate brauchen Planbarkeit, um ihre Ideen in Kiel sichtbar

zu machen.

- > **Gute Arbeit, faire Bedingungen:** Theater lebt von den Menschen, die es gestalten. Faire Bezahlung, soziale Absicherung und tarifnahe Honorare bei städtisch geförderten Projekten sind für uns Voraussetzung für eine nachhaltige Kulturlandschaft.
- > **Barrierearm, divers, inklusiv:** Theater muss alle mitdenken. Wir fordern mehr barrierefreie Spielstätten, Übersetzungen in Leichte Sprache, Audiodeskription, Gebärdensprache und eine gezielte Förderung für divers besetzte Ensembles, queere Perspektiven und migrantische Stimmen.

Theater ist kein Luxus, es ist öffentlicher Raum für Begegnung und Auseinandersetzung.

9.9. ERINNERUNGSKULTUR

Kiel hat Stolpersteine, den Flandernbunker, den Gedenkort "Arbeitserziehungslager Nordmark", das Denkmal zum Matrosenaufstand 1918 und den Hiroshimapark. Diese Orte erzählen, was war, damit wir alle heute gegen Antisemitismus, Rassismus, Ungerechtigkeit und Hass zusammenstehen.

- > **Sichtbar, digital, barrierefrei machen:** Es gibt bereits städtische Info-Seiten und Rundgänge. Wir wollen das bestehende Angebot erweitern und besser nutzbar machen. In einer öffentlichen Online-Karte mit Kurzbiografien, Audiowalks und QR-Codes sollen die einzelnen Elemente zusammengeführt und um Leichte Sprache, Mehrsprachigkeit sowie taktile Leitelemente ergänzt werden - gemeinsam entwickelt mit Menschen mit Behinderungen.
- > **Lernen und Mitmachen stärken:** Bildungsangebote von Initiativen wie dem Flandernbunker werden systematisch mit Schulen, CAU und Vereinen verknüpft. Eine jährliche, stadtweite "Projektwoche Erinnerung" schafft mehr Sichtbarkeit und mobile Formate bringen die Angebote in alle Stadtteile.
- > **Pflegen und schützen, was da ist:** Bestehende Gedenkort erhalten verbindliche Pflege- und Schutzstandards sowie barrierearme Zugänge. Trägervereine und Projekte, die bereits verlässlich arbeiten, sollen eine mehrjährige Planungssicherheit durch feste Finanzierungszusagen

erhalten.

- > **Transparent einordnen:** Koloniale oder diskriminierende Bezüge im Stadtraum müssen der Vergangenheit angehören. Diese sollen systematisch geprüft, kontextualisiert und, wo nötig, umbenannt werden. Hierzu soll die bestehende Kommission für Historische Stadtmarkierungen genutzt und klare, öffentliche Verfahren - Ethikleitlinien, Beteiligung, vielfältig besetzte Jury - festgelegt werden.
- > **Melden und unterstützen:** Bestehende Beratungs- und Meldestellen sollen in einem niedrighschwelligem städtischen Kontaktpunkt gebündelt werden, der Betroffene zügig an passende Angebote vermittelt und Rückmeldungen transparent auswertet.

Erinnern, erklären, einordnen, damit Geschichte in Kiel sichtbar, zugänglich und lebendig bleibt.

9.10. DENKMALSCHUTZ

Kiels Identität lebt von Backstein, Gründerzeit, Nachkriegsmoderne und Werftgeschichte. Baukultur stiftet Heimat, und sie ist Klimaschutz, weil der beste Rohstoff die bestehende Substanz ist. Damit Denkmäler erhalten, genutzt und behutsam weiterentwickelt werden, brauchen wir klare Regeln, schnellen Service und verlässliche Finanzierung:

- > **Digital sichtbar machen:** Denkmallisten und -karten sind bereits öffentlich einsehbar. Um Denkmalschutz noch zugänglicher zu machen, sollte das Angebot um eine städtische Denkmalkarte mit Fotos, Baugeschichte, Sanierungsstatus und Hinweisen zu Fördermitteln erweitert werden - einfach bedienbar und mobil nutzbar.
- > **Erhalten durch Nutzen:** Der Anscharpark bzw. das Kesselhaus zeigen, dass Umnutzung in Kiel funktioniert. Durch einfache Verfahren für Zwischennutzungen, Erbbaurecht sowie konzeptbasierte Vergaben für gemeinwohlorientierte Nutzungen schaffen wir es, historische Gemäuer modern zu nutzen.
- > **Kultur und Leerstand:** Leerstand ist zu einem immer größeren Thema im Kieler Stadtgebiet geworden. Durch ein Vorkaufsrecht und ein kommunales Ankaufs- bzw. Rückkaufsinstrument, vorrangig bei Denkmälern, können wir diesen Leerstand für Kulturräume sichern. Musterverträge für Kultur-Zwischennutzungen schaffen Tempo und

Rechtssicherheit.

- > **Klima und Denkmal zusammen denken:** Die Solar-Leitfäden des Landes geben Orientierung und müssen vor Ort verankert und gelebt werden: Energiesparen vor neuer Technik, Photovoltaik mit Augenmaß zuerst auf Nebenflächen und Gauben, und Sichtachsen und historische Baumaterialien müssen geschützt bleiben.
- > **Erhalt vor Abriss und Kreislaufwirtschaft:** Sanieren vor Neubau wird Standard. Bei Eingriffen verlangen wir Rückbau- und Wiederverwendungskonzepte wie z. B. Bauteilbörsen oder Urban Mining sowie Ausschreibungen mit Kreislauf-Kriterien. Die graue Energie wird bei Entscheidungen mitgerechnet.
- > **Barrierefrei im Denkmal:** Kiel treibt die Barrierefreiheit voran. Zu den bestehenden Standards sollen denkmalverträgliche Kriterien ergänzt werden, wie niedrigschwellige Zugänge, taktile Leitsysteme und eine gute Beleuchtung. Weitere Lösungen sollen gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entwickelt werden.
- > **Mitmachen ermöglichen:** Kiel soll sich am Tag des offenen Denkmals beteiligen und das bürgerschaftliche Engagement ausbauen. Denkmal-Patenschaften, Stadtteil-Spaziergänge und offene Baustellen machen Geschichte erlebbar.
- > **Denkmalschutz zählt:** Wir verankern Denkmalschutz als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Kulturpolitik der Stadt. Frühzeitige Einbindung in Bauleitplanung und Großprojekte wird Standard, mit klaren Abwägungsregeln zwischen Schutz, Nutzung und Klima.
- > **Finanzierung sichern:** Bestehende Förderprogramme von Land, Bund, EU und Stiftungen sollen gebündelt werden. Ein städtischer Denkmalfonds für Substanzerhalt und klimaverträgliche Maßnahmen, ergänzt durch Umschichtungen, Ausgleichszahlungen aus Neubauprojekten sowie Spenden/Sponsoring für Leuchttürme komplettieren die Finanzierung des Denkmalschutzes.

Bewahren, nutzen, weiterbauen - damit Kiels Geschichte sichtbar bleibt.

9.11. KLEINGÄRTEN

Kleingärten sind weit mehr als grüne Rückzugsorte – sie bieten Erholung, fördern die Artenvielfalt, ermöglichen Umweltbildung und schaffen

Raum für soziale Begegnung. Besonders für Menschen mit wenig Einkommen oder ohne eigenen Garten sind sie eine wertvolle Möglichkeit zur Naturerfahrung und zur Mitgestaltung ihrer Umgebung. Wir wollen bestehende Kleingartenflächen langfristig sichern und neue Angebote dort schaffen, wo es an Grün fehlt – etwa in Stadtteilen wie Gaarden oder Kiel-Mitte, wo aktuell über 700 Parzellen fehlen.

Dabei setzen wir auf mehr Gerechtigkeit beim Zugang: durch transparente Vergabeverfahren, sozial gestaffelte Beiträge und gemeinschaftlich nutzbare Gärten für Schulen, KiTas oder lokale Initiativen. Kleingärten sollen künftig ökologischer und inklusiver werden – mit naturnaher Gestaltung, Regenwassernutzung und barrierearmen Wegen. Für uns sind sie kein Relikt vergangener Zeiten, sondern ein zukunftsfähiger Baustein für eine klimaresiliente, lebenswerte Stadt.

9.12. GRÜNFLÄCHENPFLEGE

Grünflächen sind mehr als schmückendes Beiwerk, sie sind lebenswichtige Infrastruktur für Klima, Gesundheit und Gemeinschaft. In Kiel gibt es mit Blühwiesenprogrammen, klimaangepasster Bepflanzung, digitalen Pflegekonzepten und Grünpatenschaften bereits gute Ansätze. Trotz bestehender Programme zeigen sich vielerorts Defizite. Die Pflege erfolgt nicht regelmäßig genug, Flächen verlieren an Aufenthaltsqualität und Vielfalt. Wir wollen eine zukunftsfähige, quartiersnahe Grünflächenpflege, die nicht nur funktioniert, sondern ökologisch, sozial und gemeinschaftlich gedacht ist. Das heißt: weniger Rasenmähen, mehr Wildwiesen und strukturreiche Pflanzungen mit heimischen, hitzetoleranten Arten. Gleichzeitig müssen Pflegepersonal, Ausstattung und Budgets langfristig gesichert und besser koordiniert werden. Sauberkeit, barrierefreie Wege, ausreichend Sitzgelegenheiten und Müllentsorgung gehören selbstverständlich dazu. Damit Grünflächen zu echten Begegnungsorten werden, wollen wir Beteiligung ermöglichen: durch Patenschaften, Pflegetage, Urban Gardening und Bildungsformate. Eine moderne Grünflächenpflege entsteht nicht im Hinterhof der Verwaltung, sondern gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

9.13. SCHWIMM- UND FREIBÄDER

In ganz Deutschland verschwinden Schwimmbäder, über 1.500 wurden

seit 2000 geschlossen. Marode Infrastruktur, hohe Betriebskosten und fehlende Investitionen führen dazu, dass immer weniger Kinder sicher schwimmen lernen, in Kiel etwa jedes zweite Grundschulkind. Gleichzeitig sind die Wasserflächen knapp: Das zentrale Hörnbad ist regelmäßig geschlossen, die Schwimmhalle Schilksee seit Jahren außer Betrieb. Besonders im Kieler Süden und Nordosten fehlt es an wohnortnahen Schwimmangeboten. Freibäder wie Katzheide oder das Eiderbad Hammer sind beliebt, aber saisonal begrenzt und teilweise schwer erreichbar. Für viele Menschen stellen auch Barrieren oder Eintrittspreise ein Hindernis dar.

- > **Mehr ganzjährige und wohnortnahe Orte zum Schwimmen:** Wir brauchen mindestens ein zusätzliches Hallenbad, z. B. im Kieler Süden, um Schulen, Vereinen und Bürger*innen ganzjährig Schwimmzeiten zu ermöglichen. Bestehende Anlagen wie Katzheide sollen barrierefrei modernisiert und energetisch saniert werden.
- > **Alle Kinder sollen schwimmen lernen können:** Damit alle Kinder in Kiel sicher schwimmen lernen, unabhängig von Wohnort oder Einkommen, braucht es mehr niedrigschwellige Angebote. Wir setzen uns ein für zusätzliche Schwimmkurse an Schulen, Kooperationen mit Vereinen und mobile Lösungen wie temporäre Containerbecken im Sommer.
- > **Freibäder und Badestellen als soziale Räume stärken:** Katzheide, Düsternbrook und weitere Badestellen bieten viel Potenzial, wenn sie gepflegt, barrierefrei und preisgünstig zugänglich bleiben. Deshalb fordern wir kostenlose Eintritte für Kinder und KielPass-Nutzer*innen, bessere Infrastruktur an Naturbadestellen und verstärkte Instandhaltung.
- > **Eine städtische Bäderstrategie ist überfällig:** Kiel braucht eine langfristige Bäderstrategie, die den Sanierungsbedarf systematisch erfasst, neue Standorte plant und Fördermittel gezielt einsetzt. Programme wie „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ müssen aktiv genutzt werden für moderne, klimafreundliche und zugängliche Schwimmbäder in allen Stadtteilen.

Schwimmen muss in Kiel für alle wohnortnah, sicher und inklusiv möglich sein.

UNSERE STADT:

KLIMANEUTRAL.

INNOVATIV.

DIGITAL.

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

10. EINE STADTVERWALTUNG, DIE MODERN, DIGITAL UND PERSÖNLICH FÜR ALLE DA IST

Verwaltung bedeutet heutzutage weit mehr als die Ablage von Akten und die reine Abarbeitung von Bürger*innenanliegen. Sie ist eine zentrale Gestalterin des öffentlichen Lebens, die im Zusammenspiel mit der Politik als Dienstleisterin für die Bevölkerung agieren sollte. Den gestiegenen Anforderungen an eine Stadtverwaltung müssen wir mit an die Moderne angepassten Lösungsansätzen begegnen.

10.1. DIGITALES BÜRGER*INNENPORTAL

Bürger*innen müssen in Kiel häufig noch persönlich im Rathaus oder den Nebenstellen erscheinen, um einfache Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen, da viele digitale Alternativen fehlen oder kompliziert sind. Diese Ineffizienz belastet nicht nur die Bürger*innen, sondern auch die Verwaltung, die aufgrund des erhöhten bürokratischen Aufwands wertvolle Arbeitszeit verliert.

In Kiel existiert bereits ein Serviceportal mit einigen Online-Diensten. Dieses soll weiterentwickelt werden hin zu einem zentralen, vollumfänglichen, digitalen Bürger*innenportal. Dieses Portal soll alle wesentlichen Verwaltungsprozesse wie Antragsstellungen, Meldebescheinigungen, Kfz-Zulassungen, Baugenehmigungen und andere Verwaltungsdienstleistungen abdecken. Bürger*innen sollen darüber hinaus die Möglichkeit haben, ihren aktuellen Bearbeitungsstand online einzusehen und mit den zuständigen Sachbearbeitungen direkt digital zu kommunizieren. Dieses Portal muss die Standards des Onlinezugangsgesetzes (OZG) einhalten und mit den Portalen anderer Kommunen Schleswig-Holsteins und weiterer Bundesländer interoperabel sein.

10.2. BARRIEREFREIHEIT IN ALLEN VERWALTUNGS- PROZESSEN

Für eine informierte und teilnehmende Bevölkerung ist es zwingend notwendig, dass die Verwaltung für alle erreichbar ist. Der Zugang muss

daher online als auch physisch barrierefrei möglich sein. Konkret bedeutet dies:

- > **Barrierefreiheit online:** Das Digitale Bürger*innenportal und sämtliche weitere digitale Auftritte der Kieler Stadtverwaltung müssen eine einfache, intuitive Benutzungsoberfläche, die Unterstützung von Screenreadern für sehbehinderte Menschen sowie eine klare Strukturierung und einfache Sprache aufweisen. Außerdem sollen alle Angebote mehrsprachig verfügbar sein, um Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zu erleichtern. Dies betrifft insbesondere Sprachen, die in Kiel häufig gesprochen werden, wie Türkisch, Arabisch und Polnisch.
- > **Barrierefreiheit offline:** Sämtliche Veranstaltungen und Gebäude der Landeshauptstadt Kiel müssen barrierefrei erreicht werden können, damit auch gehbehinderte Menschen Zugang erhalten. Wichtige öffentliche Veranstaltungen sind mit einer Übersetzung in die Gebärdensprache zu begleiten.

Nur wenn Verwaltung wirklich für alle zugänglich ist – digital wie analog – kann echte Teilhabe gelingen und das Vertrauen in demokratische Prozesse gestärkt werden.

10.3. DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

Kiel braucht eine moderne, bürgernahe und effiziente Verwaltung. Die konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung der städtischen Strukturen ist dabei ein zentraler Baustein. Um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten, ist ein ganzheitlicher Ansatz unabdingbar:

- > **Führungskräfte als Digitalisierungstreiber:** Führungspersonal soll gezielt geschult werden, um als Multiplikator*innen für digitale Innovationen zu wirken und eine zukunftsorientierte Verwaltungskultur zu etablieren.
- > **E-Learning und Weiterbildung:** Einführung eines zentralen E-Learning-Systems mit individuell abgestimmten und verbindlichen Schulungsprogrammen zur kontinuierlichen Weiterbildung aller Mitarbeitenden.
- > **Zertifizierungsprogramme:** Entwicklung standardisierter Zertifizierungen für digitale Kompetenzen, um Fortschritte sichtbar zu machen

und gezielte Förderung zu ermöglichen.

- > **Digitale Erreichbarkeit und Nutzungsfreundlichkeit:** Der Ausbau benutzungsfreundlicher Online-Dienste (z. B. für Anträge, Terminvergaben oder Auskünfte) muss Priorität haben. Verwaltungsleistungen sollen ohne Medienbrüche durchgängig digital verfügbar und leicht zugänglich sein.
- > **Einführung eines digitalen Bürger*innenkontos:** Bürger*innen sollen ihre Anträge, Dokumente und Kommunikation mit der Verwaltung zentral und sicher in einem persönlichen Online-Konto verwalten können. Das Konto basiert auf BundID / Deutschland-ID bzw. Servicekonto.SH, bietet ein sicheres Postfach, Push-Hinweise zu Fristen und dem Bearbeitungsstatus und ermöglicht die Einrichtung von Vollmachten oder Vertretungsregelungen.
- > **Open Source und Interoperabilität:** Bei der Auswahl von Softwarelösungen setzen wir auf offene Standards und Open-Source-Technologien, um Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu vermeiden und die Transparenz zu erhöhen.
- > **Prozessautomatisierung und KI-Piloten:** Verwaltungsprozesse sollen systematisch auf Digitalisierungspotenzial geprüft und durch Automatisierung effizienter gestaltet werden. Erste Pilotprojekte mit KI-gestützten Assistenzsystemen sollen evaluiert und unter ethischen Rahmenbedingungen sowie Datenschutzabwägungen eingeführt werden.
- > **Digitale Teilhabe fördern:** Die Stadt soll niedrigschwellige Unterstützungsangebote schaffen, damit alle Bürger*innen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Bildung – digitale Verwaltungsangebote nutzen können. Dazu zählen „Assisted-Digital“-Angebote (Lots*innen in Bibliotheken und Bürgerämtern), telefonische Unterstützung und verständliche, mehrsprachige Inhalte. Analoge Alternativen bleiben verfügbar ([s. Kap. 3.6. Teilhabe im Alter](#)).

So schaffen wir eine digitale Verwaltung, die effizient arbeitet, transparent handelt und den Menschen in Kiel echten Mehrwert bietet.

10.4. KI IN DER VERWALTUNG

Wir begrüßen die Anstrengungen der Stadt Kiel, künstliche Intelligenz in den Arbeitsalltag der Verwaltungsmitarbeitenden einzuführen. Die

Erforschung des Nutzungspotentials mit Hilfe von KI-Werkstätten und einem KI-Hackathon halten wir für vielversprechend. Wir unterstützen diesen Prozess und setzen uns für eine schnelle Implementierung der KI-Toolbox ein. Weitere Einsatzmöglichkeiten sollen in regelmäßigen KI-Werkstätten fortlaufend ermittelt und kritisch hinterfragt werden.

Ziel der Anwendung von KI sollte immer sein, die Arbeitsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen, um mehr Zeit für die qualitative Betreuung von Anliegen zur Verfügung zu haben, die persönlichen Kontakt brauchen oder für kreatives Arbeiten.

10.5. DIGITALISIERUNG FINANZIEREN – KLUG, NACHHALTIG, EUROPÄISCH

Digitalisierung ist eine Investition in eine moderne, bürger*innennahe und effiziente Kommune und gleichzeitig eine immense Herausforderung für große Kommunen. Hier braucht es eine stabile und zukunftsorientierte Finanzplanung, um die Digitalisierungsvorhaben zuverlässig planen zu können - insbesondere in Zeiten von schwierigen Haushaltslagen:

- > **Fördermittel nutzen:** Programme von EU, Bund und Land sollen gezielt aktiviert werden – z. B. Digital Europe oder Smart-City-Förderungen.
- > **Haushalt priorisieren:** Digitale Projekte mit Einsparpotenzial und gesellschaftlichem Mehrwert erhalten Vorrang im kommunalen Haushalt.
- > **Kooperationen stärken:** Durch interkommunale Zusammenarbeit und Open-Source-Lösungen können die Kosten gesenkt und die Qualität gesteigert werden. Möglich ist dies beispielsweise über ITV.SH oder die Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS).
- > **Partnerschaften mit Augenmaß:** Zusammenarbeit mit privaten Anbieter*innen erfolgt transparent, datenschutzkonform und gemeinwohlorientiert. Bei allen Vergaben sollen Open-Source-Lösungen und offene Standards, wo geeignet, besonders berücksichtigt werden.
- > **Bürger*innenbeteiligung sichern:** Digitalisierung wird mit den Menschen vor Ort geplant – offen, nachvollziehbar und im Dialog.

So gestalten wir den digitalen Wandel effizient und europäisch – zum Nutzen aller.

11. EINE STADT, DIE DIE MOBILITÄTSWENDE AKTIV VORANTREIBT

Die Mobilitätswende ist mehr als ein verkehrspolitisches Projekt – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität miteinander verbindet. Kiel steht hier vor besonderen Chancen: Als wachsende Stadt mit dichtem Busnetz, Fährverbindungen und innovativen Rad- und Sharing-Angeboten verfügt sie bereits über eine gute Grundlage. Doch Engpässe im ÖPNV, Barrieren für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, steigende Belastungen durch Autoverkehr und die sozialen Herausforderungen steigender Kosten machen deutlich: Es braucht eine konsequente Weiterentwicklung hin zu einem integrierten, inklusiven und klimafreundlichen Verkehrssystem.

Dabei geht es nicht allein um Busse, Bahnen oder Fahrräder, sondern um ein nahtlos vernetztes Gesamtsystem, das allen Kieler*innen faire Mobilität ermöglicht – unabhängig von Einkommen, Alter oder körperlichen Voraussetzungen. Bezahlbare Tickets wie das geplante Kiel-Ticket, die Ausweitung des Jobtickets und gezielte Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen schaffen soziale Teilhabe. Zugleich werden durch dichtere Takte, neue Angebote wie eine Stadtbahn oder ein Bus Rapid Transit, die Elektrifizierung der Flotten und den Ausbau von Park+Ride, Sharing und Radverkehr klimafreundliche Alternativen gestärkt.

Kiels Weg zur Mobilitätswende bedeutet auch, Räume neu zu denken: mit autofreien Zonen wie an der Kiellinie, sicheren Fuß- und Radwegen, barrierefreien Haltestellen und einer intelligenten Verkehrssteuerung. Maßnahmen wie Tempo 30, mehr Aufenthaltsqualität im Straßenraum und eine faire Gestaltung des Anwohner*innenparkens stehen dabei nicht im Gegensatz, sondern sind Teil eines Gesamtkonzepts. So wird der Druck auf Straßen und Stellflächen langfristig reduziert, ohne die Bedürfnisse derjenigen zu ignorieren, die weiterhin auf ein Auto angewiesen sind. Die Mobilitätswende ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch: Sie verbindet den Schutz bestehender Bedürfnisse mit dem Aufzeigen neuer Chancen.

So entsteht eine Stadt, in der Mobilität kein Privileg, sondern ein

selbstverständlicher Teil des Alltags ist – klimafreundlich, sozial gerecht und zukunftsfähig.

11.1. ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Ein leistungsfähiger, verlässlicher und bezahlbarer Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist zentral für Klimaschutz, soziale Teilhabe und eine lebenswerte Stadt. Kiel verfügt über ein dichtes Busnetz, Fährverbindungen und gute regionale Anbindungen; dennoch bestehen Lücken. In Spitzenzeiten sind Busse oft überfüllt, Takte in Randzeiten ausgedünnt, Umsteigepunkte nicht optimal verknüpft. Barrierefreiheit ist noch nicht flächendeckend umgesetzt. Menschen mit geringem Einkommen sind trotz Deutschlandticket auf zusätzliche Unterstützung angewiesen. Attraktivität, Zuverlässigkeit und einfache Zugänglichkeit sind entscheidend, um mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen und den Autoverkehr nachhaltig zu reduzieren.

- > **Bezahlbarkeit sichern und ausbauen:** Wir wollen ein Kiel-Ticket für Menschen mit geringem Einkommen einführen, das Inhaber*innen von KielPass, Kiel-Karte oder Senior*innenpass eine deutliche Preisreduktion bietet und über städtische Mittel, Landeszuschüsse und Beiträge des Verkehrsverbunds finanziert wird. Das Jobticket-Programm, das landesweit verfügbar ist, soll auf alle Unternehmensgrößen ausgeweitet werden, einschließlich Einkaufsgemeinschaften. Eine städtische Anlaufstelle soll kleine und mittelständische Unternehmen beim Einstieg ins Jobticket beraten.
- > **Netz und Angebot verbessern:** Wir setzen uns für dichtere Takte auf den Hauptachsen und in den Abendstunden ein, um Wartezeiten zu verringern, und wollen Stadtteile mit derzeit geringer ÖPNV-Versorgung besser anbinden. Nachtbuslinien sollen ausgebaut und Taglinien länger betrieben werden. Zukünftige Systeme wie eine Stadtbahn oder ein Bus Rapid Transit (BRT) werden wir auf Grundlage fundierter Kosten-Nutzen-Analysen und unter breiter Bürger*innenbeteiligung prüfen. Die bestehenden Fährverbindungen, die bereits vollständig in den NAH.SH-Tarif integriert sind, sollen durch Verbesserungen bei Takt, Kapazität und Linienführung in Zusammenarbeit mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde als vollwertiger Teil des ÖPNV weiterentwickelt werden.

- > **Barrierefreiheit und Komfort umsetzen:** Die gesamte Busflotte ist bereits als Niederflurflotte mit funktionsfähigen Rampen ausgestattet. Möglichst viele Haltestellen sollen schrittweise auf barrierefreie Standards umgerüstet werden, mit taktilen Leitsystemen, Wetter-schutz, Sitzgelegenheiten sowie akustischen und visuellen Informationen.
- > **Integration und Vernetzung fördern:** Der ÖPNV soll eng mit dem Radverkehr, Carsharing-Angeboten, der Sprottenflotte, Park+Ride-Anlagen und Mobilpunkten verzahnt werden. Einheitliche Buchungs- und Informationsplattformen sowie offene Echtzeitdaten ermöglichen eine einfache Nutzung und fördern innovative Mobilitätsdienste. An zentralen Umsteigepunkten wollen wir sichere und überdachte Fahrradabstellanlagen schaffen, um den Umstieg zwischen Verkehrsmitteln zu erleichtern.
- > **Klimafreundliche Flottenumstellung:** Wir beschleunigen den Umstieg auf Elektrobusse, um einen emissionsfreien Betrieb zu erreichen. Auch die Elektrifizierung der SFK-Fähren soll vorangetrieben werden, nachdem bereits mehrere Schiffe emissionsfrei fahren. Dafür wird die notwendige Ladeinfrastruktur an Endhaltestellen und Betriebshöfen weiter ausgebaut.

Mit einem verlässlichen, inklusiven und klimafreundlichen ÖPNV schaffen wir eine attraktive Alternative zum Auto, reduzieren CO²-Emissionen und entlasten Straßen und Umwelt. Kiel wird so zu einer Stadt, in der nachhaltige Mobilität für alle selbstverständlich und bezahlbar ist.

11.2. KIELER STADTBAHN - ZUKUNFTSFÄHIGER ÖPNV

Ein leistungsfähiger, vernetzter öffentlicher Nahverkehr ist eine der zentralen verkehrlichen Herausforderungen für Kommunen und lebenswerte Städte. Ein vielfältiges Mobilitätsangebot muss jederzeit und überall verfügbar sein – unabhängig vom eingesetzten Verkehrsmittel. Entscheidend ist, dass der öffentliche Nahverkehr zuverlässig, schnell und komfortabel funktioniert, sodass Bürger*innen ihr Ziel ohne eigenes Auto erreichen können. Dieses Ziel lässt sich nicht durch einzelne Anbieter allein und nicht rein eigenwirtschaftlich realisieren. Der ÖPNV muss künftig als vernetztes Gesamtsystem gestaltet werden, in das alle Mobilitätsanbieter eingebunden sind, um ein klimafreundliches, attraktives Angebot für

alle zu schaffen.

Kiel plant, bis 2034 eine erste Teilstrecke der Stadtbahn umzusetzen. Die Investitionskosten von rund 500 Millionen Euro für diese Teilstrecke – und bis zu einer Milliarde Euro im Endausbau – können zu einem erheblichen Teil durch zweckgebundene Landes- und Bundesfördermittel finanziert werden. Diese Mittel lassen sich nicht einfach auf andere Verkehrsmittelkonzepte übertragen. 2022 wurde das Projekt von allen Ratsfraktionen außer der AfD unterstützt, basierend auf umfassenden Planungsstudien und Beteiligungsverfahren.

Die öffentliche Debatte darf sich nicht auf ein einfaches Ja oder Nein zur Stadtbahn reduzieren. Vielmehr muss sie auf den vorhandenen Erkenntnissen aufbauen: Die bisherige Planung zeigt, dass die Stadtbahn eine tragfähige und förderfähige Lösung darstellt, die den Anforderungen an ein zukunftsorientiertes ÖPNV-Konzept gerecht wird. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse der Bürger*innen, technologische Entwicklungen und internationale Best-Practice-Beispiele weiterhin berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für eine fortlaufende, transparente Bürger*innenbeteiligung ein, die auf den bereits gewonnenen Erkenntnissen aufbaut. Die Ratsversammlung hat 2022 die Stadtbahn als Ziel festgelegt – eine Entscheidung, die auf fundierten Analysen und breiter politischer Unterstützung beruht. Dennoch müssen Kosten, Nutzen und mögliche Alternativen wie ein Bus Rapid Transit (BRT)-System weiterhin ergebnisoffen und sachlich abgewogen werden, sollten sich in der weiteren Umsetzung Änderungsbedarfe ergeben. Dabei ist zu beachten, dass die Stadtbahn nicht nur eine verkehrspolitische, sondern auch eine finanzielle Weichenstellung darstellt, da die spezifischen Fördermittel für den Schienenausbau sowie die langfristig niedrigeren Betriebskosten eine zentrale Rolle spielen.

Das künftige Verkehrssystem in Kiel soll auf Grundlage belastbarer Zahlen, der bisherigen Planungsstudien und unter Einbeziehung der Bürger*innen gestaltet werden. Wie 1953 mit der ersten Fußgängerzone Deutschlands soll in Kiel erneut ein wegweisendes Verkehrskonzept entstehen, das den Ansprüchen der Zukunft gerecht wird.

11.3. KIEL-TICKET

Mobilität bedeutet Teilhabe. In einer lebendigen Stadt wie Kiel bringt uns Bewegungsfreiheit zusammen – egal, ob für Kultur, Bildung, Arbeit oder das gesellschaftliche Zusammenleben. Alle Kieler*innen sollen die Möglichkeit haben, unsere Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu erleben, unabhängig vom Geldbeutel. Der öffentliche Nahverkehr verbindet Menschen mit Chancen, schafft Begegnungen, entlastet unsere Straßen und trägt zum Klimaschutz bei. Genau dieser Nutzen sollte allen Kieler*innen zugänglich sein. In Kiel engagiert sich bereits ein breites bürgerschaftliches Bündnis für ein soziales ÖPNV-Ticket. Diese gemeinsame Vision wollen wir aufgreifen und in konkrete Politik umsetzen – mit dem Kiel-Ticket.

- > **Fairer Zugang zu Mobilität:** Das Kiel-Ticket wird Menschen mit geringem Einkommen einen fairen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr ermöglichen und soll daher allen Inhaber*innen der Kiel-Karte, des Senior*innenpasses und des KielPasses zustehen.
- > **Einfacher Erwerb:** Berechtigte werden das Ticket unbürokratisch erwerben können. Wer bereits einen dieser Ausweise besitzt, erhält das vergünstigte Ticket ohne zusätzliche Hürden oder Antragswege.
- > **Flächendeckende Nutzung:** Mit dem Ticket wird das gesamte Kieler Stadtgebiet erreichbar sein – für den Weg zur Arbeit, zum Arzt, zu kulturellen Veranstaltungen oder zum Treffen mit Freunden.
- > **Realitätsnahe Gestaltung:** Die Ausgestaltung des Kiel-Tickets werden wir gemeinsam mit sozialen Trägern, Initiativen und den Betroffenen selbst entwickeln.
- > **Mehrgliedrige Finanzierung:** Die Stadt Kiel wird einen festen Anteil im Haushalt verankern, ergänzt durch Landesmittel für den ÖPNV. Der Verkehrsverbund wird durch eine Kooperationsvereinbarung an der Gegenfinanzierung beteiligt.
- > **Mehr als nur Mobilität:** Das Kiel-Ticket wird Teil eines umfassenden Teilhabepakets. Nach dem Vorbild erfolgreicher Modelle in Wien und Berlin wird eine Verknüpfung mit weiteren städtischen Vergünstigungen entstehen – etwa für Kultureinrichtungen, Sportangebote oder Bildungsveranstaltungen.

Mit dem Kiel-Ticket schaffen wir die Grundlage für eine Stadt, in der alle Menschen unabhängig vom Einkommen mobil und am gesellschaftlichen

Leben beteiligt sein können.

11.4. JOBTICKET

Das Jobticket ist in Schleswig-Holstein bereits ein Erfolgsmodell, das vielen Beschäftigten einen günstigen und fairen Zugang zum ÖPNV ermöglicht. Unternehmen profitieren von steuerfreien Zuschüssen und die Umwelt von weniger Autoverkehr. Große Kieler Arbeitgeber*innen wie die Universität und das Land Schleswig-Holstein nutzen es bereits erfolgreich und zeigen, wie nachhaltige Mobilität konkret funktioniert. Gemeinsam wollen wir das Jobticket für Kiel noch weiter verbessern, indem es mehr Beschäftigten zugänglich gemacht wird, der Verwaltungsaufwand gesenkt wird und die Vorteile des Tickets damit noch deutlicher werden.

- > **Beratung für alle Unternehmen:** Einrichtung einer städtischen Anlaufstelle, die kleine und mittelständische Unternehmen beim Einstieg ins Jobticket begleitet und beispielsweise zur Bildung von Einkaufsgemeinschaften berät. So können auch kleinere Unternehmen und ihre Mitarbeitenden von günstigen Konditionen profitieren.
- > **Kommunale Förderung:** Nachhaltigkeitsmaßnahmen wie die Teilnahme am Jobticket-Programm fließen bei städtischen Ausschreibungen als Bewertungskriterium mit ein und machen Betriebe zu aktiven Partnern der Verkehrswende.

Packen wir es an: Ein flächendeckendes Jobticket für alle Kieler Unternehmen ist mehr als Verkehrspolitik. Es ist ein Schlüssel für soziale Teilhabe, wirtschaftliche Stärke und erfolgreichen Klimaschutz in unserer Stadt.

11.5. FUSSVERKEHRSSTRATEGIE

Kiel braucht eine integrierte Fußverkehrsstrategie als Teil der Mobilitätswende. Ziel ist es, Sicherheit, Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität für alle zu Fuß Gehenden deutlich zu erhöhen. Fußverkehr soll in der Verkehrsplanung gleichberechtigt mit Rad- und ÖPNV berücksichtigt und konsequent gefördert werden. Kiel verfügt seit 2011 über ein Fußwegeachsen- und Kinderwegekonzept mit verbindlichen Standards zu Aufenthaltsqualität, Orientierung, Breiten, Barrierefreiheit, Beleuchtung und Querungshilfen. Projekte wie das „bespielbare Quartier“ oder gezielte Tempo-30-Zonen haben gezeigt, wie Aufenthaltsqualität und Sicherheit

gesteigert werden können. Dennoch bestehen Lücken bei der Vernetzung, Barrierefreiheit, Querungssicherheit und klimafreundlichen Gestaltung.

- > **Lücken schließen und Standards sichern:** Alle Gehwege auf Basis der bestehenden städtischen Standards auf Mindestbreite, Barrierefreiheit und Beleuchtung prüfen und fehlende Abschnitte ergänzen.
- > **Sichere Querungen:** Zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen, angepasste Ampelschaltungen und taktile Elemente an Hauptverkehrsachsen im Rahmen der StVO-Vorgaben
- > **Aufenthaltsqualität erhöhen:** Mehr Sitzgelegenheiten, Trinkbrunnen, Begrünung und Verschattung, insbesondere an hitzeexponierten Wegen.
- > **Verkehrsberuhigung ausweiten:** Mehr Tempo-30-Zonen ([s. Kap 11.13. Tempo 30 innerstädtisch als neue Norm](#)), autoarme Bereiche und verkehrsberuhigte Geschäftsstraßen.
- > **Fußverkehr priorisieren:** Bei allen Neubau- und Umbauprojekten Vorrang für sichere, direkte und attraktive Fußwege vor Kfz-Führung festschreiben.
- > **Klimaanpassung berücksichtigen:** Wegeführungen und Gestaltung an Hitze- und Wetterbelastung anpassen.
- > **Beteiligung stärken:** Jährlicher Fußverkehrscheck mit Bürger*innenbeteiligung, basierend auf bestehenden Beteiligungsformaten wie „Kiel zu Fuß“ zur Identifikation von Problemen und Prioritäten.

Eine fußverkehrsfreundliche Stadt, in der Menschen jeden Alters und mit jeder Mobilitätseinschränkung sicher, bequem und gerne zu Fuß unterwegs sind. Fußverkehr wird als gleichwertiger Bestandteil der urbanen Mobilität anerkannt und trägt zu einer lebenswerten, klimafreundlichen und inklusiven Stadt bei.

11.6. AUSBAU VON LASTENRÄDER- UND SHARING-ANGEBOTEN

Lastenräder und moderne Sharing-Angebote sind ein zentraler Baustein für eine klimafreundliche, flexible und platzsparende Mobilität in Kiel. Sie ermöglichen den Transport von Kindern, Einkäufen und Waren ohne Auto, entlasten Straßen und Parkflächen und reduzieren Lärm und

Emissionen. Besonders in verdichteten Stadtteilen mit begrenztem Parkraum sind sie eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Kiel verfügt mit der SprottenFlotte, einzelnen Vermietungen, freien Lastenradinitiativen und Carsharing-Angeboten an Mobilitätsstationen über erste Strukturen. Dennoch fehlen flächendeckende Angebote, sichere Abstellmöglichkeiten, Ladeinfrastruktur und gezielte Anreize für die Anschaffung. Auch Unternehmen und soziale Einrichtungen nutzen Lastenräder bislang nur punktuell, da Förderungen begrenzt und organisatorische Hürden hoch sind.

- > **Angebot ausbauen:** Wir wollen das bestehende Bike-Sharing in Kiel gezielt um Lastenräder und E-Lastenräder erweitern. Sharing-Angebote, einschließlich Carsharing und freie Lastenradprojekte, sollen, wo möglich, an Mobilitätsstationen und zentralen Punkten in allen Stadtteilen verfügbar sein.
- > **Infrastruktur schaffen:** Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von sicheren Abstellplätzen für Lastenräder und Carsharing-Fahrzeuge, ausgestattet mit Ladepunkten für E-Modelle, insbesondere an Mobilitätsstationen, Bahnhöfen, Einkaufszentren und Bildungseinrichtungen. Bei Neubauten und Sanierungen sind entsprechende Stellplätze zu berücksichtigen.
- > **Wirtschaft und Logistik einbinden:** Für innerstädtische Lieferverkehr wollen wir Mikro-Depots und Lastenrad-Logistikstützpunkte aufbauen, um den Umstieg von Transportern auf Lastenräder zu erleichtern. Diese sollen planungsrechtlich gesichert oder im Straßenraum über Sondernutzungserlaubnisse ermöglicht werden. Gewerbetreibende sollen über Pilotprojekte, Beratung und gegebenenfalls kommunale Zuschüsse beim Umstieg unterstützt werden.
- > **Öffentlichkeit informieren:** Wir wollen Informationskampagnen zu Vorteilen und Nutzungsmöglichkeiten von Lastenrädern und Sharing-Angeboten durchführen, ergänzt durch Testaktionen, Kooperationen mit Schulen, Vereinen und Unternehmen.

Mit einer vernetzten Infrastruktur, gezielten Förderungen und einer aktiven Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen wir die Grundlage dafür, dass Lastenräder und Sharing-Angebote für alle Kieeler*innen zur praktischen Alternative werden. So gestalten wir die Mobilitätswende vor Ort.

11.7. E-BIKE-LADESTATIONEN

Kiel verfügt bereits über erste öffentlich zugängliche E-Bike-Ladepunkte, etwa an Mobilitätsstationen. Das Angebot ist jedoch lückenhaft. Viele Alltagsradler*innen, darunter Pendler*innen, Familien mit Lastenrädern und Senior*innen, benötigen sichere, wettergeschützte und leicht erreichbare Ladeoptionen. Für eine erfolgreiche Mobilitätswende sollte Kiel die vorhandene Ladeinfrastruktur strategisch weiterentwickeln.

- > **Bedarfsgerechte Standortplanung:** Wir wollen eine Analyse der Bedarfe nach Bevölkerungsdichte, Pendlerströmen und touristischer Nutzung. Unterversorgte Stadtteile und Achsen des Radverkehrsnetzes sollen priorisiert werden.
- > **Integration in Mobilitätsknoten:** Neue Ladestationen sollen vorrangig an Orten entstehen, an denen verschiedene Verkehrsmittel aufeinandertreffen, beispielsweise an Mobilitätsstationen, ÖPNV-Haltestellen, Bahnhöfen oder größeren Fahrradabstellanlagen. So lassen sich intermodale Wegeketten fördern und Umstiege erleichtern.
- > **Sicherheit, Komfort und Barrierefreiheit:** Ladestationen müssen leicht auffindbar, gut beleuchtet, witterungsgeschützt und mit sicheren Abstellmöglichkeiten kombiniert sein. Wir setzen auf standardisierte Anschlüsse oder Schließfächer mit Stromversorgung. Beschilderung in Leichter Sprache und mit Piktogrammen erleichtert die Nutzung für alle.
- > **Kooperation und Förderung:** Der Ausbau soll in Kooperation mit Stadtwerken, Gewerbe, Tourismus und Wohnungswirtschaft erfolgen. Förderprogramme von Bund, Land und EU werden gezielt genutzt, um den städtischen Haushalt zu entlasten.
- > **Nachhaltigkeit und Energie:** Wo möglich, sollen die Stationen mit Photovoltaik und Speichern betrieben werden, um klimaneutralen Strom zu liefern. Die Gestaltung soll ins Stadtbild passen und, wo möglich, zusätzliche Funktionen wie Reparaturstationen oder Informationsdisplays bieten.

Mit einer vernetzten, sicheren und zugänglichen Ladeinfrastruktur machen wir Kiel zu einer fahrradfreundlichen Stadt, in der E-Mobilität selbstverständlich und alltagstauglich ist.

11.8. SPROTTFLOTTE

Die SprottenFlotte ist ein zentraler Baustein der Mobilitätswende in Kiel und der KielRegion. Sie ermöglicht einfache, flexible und klimafreundliche Fortbewegung und ist zugleich ein Beispiel erfolgreicher interkommunaler Kooperation mit den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und der Schlei-Region. Seit dem Start 2019 hat sich die Nutzung dynamisch entwickelt: 2024 wurden über 387.000 Fahrten gezählt, das Stationsnetz ist auf mehr als 230 Standorte gewachsen, von urbanen Knotenpunkten bis in ländliche Pilotgebiete wie die Probstei. 87 % aller Fahrten dauern weniger als 30 Minuten und sind damit bisher oft kostenfrei, ein Schlüsselfaktor für die Niedrigschwelligkeit des Angebots.

Angesichts geplanter Kürzungen städtischer Zuschüsse und der Diskussion um den Wegfall der Freiminuten setzen wir uns für den dauerhaften Erhalt der SprottenFlotte in ihrer jetzigen Stärke und, wenn möglich, eine Weiterentwicklung und eine sozialverträgliche Preisgestaltung ein. Dazu gehört die Sicherung und ein sinnvoller Ausbau der Stationsdichte, die Erweiterung um Lasten- und E-Bikes, sowie die Integration in eine digitale Plattform für ÖPNV, Carsharing und Bikesharing ohne Tarif- und App-Brüche. Wir wollen die SprottenFlotte besser mit Bus- und Fährlinien verknüpfen, um durchgängige Mobilitätsketten zu schaffen. Kooperationen mit Arbeitgebern und Bildungseinrichtungen sollen die Finanzierung langfristig absichern und Sozialrabatte ermöglichen. So bleibt die SprottenFlotte ein attraktives, alltagstaugliches und inklusives Mobilitätsangebot, das die Verkehrswende in Kiel und der Region wirksam voranbringt.

11.9. E-ROLLER

E-Scooter können eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Mobilitätsangebot sein, wenn Nutzung und Abstellen klar geregelt sind. Ziel ist ein barrierefreier, sicherer und geordneter öffentlicher Raum, der zugleich flexible, klimafreundliche Mobilität ermöglicht.

- > **Regeln und Infrastruktur:** An zentralen Mobilitätsstationen sowie an stark frequentierten Orten wie dem Hauptbahnhof, der Holtenauer Straße oder der Reventlouallee sollen feste, barrierefreie Abstellflächen eingerichtet werden. Das Abstellen wird digital über die

Anbieter-Apps gesteuert, ergänzt durch eine Fotoverifizierung zur Kontrolle. Bei Fehlverhalten müssen Sanktionen konsequent umgesetzt und falsch abgestellte Fahrzeuge von den Betreibern umgehend geborgen werden.

- > **Sicherheit und Rücksichtnahme:** In Fußgängerzonen und sensiblen Bereichen sollen die Roller technisch auf eine reduzierte Höchstgeschwindigkeit begrenzt werden. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll die Nutzer*innen über die geltenden Regeln und sicheres Fahrverhalten informieren.
- > **Rechtlicher Rahmen und kommunaler Spielraum:** Mit der geplanten Novelle der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung erhält Kiel die Möglichkeit, das Parken von Leih-Scootern auf Gehwegen zu verbieten oder einzuschränken. Die Stadt begrüßt diesen zusätzlichen Handlungsspielraum und wird ein lokales Konzept erarbeiten. Dabei soll vorrangig auf eine Ausweitung der Abstellzonen gesetzt werden, um die Attraktivität und den Nutzen der E-Scooter als Transportmittel für die letzte Meile zu bewahren.
- > **Nachhaltigkeit und Betreiberpflichten:** Die Betreiber werden verpflichtet, langlebige Fahrzeuge einzusetzen sowie nachhaltige Lade- und Logistikkonzepte umzusetzen. Bei Vertragsende gilt eine Rückbaupflicht, um geordnete Verhältnisse im öffentlichen Raum zu sichern. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Anbietern soll kontinuierlich weiterentwickelt werden, um Betrieb und Nutzung zu optimieren.

Das E-Scooter-System soll die Verkehrswende unterstützen, Mobilitätslücken schließen und als Teil eines integrierten, digitalen Mobilitätsnetzes funktionieren, ohne Barrieren zu schaffen oder den öffentlichen Raum zu beeinträchtigen.

11.10. AUTOFREIE STRASSEN UND KIELLINIE

Kiel soll lebenswerter, sicherer und klimafreundlicher werden. Dazu wollen wir Straßenräume gezielt in dauerhaft oder temporär autofreie Zonen umwandeln. Diese Flächen bieten mehr Raum für Fuß- und Radverkehr, Grünflächen, Gastronomie, Kultur und Freizeit und steigern so Aufenthaltsqualität, Gesundheit und lokale Wirtschaft.

- > **Autofreie Kiellinie:** Die Kiellinie ist eine zentrale Uferpromenade und

ein bedeutender Erholungs- und Begegnungsraum. Bereits heute wird sie bei Veranstaltungen wie „Open Kiellinie“ oder an einzelnen Aktionstagen temporär für den Autoverkehr gesperrt. Die Stadt plant im Rahmen eines Masterplans eine umfassende Neugestaltung mit mehr Grün- und Aufenthaltsflächen, durchgängigen Fuß- und Radwegen, Spiel- und Sportmöglichkeiten, Gastronomie, Kultur- und Freizeitangeboten. Für den nördlichen Abschnitt werden Varianten mit und ohne Autoverkehr geprüft. Wir setzen uns dafür ein, die Kiellinie schrittweise autofrei zu gestalten, beginnend mit Pilotprojekten, die Akzeptanz fördern und Erfahrungen sichern.

- > **Umsetzung und Beteiligung:** In ausgewählten Bereichen werden zunächst Pilotphasen eingerichtet, um die Auswirkungen auf den Verkehr zu erproben und die Bedarfe der verschiedenen Nutzergruppen zu erfassen. Die Planung und Ausgestaltung erfolgt in enger Bürger*innenbeteiligung, um Transparenz zu schaffen und lokale Ideen einzubinden. Alle Maßnahmen werden in den ÖPNV-, Rad- und Fußverkehrsplan integriert, um eine gute Erreichbarkeit ohne Auto sicherzustellen. Zusätzlich werden begleitende Maßnahmen wie Beschilderung, Möblierung, Begrünung sowie Kultur- und Freizeitangebote umgesetzt, um den Raum attraktiv zu gestalten.

So gestalten wir in Kiel öffentliche Räume, die sicher, einladend und vielseitig nutzbar sind.

11.11. PARK + RIDE

Park + Ride (P+R) ist ein zentrales Element einer klimafreundlichen, stadtverträglichen Mobilität. Unser Ziel ist es, an den Stadträndern komfortable, sichere und barrierefreie Umsteigepunkte zu schaffen, um Pendler*innen den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern und die Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten.

- > **Ausbau und Modernisierung:** Bestehende P+R-Anlagen in Kiel und dem Umland ausbauen, neue Standorte an verkehrsgünstigen Punkten schaffen. Orientierung an klaren Standortkriterien (Taktdichte, Reisezeitgewinn, kurze Umsteigewege, Potenzialeinzugsgebiet).
- > **Attraktive Rahmenbedingungen:** Gute Taktung des anschließenden ÖPNV, zuverlässige Beleuchtung, Barrierefreiheit, gesicherte

Fahrradabstellanlagen und einheitliche Beschilderung ab Hauptzufahrtsstraßen.

- > **Digitale Integration:** Vollständige Einbindung in Mobilitäts-Apps mit Echtzeit-Auslastungsanzeige und Verknüpfung mit Sharing-Angeboten (Carsharing, Leihräder) für nahtlose Reiseketten.
- > **Multifunktionale Nutzung:** Kombination mit Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge, Solardächern zur Eigenstromerzeugung und sicheren Fahrradabstellanlagen.
- > **Gezielte Anbindung:** Expressbusse oder direkte Bahnverbindungen von P+R-Standorten in die Innenstadt, um Umsteigezeiten zu minimieren.
- > **Dynamische Preisgestaltung:** Anreize durch Tarife, die die Nutzung des ÖPNV gegenüber dem Fahren in die Innenstadt wirtschaftlich attraktiver machen.

So wird P+R zu einem leistungsfähigen Baustein der Verkehrswende und unterstützt eine lebenswerte, verkehrssarme Innenstadt.

11.12. ANWOHNER*INNENPARKEN

Kiel soll das Anwohner*innenparken sozial, flächen- und klimagerecht gestalten. Die angekündigte Anhebung der Gebühr von derzeit 30,70 Euro (die früher geltende bundesweite Grenze) auf bis zu 90 Euro pro Jahr ist ein erster Schritt, um den Wert des knappen und damit wertvollen öffentlichen Raums realistisch abzubilden und eine effizientere Nutzung zu fördern. Beispielsweise reizt es Carsharing an. Andererseits eröffnen die Gebühreneinnahmen der Stadt finanziellen Spielraum, um die Mobilitätswende voranzutreiben, z. B. mit weiterem Ausbau der Velorouten, verstärktem Einsatz elektrischer Busse und anderen Verbesserungen des Nahverkehrs.

Wir prüfen mit Blick auf eine Ausweitung der genannten positiven Effekte eine weitere Gebührenerhöhung. Gebühren könnten künftig stärker nach Fahrzeuggröße, -gewicht und Antriebsart gestaffelt werden: Kleine, emissionsarme Fahrzeuge werden bevorzugt, große und emissionsintensive Fahrzeuge höher belastet. Für Zweit- und Drittwagen könnten zusätzliche Aufschläge eingeführt werden. Städte wie Heidelberg und Wiesbaden berechnen für das Anwohner*innenparken aktuell eine

Jahresgebühr von 120 Euro, Karlsruhe 180 Euro, Ulm 200 Euro und Bonn 360 Euro. Verglichen mit dem Marktwert urbaner Fläche (meist 500 bis 1.750 Euro pro qm; bei einem Zinssatz von 3% also 15 bis 52,50 Euro pro qm und Jahr) sind dies für einen Parkplatz von typischerweise ca. 12 qm immer noch geringe Werte.

Neu geschaffene Anwohner*innenparkplätze sollen, wo möglich, mit Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ausgestattet werden, um den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe zu erleichtern.

11.13. TEMPO 30 INNERSTÄDTISCH ALS NEUE NORM

Tempo 30 soll innerstädtisch die Norm werden, besonders auf Straßen ohne baulich getrennte Radwege. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h bringt enorme Vorteile: Die Lärmbelastung wird deutlich verringert und der Feinstaubausstoß sinkt, da der Verkehr gleichmäßiger fließt. Auch der Kraftstoffverbrauch verringert sich, da konstantes Fahren bei niedrigen Geschwindigkeiten effizienter ist.

Tempo 30 erhöht die Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende, indem sich der Bremsweg von Autos verkürzt und Unfälle weniger schwerwiegende Folgen haben. Tempo 30 führt in der Stadt kaum zu längeren Fahrzeiten. Der Unterschied zwischen 30 km/h und 50 km/h macht rechnerisch nur wenige Sekunden pro Straßenabschnitt aus und fällt im Alltag nicht ins Gewicht. Wichtiger für die Dauer einer Fahrt sind Ampeln, Kreuzungen und Staus, sie bestimmen den Verkehrsfluss deutlich stärker als das Tempolimit. Auch die Leistungsfähigkeit der Straßen bleibt unverändert, da genauso viele Fahrzeuge wie zuvor hindurchgeführt werden können.

Metropolen wie Paris, Brüssel, Berlin und München gehen voran und reduzieren im großen Maßstab die erlaubte Höchstgeschwindigkeit in den Innenstädten. Wir setzen uns daher für eine konsequente Prüfung und Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Kiel ein, sodass Tempo 30 innerstädtisch die Norm wird. Grundsätzlich wollen wir, dass in Straßen, die keine ausgewiesenen Radwege haben, immer und ganztägig Tempo 30 gilt. Vorbild ist hier Helsinki, wo Tempo 30 einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der „Vision Zero“ geleistet hat.

Die ausführlichen Erkenntnisse zu Tempo 30 (auch) auf

Hauptverkehrsstraßen können hier nachgelesen werden: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/wirkungen_von_tempo_30_an_hauptstrassen.pdf

Best Practice

30 km/h in Bologna: Sicherheit steigt, Umweltbelastung sinkt

*Bologna hat im Januar 2024 ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h eingeführt. Seitdem verzeichnet die Stadt keine tödlichen Unfälle mit Fußgänger*innen mehr – erstmals seit 1991. Die Zahl der Verkehrstoten insgesamt hat sich nahezu halbiert. Zudem sind weniger Autos auf den Straßen, was zu einer Reduktion der Stickstoffemissionen um 29 % geführt hat. Außerdem ist die Fahrradnutzung um 10 % gestiegen.*

11.14. INTELLIGENTE STRASSENFÜHRUNG

Der Verkehr auf innerstädtischen Straßen wird immer dichter und die Anzahl unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer*innen nimmt zu, wodurch die Anforderungen an sichere und effiziente Mobilitätssysteme steigen. Intelligente Verkehrssysteme nutzen Informationstechnologie, um Verkehrsflüsse zu optimieren und so Beförderungszeiten zu senken und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Kiel ein vernetztes Verkehrsmanagementsystem aufbaut, das den innerstädtischen Verkehr in Echtzeit erfasst und Ampelschaltungen sowie Verkehrsflüsse an aktuelle Gegebenheiten anpasst, um einen möglichst effizienten Verkehrsfluss aller Teilnehmer*innen zu gewährleisten.

11.15. FLUGHAFEN KIEL

Der Flughafen Kiel-Holtenau wird derzeit vor allem für Ambulanzflüge, militärische Übungseinsätze, Flugschulbetrieb und gelegentliche Charterflüge genutzt. Eine neue Landebahnbeheizung und ein modernes Instrumentenlandesystem verbessern seit Kurzem die Sicherheit bei Anflügen unter schwierigen Wetterbedingungen. Diese Modernisierung ist insbesondere für medizinische Einsätze und Spezialtransporte sinnvoll, die nicht auf die Schiene verlagert werden können.

Für die klimafreundliche Alltagsmobilität der Menschen in Kiel spielt der

Flughafen jedoch keine Rolle, zumal mit dem gut erreichbaren Flughafen Hamburg sowie dem geplanten Ausbau der Bahnstrecke Kiel–Hamburg leistungsfähige Alternativen bestehen. Der öffentliche Fokus sollte deshalb weiterhin auf der Stärkung des Schienenverkehrs und des regionalen ÖPNV liegen. Die technische Weiterentwicklung in Holtenau, etwa zur Erprobung nachhaltiger Flugkraftstoffe oder elektrischer Antriebe, kann neue Perspektiven eröffnen.

Eine Ausweitung des allgemeinen Flugbetriebs oder neue Subventionen für Freizeit- oder Geschäftsflüge sehen wir dagegen kritisch. Langfristig sollte gemeinsam mit der Stadtgesellschaft geprüft werden, wie das Gelände in Holtenau bestmöglich zum Nutzen aller entwickelt werden kann, zum Beispiel als Standort für Forschung und Innovation, erneuerbare Energien oder gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. So bleibt der Flughafen verlässlich für das, was er leisten kann, ohne Kiel auf überholte Mobilitätskonzepte festzulegen.

12. EINE STADT, DIE SICH HEUTE SCHON AUF DIE HERAUS- FORDERUNGEN VON MORGEN VORBEREITET

Kiel steht vor der Aufgabe, den Klimawandel zu begrenzen, seine Folgen abzufedern, die Energie- und Wasserversorgung zu sichern und die Stadt krisenfest zu machen. Vorausschauendes Handeln mit klaren Zielen, messbaren Fortschritten und Investitionen, die Klima, Sicherheit und Lebensqualität zugleich stärken, ist dafür unverzichtbar.

Dazu gehören die Verbesserung der Energieeffizienz städtischer Gebäude, der Ausbau erneuerbarer und dezentraler Energie, intelligente Steuerung und kontinuierliches Monitoring. Hitzeschutz und Schwammstadtelemente werden ausgebaut, der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gestärkt und die Wasserversorgung gesichert. Ein verbindliches Klimabudget und gezielte Klimainvestitionen schaffen die Grundlage für eine klimaneutrale und anpassungsfähige Stadt.

Zudem sichern eine sozial gerechte Wärmeplanung, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wohnen sowie eine funktionierende Kreislaufwirtschaft langfristig Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität. Wir wollen vorhandene Potenziale optimal nutzen, Synergien schaffen und Kiel gemeinsam mit Bürger*innen, Wirtschaft und Partnern zukunftsfest aufstellen – klimafreundlich, krisenfest und lebenswert.

12.1. ENERGIEEFFIZIENZ BEI STÄDTISCHEN GEBÄUDEN

Die Energieeffizienz städtischer Gebäude beeinflusst maßgeblich die Betriebskosten und, sofern noch fossile Energieträger wie Erdgas genutzt werden, die Klimawirkung. Neben baulichen Maßnahmen sind auch der effiziente, nutzungsangepasste Betrieb und die Verhaltensweisen der Nutzer*innen für die Energiekosten und Klimawirkung entscheidend.

> **Priorität nach Einsparpotenzial:** Die Verbesserung der Energieeffizienz städtischer Gebäude wird weiterverfolgt, mit Priorität für

besonders energieineffiziente und besonders intensiv genutzte Gebäude sowie für Maßnahmen, die von Land oder Bund besonders hoch gefördert werden. Dort versprechen städtische Investitionen die größte Ersparnis laufender Kosten und die höchste Klimawirkung. Eine entsprechende rationale Priorisierung der Effizienzmaßnahmen erfolgt nicht separat pro Fachbereich (Ämter, Schulen usw.), sondern in einem übergreifenden Gesamtkonzept, das Synergien mit der kommunalen Wärmeplanung nutzt.

- > **Große und kleine Hebel kombinieren:** Als Alternative oder Ergänzung zu aufwändiger Wärmedämmung u. ä. werden auch kosteneffiziente kleinere Investitionen in den Blick genommen, beispielsweise Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung, Verschattung, optimierte Beleuchtung oder sommerlicher Wärmeschutz und andere Maßnahmen, die kurzfristig Wirkung zeigen.
- > **Intelligente Steuerung und Monitoring:** Zur Optimierung des laufenden Betriebs kommt intelligente Gebäudesteuerung mit automatisierter Heiz- und Lüftungsregelung zum Einsatz, unterstützt durch kontinuierliches Energie-Monitoring. Daneben werden Nutzer*innen städtischer Gebäude fürs Energiesparen sensibilisiert (z. B. reguläres Heizen nur bei Nutzung; Stoßlüftung statt dauerhaftem Fensterkippen).

So gelingt eine wirtschaftlich sinnvolle und klimafreundliche Nutzung städtischer Gebäude – mit klarem Fokus auf Wirksamkeit, Effizienz und verantwortungsvollen Ressourceneinsatz.

12.2. ENERGIERESILIENZ

Eine stabile Energieversorgung ist lebenswichtig, im Alltag wie in Krisen. Kiel ist gut aufgestellt: mit dem flexiblen Küstenkraftwerk, einem großen Fernwärmespeicher, Power-to-Heat-Anlagen, einem wachsenden Wärmenetz, kommunaler Wärmeplanung, Solardachkataster und Landstrom im Hafen. Darauf bauen wir auf und schließen Lücken bei lokaler Erzeugung, Speicher, Notstrom und intelligenter Verteilung:

- > **Lokal und dezentral erneuerbar:** Die Dächer von städtischen Gebäuden sollen konsequent mit Photovoltaik belegt, Mieterstrom ermöglicht und Projekte für Bürger*innen-Energiegenossenschaften geöffnet werden - gemeinsam mit den Stadtwerken und auf Basis des

Dachflächenkatasters.

- > **Speicher und smarte Netze:** Wärme- und Batteriespeicher müssen erweitert, Überschüsse über Power-to-Heat gekoppelt und Smart Grids bzw. Microgrids mit Inselbetrieb und Schwarzstart-Fähigkeit an kritischen Standorten (z. B. Hafен, Kliniken, Wasser/Abwasser) entwickelt werden.
- > **Resiliente Anlaufstellen:** Bibliotheken, Bürger*innenämter und Stadtteilzentren sollen als Notstrom- und Lade-Hubs ausgerüstet werden. Hierbei sollen besonders verletzbare Quartiere priorisiert werden.
- > **Abwärme und Effizienz heben:** Die Wärme aus Industrieprozessen, Abwasser oder Rechenzentren soll besser nutzbar gemacht, städtische Gebäude energetisch saniert und Verbräuche intelligent gesteuert werden, um Bedarfsspitzen zu senken.
- > **Haushalte, Transparenz und Finanzierung:** Wir setzen uns für mehrsprachige, barrierearme Hinweise zu Vorsorge und Verhalten bei Ausfällen ein sowie die Veröffentlichung eines jährliches Monitorings. Fördermittel sollen mit städtischer Kofinanzierung gebündelt werden.

Energie sichern, lokal, smart und gemeinsam, damit Kiel auch in Krisenzeiten verlässlich funktioniert.

12.3. HITZESCHUTZ

Heiße Tage und Hitzewellen nehmen zu. Das RKI schätzt 3.100 hitzebedingte Todesfälle 2023 und 2.800 im Jahr 2024. Seit dem 1. Juli 2024 verpflichtet das Klimaanpassungsgesetz (KAnG) Bund, Länder und Kommunen zur Vorsorge. Hitzeschutz ist Pflichtaufgabe, auch in Kiel. Wir bauen dabei auf vorhandene Leistungen auf wie Info-Angeboten, der Karte „Kühle Orte“, Begrünungsförderung, Refill/Trinkwasser-Aktionen und dem „Kieler Hausbesuch“ und beziehen Kieler*innen ein, um unsere Stadt präventiv zu schützen und dabei grüner und lebenswerter zu machen.

- > **Hitzeaktionsplan Kiel:** Risiko-/Maßnahmenkarte für Hot-Spots, klare Ziele, Zuständigkeiten, jährliches Monitoring.
- > **Frühwarnkette:** Städtische Kanäle mit DWD, WarnWetter und NINA koppeln, bei Warnstufen kurze Verhaltenstipps für alle, Fachinfos an Einrichtungen.
- > **Kühle Orte und Trinkwasser:** Bibliotheken, Bürger*innenämter,

Stadtteil- und Senior*innentreffs als kühle Räume ausweisen, bei Hitze Öffnungszeiten erweitern. Trinkbrunnen-Netz ergänzend zum Refill ausbauen.

- > **Flächenentsiegelung:** Wir wollen die Entsiegelung städtischer Flächen gezielt fördern und dabei Bürger*innen aktiv einbeziehen. Nach dem Best Practice „Tegelwippen“ aus den Niederlanden schaffen wir Anreize, Pflaster durch Grün zu ersetzen und so gemeinsam Klimaresilienz, Lebensqualität und Biodiversität zu stärken.
- > **Grüne, kühle Stadt:** Mehr Straßenbäume (inkl. Bewässerung), Pocket-Parks, verschattete Haltestellen und helle Beläge kühlen unsere Stadt und verschönern gleichzeitig das Stadtbild.
- > **Gesundheit zuerst:** Hitzeschutzpläne und Schulungen für KiTas, Schulen, Pflege, Obdachlosenhilfe. Kontaktkette für alleinlebende Senior*innen über den „Kieler Hausbesuch“.
- > **Umsetzung und Finanzierung:** Verankerung im städtischen Anpassungsmanagement, Nutzung von BMUV-Förderungen (Maßnahmen zur Anpassung, Förderrichtlinie „AnPaSo“) und Beratung durch das Zentrum KlimaAnpassung.

Vorsorge rettet Gesundheit und Leben, besonders von älteren Menschen. Präventive Maßnahmen mit den Menschen vor Ort fördern Attraktivität des Lebensraums, sozialen Zusammenhalt und schützen vor Hitze.

12.4. BEVÖLKERUNGS- UND KATASTROPHENSCHUTZ, HOCHWASSER, STURMFLUT UND RISIKOKOMMUNIKATION

Kiel ist eine Küsten- und Hafenstadt. Die Risiken reichen hier von Sturmfluten und Starkregen über IT- und Stromausfälle bis hin zu Gefahrstofflagen. Zuständig vor Ort ist die Stadt als untere Katastrophenschutzbehörde (im Amt für Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz). Einsätze werden durch die Integrierte Regionalleitstelle Mitte für Kiel sowie die für die Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön koordiniert. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall gelten die bundesweiten Vorgaben der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV). Auf diesen Strukturen bauen wir auf und schließen Lücken statt neu zu erfinden:

- > **Krisen- und Katastrophenschutzplan aktualisieren und üben:**

Einheitliche Lagebilder, klare Alarm- und Evakuierungswege für Sturmflut, Hochwasser und Blackout, regelmäßige Stabs- und Vollübungen, feste Abstimmung mit Hafen, Stadtwerken und Leitstelle.

- > **Risikokommunikation standardisieren:** Bundes-Warnkanäle (MoWaS, Cell Broadcast, NINA) und städtische Kanäle (Website, Socials, Infoscreens, ÖPNV) sollen technisch miteinander gekoppelt werden. Zudem soll eine jährliche Kiel-Kampagne rund um den bundesweiten Warntag die Einwohnenden sensibilisieren. Ergänzend hierzu sollen mehrsprachige und in Leichter Sprache verfasste Materialien auf Basis der Vorschläge des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bereitgestellt werden.
- > **Warnmittel ausbauen:** Das Landes-Sirenenprogramm hat 2024 zehn mobile Sirenen für Kiel gefördert. Diese müssen einsatzbereit gehalten, stationäre Ergänzungen geprüft und Signalbedeutungen (inkl. Probealarme) kommuniziert werden.
- > **Hochwasser-/Sturmflutvorsorge sichtbar machen:** Städtische Hochwasser-Informationen sowie Pegel- und Prognosedaten des Landes Schleswig-Holstein und/oder des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie sollen zentral gebündelt werden. Gefahrenkarten und Schutzhinweise für betroffene Quartiere müssen aktuell gehalten werden.
- > **Haushalte stärken – auch für den Verteidigungsfall:** Über den Selbstschutz der Bevölkerung muss offensiv kommuniziert und aufgeklärt werden. Private Haushalte sollen Kenntnis über empfohlene Vorräte, Wassermengen, Notfallkontakte und Erste-Hilfe-Maßnahmen haben. Die Checklisten des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sollen niedrigschwellig online sowie in ausgedruckter Form in Bürger*innenämtern und Bibliotheken bereitgestellt werden.
- > **Resiliente Anlaufstellen mit Notstrom und Lademöglichkeit:** Schrittweise sollen ausgewählte städtische Orte (z. B. Bibliotheken) als Anlaufpunkte ausgerüstet werden. Dies ist insbesondere relevant bei einem längeren Stromausfall und zur Informationsweitergabe im Spannungs- oder Verteidigungsfall gemäß der Konzeption Zivile Verteidigung.
- > **Partner fest integrieren:** Der THW-Ortsverband Kiel und die DLRG Kiel (seit 2023 als Wasserrettungseinheit anerkannt) sollen systematisch in

Übungs- und Ausbildungsformate mit Feuerwehr und Hilfsorganisationen eingebunden werden.

Ein robuster Schutz rettet Leben und hält die Stadt funktionsfähig bei Sturmflut, Blackout, Großschadenslagen oder im Verteidigungsfall. Wir bauen Kiels bestehende Strukturen aus und schließen Lücken konsequent.

12.5. KLIMABUDGET – VERBINDLICHE KLIMAZIELE

Kiel hat sich mit dem „Masterplan 100 % Klimaschutz“ und dem „Climate Emergency“-Beschluss ambitionierte Ziele gesetzt: Die Stadt will spätestens 2045 klimaneutral sein. Doch bisher fehlt ein zentrales Steuerungsinstrument, um den Fortschritt jährlich messbar und politisch verbindlich zu machen. Ein Klimabudget schafft genau das: Es definiert, wie viel CO₂ Kiel pro Jahr noch ausstoßen darf, analog zum Finanzhaushalt. So wird jede Maßnahme daran gemessen, ob sie hilft, dieses begrenzte CO₂-Budget einzuhalten. Das erhöht die Transparenz, schafft klare Prioritäten und macht Klimaschutz konkret. Ein solches Budget zeigt nicht nur auf, wo wir stehen, sondern zwingt uns auch, klimagerechte Investitionen zu priorisieren, etwa in nachhaltige Mobilität, energetische Sanierungen oder verbesserte Infrastruktur. Damit wird Klimaschutz zur echten Querschnittsaufgabe in allen Fachbereichen. Was wir brauchen, ist nicht nur ein Zielhorizont für 2045, sondern ein verlässlicher, überprüfbarer Pfad dorthin. Das Klimabudget ist der nächste logische Schritt.

12.6. KLIMAINVESTITIONEN

Heute vorausschauend in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu investieren, ist eine ökonomisch rationale Strategie, auch für die Stadt Kiel. Kluge Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, z. B. in die Energieeffizienz städtischer Gebäude, machen sich über die Jahre durch eingesparte CO₂- und Energiekosten bezahlt. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie in die Schwammstadt Kiel (s.u. Schwammstadt Kiel - Regen als Ressource), reduzieren die Kosten, die der Klimawandel sonst erwarten ließe, z. B. Flutschäden bei Starkregen oder Gesundheitsfolgen von Überhitzung.

> **Klimaschutz:** Städtische Investitionen berücksichtigen systematisch

die zu erwartenden CO₂-Preise, aber auch das Klimaneutralitätsziel 2040 der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Über bisher geplante städtische Investitionen hinausgehende Investitionen in den Klimaschutz werden jedenfalls dann konkret geprüft, wenn sie sich über eingesparte CO₂- und Energiekosten mit hoher Wahrscheinlichkeit rentieren könnten.

- > **Klimawandelanpassung:** Städtische Investitionen berücksichtigen systematisch auch den zu erwartenden Klimawandel. So werden städtische Gebäude und Infrastruktur vorausschauend an künftige Klimabedingungen angepasst. Klimawandelanpassung wird ein wichtiges Ziel und Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung.

So wird Klimaschutz zur Investition in die Zukunft – und Klimaanpassung zum festen Bestandteil verantwortungsvoller Stadtentwicklung in Kiel.

12.7. SCHWAMMSTADT KIEL – REGEN ALS RESSOURCE

Starkregen überflutet Straßen, Hitze belastet Quartiere, Trockenphasen setzen dem Stadtgrün zu. Regenwasser als Ressource bedeutet: vor Ort speichern, versickern, nutzen – für Kühlung, Grün und Sicherheit. Starkregengefahrenkarten zeigen, wo wir zuerst in Kiel handeln sollten. Erfahrungen aus Kopenhagen oder Hamburg und Forschungen wie beispielsweise der FH Kiel belegen, dass blau-grüne Lösungen das Mikroklima spürbar verbessern. Folgende Maßnahmen zielen darauf ab, das Regenwasser in Kiel bestmöglich zu nutzen:

- > **Versickerung ermöglichen:** Wo möglich leiten wir Regen nicht in die Kanalisation, sondern versickern ihn über Tiefbeete oder Pflanzgruben. Bepflanzte Mulden mit Gräsern, Bodendeckern, Sträuchern oder Bäumen verbessern Bodenqualität und schützen das Grundwasser.
- > **Vorreinigung sichern:** Bevor Wasser versickert, sorgen Sedimentation, bepflanzte Mulden oder Retentionsbodenfilter für Reinigung, so schützen wir Gewässer und Grundwasser.
- > **Blau-Grün vernetzen:** Schwammstraßen, schattige Plätze und grüne Schulhöfe verbinden Retentionsräume, Bäume und Wiesen. Offene Rinnen und Retentionsflächen führen Wasser sichtbar und sicher ab.
- > **Gebäude begrünen:** Vor allem durch Anreize und Kooperationen mit privaten Bauunternehmen, Grundstückseigentümer*innen und

weiteren Akteur*innen treiben wir die Begrünung der Stadt und die damit verbundenen positiven Effekte voran.

- > **Unbeachtete Flächen nutzen:** Kiel hat bereits angefangen und erschließt bislang wenig genutzte Flächen, etwa Dächer von Bushaltestellen oder Litfaßsäulen, für zusätzliche Begrünung.
- > **Beteiligung:** Patenschaften fürs Gießen, gemeinschaftliche Entsiegelungsaktionen wie "Abpflastern", einfache Genehmigungen für Baumscheiben- und Hofbegrünungen und transparente Informationen binden Anwohner*innen ein.
- > **Pflege und Betrieb:** Klare Zuständigkeiten für Wartung sichern Funktion und Langlebigkeit: Einläufe reinigen, Rigolen/Zisternen prüfen, Jungbäume gießen, mit festen Pflegeplänen.
- > **Finanzierung und Wirkung:** Wir kombinieren städtische Mittel mit Förderungen von Land, Bund und EU, etwa aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“. Ein jährliches Monitoring stellt sicher, dass wir nachsteuern und dort investieren, wo Hitze- und Überflutungsrisiken am größten sind.

Ziel: Eine kühle, grüne, widerstandsfähige Stadt, damit wir alle in Kiel besser leben können.

Best Practice

RISA im Hamburg - gemeinsam den Regen als Ressource nutzen

Hamburg zeigt mit RISA, RegenInfraStrukturAnpassung, wie Stadt, Wasserwirtschaft und Bezirke Regen als Ressource gemeinsam umsetzen. Ein Strukturplan Regenwasser und klare Zuständigkeiten verankern blau-grüne Standards in Planung und Straßenbau. Pilotprojekte reichen vom Schulhof bis zum Park mit Notwasserwegen. Über Förderprogramme werden Entsiegelung, Versickerung und Zisternen auf Privat- und Gewerbeflächen bezuschusst.

12.8. WÄRMEPLANUNG

Heizen wird klimaneutral und planbar. Kiel gehört zu den Vorreiterstädten: Seit Dezember 2024 liegt eine kommunale Wärmeplanung vor, mit Karten zu Wärmenetzen, Potenzialen und Versorgungspfaden. Sie schafft Orientierung für Haushalte, Betriebe, Vermieter*innen und

Energiedienstleister. Jetzt gilt es, die Planung verbindlich, gerecht und verständlich umzusetzen:

- > **Transparenz und Beratung:** Die Wärmeplanungskarte muss für alle Akteur*innen leicht zugänglich sein - mit klaren Aussagen zu vorgeesehenen Versorgungswegen, mehrsprachigen Erklärungen, Leichter Sprache und individueller Beratung vor Ort und online.
- > **Beteiligung im Quartier:** In Umstellungsgebieten braucht es Quartiersdialoge mit Bürger*innen, Wohnungsgesellschaften, sozialen Trägern, Stadtwerken und Verwaltung. Online-Beteiligung und Sprechstunden in den Stadtteilen sichern echte Mitgestaltung.
- > **Soziale Wärme sichern:** Über Umstellungen muss frühzeitig informiert und sozial verträgliche Tarife sollen gemeinsam mit den Stadtwerken geprüft werden. Für Haushalte mit geringem Einkommen sollen Härtefall- oder Fördertöpfe eingerichtet werden unter Nutzung von Landes- oder Bundesmitteln.
- > **Grüne Wärme zuerst:** Abwärme, Solarthermie, Großwärmepumpen und Geothermie sollen priorisiert und Power-to-Heat an Überschüsse gekoppelt werden. Zudem sollen Flächen für Pufferspeicher und niedrigtemperierte Netze gesichert werden.
- > **Bürger*innenenergie und Contracting:** Wir befürworten Projekte für Bürger*innen-Energiegenossenschaften und kommunales bzw. quartiersbezogenes Contracting, damit Mehrfamilienhäuser, KiTas, Schulen und Pflegeeinrichtungen schneller umsteigen können. Mieterstrom- und Quartierslösungen sollen aktiv unterstützt werden.
- > **Koordination am Baugraben:** Das „Dig-Once“-Prinzip koordiniert Wärme-Leitungsbau mit Strom-, Internet- und Wasserleitungen. Standardisierte Haus-Übergabestationen und ein zentraler One-Stop-Shop beschleunigen die Anschlusslegung.
- > **Finanzierung bündeln:** Eine Kombination aus städtischen Mitteln mit Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) für erneuerbare und/oder effiziente Wärmenetze sowie weiteren Programmen von Bund, Land und EU sichern die Finanzierung der Wärmewende und priorisieren Investitionen dort, wo sozialer Bedarf und Klimawirkung am größten sind.

Wärmewende gemeinsam gestalten, damit alle in Kiel bezahlbar,

klimatechneutlich und sicher heizen können.

Best Practice

ProRetro in Wuppertal - zentrale Koordination beschleunigt die Wärmewende

*Das vom Wuppertal Institut koordinierte Projekt ProRetro zeigt, wie Kommunen die Wärmewende durch zentrale Anlaufstellen beschleunigen können. In der Region Hannover, in Wuppertal und im Landkreis Böblingen wurden sogenannte One-Stop-Shops eingerichtet, also zentrale Stellen, die Bürger*innen durch den gesamten Sanierungsprozess begleiten: von der Energieberatung über die Fördermittelbeantragung bis hin zur Koordination mit Fachbetrieben. Diese Struktur senkt Barrieren, beschleunigt die Umsetzung und erhöht die Qualität. Viele Eigentümer*innen wären sogar bereit, eine moderate Gebühr zu zahlen, wenn sie dadurch Sicherheit, Transparenz und Zeitersparnis gewinnen.*

12.9. NACHHALTIGES WOHNEN

Der Gebäudesektor gehört zu den größten Verursachern von CO₂-Emissionen. Durch den Energieverbrauch im Betrieb ebenso wie durch die Herstellung und Entsorgung von Baustoffen. Dabei fällt besonders viel sogenannte graue Energie an, also die Energie, die bei Produktion, Transport, Bau und Rückbau von Gebäuden verbraucht wird, lange bevor überhaupt geheizt wird. In Kiel setzen wir uns daher für eine Wohnraumpolitik ein, die Klima, Ressourcen und soziale Gerechtigkeit zusammendenkt. Nachhaltiges Wohnen heißt: energieeffizient bauen und sanieren, graue Energie vermeiden, Materialien im Kreislauf halten und Quartiere klimaresilient gestalten. So entsteht bezahlbarer Wohnraum, der dauerhaft lebenswert ist. Wir setzen auf:

- > **Bestand vor Neubau:** Sanierungen, Nachverdichtung und die Umnutzung bestehender Gebäude haben Vorrang, um graue Energie zu erhalten und neue Flächenversiegelung zu vermeiden.
- > **Energieeffizienz als Standard:** Neubauten und Sanierungen sollen mindestens dem Effizienzhaus-40-Standard entsprechen, mit Wärmepumpen, Photovoltaik, Mieterstrommodellen und digitalem Energie-Monitoring.

- > **Kreislauffähige Materialien nutzen:** Wir fördern Holz-Hybridbau, modulare Bauweise und zirkuläres Bauen. Rückbau- und Wiederverwendungskonzepte (Urban Mining) sollen verbindlich in städtische Ausschreibungen integriert werden.
- > **Klimaanpassung durch Begrünung:** Dach- und Fassadenbegrünung, Regenwassernutzung und entsiegelte Flächen schützen vor Hitze, fördern Biodiversität und verbessern das Mikroklima in den Quartieren.
- > **Sozial und ökologisch gemeinsam denken:** Förderungen werden an nachhaltige Bauweise und dauerhaft bezahlbare Warmmieten geknüpft. Städtische Grundstücke werden per Konzept vergeben, nicht nach Höchstpreis.
- > **Vorbild Stadt:** Städtische Bauprojekte, etwa durch die Kieler Wohnungsgesellschaft, erfüllen messbare Nachhaltigkeitskriterien.

Nachhaltiges Wohnen ist kein Zusatz, sondern die Grundlage einer zukunftsfähigen Stadt. Es schützt das Klima, senkt Nebenkosten und schafft Räume, in denen wir alle gut leben können.

12.10. KREISLAUFWIRTSCHAFT UND RECYCLING

Ressourcenverbrauch und Müllberge wachsen weiter, obwohl viele Rohstoffe knapp und ihre Verarbeitung klimaschädlich ist. Kiel geht mit seiner Zero-Waste-Strategie erste Schritte, doch eine konsequente Kreislaufwirtschaft ist noch nicht erreicht. Eine echte Kreislaufwirtschaft denkt von Anfang an in geschlossenen Stoffkreisläufen. Sie vermeidet Abfälle (*s. Kap. 14.3. Müllvermeidung und Stadtsauberkeit*), verlängert die Lebensdauer von Materialien und reduziert Emissionen deutlich, besonders im Bauwesen, bei der städtischen Beschaffung und im Alltag. So entsteht eine Stadt, die weniger verbraucht und mehr erhält:

- > **Abfall vermeiden statt verwalten:** Reparaturcafés, Tauschbörsen und Mehrwegangebote wollen wir stadtweit stärken, insbesondere in Schulen, bei öffentlichen Veranstaltungen und durch lokale Initiativen.
- > **ReUse-Infrastruktur ausbauen:** Kiel braucht ein kommunales ReUse-Zentrum mit Materialbörse, Bauteillager und Werkstatt, als Ort für Wiederverwendung, Reparatur und Bildung - offen für Bürger*innen, Handwerk und soziale Träger.
- > **Urban Mining in der Bauplanung verankern:** Bei städtischen

Bauvorhaben sollen Rückbaukonzepte, recyclingfähige Materialien und sortenreine Trennung von Anfang an mitgedacht werden. So nutzen wir vorhandene Ressourcen mehrfach und sparen CO₂.

- > **Recycling verständlich organisieren:** Wir setzen uns für einheitliche, gut erkennbare Trennsysteme im öffentlichen Raum ein, ergänzt durch digitale Informationen und Umweltbildung.
- > **Kreislaufkriterien in der Beschaffung:** Bei städtischen Ausschreibungen sollen Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit verbindlich berücksichtigt werden, z. B. bei Möbeln, Geräten oder Baustoffen.
- > **Regionale Stoffkreisläufe schließen:** Stoffströme wie Alttextilien, Elektroschrott und biogene Abfälle sollen, soweit möglich, lokal erfasst und aufbereitet werden, in Zusammenarbeit mit Entsorgern, Handwerksbetrieben und sozialen Werkstätten in der KielRegion.
- > **Leihen statt Kaufen:** In dem Leihladen in der Holstenstraße können Werkzeug und Discokugel bereits jetzt unkompliziert und umsonst ausgeliehen werden. So müssen selten gebrauchte Gegenstände nicht gleich gekauft werden, und auch Menschen mit kleinem Budget können das Angebot vollumfänglich nutzen. Dies ist nachhaltig, sozial und fair. Wir setzen uns für eine sichere Finanzierung des Konzeptes ein, sodass die Öffnungszeiten und das Angebot deutlich ausgeweitet werden können und auch Mitarbeitende angestellt werden können - denn bisher wird der Leihladen rein von Ehrenamtlichen betrieben.
- > **Second Hand in den Fokus nehmen:** Die Standgebühren auf städtischen Flohmärkten sollen für Inhaber*innen der Kiel-Karte, des Kiel-Passes und des Senior*innen-Passes entfallen. So schaffen wir noch mehr echte Teilhabe. Zudem sollen die Second-Hand-Angebote der Stadt - wie das echt.gut Kaufhaus oder die zahlreichen Second-Hand-Läden stärker beworben werden. Eine gezielte Kampagne soll dafür sorgen, dass die Second-Hand-Anschaffung zukünftig die erste Wahl für alle ist.

Eine echte Kreislaufwirtschaft spart Rohstoffe, schützt das Klima und schafft neue Räume für Teilhabe, Innovation und lokale Wertschöpfung. Wir wollen, dass Kiel diesen Weg konsequent weitergeht, mit klarem politischen Rahmen, praktischer Unterstützung und der Beteiligung aller.

12.11. WASSERVERSORGUNG IN ZEITEN DER KLIMAKRISE

Noch ist die Kieler Wasserversorgung stabil, doch der Klimawandel bringt zunehmende Trockenheit, Starkregen und höhere Verdunstung. Eine Antwort darauf kann die verstärkte Nutzung von „**Grauwasser**“ (leicht verschmutztes, fäkalienfreies Abwasser vom Waschen) sein, beispielsweise zur Toilettenspülung oder Gartenbewässerung ([s. Kap. 13.1. Stadtwerke weiterentwickeln](#)). Regenwasser soll verstärkt genutzt werden, zum Beispiel durch Speicher, Baumrigolen und Schwammstadt-Elemente.

Kiel verfügt mit dem flächendeckenden LoRaWAN über die Infrastruktur für ein smartes Wassermanagement: Sensoren können Wasserverluste, Leitungsdruck und Qualität in Echtzeit erfassen und so eine effizientere und resilientere Versorgung fördern. Eine weitere Antwort kann eine **modifizierte Bepreisung** des knappen Gutes Wasser sein, z. B. mit niedrigem Preis für den Grundbedarf und höherem Preis für Extrabedarf. Schließlich wird die Kieler **Bevölkerung sensibilisiert**, indem sie besser informiert wird über die Bedeutung eines sorgsamen Umgangs mit Wasser und über Möglichkeiten zur Wassereinsparung im Alltag.

13. EINE STADT, DIE DIE GRUND- VERSORGUNG ZUVERLÄSSIG UND NACHHALTIG SICHERSTELLT

Die kommunalen Versorgungsbetriebe sind das Rückgrat unserer Stadt. Ob Energie, Wasser, Abwasser oder Abfall – ohne funktionierende öffentliche Infrastrukturen gibt es keine soziale Gerechtigkeit, keine Energiewende und keinen wirksamen Klimaschutz. Die Stadtwerke Kiel, die Stadtentwässerung und der Abfallwirtschaftsbetrieb leisten heute bereits viel. Doch die Herausforderungen nehmen zu: Klimakrise, Energiearmut, Rohstoffknappheit und teilweise marode Netze machen deutlich, dass es jetzt eine politische Vision braucht, die Gemeinwohl und Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt.

Wir wollen diese Infrastrukturen konsequent weiterentwickeln – als demokratisch kontrollierte, sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Betriebe in öffentlicher Hand. Sie sollen nicht nur effizient arbeiten, sondern aktiv zur Transformation der Stadt beitragen: klimaneutral wirtschaften, Ressourcen schützen, Beteiligung ermöglichen und niemanden zurücklassen.

Eine gerechte Stadt entsteht nicht primär durch Privatisierung oder Sparlogik, sondern durch gemeinschaftlich getragene Verantwortung. Deshalb machen wir uns stark für mehr Transparenz, soziale Tarife, Investitionen in die Zukunft und offene Beteiligung – damit alle in Kiel von einer sicheren, nachhaltigen und solidarischen Daseinsvorsorge profitieren.

13.1. STADTWERKE WEITERENTWICKELN

Die Stadtwerke Kiel versorgen über 300.000 Menschen mit Strom, Wärme, Wasser und weiteren Dienstleistungen. Sie sind ein zentraler Bestandteil unserer öffentlichen Daseinsvorsorge, und zugleich einer der wichtigsten Hebel für eine sozial gerechte und ökologische Transformation. Mit dem Küstenkraftwerk, der kommunalen Wärmeplanung und Investitionen in erneuerbare Energien wurde in Kiel bereits viel erreicht. Gleichzeitig ist klar: Die Herausforderungen durch Klimakrise, Energiearmut und Infrastrukturwandel machen eine konsequente Weiterentwicklung notwendig. Sie müssen nachhaltig, sozial und demokratisch gesteuert werden.

- > **Transparenz und demokratische Kontrolle stärken:** Die Stadt hält 49 % der Anteile an den Stadtwerken. Genug, um eine Richtung vorzugeben. Strategische Entscheidungen sollen transparent im Rat diskutiert werden. Aufsichtsratsbesetzungen müssen nachvollziehbar erfolgen, Beteiligungsgremien öffentlich tagen können. Preisgestaltung und Investitionsentscheidungen sollen regelmäßig offen gelegt werden.
- > **Energiewende beschleunigen:** Die Versorgung mit Strom und Wärme soll so schnell wie möglich - spätestens jedoch bis 2040 - auf Basis dezentraler, erneuerbarer Energien klimaneutral erfolgen. Die Stadtwerke sollen gezielt Bürger*innenbeteiligung fördern, etwa durch Solar- oder Windprojekte im Umland. Gleichzeitig darf niemand in der Energiefrage allein gelassen werden. Eine bezahlbare Grundversorgung mit Energie muss für alle gesichert sein. Wir setzen uns für sozial gestaffelte Tarife und umfassende Energieberatung ein.
- > **Digitalisierung sinnvoll nutzen:** Zur besseren Steuerung und Energieeffizienz sollen digitale Verbrauchsanzeigen, flexible Tarife und smarte Netzsteuerung schrittweise eingeführt werden. So kann Verbrauch gesenkt, Lasten besser verteilt und Strom aus Erneuerbaren sinnvoll gespeichert werden.
- > **Wasser als Gemeingut sichern:** Trinkwasser ist ein Grundrecht. Die Versorgung durch die Kieler Wasserwerke ist stabil. Das soll auch bei zunehmender Trockenheit so bleiben. Die Stadtwerke sollen in Netzinstandhaltung, Monitoring und regionale Trinkwasserschutzgebiete investieren. Regenwasser- und Grauwassernutzung (leicht verschmutztes, fäkalienfreies Abwasser vom Waschen) sind Teil einer nachhaltigen Wasserstrategie.
- > **Kreislaufwirtschaft vorantreiben:** Abfall ist eine Ressource. Wir setzen uns für eine bessere Mülltrennung, die Stärkung der Abfallberatung und kommunale Projekte zur Rückgewinnung von Energie aus Abwasser und Reststoffen in enger Zusammenarbeit mit der Stadtentwässerung Kiel und dem Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) ein. Dabei sollen Zero-Waste-Konzepte, Wiederverwendung und sozial gerechte Gebührenmodelle systematisch mitgedacht werden ([s. Kap. 12.10. Kreislaufwirtschaft und Recycling](#)).
- > **Stadtwerke zugänglich und inklusiv gestalten:** Alle Angebote der

Stadtwerke - ob Tarife, Förderprogramme oder digitale Services - sollen barrierearm, mehrsprachig und verständlich zugänglich sein. Bürger*innen sollen bei neuen Infrastrukturprojekten frühzeitig eingebunden werden.

Eine gerechte, klimaneutrale Stadt braucht starke Stadtwerke: mit klarer öffentlicher Steuerung, sozialer Verantwortung und ökologischer Weitsicht.

13.2. ABWASSER UND KLÄRANLAGEN

Kiels Abwasser wird überwiegend im Klärwerk Bülk gereinigt, einer der modernsten Anlagen Deutschlands. Die Stadtentwässerung betreibt zudem ein über 1.000 km langes Kanalnetz, das täglich große Mengen Schmutz- und Regenwasser aufnimmt. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Entsorgung: Kläranlagen können heute Energie gewinnen, Nährstoffe zurückgewinnen und Wärme bereitstellen. Gleichzeitig bedeuten Mikroplastik, Medikamentenrückstände, zunehmende Starkregenereignisse und ein Sanierungsbedarf im Kanalnetz, dass Abwasserpolitik heute weit mehr leisten muss als nur den reibungslosen Betrieb im Hintergrund.

- > **Energieautark und klimaaktiv:** Das Klärwerk Bülk arbeitet bereits energieautark. Perspektivisch sollen alle Betriebsteile der Stadtentwässerung möglichst CO₂-neutral arbeiten. Dafür braucht es Investitionen in Wärmerückgewinnung, Biogastechnologie und smarte Steuerungssysteme. Wir fordern, dass alle relevanten Potenziale zur Energie- und Wärmenutzung aus Abwasser systematisch erschlossen werden.
- > **Mikroschadstoffe reduzieren:** Spurenstoffe wie Medikamentenreste oder Mikroplastik belasten unsere Gewässer und unsere Gesundheit. Wir setzen uns für eine schrittweise Nachrüstung mit Aktivkohle- oder Ozonverfahren ein und fordern, dass sich Kiel um eine Bundesförderung für eine vierte Reinigungsstufe bewirbt. Gleichzeitig wollen wir mit einer städtischen Informationskampagne aufklären, wie diese Stoffe gar nicht erst ins Abwasser gelangen, etwa durch richtige Entsorgung von Medikamenten oder bewussten Verzicht auf Mikroplastik im Alltag.
- > **Netze sanieren und überwachen:** Das Kieler Kanalnetz ist historisch

gewachsen und an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Wir fordern ein langfristiges, öffentlich kommuniziertes Sanierungsprogramm auf Basis moderner Sensorik, Kameratechnik und Prioritätenplanung. Undichte Leitungen dürfen kein Normalzustand sein, sie gefährden Umwelt und Infrastruktur.

- > **Abwasser als Ressource nutzen:** Klärschlamm enthält wertvolle Rohstoffe wie Stickstoff und Phosphor. Kiel soll frühzeitig Pilotprojekte zur Rückgewinnung dieser Stoffe auf den Weg bringen, insbesondere zur Phosphorrückgewinnung, die ab 2029 bundesweit verpflichtend wird. Auch die thermische Nutzung in Verbindung mit dem Fernwärmenetz bietet Potenzial. Ergänzend sollen die Möglichkeiten zur Nutzung von Grauwasser und dezentralen Reinigungssystemen systematisch geprüft werden.
- > **Transparenz und Beteiligung stärken:** Die Stadtentwässerung veröffentlicht regelmäßig Umweltdaten. Das ist ein guter erster Schritt, jedoch nicht ausreichend. Wir wollen, dass die Öffentlichkeit frühzeitig über Umbauten, Gebührenmodelle oder technische Strategien informiert wird und - wo möglich - mitreden kann.

Eine resiliente Stadt beginnt unter der Erde. Wer Abwasser intelligent denkt, schützt die Umwelt, nutzt Ressourcen effizient und sorgt dafür, dass Kiel auch künftig sauber bleibt.

13.3. ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB KIEL

Die Abfallwirtschaft ist ein zentraler Hebel für Klimaschutz, Ressourcenschonung und gerechte Stadtentwicklung. In Kiel leisten die Abfallwirtschaftsbetriebe Kiel (ABK) bereits viel, mit modernen Wertstoffhöfen, innovativen Projekten und ihrem Einsatz für eine saubere Stadt. Doch als zertifizierte Zero-Waste-City braucht Kiel mehr als gute Entsorgung: Der ABK soll zum aktiven Gestalter der Kreislaufstadt werden - mit Fokus auf Vermeidung, Wiederverwendung, Bildung und sozialer Verantwortung:

- > **Zero Waste strategisch begleiten:** Der ABK soll strukturell stärker in die Zero-Waste-Strategie eingebunden werden, etwa durch eine eigene Koordinationsstelle mit klaren Jahreszielen und Beteiligungsformaten. Der Fortschritt der Zero-Waste-Strategie soll jährlich transparent ausgewertet werden.

- > **ReUse-Infrastruktur aufbauen:** In Kooperation mit sozialen Werkstätten und der Zivilgesellschaft soll ein zentrales ReUse-Zentrum entstehen, mit Bauteillager, Reparaturstationen, Tauschflächen und Bildungsangeboten (*s. Kap. 12.10. Kreislaufwirtschaft und Recycling*).
- > **Rückbau und Wiederverwendung ermöglichen:** Der ABK kann eine Schlüsselrolle im Urban Mining übernehmen, z. B. durch Rückbauberatung, Sammlung von wiederverwertbaren Baustoffen und Pilotprojekte mit Materialpässen.
- > **Trennung einfach und barrierefrei gestalten:** Alle öffentlichen Sammelstellen sollen visuell vereinheitlicht werden, mit leicht verständlichen Symbolen, klarer Sprache und QR-Codes für mehrsprachige Infos.
- > **Digitale Werkzeuge nutzen:** Bestehende Tools wie die Meldemöwe-App sollen erweitert werden, z. B. um Informationen zu Abfallvermeidung, Abholzyklen, Wertstoffhöfen oder Mehrwegangeboten im Stadtgebiet (*s. Kap. 14.3. Müllvermeidung und Stadtsauberkeit*).
- > **Faire Arbeit ermöglichen:** Der ABK soll gute Löhne, Gesundheitsprävention und Mitgestaltung im Betrieb garantieren. Saubere Städte entstehen durch faire Arbeitsbedingungen.
- > **Gebühren sozial gestalten:** Zugang zu Wasser und Abfallentsorgung ist Teil der Grundversorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Gebührenmodellen auch soziale Staffelungen geprüft werden, z. B. für Menschen mit KielPass oder im Transferleistungsbezug.
- > **Offene Daten bereitstellen:** Abfall- und Recyclingmengen, Restmüllanteile und Sammelstellen sollen öffentlich dokumentiert werden - als Basis für Beteiligung, Forschung und kommunale Planung.

Kiels Abfallwirtschaft kann mehr als Tonnen leeren. Sie kann Ressourcenschutz erfahrbar machen, Teilhabe fördern und konkrete Lösungen für die Klimakrise liefern - lokal, sichtbar und gemeinsam mit uns allen.

UNSERE STADT:

LOKAL.

REGIONAL.

EUROPÄISCH.

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

14. EINE STADT, IN DER ALLE GERNE UND SICHER LEBEN

Die Sicherheitslage in Kiel ist in den letzten Jahren in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Zahl der Straftaten ist zuletzt auf den höchsten Stand seit einem Jahrzehnt gestiegen. Besonders Diebstahlsdelikte und Gewalttaten wie Messerangriffe sorgen dafür, dass sich viele Menschen in Teilen der Stadt unsicher fühlen. Die Stadtpolitik setzt bislang vor allem auf klassische Maßnahmen wie Bußgelder und verstärkte Kontrollen – jedoch ohne nachhaltige Verbesserungen. Maßnahmen wie Waffenverbotszonen oder Videoüberwachung werden immer wieder diskutiert.

Wir setzen auf Prävention, Bildung, Jugendhilfe, Mediation vor Ort und eine nahbare Polizei – weil wir die Ursachen von Kriminalität bekämpfen wollen, bevor Konflikte eskalieren.

14.1. PRÄVENTION

Das oberste Ziel aller Anstrengungen muss darin bestehen, dass Straftaten und Delikte gar nicht erst verübt werden. Daher setzen wir uns für die folgenden Lösungen ein:

- > **Prävention:** Ausbau präventiver Angebote wie Streetwork, Jugendtreffs, Sport- und Kulturangebote sowie niedrigschwellige Bildungs- und Unterstützungsprojekte für Jugendliche ohne stabile soziale Anbindung
- > **Awareness-Teams:** In Clubs, auf Veranstaltungen und im öffentlichen Raum sollen Awareness-Teams präsent sein und deeskalierend wirken.
- > **Zivilcourage stärken:** Programme zur Stärkung von Zivilcourage müssen ausgebaut und sichtbarer gemacht werden – etwa durch Workshops, Schulprojekte und öffentliche Kampagnen.
- > **Stärkung von Ausstiegsprogrammen:** Durch bessere Zusammenarbeit von Schulen, Sozialarbeit, Polizei und zivilgesellschaftlichen Initiativen – etwa durch gemeinsame Anlaufstellen, abgestimmte Hilfsangebote und persönliche Begleitung - sollen Menschen beim Ausstieg aus extremistischen, rassistischen, gewaltbereiten oder kriminellen Milieus unterstützt werden.

- > **Einrichtung einer Kieler Koordinierungsgruppe gegen Hasskriminalität:** eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe gegen Hasskriminalität, in der Polizei, Sozialarbeit, Bildungssektor, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Akteur*innen zusammenarbeiten. Ziel ist eine bessere Analyse, Beratung und Prävention von rassistischen, antisemitischen, queer- und frauenfeindlichen Straftaten.

Prävention ist der Schlüssel für eine sichere und solidarische Stadt – deshalb setzen wir konsequent auf vorbeugende Angebote, starke Gemeinschaft und vernetzte Zusammenarbeit, um Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen.

14.2. SICHERHEITSFOKUSSIERTE STADTGESTALTUNG

Sicherheit in der Stadt entsteht nicht nur durch Polizeipräsenz, sondern auch durch klug gestaltete öffentliche Räume, in denen sich Menschen wohl und geschützt fühlen. Insbesondere für vulnerable Gruppen ist es wichtig, dass Straßen, Plätze und Parks so gestaltet werden, dass sie sicher, zugänglich und angstfrei genutzt werden können.

- > **Waffenverbotszonen gezielt und transparent einführen:** In besonders kriminalitätsbelasteten Bereichen können klar abgegrenzte Waffenverbotszonen dazu beitragen, konkreten Gefahren vorzubeugen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Sie sollten zeitlich und räumlich begrenzt bleiben, um Grundrechtseingriffe (Allgemeine Handlungsfreiheit) auf das notwendige Maß zu beschränken, unnötige Belastungen durch Kontrollen zu vermeiden und sicherzustellen, dass dort gehandelt wird, wo es tatsächlich erforderlich ist. Die Einrichtung der Waffenverbotszonen muss rechtssicher, gemeinsam mit Polizei und Land abgestimmt, verhältnismäßig, regelmäßig überprüft und im offenen Dialog mit der Bevölkerung weiterentwickelt werden.
- > **Angsträume durch gezielte Beleuchtung und gute Planung vermeiden:** Dunkle oder unübersichtliche Orte wie Unterführungen, Parks oder wenig frequentierte Fußwege wirken oft bedrohlich und führen dazu, dass sich Menschen dort unwohl fühlen. Eine kluge Planung und gut platzierte, energieeffiziente Beleuchtung machen solche Orte für alle sicherer. Hier lässt sich viel von der gendersensiblen Stadtplanung und dem europäischen Positivbeispiel Umeå lernen: Für Frauen geplant,

ist allen geholfen. Wir möchten eine Stadtentwicklung, die den „Leitlinien für eine faire, inklusive und sorgende Stadt“ des BMWSB folgt.

- > **Präsenz durch Stadtteilinitiativen fördern:** Angsträume entstehen häufig dort, wo öffentliche Orte unbelebt wirken und kaum Menschen unterwegs sind. Das städtische Förderprogramm „Gemeinsam Kiel gestalten“ zielt u.a. genau darauf ab: einfache, kreative Projekte von Bürger*innen fördern, die z.B. Plätze beleben, Begegnungsorte schaffen und damit für mehr Sicherheit sorgen.
- > **Pflege und Instandhaltung verbessern:** Saubere und gut gepflegte öffentliche Räume steigern das Sicherheitsempfinden. Schäden und Verwahrlosung sollten zeitnah behoben werden, um Angsträumen vorzubeugen.

Eine klug gestaltete und gepflegte Stadt schafft sichere Räume, in denen sich alle wohlfühlen und gerne leben – so wird Sicherheit für alle spürbar und erlebbar.

14.3. MÜLLVERMEIDUNG UND STADTSAUBERKEIT

Kiel ist die erste Stadt in Deutschland, die sich dem Netzwerk „Zero Waste Europe“ angeschlossen hat. Damit verfolgt die Stadt das Ziel, Abfälle langfristig zu vermeiden und Ressourcen im Kreislauf zu halten – für eine saubere, nachhaltige und lebenswerte Stadt. Um diesen Weg zu unterstützen und den Erfolg sicherzustellen, sind folgende zielgerichtete Maßnahmen sinnvoll:

- > **Zero Waste umsetzen:** Die Abfallmenge pro Kopf soll bis 2035 um 15 % sinken. Langfristig soll der Haus- und Geschäftsabfall pro Kopf auf unter 50 kg pro Jahr sinken. Das Zero-Waste-Konzept muss um messbare Zwischenziele, Beteiligungsformate und eine regelmäßige Überprüfung ergänzt werden, damit diese ambitionierten Ziele erreicht werden können.
- > **Zugang zu kostenlosem Trinkwasser schaffen:** In Kiel wurden bereits die ersten kostenlosen Trinkwasserspender aufgestellt - dies begrüßen wir sehr und unterstützen den flächendeckenden Ausbau. Öffentliche Trinkwasserspender wie in Glasgow reduzieren Plastikmüll und fördern einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen.
- > **Mehrweg fördern:** Kiel hat unter dem Slogan „Kiel geht Mehrweg“

2019 ein Pfandbechersystem für Coffee-to-go eingeführt und setzt ein eigenes Mehrwegsystem u.a. auch auf der Kieler Woche kreativ um. Der weitere Ausbau eines kommunalen Mehrweg-Systems soll vorangetrieben werden unter Einbeziehung der lokalen Gastronomie- und Hotelleriebetriebe.

- > **Reparieren und teilen:** Projekte wie der Leihladen Kiel, Reparatur-Cafés und Foodsharing-Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur Müllvermeidung. Da solche Angebote noch nicht allen Kieler*innen bekannt sind, unterstützen wir eine stärkere Sichtbarkeit und die quartiersnahe Weiterentwicklung ([s. Kap. 12.10. Kreislaufwirtschaft und Recycling](#)).
- > **Meldemöglichkeit verbessern:** Die Meldemöwe-App soll technisch so weiterentwickelt werden, dass Müll und andere Mängel schnell und präzise gemeldet werden können. Ergänzend braucht es eine Analyse typischer Müll-Hotspots - wie regelmäßig überfüllte Mülleimer oder verstreuter Müll - um gezielt und effizient reagieren zu können.
- > **Kippen-Orakel ausbauen:** Im Jahr 2023 wurden mit 20 "Kippen-Orakeln" über 1 Mio., im Jahr 2024 mit 40 Orakeln rund 3 Mio. Zigarettensammel gesammelt. Diese Maßnahme ist also ein voller Erfolg und sollte daher ausgeweitet werden.
- > **Reinigungsmaßnahmen ausweiten:** An hochfrequentierten Orten sollen zusätzliche Reinigungen erfolgen und mehr robuste Mülleimer mit Deckeln (z.B. Solar-Mülleimer) aufgestellt werden, insbesondere dort, wo Wind und Möwen für Müllverteilung sorgen.

Gemeinsam machen wir Kiel sauberer und nachhaltiger – mit klaren Zielen, praktischen Angeboten und dem Engagement aller für eine lebenswerte Stadt ohne Müll.

14.4. BEKÄMPFUNG VON VANDALISMUS

Mutwillige Sachbeschädigungen an Schulhöfen oder Spielplätzen, illegale Graffiti an Hauswänden oder E-Scooter, die in die Förde geworfen werden – Vandalismus tritt in Kiel in vielen Formen auf und belastet das Stadtbild, das Sicherheitsgefühl und die Haushaltskasse. Es braucht konkrete, kommunal umsetzbare Maßnahmen, die Schäden verhindern, Verantwortung stärken und positive Gestaltungsmöglichkeiten schaffen. Daher setzen wir uns für die folgenden Lösungen ein:

- > **Meldemöglichkeiten ausbauen und verbessern:** Die städtische Meldemöwe-App bietet großes Potenzial – aktuell funktioniert sie jedoch kaum für Hinweise auf Vandalismus und ist wenig benutzungsfreundlich. Die App muss technisch verbessert und weiterentwickelt werden, sodass insbesondere auch Vandalismus einfach, schnell und digital gemeldet werden kann. Zusätzlich soll die Nutzung bekannter gemacht werden, z. B. durch QR-Codes im öffentlichen Raum.
- > **Gestaltungsräume und kreative Prävention:** Legale Graffiti-Wände, Street-Art-Projekte und offene Workshops sind tolle Formate, um der kreativen Stadtbildgestaltung einen Rahmen zu geben. In Kooperation mit Schulen, Jugendzentren oder lokalen Initiativen können so sichtbare und wertvolle Kunstwerke entstehen, die das Stadtbild positiv prägen. Ein Vorbild ist das nordirische Kunstkollektiv Seedhead Arts, das in Belfast mit Hit the North ein großes Street-Art-Festival, aber auch Kunstmärkte, Workshops und andere kreative Bildungsangebote organisiert. So entstehen nicht nur beeindruckende Kunstwerke, sondern auch lokale Identifikation, kreative Ausdrucksmöglichkeiten und ein respektvoller Umgang mit dem öffentlichen Raum.
- > **Schnelle Beseitigung von Schäden:** Beschädigte Bänke, zerstörte Scheiben oder illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden sollen zeitnah instand gesetzt oder gereinigt werden, um Nachahmungseffekte und Verwahrlosung zu vermeiden.

Mit klaren Regeln, kreativen Gestaltungsmöglichkeiten und schneller Schadensbeseitigung schaffen wir ein Umfeld, in dem Vandalismus keinen Platz hat und Kiel attraktiv bleibt.

14.5. DIE BÜRGER*INNENNAHE SICHERHEITSARBEIT GEMEINSAM STÄRKEN

Die Polizei ist in Deutschland eine Aufgabe der Bundesländer, weshalb in Kiel die Landespolizei Schleswig-Holstein zuständig ist. Auf kommunaler Ebene möchten wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten die vertrauensvolle, präventionsorientierte Zusammenarbeit mit der Polizei und zivilgesellschaftlichen Partnern weiter ausbauen. Ziel ist, Sicherheit im Alltag zu erhöhen, Konflikte frühzeitig zu entschärfen und Grundrechte verlässlich zu wahren – insbesondere in Situationen mit Kindern und Jugendlichen.

14.6. FEUERWEHR

In Kiel sorgen die Berufsfeuerwehr und zehn Freiwillige Feuerwehren gemeinsam für den Schutz der Bevölkerung. Ihre Arbeit ist unverzichtbar, ob im Brandeinsatz, bei technischen Hilfeleistungen oder in der Prävention. Gleichzeitig stehen Feuerwehr und Ehrenamt vor zunehmenden Belastungen: begrenzte Mittel, steigende Anforderungen und die Herausforderung, Engagement mit Beruf und Familie zu vereinbaren. Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Feuerwehr ein, mit guter Ausstattung, starker Nachwuchsarbeit und besonderer Wertschätzung des Ehrenamts:

- > **Feuerwehrstandorte modernisieren:** Die Stadt soll bestehende Feuerwachen erhalten und modernisieren sowie gemeinsam mit Feuerwehr und Stadtplanung prüfen, wo neue Standorte gebraucht werden. Alle Wachen sollen möglichst zeitgemäß ausgestattet sein, mit modernen Umkleiden, geschlechtergerechten Sanitäreinrichtungen, barrierefreien Zugängen sowie Aufenthalts- und Schulungsräumen, sofern es räumlich umsetzbar ist.
- > **Nachwuchs gewinnen und Jugendabteilungen stärken:** Die bestehenden Jugendfeuerwehrabteilungen sollen gezielt gefördert werden, zum Beispiel durch Zuschüsse für Ausrüstung, Freizeiten und Ausbildungsmaterialien. Ergänzend setzen wir uns für Projekte wie „Blaulicht-AGs“ an Schulen ein, in denen Kinder praktische Einblicke in die Arbeit von Feuerwehr und Rettungskräften bekommen. So lassen sich Talente früh entdecken und für das Ehrenamt begeistern.
- > **Ehrenamt fördern und Rahmenbedingungen verbessern:** Freiwilliges Engagement in der Feuerwehr verdient mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung. Wir möchten prüfen, wie eine städtische Anerkennung regelmäßig umgesetzt werden kann, beispielsweise in Form von Veranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit. Auch die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie soll weiter verbessert werden. Die Stadt kann hier gezielt Bedarfe ermitteln und im Dialog mit den Feuerwehren praxistaugliche Unterstützungsangebote entwickeln.
- > **Gesundheit schützen:** Die Stadt sollte bestehende Angebote zur Einsatznachsorge wie das SBE-Team der Berufsfeuerwehr weiterhin unterstützen und um passende gesundheitsfördernde Maßnahmen ergänzen, wo es sinnvoll und möglich ist. Auch Ehrenamtliche sollten bei

Bedarf Zugang zu psychosozialer Betreuung erhalten, um nach belastenden Einsätzen gut versorgt zu sein.

Eine moderne, gut ausgestattete, engagierte und bestens unterstützte Feuerwehr ist unverzichtbar, um den Schutz und die Sicherheit in Kiel auch in Zukunft zu gewährleisten.

14.7. TECHNISCHES HILFSWERK (THW) KIEL

Der THW-Ortsverband Kiel leistet bei größeren Schadenslagen unverzichtbare technische Hilfe und unterstützt die kommunalen Einsatzkräfte. Mit Fachgruppen wie etwa für Notversorgung, Wassergefahren, schwere Bergung, Ortung und Ölschäden ist das THW technisch breit aufgestellt und arbeitet eng mit der Berufsfeuerwehr und dem Rettungsdienst zusammen. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten ist eine nachhaltige Unterstützung dieses ehrenamtlichen Engagements unverzichtbar.

- > **Nachwuchs und Ehrenamt fördern:** Das THW lebt vom Engagement freiwilliger Helfer*innen. Kooperationen mit Jugendfeuerwehren und anderen Hilfsorganisationen, um die Nachwuchsgewinnung gemeinsam zu stärken und das ehrenamtliche Engagement langfristig zu sichern, sind daher von kommunaler Seite unbedingt zu fördern.
- > **Infrastruktur und Ausbildung unterstützen:** Der THW-Ortsverband Kiel ist mit hochspezialisierter Technik im Einsatz. Bei Bedarf müssen dem THW Kiel geeignete kommunale Übungsflächen bereitgestellt und eine gemeinsame Nutzung städtischer Werkstätten oder anderer Infrastruktur ermöglicht werden.
- > **Zusammenarbeit und Einsatzfähigkeit verbessern:** Eine enge Zusammenarbeit zwischen THW, Feuerwehr, Rettungsdienst und weiteren Hilfsdiensten ist besonders bei großen Schadenslagen und Katastrophensituationen von zentraler Bedeutung. Daher sind regelmäßige gemeinsame Übungen, abgestimmte Alarmierungswege und transparente Kommunikation essentiell, um Abläufe zu verbessern und die Einsatzkräfte vor Ort bestmöglich zu koordinieren.
- > **Finanzielle Stärkung des Technischen Hilfswerks:** Das THW leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Bevölkerungsschutz – auch in unserer Region. Leider sind die finanziellen Mittel, die der Bund für Ausstattung, Fahrzeuge und Liegenschaften zur Verfügung stellt, seit Jahren

unzureichend. Viele Ortsverbände sind gezwungen, dringend benötigtes technisches Gerät und Infrastruktur durch Spenden zu finanzieren. Dieses strukturelle Defizit gefährdet langfristig die Einsatzbereitschaft und Motivation der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Auch wenn die Finanzierung des THW primär in die Zuständigkeit des Bundes fällt, wollen wir auf kommunaler Ebene politische Aufmerksamkeit für dieses Problem schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt das Engagement des THW aktiv unterstützt – etwa durch gute Zusammenarbeit bei der Nutzung städtischer Flächen, durch stärkere Sichtbarkeit bei Veranstaltungen oder gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Ehrenamt verdient nicht nur Dank, sondern auch verlässliche Rahmenbedingungen.

Das Technische Hilfswerk Kiel ist ein unverzichtbarer Partner im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz – deshalb setzen wir uns für eine starke Förderung, gute Infrastruktur und enge Zusammenarbeit ein, damit das Ehrenamt auch künftig mit voller Kraft einsatzbereit bleibt.

14.8. RETTUNGSDIENST STÄRKEN

Der kommunale Rettungsdienst ist eine tragende Säule der Notfallversorgung in Kiel. Etwa zwei Drittel der Einsätze werden von der Berufsfeuerwehr übernommen, ein Drittel durch Hilfsorganisationen wie ASB, DRK und Johanniter. Mit dem demografischen Wandel und einer älter werdenden Bevölkerung steigen die Anforderungen und Einsatzzahlen kontinuierlich. Damit der Rettungsdienst auch zukünftig leistungsfähig bleibt, muss er mit ausreichend qualifiziertem Personal, modernen Strukturen und verlässlichen Abläufen ausgestattet werden. Hierauf zielen die folgenden Maßnahmen ab:

- > **Fachkräfte gewinnen und ausbilden:** Junge Menschen und engagierte Ehrenamtliche aus Jugendfeuerwehren und Hilfsorganisationen sollen gezielt für die Ausbildung als Notfallsanitäter*in gewonnen werden. Dazu sollen die Ausbildungsplätze attraktiver gestaltet und besser beworben werden.
- > **Digitale Verwaltung ausbauen:** Auch im Rettungsdienst sollen digitale Prozesse gezielt gefördert werden. Moderne Software soll die Einsatzdokumentation und den digitalen Austausch mit klinischen sowie ambulanten Versorgungsdienstleistern vereinfachen und die

Abrechnung effizienter gestalten. So wird das Personal entlastet und finanziellen Ausfällen vorgebeugt.

- > **Digitale Unterstützung im Rettungsdienst stärken:** Volt Kiel begrüßt die Einführung des landesweiten Telenotarzt-Systems. In leichteren Notfällen können Rettungskräfte per Videoschleife ärztliche Unterstützung erhalten, wenn kein*e Notarzt*ärztin vor Ort ist. Angesichts steigender Einsatzzahlen stehen wir digitalen Ergänzungen im Rettungsdienst grundsätzlich positiv gegenüber, um die Notfallversorgung effizient und zukunftsfähig zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kiel durch gut ausgestattete Fahrzeuge und geschultes Personal bestmöglich an das System angebunden ist.
- > **Ehrenamt und Zusammenarbeit stärken:** Auch das freiwillige Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des Rettungsdienstes. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Berufsfeuerwehr und Hilfsorganisationen ist hierbei essentiell. Gemeinsame Fortbildungsangebote sowie ein regelmäßiger Austausch sollen helfen, Synergien zu nutzen und die Einsatzfähigkeit nachhaltig zu verbessern.

Eine starke, gut ausgestattete und vernetzte Rettungsdienststruktur ist entscheidend, damit Kiel auch künftig schnell und zuverlässig helfen kann – deshalb setzen wir uns für moderne Technik, qualifiziertes Personal und ein engagiertes Miteinander ein.

14.9. KOMMUNALER ORDNUNGSDIENST

Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) sorgt in Kiel für Sicherheit, Ordnung und ein respektvolles Miteinander im öffentlichen Raum. Er sorgt für die Umsetzung kommunaler Regeln und trägt dazu bei, Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Eine bürgernahe, professionelle und zukunftsfähige Weiterentwicklung des KOD ist essentiell, um der Vielzahl an Aufgaben und Interessensgruppen dauerhaft gerecht zu werden.

- > **Personal bedarfsgerecht stärken und Vielfalt fördern:** Die Besetzung des KOD sollte sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und flexible Einsatzmöglichkeiten sicherstellen. Attraktive Arbeitsplätze mit guter Ausstattung und familienfreundlichen Strukturen sollen langfristig auch dazu beitragen, ein vielfältiges Team aufzubauen, welches die Stadtgesellschaft widerspiegelt.

- > **Bürgernähe stärken und Präsenz ausbauen:** Der KOD soll als ansprechbare, deeskalierende Institution im Stadtbild wahrnehmbar sein und nicht als Kontrollinstanz. Dafür braucht es eine verstärkte Präsenz an stark frequentierten oder konfliktsensiblen Orten, zum Beispiel in der Innenstadt, in Parks oder bei Großveranstaltungen.
- > **Sanktionen transparent und nachvollziehbar gestalten:** Kommunale Regelverstöße wie illegale Müllentsorgung, Lärmbelästigung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit müssen konsequent und verhältnismäßig geahndet werden. Zudem soll die Bußgeldpraxis klar, verständlich und im Rahmen der landesrechtlichen Vorgaben transparent kommuniziert werden.
- > **Fortbildungen verbindlich gestalten und Zusammenarbeit ausbauen:** Für den möglichst reibungslosen, sicheren und erfolgreichen Einsatz des KOD sollen die Mitarbeitenden regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen, insbesondere in den Bereichen Deeskalation, interkulturelle Kommunikation, diskriminierungssensible Ansprache und rechtliche Grundlagen. Die Zusammenarbeit mit lokalen Awareness-Initiativen soll gestärkt werden, um den professionellen Umgang mit Konflikten im öffentlichen Raum weiter zu verbessern.
- > **Transparenz und Rückmeldungsmöglichkeiten verbessern:** Es sollte den Bürger*innen unkompliziert möglich sein, eine Rückmeldung zu ihren Erfahrungen mit dem KOD geben zu können, z.B. indem sie ein benutzungsfreundliches Online-Formular auf der Website der Stadt Kiel einreichen. Darüber hinaus soll die Stadt regelmäßig und sachlich über Aufgaben, Einsatzbereiche und Entwicklungen des KOD informieren, um seine Rolle im öffentlichen Raum nachvollziehbar zu machen und den Austausch mit der Stadtgesellschaft zu stärken.

Ein gut ausgestatteter, bürger*innennaher und transparenter kommunaler Ordnungsdienst ist unverzichtbar, um Sicherheit und respektvolles Miteinander im öffentlichen Raum nachhaltig zu gewährleisten und das Vertrauen der Stadtgesellschaft zu stärken.

15. EINE STADT MIT STARKER WIRTSCHAFT UND HOHER ZUKUNFTSKOMPETENZ

Eine starke Wirtschaft ist Grundlage für gute Arbeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und nachhaltige Stadtentwicklung. Sie sichert Einkommen, Ausbildung, regionale Wertschöpfung und Spielräume für öffentliche Investitionen. Damit Kiel auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich bleibt, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen – für Industrie und Handwerk, Start-ups und soziale Unternehmen, für Innovation und Gemeinwohlorientierung.

Wir setzen auf eine vorausschauende Flächenstrategie, die mit knappen Ressourcen sorgsam umgeht, vorhandene Potenziale nutzt und neuen Raum für wirtschaftliche Entwicklung schafft. Gewerbegebiete denken wir ökologisch, klimagerecht und krisenfest. Wir stärken die industrielle Basis Kiels, verbessern die Bedingungen für Handwerksbetriebe, fördern soziale Innovationen und bauen ein dynamisches Start-up-Ökosystem auf.

Unser Ziel ist eine Wirtschaftspolitik, die ökologisch verantwortlich, sozial gerecht und regional verankert ist – und so dazu beiträgt, dass Kiel eine Stadt bleibt, in der Innovation, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zusammenkommen.

15.1. GEWERBEFLÄCHEN

Kiel braucht Flächen für Unternehmen, die unsere Stadt gestalten, in Handwerk, Produktion, Dienstleistung, Forschung und Sozialwirtschaft. Doch der verfügbare Raum ist knapp. Damit wirtschaftliche Entwicklung, Klimaschutz und Lebensqualität zusammenkommen, braucht es eine vorausschauende, faire und flächenschonende Strategie. Jeder Quadratmeter zählt.

- > **Bestehende Flächen intelligent nutzen:** Die Kieler Flächenreserve ist nahezu aufgebraucht. Deshalb setzen wir auf die gezielte Revitalisierung und Umnutzung von Bestandsflächen, etwa durch Nachverdichtung, Umstrukturierung oder Konversion. Ein digitales Flächenkataster, wie von der Stadt bereits geplant, soll für mehr Transparenz

sorgen und Gewerbetreibenden einen schnellen Überblick über verfügbare Flächen ermöglichen.

- > **Gewerbegebiete als Innovationsräume denken:** Neue und bestehende Gewerbeflächen sollen zur Energiewende beitragen: durch Solarnutzung, Regenwassermanagement, moderne Mobilitätsanbindung und energieeffiziente Gebäude. So werden Kieler Gewerbegebiete zu zukunftssicheren Standorten, wirtschaftlich attraktiv, ökologisch vorbildlich und resilient gegenüber Krisen. Das spart Betriebskosten und erhöht die Standortattraktivität - auch im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte und Talente.
- > **Platz schaffen für Handwerk, Start-ups und soziale Betriebe:** Nicht jede Firma braucht große Hallen. Deshalb fördern wir flexible, kleinteilige Gewerbehöfe mit geteilten Werkstätten, Büroflächen und Lagerbereichen, gerade für Handwerksbetriebe, soziale Unternehmen und Gründende. Das reduziert den Flächenverbrauch, senkt Hürden beim Zugang und stärkt die lokale Wirtschaftskraft.
- > **Flächenvergabe partnerschaftlich und vorausschauend:** Bei der Entwicklung und Vergabe kommunaler Flächen wollen wir gemeinsam mit Unternehmen, Verwaltung und Stadtgesellschaft Kriterien entwickeln, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und gute Arbeitsbedingungen verbinden. Das schafft Planungssicherheit und fairen Zugang, besonders für zukunftsorientierte Branchen mit regionalem Bezug.
- > **Stadt und Region gemeinsam entwickeln:** Gewerbeflächenentwicklung macht nicht an der Stadtgrenze halt. Die KielRegion bietet schon heute gute Kooperationsstrukturen, welche wir weiter ausbauen wollen. Interkommunale Gewerbegebiete, geteilte Infrastruktur und abgestimmte Planung helfen, Flächen effizient zu nutzen und gleichzeitig regionale Stärken zu bündeln.

Kiels Wirtschaft braucht Spielräume, und die Stadt klare Leitlinien. Mit einer klimagerechten, datengestützten und partnerschaftlichen Flächenstrategie sichern wir Entwicklungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Unternehmen und gestalten gemeinsam eine Stadt, in der Innovation, Nachhaltigkeit und Lebensqualität Hand in Hand gehen.

15.2. INDUSTRIE

Die Kieler Industrie steht auf einem breiten Fundament: Sie ist geprägt von der maritimen Wirtschaft – mit Schiffbau, Marine und Verteidigungsindustrie – sowie von einer wachsenden IT-Branche, einer starken Gesundheitswirtschaft, dem Maschinenbau und der Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Diese Sektoren leisten einen wichtigen Beitrag zur lokalen Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze und generieren bedeutende Steuereinnahmen. Stadtverwaltung und Kieler Wirtschaftsförderung (KiWi) sollen Hand in Hand daran arbeiten, der Industrie in Kiel ein modernes und wachstumsfreundliches Umfeld zu bieten:

- > **Gewerbeflächen entwickeln:** Vorausschauend und strategisch geplant, transparent vergeben und auf die Stärken und Standortvorteile Kiels zugeschnitten. Ziel ist es, besonders solche Branchen zu fördern, die qualifizierte Fachkräfte anziehen, hohe Wertschöpfung generieren und die regionale Entwicklung positiv beeinflussen.
- > **Infrastrukturmaßnahmen** erfolgen mit Blick auf die Anforderungen industrieller Betriebe – sei es bei der Verkehrsanbindung, der digitalen Versorgung oder der Energieinfrastruktur.
- > **Vergabepaxis gestalten:** Aufträge werden fair vergeben. Die lokale Industrie erhält dabei eine echte Chance, sich mit innovativen und nachhaltigen Lösungen einzubringen.
- > **Fachkräftegewinnung** ist ein zentrales Anliegen. Qualifizierte Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland – auch aus der EU und darüber hinaus – sind in Kiel willkommen. Stadt und Wirtschaft schaffen gemeinsam Strukturen, die Ankunft, Integration und beruflichen Einstieg möglichst unbürokratisch und effektiv gestalten.

Unser Ziel ist ein industrielles Kiel, das wirtschaftlich stark, sozial verantwortungsvoll und europäisch vernetzt in die Zukunft geht.

15.3. HANDWERK

Ob Wärmewende, Wohnraumsanierung, Verkehrsinfrastruktur oder Ressourcenschonung: Ohne das Handwerk steht Kiel still. Doch viele Betriebe kämpfen mit Fachkräftemangel, hohen Belastungen und fehlender Sichtbarkeit. Dabei ist das Handwerk das Rückgrat für Beschäftigung, Ausbildung, Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung. Wer

Kiel zukunftsfähig machen will, muss das Handwerk systematisch stärken - mit Raum, Anerkennung und besseren Rahmenbedingungen.

- > **Ausbildung stärken, Fachkräfte gewinnen:** In kaum einer Branche zeigt sich der Fachkräftemangel so deutlich wie im Handwerk. Die kommunale Fachkräfteinitiative MoinFachkräfte muss daher auch auf Handwerksberufe ausgeweitet werden. Durch gezieltes Standortmarketing, niedrigschwellige Information und praktische Beratungsangebote sollen mehr Menschen den Weg ins Handwerk finden. Berufsorientierung ab der 7. Klasse, Werkstatttage und Schulkooperationen helfen, jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen. Zielgruppenspezifische Formate, etwa für Frauen im Handwerk, schaffen zusätzliche Zugänge. Gleichzeitig braucht es für internationale Bewerber*innen mehrsprachige Informationen, schnellere Anerkennung und eine Willkommenskultur in Betrieben wie Verwaltung ([s. Kap. 19.8. Fachkräfte](#) und [19.9. Standortmarketing](#)).
- > **Raum schaffen für Werkstatt, Ausbildung und Lager:** Viele Betriebe finden in Kiel keine passenden Flächen. Deshalb fördern wir flexible Gewerbehöfe mit geteilten Werkstätten, Lagern und Büros, besonders für kleinere Betriebe, Start-ups und soziale Unternehmen. Die Vergabe kommunaler Flächen soll regionale Wertschöpfung, faire Löhne und Nachhaltigkeit priorisieren. Über die KielRegion wollen wir zusätzlich interkommunale Flächen und Infrastruktur für Handwerk erschließen.
- > **Azubiwohnheime ausbauen, Ausbildung erleichtern:** Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Auszubildende ein Hindernis. Wir wollen zentrale, gut angebundene Azubiwohnheime schaffen, auch für Handwerksberufe. Ausbildungsbetriebe sollen bei der Wohnraumsuche unterstützt werden. Gleichzeitig müssen Berufsschulen besser ausgestattet und digitalisiert werden ([s. Kap. 3.3. Wohnheime für Auszubildende und Studierende](#)).
- > **Nachfolge sichern, Gründungen fördern:** Viele Betriebe suchen Nachfolger*innen. Wir schlagen eine städtische Nachfolgebörse mit Beratungs- und Förderangeboten vor. Wer übernimmt, soll einfach Zugang zu Finanzierung, Räumen und Verwaltung erhalten. Auch Neugründungen im Handwerk wollen wir erleichtern: mit schlanken Verfahren, schneller Genehmigung und verlässlicher Begleitung durch Verwaltung und Kammern.

- > **Digitalisierung im Handwerk stärken:** Digitale Werkzeuge erleichtern Terminplanung, Lagerhaltung, Angebotslegung oder auch die Zusammenarbeit im Team, doch viele Betriebe haben weder Kapazitäten noch Wissen. Wir schaffen Beratungsangebote zu Open-Source-Tools, Prozessdigitalisierung und Fördermitteln. Gleichzeitig sollen städtische Ausschreibungen und Genehmigungen digital, verständlich und fair zugänglich sein, auch für kleine Handwerksbetriebe.
- > **Nachhaltigkeit und Reparatur ermöglichen:** Das Handwerk ist ein natürlicher Partner für die Kreislaufwirtschaft, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Handwerksbetrieben Reparaturnetzwerke aufbauen und öffentlich sichtbar machen. Nachhaltige Materialien, Energieeffizienz und Ressourcenschonung sollen gezielt gefördert werden ([s. Kap. 12.10. Kreislaufwirtschaft und Recycling](#)). Ein jährlicher „Kieler Handwerkstag“ stärkt die Anerkennung und bringt Betriebe und Stadtgesellschaft zusammen.

Kiel braucht zukunftsfestes Handwerk - sichtbar, vielseitig und handlungsfähig. Mit einer partnerschaftlichen, nachhaltigen und ausbildungsorientierten Handwerksstrategie schaffen wir die Bedingungen dafür. Gemeinsam sichern wir Kompetenz, Vielfalt und Stabilität für eine Stadt im Wandel.

15.4. ÖKONOMIE FÜR MORGEN

Innovation muss dem Gemeinwohl dienen. In Kiel wollen wir nicht nur ökonomisch wachsen, sondern gesellschaftliche Herausforderungen aktiv und nachhaltig lösen - mit Ideen, die das Leben für alle besser machen. Soziale Innovationen und die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) schaffen Perspektiven für eine gerechtere, inklusivere Stadt.

- > **Soziale Innovationen ermöglichen:** Kiel braucht Räume, in denen neue Lösungen für Bildung, Teilhabe, Klimaschutz oder Pflege entstehen können. Reallabore, Sozialunternehmer*innen und zivilgesellschaftliche Projekte sollen gezielt unterstützt werden. Wichtig ist dabei eine städtische Förderstruktur, die Wirkung und Gemeinwohl als Maßstab setzt.
- > **Gemeinwohl-Ökonomie verankern:** Die GWÖ ist ein erprobter Ansatz, um wirtschaftliches Handeln mit sozialen und ökologischen Zielen zu verbinden. Kieler Unternehmen, Vereine und Institutionen, die

danach arbeiten, brauchen verlässliche Partner*innen in Politik und Verwaltung. Deshalb fordern wir Pilotprojekte für GWÖ-Bilanzen in städtischen Betrieben und Unterstützung für Betriebe, die soziale Wirkung statt Maximalprofit anstreben.

- > **Lokale Netzwerke stärken:** Kiel verfügt bereits über starke Akteur*innen: die GWÖ-Regionalgruppe, Social Start-ups, Zero-Waste-Initiativen und den YooWeeDoo-Ideenwettbewerb. Diese Strukturen wollen wir sichtbar machen und in eine strategische Kieler Innovationspolitik einbinden. Ziel ist ein „Social Impact Hub“, der Wissen, Gründungsförderung und Gemeinwohlwirtschaft vereint.

Eine Wirtschaft, die den Menschen dient, ist kein Widerspruch, sondern unsere Chance für eine zukunftsfähige Stadt.

15.5. START-UPS

Wie Innovation Hubs ([s. Kap. 15.7. Innovation fördern - Zukunft gestalten](#)) können auch Start-Ups die Stadtentwicklung wirtschaftlich und sozial beflügeln. Davon profitieren Unternehmen und Bürger*innen. Stadtverwaltung und Kieler Wirtschaftsförderung schaffen für Start-Ups ein günstiges Umfeld. Kiel hat mit dem KITZ, dem Wissenschaftspark, dem Waterkant Festival und der Kieler Wirtschaftsförderung bereits viel aufgebaut.

- > **Platz für gute Ideen:** Wir wollen, dass Start-Ups in Kiel passende Orte finden. Co-Working-Spaces, geteilte Werkstätten und Innovationsräume wie im Wissenschaftspark oder der Alten Mu müssen erhalten, besser beworben und weiterentwickelt werden. Öffentliche Liegenschaften sollen gezielt auch für Gründer*innen geöffnet werden.
- > **Pilotprojekte ermöglichen:** Gute Ideen brauchen Praxis. Darum sollen Start-Ups ihre Produkte und Dienstleistungen im öffentlichen Raum oder in städtischen Einrichtungen testen können, schnell, unbürokratisch und transparent. Wir schaffen dafür klare Verfahren und die Möglichkeit, dass Verwaltung und Start-Ups gemeinsam lernen.
- > **Bürger*innenbeteiligung:** Wir beziehen Bürger*innen in Innovationsprozesse und die Schaffung eines positiven Umfelds für neue Ideen ein ([s. Kap. 1.1. Echte Beteiligung und Teilnahme allen Menschen ermöglichen](#) und [1.5. Bürger*innenwerkstätten zur gemeinsamen Entwicklung von](#)

Lösungen).

- > **Faire Vergabe:** Start-Ups brauchen Marktchancen, auch mit der Stadt. Kiel soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gezielt auch junge Unternehmen berücksichtigen, z. B. über Kriterien für Innovation, Nachhaltigkeit oder Digitalisierung.
- > **Lokale Netzwerke, Beratung, Wettbewerbe:** Die Kieler Wirtschaftsförderung unterstützt Start-Ups bei der Vernetzung mit anderen Unternehmen, Investoren, Experten und potenziellen Kund*innen sowie mit Beratung zu Rechtsfragen, Marketing, Finanzierung, Förderung und Geschäftsmodellen. Für besonders innovative Geschäftsideen von Kieler Start-Ups lobt sie Wettbewerbe und Preise aus.

So entsteht ein dynamisches Start-up-Ökosystem, das wirtschaftliche Impulse setzt, gesellschaftliche Innovationen fördert und zur modernen, offenen Stadtentwicklung Kiels beiträgt.

15.6. WATERKANT FESTIVAL

Das Waterkant Festival ist ein lebendiger Ort für Zukunftsideen. Hier treffen sich Start-ups, Hochschulen, Verwaltung, Kultur und Zivilgesellschaft. Dieser offene Raum für Begegnung, Austausch und Inspiration stärkt Kiel als Standort für Innovation, Bildung und Teilhabe. Diese Plattform wollen wir gemeinsam weiterentwickeln.

- > **Vernetzen, was zusammengehört:** Das Festival bringt Akteur*innen aus Schleswig-Holstein und darüber hinaus zusammen, niedrigschwellig, kreativ, experimentell. Damit das gelingt, braucht es eine dauerhafte Förderung und eine stärkere Verzahnung mit Stadtgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Kultur.
- > **Zugang und Wirkung ausweiten:** Wir setzen uns für kostenfreie Tickets für junge Menschen und einkommensschwache Gruppen sowie eine dauerhafte Verankerung in der städtischen Innovationsstrategie ein. Entstandene Ideen sollen durch Kleinstförderungen weitergeführt werden. Sollte das Waterkant Festival nicht mehr auf dem MFG5-Gelände stattfinden können, muss die Stadt bei der Suche nach einer adäquaten Ausgleichsfläche unterstützen, sodass es eine dauerhafte Perspektive erhält.

Das Waterkant Festival zeigt, wie gemeinsam, offen und konkret Zukunft entsteht.

15.7. INNOVATION FÖRDERN - ZUKUNFT GESTALTEN

Innovative Unternehmen sichern nicht nur ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit, sondern tragen maßgeblich zur wirtschaftlichen Stärke Kiels bei: Sie schaffen Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze und sorgen für nachhaltige Steuereinnahmen.

- > **Innovation Hubs für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zugänglich machen:** Große Konzerne können sich häufig eigene Innovation Hubs oder Abteilungen leisten, KMU nur selten. Dennoch können KMU dank flexibler Strukturen wichtige Innovationstreiber sein. Um sie darin zu unterstützen, koordiniert und begleitet die Kieler Wirtschaftsförderung bedarfsgerecht die Einrichtung von Innovation Hubs, die auch KMU zugänglich sind.
- > **Innovation Hubs als Teil und Motor einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung:** Jenseits von unternehmens- und branchenspezifischen Innovationen können Innovation Hubs zu einer offenen Stadtkultur mit Neugierde und Experimentierfreude beitragen. Die Stadtverwaltung unterstützt Innovation Hubs in dieser Rolle, indem sie ihren innovativen Ideen und Konzepten aufgeschlossen begegnet und sie flexibel begleitet, auch mit einfachen und schnellen Genehmigungsverfahren.
- > **Zukunftskompetenzen fördern:** Die Stadtverwaltung fördert das Lernen von Zukunftskompetenzen durch Weiterbildung der eigenen Mitarbeitenden als auch durch Unterstützung entsprechender Bildungsangebote in Kiel. Denn wer die Herausforderungen von morgen verstehen will, muss heute die richtigen Fähigkeiten erwerben.
- > **Verwaltung als Möglichmacherin stärken:** Ob neue Mobilitätslösungen, digitale Beteiligungsformate oder klimaneutrale Produkte: Wer etwas ausprobieren will, braucht Spielräume. Die Stadt kann mit einfachen Genehmigungen, Pilotflächen und Dialogbereitschaft Innovation aktiv fördern, statt sie durch Unsicherheit oder Intransparenz auszubremsen.

So entsteht ein innovatives Kiel, das wirtschaftliche Stärke mit gesellschaftlichem Fortschritt verbindet – offen, vernetzt und bereit für die Zukunft.

16. DIE STADTVERWALTUNG ALS ARBEITGEBERIN

Mit über 6.000 Mitarbeiter*innen in sechs Dezernaten und 27 Ämtern ist die Stadt Kiel eine der bedeutendsten Arbeitgeberinnen der Region. Es ist daher umso wichtiger, dass die Landeshauptstadt Kiel als Arbeitgeberin zukunftsfähig aufgestellt ist, um interessant für neue Mitarbeitende zu sein und das bereits existierende Personal langfristig durch eine attraktive Arbeitsumgebung zu binden.

16.1. DAS PERSONAL ZUKUNFTSFÄHIG, RESILIENT UND FLEXIBEL AUFSTELLEN

Wir begrüßen die bisherigen Anstrengungen der Kieler Stadtverwaltung hin zu einer modernen Arbeitgeberin. Um den stetig steigenden Anforderungen an die Landeshauptstadt Kiel als Arbeitgeberin in einer sich demografisch weiter zuspitzenden Lage und unter schwierigen Haushaltsbedingungen weiter gerecht zu werden, braucht es weitere Lösungen:

- > **FlexUnit:** Flexibel einsetzbare Teams aus Mitarbeiter*innen verschiedenster Qualifikation unterstützen die Stadtverwaltung in vielfältigen Bereichen und Aufgaben. Es handelt sich um einen attraktiven Einstieg für motivierte Fach- und Führungskräfte aus anderen Branchen, der gleichzeitig zur Attraktivität der gesamten Verwaltung beiträgt, indem hier effektiv für Entlastung und gute Arbeitsorganisation gesorgt wird. Dieses Programm ist ein Erfolg mit Strahlkraft weit über die Bundeslandgrenzen hinaus und sollte daher fortgeführt, evaluiert und weiterentwickelt werden.
- > **Fachkräftezulage fair nutzen:** Wir wollen die Fachkräftezulage nach VKA-Richtlinie gezielt einsetzen – insbesondere in Bereichen wie IT, Technik, Pflege oder Sozialarbeit. Je nach Qualifikation und Aufgabenprofil können so bis zu 1.500 € monatlich zusätzlich gezahlt werden – befristet oder dauerhaft, transparent und leistungsgerecht.
- > **Schneller aufsteigen bei Engpassberufen:** Für Schlüsselbereiche wie IT, Bauwesen, Pflege und Soziales setzen wir uns für die Vorweggewährung von Erfahrungsstufen ein. So schaffen wir echte Anreize für qualifizierte Fachkräfte, sich für unsere Kommune zu entscheiden – ohne

unnötige Hürden oder lange Wartezeiten.

- > **Prozesse optimieren – effizient, digital, ämterübergreifend:** Damit unsere Verwaltung schneller, bürger*innenfreundlicher und effizienter arbeitet, braucht es klar strukturierte, digitale Abläufe über alle Fachbereiche hinweg:
 - > **Digitale Lösungen konsequent nutzen:** Bestehende technische Möglichkeiten – wie Dokumentenmanagementsysteme, E-Akte oder Schnittstellen zwischen Fachverfahren – müssen vollständig eingesetzt und sinnvoll miteinander verknüpft werden. Medienbrüche und manuelle Umwege kosten Zeit und Geld.
 - > **Ämterübergreifende Zusammenarbeit stärken:** Verwaltungsprozesse sollen so gestaltet werden, dass sie nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitern. Es braucht klare Abläufe, in denen Fachbereiche kooperieren – statt isoliert nebeneinander zu arbeiten.
 - > **Kulturwandel fördern:** Bereichsegoismen und das „Silo-Denken“ müssen der Vergangenheit angehören. Wir setzen auf eine Verwaltungskultur, in der das gemeinsame Ziel – ein schneller, transparenter Service für Bürger*innen – im Mittelpunkt steht.
- > **Ganzheitliches Entwicklungsprogramm:** Die Stadt bietet bereits diverse Möglichkeiten über Ausbildung, Umschulung oder duales Studium in die vielfältigen Berufe einzusteigen, die Kiel als Arbeitgeberin benötigt. Dieser Einstieg soll aktiv und nachhaltig weiterentwickelt und mit attraktiver Perspektive gestaltet werden. Zunehmend bedeutender werden in diesem Zusammenhang auch niedrighschwellige Orientierungsformate wie Praktika, Volontariate, Freiwilligendienste oder Girls' and Boys' Days, deren Qualität maßgeblich zur Gewinnung des Fachkräftenachwuchses von morgen beiträgt. Das Stadttalente-Programm, welches motivierten Nachwuchskräften bereits jetzt eine zweijährige Orientierungsphase zum Einstieg in die Kieler Stadtverwaltung ermöglicht, begrüßen wir an dieser Stelle sehr.
- > **Barrierefreie Stellenausschreibungen – fairer Zugang für alle:** Alle Stellenausschreibungen der Stadt Kiel sollen barriere- und diskriminierungsfrei veröffentlicht werden. Online-Anzeigen und Dokumente sollen nach BITV/WCAG (mindestens AA) gestaltet werden, in klarer, geschlechtergerechter Sprache und AGG-konform. Bewerbende mit Behinderung sollen barrierefreie Bewerbungswege erhalten und bei fachlicher Eignung zum Vorstellungsgespräch (§ 165 SGB IX)

eingeladen werden sowie eine Ansprechperson für Assistenz benannt bekommen.

- > **Mitarbeitende binden:** Die Stadtverwaltung bietet bereits diverse attraktive Benefits, z. B. zur flexiblen Vereinbarkeit mit den persönlichen Lebensumständen, Mobilitätsförderung oder in Bezug auf Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Diese gilt es regelmäßig zu evaluieren, sowohl im Arbeitgeber*innen-Marktvergleich als auch im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zur Bindung von Mitarbeiter*innen.

Eine zukunftsfähige Verwaltung braucht engagierte Fachkräfte, moderne Strukturen und eine klare Kultur der Zusammenarbeit – damit Kiel auch künftig handlungsfähig, attraktiv und bürger*innenorientiert bleibt.

16.2. GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR STÄDTISCHE MITARBEITENDE

In Zeiten des Fachkräftemangels wird es für die öffentliche Verwaltung immer wichtiger, nicht nur neue Talente zu gewinnen, sondern vor allem die bestehenden Mitarbeitenden langfristig zu halten. Eine attraktive, gesunde und wertschätzende Arbeitsumgebung ist dabei keine Kür, sondern die zentrale Voraussetzung für langfristige Motivation, Engagement und Verlässlichkeit im Dienst der Stadt.

- > **Überlastung verhindern:** Der Kieler Ratsversammlung sind jährlich die Überstunden der Mitarbeitenden in anonymisierter Form vorzulegen. Ziel ist es, dass die Mitarbeitenden keine Überstunden leisten, die das im TVöD oder im Beamtenrecht genannte Maximalmaß überschreiten.
- > **Ergonomiefreundliche Arbeitsplätze:** Allen Mitarbeitenden, die mindestens 70% ihrer Arbeitszeit sitzend verbringen, soll ein höhenverstellbarer Schreibtisch zustehen.
- > **Gesundes Versorgungsangebot:** Jedes Rathaus (Altes Rathaus, Neues Rathaus, Rathaus Hopfenstraße) soll eine eigene Kantine mit einem gesunden Versorgungsangebot vorhalten, welches sich an dem Bedarf und der Nutzung der Mitarbeitenden orientiert. Sollte ein Kantinenbetrieb unter Wirtschaftlichkeitsaspekten nicht sinnvoll sein, sind Alternativen wie ein Essenszuschuss oder eine Kooperation mit externen Caterern zu prüfen.
- > **Vernetzung:** Um die Vernetzung der Kolleg*innen untereinander zu

fördern und das Betriebsklima zu verbessern, sollte einmal im Halbjahr ein zentral organisiertes After-Work-Event stattfinden. Für die Teilnahme sollen den Mitarbeitenden zwei Arbeitszeitstunden gutgeschrieben werden.

Gute Arbeitsbedingungen sind kein Bonus, sondern die Grundlage für eine engagierte, gesunde und langfristig motivierte Stadtverwaltung – und damit für eine funktionierende kommunale Daseinsvorsorge.

16.3. MODERNE FÜHRUNGSKULTUR IN DER STADTVERWALTUNG

Eine moderne und motivierende Führungskultur ist der Schlüssel zur erfolgreichen Transformation der Verwaltung, die nicht nur digital, sondern auch kulturell zukunftsfähig ist und ihren Bürger*innen optimal dienen kann. Mit den folgenden Maßnahmen kann die Führungskultur der Kieler Stadtverwaltung auf ein neues Level gehoben werden:

- > **Führung auf Augenhöhe:** Führungskräfte sollen einen kooperativen, wertschätzenden und dialogorientierten Führungsstil leben. Ziel ist ein Arbeitsumfeld, in dem Eigenverantwortung, Kreativität und Teamarbeit gefördert werden.
- > **Verbindliche Führungskräfteentwicklung:** Einführung eines kontinuierlichen, verpflichtenden Fortbildungsprogramms für alle Führungskräfte mit Fokus auf zeitgemäße Führungsprinzipien, Change-Management und Mitarbeiter*innenentwicklung.
- > **Feedbackkultur stärken:** Aufbau eines strukturierten Feedbacksystems mit regelmäßigen Rückmeldungen in alle Richtungen, um Vertrauen, Transparenz und persönliche Entwicklung zu fördern.
- > **Diversität in Führung fördern:** Wir setzen uns für gezielte Programme ein, die Vielfalt in Führungspositionen stärken – insbesondere die Förderung von Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und unterrepräsentierten Gruppen.
- > **Führung in der digitalen Transformation:** Führungskräfte sollen als Vorbilder im digitalen Wandel agieren. Dafür braucht es Qualifizierungsmaßnahmen, die neben technischen Kenntnissen auch digitale Denkweisen und agile Methoden vermitteln.
- > **Vertrauensbasierte Arbeitskultur:** Wir fördern eine Kultur, die auf

Vertrauen statt Kontrolle setzt – mit mehr Flexibilität, hybriden Arbeitsmodellen und Ergebnisorientierung statt Präsenzpflcht.

- > **Psychische Gesundheit und Resilienz:** Führung bedeutet auch Verantwortung für das Wohlbefinden der Mitarbeitenden. Verpflichtende Schulungen zum Thema psychische Gesundheit und Stressprävention sowie eine systematische Förderung gesunder Arbeitsbedingungen sollen eingeführt werden.
- > **Mut zur Veränderung:** Wir ermutigen Führungskräfte, Fehler als Lernchancen zu verstehen, mutige Entscheidungen zu treffen und Mitarbeitende aktiv in Veränderungsprozesse einzubeziehen.

Mit einer modernen Führungskultur gestalten wir eine Verwaltung, die motiviert, lernfähig und zukunftsgerichtet ist – zum Wohl aller Kieler*innen.

16.4. FEHLERKULTUR ALS GRUNDLAGE FÜR INNOVATION UND LERNEN

Aufbauend auf einer modernen Führungskultur gehört eine konstruktive Fehlerkultur zur Grundvoraussetzung für eine lernende, mutige und zukunftsfähige Verwaltung. Fehler dürfen nicht tabuisiert, sondern müssen als wertvolle Lernchancen verstanden werden – nicht nur im individuellen Führungsverhalten, sondern als Grundhaltung auf allen Ebenen der Stadtverwaltung. Dieser Wandel braucht Mut und Struktur – beides wollen wir gemeinsam anstoßen:

- > **Fehler als Lerngelegenheiten begreifen:** In Anlehnung an dänische Vorbilder soll jeder Vorfall systematisch gemeldet und anonymisiert ausgewertet werden – frei von Sanktionen – um daraus organisationell zu lernen. Entscheidend ist ein Arbeitsumfeld, das psychologische Sicherheit bietet, in dem sich Menschen trauen, Zweifel zu äußern, Risiken einzugehen und Fehler offen anzusprechen.
- > **Muster skandinavischer Organisationskultur nutzen:** Flache Hierarchien, vertrauensbasierte Kommunikation, eigenverantwortliches Arbeiten und das offene Vorleben von Feedback durch Führungspersonen bilden die Basis für Veränderungsfreude und Innovation.
- > **Symbolhaftes Lernen fördern:** Wir prüfen formalisierte Formate, etwa „Lernpreis“-Programme für mutige Innovationsversuche, deren

Erkenntnisse weiterführend und transparent kommuniziert werden.

- > **Strukturelle Maßnahmen etablieren:** Einführung eines internen Forums („Lernraum Verwaltung“), anonymisierte Fehlerberichte im Intranet, regelmäßige Austauschformate und Anerkennung.

Nur wenn Fehler offen reflektiert und gemeinsam genutzt werden, kann eine Verwaltung entstehen, die sich stetig weiterentwickelt – mutig, lernbereit und zukunftsfähig.

17. EINE STADT, DIE KOOPERIERT

Kiel steht heute vor großen Herausforderungen und ebenso großen Chancen – vom Klimaschutz über die Digitalisierung bis zur wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Innovation. Um diese Chancen optimal zu nutzen, müssen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung eng zusammenarbeiten und voneinander lernen. Denn nur im aktiven Austausch und durch gemeinsames Handeln entstehen Lösungen, die sowohl innovativ als auch praxisnah sind und den Alltag aller Kieler*innen spürbar verbessern.

Unsere Stadt verfügt mit der Universität, der Fachhochschule, dem Kiel Institut für Weltwirtschaft und zahlreichen weiteren Akteuren über ein starkes Fundament für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. Dieses Potenzial wollen wir gezielt fördern, indem wir den Dialog zwischen Forschung, Unternehmen und Verwaltung stärken, neue Kooperationen ermöglichen und den Austausch von Ideen in den Mittelpunkt stellen.

Darüber hinaus ist Kiel tief in europäischen und regionalen Netzwerken verankert. Der Blick über die Stadtgrenzen hinaus eröffnet neue Möglichkeiten, von erfolgreichen Best-Practice-Beispielen zu lernen und gemeinsam zukunftsfähige Strategien zu entwickeln. Regionale Zusammenarbeit und europäische Partnerschaften sind der Schlüssel, um Mobilität, Klima, Digitalisierung und Wirtschaftskraft nachhaltig voranzubringen.

Wir möchten, dass Kiel durch gezielte Vernetzung und offene Kooperationen nicht nur seine Innovationskraft steigert, sondern auch seine gesellschaftliche Teilhabe stärkt und sich als weltoffene, zukunftsorientierte Stadt weiterentwickelt.

17.1. AUSTAUSCH FÖRDERN – WISSENSCHAFT, WIRTSCHAFT UND VERWALTUNG VERNETZEN

Kiel verfügt über starke Lehr- und Forschungseinrichtungen wie die Christian-Albrechts-Universität, die Fachhochschule Kiel oder das Kiel Institut für Weltwirtschaft. Sie bereichern die Stadt nicht nur durch ihre wissenschaftliche Exzellenz, sondern tragen auch zur lokalen Wissensökonomie, zur öffentlichen Bildung und zu einem faktenbasierten, demokratischen Diskurs bei. Damit diese Potenziale optimal wirken können, soll die Stadt

Kiel gezielt den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung fördern:

- > **Netzwerke und Plattformen:** Die Stadtverwaltung und die Kieler Wirtschaftsförderung sollen gezielt Netzwerke und Plattformen aufbauen und unterstützen – etwa durch gemeinsame Veranstaltungen, Dialogformate und themenspezifische Kooperationen.
- > **Empirisches Arbeiten:** Wo es sinnvoll und machbar ist, soll empirisches Arbeiten von Forschenden ermöglicht und unterstützt werden – etwa durch Reallabore im öffentlichen Raum oder Pilotprojekte innerhalb der Stadtverwaltung.
- > **Offenheit für neue Ideen:** Gerade im Austausch mit lokalen Partnern aus Forschung und Wirtschaft zeigt die Verwaltung Bereitschaft, neue Ansätze aufzugreifen und in die Praxis zu bringen. Auch auf europäischer Ebene wollen wir Kooperationen mit anderen Universitätsstädten stärken, etwa durch gemeinsame Innovationsprojekte, Gastformate beim Waterkant-Festival oder einen Beitritt zum European Network of Living Labs (ENoLL).

So entsteht ein Kiel, das seine wissenschaftlichen Stärken mit praktischen Lösungen für die Stadtgesellschaft verbindet – innovativ, kooperativ und zukunftsgewandt.

17.2. KIEL EUROPÄISCH DENKEN – VON KOOPERATION PROFITIEREN

Kiel ist wirtschaftlich und kulturell weit über städtische, nationale und kontinentale Grenzen hinaus mit der Welt vernetzt. Gleichzeitig steht die Stadt vor Herausforderungen, die viele europäische Kommunen teilen – vom Klimaschutz über die Mobilitätswende bis hin zur digitalen Transformation. Für viele dieser Aufgaben existieren in Europa bereits erprobte und erfolgreiche Lösungen. Wir sind davon überzeugt: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden – sondern können von bewährten Best-Practice-Beispielen lernen, sie nach Kiel holen und gemeinsam weiterentwickeln.

Kiel bringt dafür bereits eine gute Grundlage mit: Die Stadt ist aktiv in europäischen Netzwerken wie Eurocities, dem RGRE, der Union of the Baltic Cities sowie dem Klima-Bündnis und unterhält 14 weltweite Städtepartnerschaften. Auch in der KielRegion arbeitet die Stadt eng mit

ihren Nachbarlandkreisen zusammen, um regionale Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Dieses europäische und regionale Engagement gilt es gezielt zu stärken.

Wir setzen uns dafür ein, Kiel als aktive, offene und sichtbare Europa-stadt weiterzuentwickeln – als Stadt, die ihre internationalen Netzwerke strategisch nutzt, um Innovationen voranzutreiben, Fördermittel einzuwerben und die Lebensqualität vor Ort spürbar zu verbessern. Eine Stadt, die europäische Freundschaften lebt, den Austausch zwischen Menschen fördert und den Mehrwert europäischer Zusammenarbeit konkret erlebbar macht.

- > **Europäische Netzwerke aktiv nutzen:** Kiel soll seine internationalen Netzwerke gezielt einsetzen, um Ideen auszutauschen, Pilotprojekte umzusetzen und Fördermittel einzuwerben. Gemeinsam mit anderen Städten können wir an Themen wie klimaneutralen Häfen, Kreislaufwirtschaft, digitaler Verwaltung oder sozialer Innovation arbeiten.
- > **Städtepartnerschaften weiterentwickeln:** Wir wollen die bestehenden Partnerschaften stärker inhaltlich ausrichten und mit Leben füllen – etwa durch thematische Austauschforen für Bürger*innen aus Kiel und den Partnerstädten. Städtebotschafter*innen sollen als feste Ansprechpersonen fungieren und neue Kooperationen initiieren. Austauschprogramme – von Freiwilligendiensten bis Schüler*innenbegegnungen – sollen ausgebaut werden.
- > **Digitales Kooperationsportal schaffen:** Eine digitale Plattform soll es Bürger*innen, Vereinen, Unternehmen und der Verwaltung ermöglichen, Kontakte zu Partnerstädten zu knüpfen, Ideen auszutauschen und gemeinsame Projekte zu planen – vom Sportturnier bis zur Nachhaltigkeitsinitiative.
- > **Europatag erlebbar machen:** Der Europatag soll zu einem lebendigen Fest europäischer Vielfalt in Kiel werden – mit Kulturveranstaltungen, Straßenaktionen, Bürger*innendialogen und Präsentationen gemeinsamer Projekte aus den Partnerstädten. So wird sichtbar, wie europäische Zusammenarbeit unseren Alltag bereichert.
- > **Europabericht für Kiel einführen:** Ein jährlicher Europabericht soll transparent machen, welche Projekte durch internationale Kooperationen, Netzwerke oder EU-Fördermittel in Kiel angestoßen oder umgesetzt wurden. So werden Erfolge sichtbar – und der Nutzen

europäischer Zusammenarbeit verständlich und nachvollziehbar.

Europa beginnt vor Ort – und Kiel hat das Potenzial, ein aktives Beispiel dafür zu sein, wie kommunale Politik durch europäische Zusammenarbeit smarter, solidarischer und zukunftsfähiger wird.

17.3. KIELREGION

Die Region rund um Kiel wächst zusammen. Menschen pendeln täglich zwischen Stadt und Umland, Unternehmen vernetzen sich über Kreisgrenzen hinweg, Herausforderungen wie Mobilität, Wohnen oder Klimaschutz betreffen uns alle gemeinsam. Die KielRegion bietet bereits eine Plattform für interkommunale Kooperation, doch ihr volles Potenzial wird noch zu wenig ausgeschöpft. Entscheidungen sind oft schwerfällig, Beteiligung kaum sichtbar, Zuständigkeiten unklar.

- > **Strategisch denken, gemeinsam handeln:** Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kiel, den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde braucht eine verbindliche, gemeinsame Vision – mit klaren Zuständigkeiten, abgestimmten Investitionen und echten Entscheidungskompetenzen. Eine regionale Strategie für Mobilität, Wohnen, Energie, Bildung, Digitalisierung und Wirtschaftsentwicklung ist überfällig. Beispiele wie die geplante Stadtbahn, die Sprottenflotte oder die regionale Fachkräftestrategie zeigen, welches Potenzial in einer abgestimmten Planung liegt. Die KielRegion kann hier zum Vorreiter für echte Kooperation statt Kirchturmdenken werden.
- > **Regionale Demokratie ermöglichen:** Regionale Zusammenarbeit darf kein Projekt von Verwaltungsspitzen allein bleiben. Mobile Beteiligungsformate in Umlandgemeinden und eine gemeinsame digitale Plattform für Vorschläge, Projekte und Abstimmungen machen die KielRegion erlebbar. Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen gemeinsam Zukunft gestalten, sichtbar, zugänglich und auf Augenhöhe.
- > **Digital vernetzt und datenbasiert entscheiden:** Interkommunale Zusammenarbeit braucht moderne Werkzeuge. Wir fordern offene Datenstandards, gemeinsame IT-Systeme und digitale Karteninfrastrukturen, um Projekte schneller und gezielter umsetzen zu können - etwa im Verkehr, bei der Energieplanung oder in der Sozialraumkoordination.

- > **Gemeinsam klimaneutral werden:** Klimaschutz hört an der Stadtgrenze nicht auf. Die KielRegion braucht eine abgestimmte Energie- und Klimastrategie: für Windkraft-Standorte, regionale Wärmenetze, Verkehrsvermeidung und Biodiversität. Ziel muss eine gemeinsame Klimabilanz mit konkreten Zielen sein - wissenschaftlich begleitet und regelmäßig überprüft.
- > **Europäisch denken, regional handeln:** Gerade auf europäischer Ebene gibt es viele erfolgreiche Vorbilder für Regionalentwicklung, von der Randstad in den Niederlanden bis zur Greater Copenhagen Area. Wir wollen, dass die KielRegion sich daran orientiert, Fördermittel gezielt erschließt und europäische Netzwerke nutzt. Eine Region, die europäisch denkt, schafft lokal Fortschritt.

Die KielRegion hat enormes Potenzial. Machen wir aus Zusammenarbeit endlich eine echte Mitmachregion.

17.4. OPEN DATA UND ALGORITHMISCHE TRANSPARENZ (KI)

Daten und Algorithmen prägen längst unseren Alltag – oft, ohne dass wir es merken. Ob bei der Terminvergabe im Stadtamt, der Verkehrsplanung oder in der sozialen Infrastruktur: Entscheidungen werden zunehmend von Software und KI-Systemen unterstützt. Doch viele dieser Prozesse bleiben intransparent, wichtige Daten sind unzugänglich oder kaum nutzbar. Das verhindert Mitgestaltung, demokratische Kontrolle und gesellschaftliches Lernen. Wir wollen eine Stadt, in der Daten dem Gemeinwohl dienen – offen, verständlich, maschinenlesbar und unter striktem Schutz persönlicher Informationen:

- > **Auf dem Vorhandenen aufbauen:** Kiel stellt bereits Datensätze bereit. Wir bündeln das Angebot und machen es einfacher nutzbar.
- > **Open by default:** Daten grundsätzlich veröffentlichen, Ausnahmen eng begründen.
- > **Nutzbar statt nur sichtbar:** Maschinenlesbare Formate, verlässliche Schnittstellen, offene Lizenzen und Versionshinweise.
- > **Veröffentlichungsplan und Erklärseiten:** Jährlicher Daten-Kalender mit Priorisierung der Kernthemen Haushalt, Mobilität, Umwelt, Bildung und Soziales sowie jeweils Kurztexten in Leichter Sprache.

- > **Weiterverwendung erleichtern:** Daten-Sprechstunden, Beispiele und Vorlagen. Daten-Werkstätten mit Hochschulen und Bürger*innen, damit alle Daten für Recherchen und Lösungen genutzt werden können.
- > **Algorithmus-Register:** Öffentliche Liste aller automatisierten Systeme der Stadt mit Zweck, Datenquellen, Regeln, Modellen, Verantwortlichen und Kontaktdaten.
- > **Folgenabschätzung und Prüfungen:** Vor dem Einsatz müssen Wirkung, Fairness, Datenschutz und Barrieren überprüft werden. Anschließend braucht es regelmäßige Prüfberichte in Klartext.
- > **Erklärbare Entscheidungen:** Wo Systeme Empfehlungen geben, müssen verständliche Begründungen und Widerspruchswege existieren, bei sensiblen Fällen immer noch der Mensch-in-der-Schleife (Human-in-the-loop).
- > **Offene Beschaffung:** In Vergaben verlangen wir offene Schnittstellen, Datenportabilität und, wo möglich, offene Software. Prüf- und Nutzungsrechte werden vertraglich gesichert.
- > **Datenschutz von Anfang an:** Daten sollen immer sparsam erhoben, wenn möglich anonymisiert und/oder aggregiert und Sicherheitsstandards verbindlich eingehalten werden.
- > **Transparenzbericht:** Um das Vertrauen in neue Systeme und technologischen Fortschritt zu stärken, soll ein jährlicher Bericht über neue Datensätze, Nutzungszahlen, Prüfungen und Beschwerden informieren.

So behalten wir die Kontrolle, und digitale Lösungen arbeiten für uns alle.

18. EINE STADT, DIE IHRE BESONDERHEITEN FEIERT

Kiel ist eine Stadt mit vielen besonderen Stärken – von der maritimen Lage über die renommierte Meeresforschung bis hin zu innovativen Einrichtungen für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Das GEOMAR steht als weltweit anerkanntes Forschungszentrum für den Schutz und das Verständnis unserer Ozeane. Der Kieler Hafen verbindet die Stadt mit der Welt und bietet zugleich Chancen für nachhaltige Entwicklung und moderne Mobilität. Kreative Orte wie die Alte Mu fördern gesellschaftliches Engagement und nachhaltige Stadtentwicklung. Bedeutende Institutionen wie das Institut für Weltwirtschaft setzen wichtige Impulse für wirtschaftliche und politische Fragestellungen. Und der Wissenschaftspark unterstützt die Verbindung von Forschung und Unternehmertum.

Diese vielfältigen Besonderheiten machen Kiel zu einer Stadt, die ihre Stärken bewusst nutzt und weiter ausbaut. Wir wollen Kiel als lebendigen, nachhaltigen und innovativen Ort gestalten – eine Stadt, die ihre Einzigartigkeit feiert und gemeinsam die Zukunft gestaltet.

18.1. GEOMAR

Das „GEOMAR – Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel“ zählt zu den weltweit führenden Instituten im Bereich der Meereswissenschaften. Über 1.000 engagierte Mitarbeitende aus über 50 Nationen erforschen unsere Ozeane und Meere sowie deren Wechselwirkungen mit Atmosphäre, Meeresboden und Kontinenten. Dabei leistet das GEOMAR einen unverzichtbaren Beitrag zum Verständnis vergangener und zukünftiger Klimaveränderungen, zum Schutz der marinen Tier- und Pflanzenwelt sowie zur Entwicklung neuer seegehender Technologien. Seit 2023 arbeiten alle vier Forschungsbereiche im neuen, hochmodernen Campus am Ostufer.

Mit seinem Fokus von der Ostsee bis zu den großen Weltmeeren verbindet das GEOMAR lokale, regionale und globale Forschungsansätze. Die enge Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern sowie mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) stärkt die Attraktivität Kiels als Wissenschaftsstandort. Zahlreiche private Unternehmen im

Bereich der marinen Technologien haben sich am GEOMAR-Campus angesiedelt und arbeiten gemeinsam mit dem Institut an innovativen Verfahren zur Erforschung der Meere. Wir möchten Kiel als maritimen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort weiterentwickeln:

- > **Erweiterung und Modernisierung:** Wir setzen uns für die gezielte Erweiterung der GEOMAR-Infrastruktur ein, um die Forschungsbedingungen weiter zu verbessern und den Standort zukunftsfest zu machen.
- > **Bessere Erreichbarkeit durch ÖPNV:** Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zum GEOMAR-Campus ist für uns ein wichtiger Schritt, um Mitarbeiter*innen, Studierende und Besucher*innen nachhaltig und komfortabel anzubinden.
- > **Mehr Sichtbarkeit und Nutzung der Forschung:** Die Ergebnisse der Meeresforschung sollen stärker in die städtische Öffentlichkeit und Entscheidungsprozesse einfließen. Wir wollen eine intensivere Nutzung der GEOMAR-Forschung für Umwelt- und Klimaschutzprojekte in Kiel und der Region.
- > **Ausbau von Schulkooperationen:** Frühzeitige Bildungsarbeit und Vernetzung mit Schulen sind essenziell. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Schulen intensivieren und regelmäßige, praxisnahe Workshops sowie Exkursionen am GEOMAR etablieren.
- > **Regelmäßige Vortragsreihen und Wissenschaftskommunikation:** Öffentliche Vorträge, Diskussionen und Veranstaltungen sollen die Wissenschaftsvermittlung stärken und die Bürger*innen für die Bedeutung der Meeresforschung begeistern.
- > **Verankerung in der maritimen Stadt:** Kiel soll als maritime Stadt den Forschungsschwerpunkt aktiv in Stadtentwicklung, Kultur und Wirtschaft integrieren und so seine Position als Leuchtturm in der Meereswissenschaft festigen.

Das GEOMAR ist mit seinen vielfältigen Angeboten, wie etwa dem Aquarium und der aktiven Wissenschaftskommunikation, ein unverzichtbarer Partner für die Stadt. Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen GEOMAR, Universität, Wirtschaft und Öffentlichkeit ist für uns ein Schlüssel, um Kiel als einen internationalen Spitzenstandort für marine Forschung und Innovation weiter auszubauen.

18.2. KIELER HAFEN

Der Kieler Hafen ist eines der wichtigsten Tore zur Welt für Schleswig-Holstein. Er verbindet uns mit Skandinavien und dem Baltikum, ist Kreuzfahrtziel, Umschlagplatz und maritimer Erlebnisort. Gleichzeitig steht er vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise, veränderte Mobilitätsbedarfe und soziale Gerechtigkeitsfragen machen eine Neuausrichtung dringend notwendig. Der Hafen darf kein blinder Fleck in der Stadtentwicklung bleiben, er muss zum gemeinsamen Projekt für eine klimafreundliche, lebenswerte und innovative Stadt werden.

- > **Landstrompflicht und emissionsfreier Hafen:** Ein zukunftsfähiger Hafen funktioniert ohne klimaschädliche Emissionen. Seit Kurzem sind alle Liegeplätze mit Landstrom ausgestattet. Die Nutzung soll verpflichtend werden, nicht erst ab 2030, wie von der EU beschlossen. Auch die Hafenlogistik muss emissionsfrei werden: von der Terminaltechnik bis zum Transport auf der letzten Meile. Damit ökologische Ziele nicht von Einzelinteressen ausgebremst werden, brauchen wir ein transparentes Monitoring zur Einhaltung.
- > **Erlebnishafen statt Durchgangsort:** Viele Gäste erreichen Kiel per Schiff, steigen aus und reisen direkt weiter. Damit der Hafen stärker zum Verweilen einlädt, braucht es barrierearme Wege, digitale Orientierungshilfen und direkte Verbindungen zu Kulturorten, Gastronomie und Einzelhandel. Lokale Angebote in der Umgebung sollen aktiv hervorgehoben werden. Untergenutzte Flächen im Hafenumfeld bieten Chancen für kreative Zwischennutzungen, Start-ups, Pop-up-Kultur oder temporäre Freiräume für die Stadtgesellschaft.
- > **Innovation made in Kiel:** Kiel vereint wie kaum eine andere Stadt Meeresforschung, maritime Wirtschaft und technische Ausbildung. Dieses Potenzial wollen wir im Hafen sichtbar machen. Das geplante Meeresvisualisierungszentrum (MVZ) kann ein Leuchtturmprojekt für Umweltbildung, Tourismus und Klimakommunikation werden. Gemeinsam mit GEOMAR, KITZ, der Fachhochschule und der Universität Kiel wollen wir einen Innovationscluster aufbauen, der konkrete Lösungen für die nachhaltige Schifffahrt und Meerestechnik entwickelt. Maritime Start-ups sollen durch günstige Räume, Testflächen und unkomplizierte Genehmigungsverfahren gezielt gefördert werden.

- > **Hafen in Zeiten der Klimakrise sichern:** Der Klimawandel stellt uns als Küstenstadt vor enorme Herausforderungen, insbesondere im Hafen. Die Hafeninfrastruktur muss langfristig gegen den steigenden Meeresspiegel und klimabedingte Risiken gesichert werden. Damit Krisen schnell und koordiniert bewältigt werden können, braucht es regelmäßige Übungen mit Feuerwehr, THW, Hafenbehörde und Rettungsdiensten. Auch klare Notfallpläne und verständliche Risikokommunikation für Anwohnende und Beschäftigte sind notwendig.

Der Hafen ist das Tor unserer Stadt zur Welt - lassen wir ihn zum Vorbild für eine lebenswerte und klimafreundliche Zukunft werden.

18.3. WISSENSCHAFTSPARK UND KITZ: INNOVATION FÖRDERN – EUROPA VERNETZEN

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft leisten in Kiel seit Jahren zwei Einrichtungen wertvolle Arbeit: Das Kieler Innovations- und Technologiezentrum (KITZ) unterstützt als Inkubator junge Start-ups auf ihrem Weg in die unternehmerische Praxis. Der Wissenschaftspark bietet innovativen Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen nicht nur Raum zur Entfaltung, sondern auch umfassende Serviceangebote. Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die Kieler Wirtschaftsförderung (KiWi), die als zentrale Ansprechpartnerin Unternehmen begleitet und unterstützt. An allen drei Institutionen ist die Stadt Kiel aktiv beteiligt.

Wir wollen diese Strukturen noch stärker europäisch und international ausrichten. Kiel soll sich – insbesondere im maritimen Bereich – als europäischer Innovationsstandort profilieren und etablieren. Inkubatoren und Science Parks sind dann besonders wirksam, wenn sie eng an Hochschulen angebunden sind, klare Auswahlkriterien für geförderte Unternehmen haben und Teil internationaler Netzwerke sind.

Ein gelungenes Beispiel für die Innovationskraft Kiels ist die von der KiWi initiierte Digitale Woche Kiel, die jährlich stattfindet und weit über die Region hinaus Anerkennung findet. Dieses Format wollen wir ausbauen und gezielt europäisch vernetzen – etwa durch den Austausch zu KI-Lösungen „made in Europe“ oder durch Bildungsangebote zu Chancen und Risiken sozialer Medien.

Kiel genießt heute bereits einen exzellenten Ruf: als Segelhauptstadt

mit der Kieler Woche, als traditionsreicher Handballstandort, als Werftstandort für maritime Spezialaufgaben oder als Kreuzfahrthafen mit internationaler Anbindung. Doch hier endet das Potenzial nicht. Durch kluge europäische Partnerschaften kann Kiel seine Stärken weiter ausbauen – wirtschaftlich, technologisch und kulturell.

18.4. MEERESVISUALISIERUNGSZENTRUM

Kiel besitzt das Potenzial für ein neues Wahrzeichen und Alleinstellungsmerkmal: Das geplante digitale Meeresvisualisierungszentrum (MVZ) an der unteren Kiellinie am bisherigen Standort des GEOMAR nahe der Admiralsbrücke soll die Stadt als Meeresschutzstadt stärken und Meeresforschung für alle erlebbar machen. Das alte GEOMAR-Gebäude ist nicht mehr zeitgemäß und soll absehbar abgerissen werden. Das Aquarium mit seinem Seehundbecken soll erhalten bleiben und tierschutzgerecht in das neue Zentrum integriert werden.

In einem modernen Neubau mit direktem Fördezugang, begehbarem Dach, Verbindung zur Promenade und digital-analoger Ausstellung auf und unter Wasser sollen Besucher*innen mit modernster Technik die Faszination der Meeresforschung erleben, den Ozean als Universum sowie unsichtbare Landschaften unter Wasser entdecken und die Zusammenhänge zwischen Klima und Meer verstehen.

Die von den Gutachter*innen favorisierte große Variante (ca. 8.000 m²) würde über 60 Millionen Euro kosten und könnte mit bis zu 250.000 Besucher*innen jährlich das volle Potenzial entfalten. Das MVZ verspricht nicht nur Bildungsgewinn, sondern auch neue Arbeitsplätze, wirtschaftliche Impulse und einen dauerhaften touristischen Anziehungspunkt für Kiel.

Das Ozeaneum in Stralsund oder das Klimahaus in Bremerhaven zeigen, dass solche Projekte mit einer durchdachten Förderstrategie und Unterstützung durch Bund, Land, EU, Kommune sowie mögliche weitere Partner erfolgreich umgesetzt werden können. Die Ratsversammlung wird nach Veröffentlichung der Umsetzungsstudie voraussichtlich im Jahr 2026 per Beschluss über die Fortführung des Projekts entscheiden.

Eine fachlich fundierte sowie finanziell solide Weiterentwicklung des Projektes, welche in einer sozial wie ökologisch verantwortungsvollen

Umsetzung mündet, wäre ein echter Gewinn für Kiel.

- > **Solide Finanzierung durch Bund und Land sichern:** Für ein Vorhaben wie das MVZ braucht es eine tragfähige öffentliche Förderstrategie. Die Stadt kann die Investitionskosten nicht allein tragen und muss gezielt Fördermittel aus Programmen von EU, Bund und Land einwerben.
- > **Tragfähiges Betriebs- und Nutzungskonzept sichern:** Ein transparentes und tragfähiges Nutzungskonzept ist notwendig, um den Betrieb des MVZ langfristig zu sichern. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsvorausschau zeigen, dass das MVZ grundsätzlich seine laufenden Betriebskosten decken kann. Ergänzende Nutzungsmöglichkeiten wie Veranstaltungsräume sollten ebenfalls frühzeitig mitgedacht werden. Die vorgeschlagene Trägerschaft durch die Landeshauptstadt Kiel mit eigenständiger Betriebsorganisation sollte zudem gründlich geprüft werden.
- > **Transparente Bürger*innenbeteiligung und enge Wissenschaftskooperation fördern:** Beteiligungsformate wie Online-Umfragen und Ideenwerkstätten müssen Teil des Planungs- und Entwicklungsprozesses sein. Die Ausgestaltung des Zentrums soll gemeinsam mit lokalen Forschungseinrichtungen wie GEOMAR, CAU und FH Kiel erfolgen, damit eine Ausstellung entsteht, die wissenschaftlich überzeugt und alle Zielgruppen erreicht. Dabei kann Kiel auch von Best Practices wie dem Klimahaus Bremerhaven oder dem Ozeaneum Stralsund lernen.
- > **Vorprojekte mitdenken und fördern:** Kreative Vorläuferprojekte wie der Erlebnisraum „SEALEVEL“ sollen auch künftig mitgedacht und gefördert werden. Sie schaffen frühzeitig Bewusstsein für das Thema Meeresschutz und liefern wertvolle Erkenntnisse für die weitere Planung des Zentrums.
- > **Modernste Technik und interaktive Formate sinnvoll einsetzen:** Das MVZ soll kein reines Freizeiterlebnis bieten, sondern als inklusiver, außerschulischer Lernort fungieren. Interaktive Erlebnisformate sowie die Kombination aus digitalen und realen Ausstellungselementen sollen Wissen anschaulich vermitteln und zugleich Begeisterung für Meeres- und Klimaschutz wecken.

Das Meeresvisualisierungszentrum bietet Kiel die Chance, Meeresschutz, Forschung und Tourismus zu einem zukunftsweisenden Leuchtturmprojekt zu verbinden.

18.5. ALTE MU

Die Alte Mu ist ein einzigartiger Ort mitten in Kiel – ein Reallabor für die Stadt von morgen. Auf dem Gelände der ehemaligen Muthesius Kunsthochschule haben engagierte Menschen ein Zentrum für nachhaltige Entwicklung, kreative Bildung, Kultur, soziales Unternehmertum und partizipative Stadtgestaltung aufgebaut. In gemeinschaftlicher Selbstverwaltung arbeiten hier Initiativen, Start-Ups und Vereine an Lösungen für eine gerechtere und klimafreundlichere Gesellschaft.

Mit dem Land Schleswig-Holstein, der Eigentümerin des Geländes, besteht inzwischen ein Erbbaurechtsvertrag. Diese langfristige Grundlage ermöglicht es, Investitionen in bauliche Sanierung und Barrierefreiheit anzugehen und die Angebote für die Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln.

Damit dieser Leuchtturm der Gemeinwohlorientierung sein Potenzial voll entfalten kann, sollte die Stadt Kiel den Prozess aktiv begleiten und die Alte Mu strukturell in ihre Bildungs-, Kultur- und Nachhaltigkeitsstrategie einbinden.

Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und Quartieren sollen gezielt ausgebaut werden, damit noch mehr Menschen von den Angeboten profitieren. Die Alte Mu darf kein Sonderfall bleiben, sie ist ein Vorbild für die Stadtentwicklung der Zukunft. Wir wollen, dass Räume wie diese nicht nur erhalten, sondern aktiv gefördert werden.

18.6. INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) zählt zu den bedeutenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und Europa. Damit ist es **Leuchtturm der Kieler Forschungslandschaft**. In den letzten drei Jahren hat es seine Bekanntheit weiter gesteigert durch den international vielbeachteten „**Ukraine Support Tracker**“, eine Datenbank für militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung der Ukraine. Der IfW-Fokus auf Weltwirtschaft macht es in geo- und handelspolitisch herausfordernden Zeiten wie dieser zu einem wichtigen Impulsgeber. Die Stadt Kiel sichert dem Institut mit Standort an der Förde weiterhin gute Rahmenbedingungen.

19. EINE STADT MIT ANZIEHUNGSKRAFT

Kiel ist mehr als eine Stadt am Meer – sie ist Lebensort, Wissenschaftsstandort, Kulturmetropole im Norden und Gastgeberin internationaler Ereignisse wie der Kieler Woche und möglicher Olympischer Segelwettbewerbe ([s. Kap. 6.6. Olympia-Bewerbung Kiel 2036](#)). Doch wie viele Städte steht Kiel vor grundlegenden Herausforderungen: Die Innenstadt leidet unter Leerstand und Monostrukturen, der Einzelhandel unter dem Wandel des Konsumverhaltens, der Fachkräftemangel betrifft viele Branchen. Gleichzeitig bietet die Stadt enormes Potenzial – durch ihre Hochschulen, ihre Lage am Wasser, ihr vielfältiges Kulturleben und ihre engagierte Stadtgesellschaft.

Tourismus, Wissenschaft, Handel, Stadtentwicklung, Kultur und Nachhaltigkeit dürfen dabei nicht isoliert betrachtet werden. Es braucht eine integrierte Strategie, die alle Lebensbereiche zusammendenkt: Tourismus, der vor Ort wirkt und lokale Strukturen stärkt; eine Innenstadt, die Raum für Begegnung statt nur Konsum bietet; eine Stadt, die kreative Ideen, wissenschaftliche Exzellenz und soziales Miteinander sichtbar macht. Kreuzfahrten, Wochenmärkte, Stadtmarketing oder Übernachtungssteuer – all das sind Hebel für eine gemeinwohlorientierte und zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Kiel hat jetzt die Chance, sich mutig und strategisch neu aufzustellen – als lebendige, soziale und nachhaltige Stadt, in der Vielfalt und Verantwortung den Kurs bestimmen.

19.1. TOURISMUS

Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Kiel, von der Kieler Woche bis zur Kreuzfahrt. Doch bisher gehen viele Potenziale verloren. Gäste kommen mit dem Schiff, kaufen bei Ketten, fahren zurück - und die Innenstadt bleibt auf Leerstand sitzen. Damit Kiel als Reiseziel und Lebensort gewinnt, braucht es eine strategische Neuausrichtung: für mehr lokale Wertschöpfung, nachhaltige Angebote und lebendige Stadträume.

> **Kreuzfahrten mit Verantwortung – für Kiel und seine Gäste:** Kreuzfahrten leisten einen wichtigen Beitrag zur Kieler Wirtschaft. Damit

sie auch künftig Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung sein können, setzen wir auf klare ökologische Leitplanken: Der Einsatz von Landstrom und hohe Umweltstandards im Hafen sind für uns unverzichtbar. Gleichzeitig möchten wir, dass Kreuzfahrtgäste nicht nur am Terminal ankommen, sondern in der ganzen Stadt willkommen sind – durch barrierearme Wege, attraktive Angebote vor Ort und eine enge Zusammenarbeit mit Gastronomie, Kultur und lokalem Handel.

- > **Innenstadt neu denken:** Die Kieler Innenstadt steht exemplarisch für viele Innenstädte: Leerstand, Filialketten, wenig Aufenthaltsqualität. Wir wollen alternative Konzepte stärken, etwa durch Pop-up-Stores, Zwischennutzungen oder Makerspaces. Räume, in denen sich Gäste und Einheimische begegnen können. Der öffentliche Raum soll zum Verweilen einladen, nicht nur zum Einkaufen.
- > **Tourismus, der in Kiel bleibt:** Tourismus soll vor Ort wirken. Deshalb fördern wir Angebote, die regional verankert sind, von Stadtführungen mit lokalem Bezug bis zu nachhaltiger Gastronomie. Faire Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe und gemeinwohlorientierte Kriterien bei der städtischen Tourismusförderung gehören für uns dazu. So profitieren Gastronomie, Kultur und lokaler Einzelhandel statt nur internationale Ketten.
- > **Zielgerichtete Entwicklung mit strategischer Steuerung:** Kiel braucht eine zielgruppengerechte Neuausrichtung und den marktgerechten Ausbau zentraler touristischer Infrastrukturen. Beherbergung, Küsten- und Strandgestaltung sowie wetterunabhängige Angebote stehen dabei im Fokus. Mit Hilfe von Förderprogrammen des Landes – wie dem Zukunftsprogramm Wirtschaft – sollen Ressourcen freigesetzt und gezielt eingesetzt werden, um diese Kernbereiche nachhaltig weiterzuentwickeln.
- > **Maritime Potenziale gemeinsam erschließen:** Schleswig-Holstein will sich als hochwertiges maritimes Erlebnisland positionieren. Für Kiel bedeutet das: Wasserkante, Hafen, Segelgeschichte und Meeresforschung stärker als identitätsstiftende Erlebnisse vermitteln, z. B. durch Bildungsangebote, barrierefreie Erkundungsrouten oder Kooperationen mit Geomar und KITZ ([s. Kap. 18.4. Meeresvisualisierungszentrum](#), [18.2. Kieler Hafen](#), [18.1. Geomar](#) und [18.3. KITZ](#)).
- > **Tourismus ganzjährig und gemeinwohlorientiert denken:** Kiel

braucht mehr als Sommergäste: Bildungsreisen, Winterveranstaltungen oder maritime Kulturangebote in der Nebensaison sorgen für stabile Wertschöpfung, ohne Überlastung in der Hochsaison.

Tourismus kann Kiel wirtschaftlich stärken, wenn er nachhaltig geplant wird, der Stadt nützt und die Menschen vor Ort mitgedacht werden.

19.2. KIELER WOCHE

Die Kieler Woche ist weit mehr als ein Segelereignis, sie ist eines der größten Feste Europas, ein Schaufenster Kiels in die Welt und ein lebendiger Treffpunkt für Millionen. Doch gerade weil sie so viele Menschen verbindet, muss sie sich den Herausforderungen der Zeit stellen: Klimakrise, steigende Kosten, hohe Ansprüche an Sicherheit, Inklusion und kulturelle Vielfalt.

- > **Nachhaltig weiterdenken:** Kiel ist mit Pfandbechern, Ökostrom und CO₂-Messung einzelner Regatten bereits Vorreiterin für nachhaltige Großveranstaltungen. Diese Ansätze sollen weiterentwickelt werden, etwa durch verbindliche Zero-Waste-Ziele und faire, ökologische Anforderungen für alle Stände, vom Upcycling-Markt bis zur Großgastronomie.
- > **Teilhabe statt ausschließen:** Die Kieler Woche ist auf dem Weg zur inklusiven Veranstaltung: mit barrierefreien Bühnen, Awareness-Teams, Fahrgeschäften für KielPass-Nutzer*innen und Formaten wie „Radeln ohne Alter“. Doch es braucht mehr, wie mehrsprachige Informationen, Rückzugsräume, klimatisierte Ruhezonen und konsequent barrierefreie Wege.
- > **Vielfalt ermöglichen:** Ob Spiellinie, Festival der Vielfalt oder offene Kulturflächen - viele Kieler Formate leben von kreativen, nichtkommerziellen Ideen. Diese Räume wollen wir sichtbar schützen und stärken: mit günstigen Standgebühren, verlässlicher Flächenvergabe, fairen Gagen und einer klaren Förderung für lokale, migrantische, queere oder junge Kulturinitiativen.

Die Kieler Woche ist ein Geschenk für Kiel und die Welt. Damit sie das auch in Zukunft bleibt, muss sie offener, nachhaltiger und gerechter werden.

19.3. KREUZFAHRT UND VERANTWORTUNG

Kiel ist nach Hamburg der zweitwichtigste Kreuzfahrthafen Deutschlands. Für die Wirtschaft Kiels ist die Kreuzfahrt ein wichtiger Faktor. Doch mit jedem Anlauf entstehen Emissionen, Lärm und Infrastrukturkosten. Damit Kreuzfahrt nicht auf Kosten der Stadt geht, braucht es klare Regeln, von denen alle profitieren.

- > **Gäste sinnvoll integrieren:** Kreuzfahrtgäste sollen nicht nur durch Kiel hindurch, sondern in die Stadt hinein gelenkt werden - durch barrierearme Wege, nachhaltige Erlebnisse und Kooperationen mit Handel, Gastronomie und Kultur. Tourismus soll lokal wirken und nicht am Kai enden.
- > **Landstrom verpflichtend machen:** Über 70 % der Kreuzfahrtschiffe in Kiel nutzen inzwischen Landstrom. Dies ist ein Erfolg, den wir sichern und ausbauen wollen. Wo Landstrom technisch möglich ist, soll seine Nutzung verpflichtend werden. Nicht erst wie von der EU beschlossen ab 2030, sondern so früh wie technisch machbar. Das schützt Klima, Luft und die Gesundheit der Menschen vor Ort.
- > **Abgabe für mehr Gemeinwohl:** Kreuzfahrt darf nicht zur Einbahnstraße werden. Wir fordern eine Abgabe pro Anlauf, die in Umwelt-, Mobilitäts- und Infrastrukturprojekte fließt. So wird sichtbar: Wer von Kiel profitiert, übernimmt auch Verantwortung.

Kreuzfahrt kann Zukunft haben, wenn sie klimaverträglich, gerecht finanziert und in die Stadtgesellschaft eingebunden ist.

19.4. ÜBERNACHTUNGSSTEUER

Tourismus ist wichtig für Kiel, aber er verursacht auch Kosten. Wer hier übernachtet, nutzt Straßen, öffentliche Räume, Grünanlagen, Entsorgung, ÖPNV und kulturelle Infrastruktur mit. Eine sozial gerechte Übernachtungssteuer ist ein solidarisches Mittel, damit auch Gäste einen kleinen Teil zu diesen Leistungen beitragen.

Sie ist verfassungsrechtlich zulässig und in vielen Städten längst etabliert. Geplant ist ein prozentualer Satz von 5 % auf den Netto-Übernachtungspreis. Dieses Modell gilt als besonders fair, da es teurere Unterkünfte stärker belastet als günstige und automatisch auf Sondereffekte

wie die Kieler Woche oder Preisschwankungen reagiert. Eine einfache Tagespauschale wäre dagegen unsozial und systemisch nachteilig für Anbieter günstiger Unterkünfte. Rechtlich ist die Steuer eine kommunale Aufwandsteuer und darf nicht zweckgebunden sein.

Dennoch ist es politisch richtig, die Mittel sichtbar dort einzusetzen, wo sie entstehen: in der Pflege öffentlicher Räume, bei nachhaltiger Tourismusentwicklung und im kulturellen Leben. Eine freiwillige Zweckbindung - sichtbar im Haushalt - schafft Transparenz und Akzeptanz. Um soziale Härten zu vermeiden, sollen Übernachtungen in Jugendherbergen ausgenommen werden. Auch gilt die Steuer nicht für Menschen in sozialen Einrichtungen wie Hospizen oder Pflegeheimen. Von einer Ausweitung auf Schiffe oder Boote wird abgesehen, da der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag steht. Erfahrungen aus anderen Städten wie Freiburg sind ermutigend: Bei ähnlicher Größe und höheren Übernachtungszahlen erwirtschaftet Freiburg jährlich rund 4 Mio. Euro mit einer vergleichbaren Steuer. Für Kiel würde das etwa 2 Mio. Euro bedeuten, bei einem geschätzten Verwaltungsaufwand von ca. 250.000 Euro jährlich. Eine solche Einnahme könnte, bei kluger Verwendung, helfen, genau jene touristischen Angebote zu finanzieren, die bislang fehlen.

Eine Übernachtungssteuer ist kein Allheilmittel. Aber sie ist ein gerechtes und rechtlich sicheres Instrument, um gezielt in Lebensqualität und touristische Zukunft zu investieren – wenn sie transparent, digital und mit Augenmaß umgesetzt wird. Wenn Kiel sich für diesen Schritt entscheidet, sollte ein Beirat mit Vertreter*innen aus Stadt, Hotellerie und Zivilgesellschaft über die Mittelverwendung mitberaten. So wird aus der Steuer ein Instrument gemeinsamer Entwicklung.

19.5. WOCHENMÄRKTE

Unsere Wochenmärkte sind mehr als nur Einkaufsorte für frische, regionale Lebensmittel – sie sind lebendige Begegnungsorte im Stadtviertel, die Nachbarschaften generationsübergreifend zusammenbringen. Diese sozialen und kulturellen Funktionen wollen wir aktiv stärken und weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Wochenmärkte zu noch attraktiveren Orten des Austauschs und des gemeinsamen Erlebens werden:

- > **Steigerung der Aufenthaltsqualität:** Die Wochenmärkte sollen mit mehr Bänken und Tischen bestückt werden, damit sie nicht nur zum

Einkaufen dienen, sondern auch stärker zum Verweilen und miteinander in Kontakt kommen einladen.

- > **Mit besonderen Aktionen mehr Menschen für die Wochenmärkte begeistern:** Erfolgreiche Formate wie die beliebten Kochaktionen auf den Wochenmärkten zeigen, wie vielfältig und gesund regionale Produkte zubereitet werden können – anschaulich, kreativ und nahbar. Durch prominente Unterstützung ziehen sie zusätzliche Aufmerksamkeit auf sich und bringen neue Besucher*innen auf die Märkte. Solche Aktionen wollen wir künftig stärker fördern und auf weitere Standorte in Kiel ausweiten – über den Exerzierplatz hinaus, damit noch mehr Kieler*innen daran teilhaben können.
- > **Ehrenamt einbinden:** Ehrenamtliche Vereine und Initiativen sollen regelmäßig aktiv eingeladen werden, sich auf den Wochenmärkten zu präsentieren – mit Informationsständen, interaktiven Aktionen und Mitmachangeboten. So fördern wir bürgerschaftliches Engagement und beleben zugleich die Märkte.
- > **Kultur bringt Klang und Leben auf den Markt:** Straßenmusik und kulturelle Beiträge sollen an ausgewählten Aktionstagen gezielt eingebunden werden, um die Atmosphäre auf den Wochenmärkten noch lebendiger, einladender und vielfältiger zu gestalten. So werden die Märkte nicht nur Orte des Einkaufs, sondern auch des Erlebens.
- > **Den Markt gemeinsam weiterdenken:** Der Exerzierplatz soll umgestaltet werden – ein guter Anlass, auch die weiteren Marktflächen in den Blick zu nehmen. Gemeinsam mit Marktbesucher*innen, Besucher*innen und der Nachbarschaft wollen wir prüfen, wie Maßnahmen wie zusätzliche Begrünung oder teilüberdachte Bereiche die Aufenthaltsqualität weiter steigern können.

So schaffen wir Wochenmärkte, die nicht nur den Einkauf bereichern, sondern das Miteinander in unserer Stadt – lebendig, vielfältig und für alle Generationen.

16.6. EINZELHANDEL

Ein vielfältiger Einzelhandel ist ein lebendiger Teil unserer Stadt: Er schafft Arbeitsplätze, fördert Begegnung, stiftet Identität. Doch in Kiel stehen viele Läden unter Druck. Steigende Mieten, Online-Konkurrenz und fehlende Unterstützungsstrukturen gefährden besonders kleinere,

inhaber*innengeführte Geschäfte. Damit Stadtteile und Innenstadt lebendig bleiben, braucht es neue Impulse.

- > **Vielfalt vor Ort sichern:** Lokale, kreative und kleinteilige Ladenkonzepte brauchen faire Bedingungen: verlässliche Mietverträge, transparente Ausschreibungen und eine aktive Bodenpolitik der Stadt. Zwischennutzungen leerstehender Flächen sollen durch einen städtischen Pop-up-Fonds, Beratung und eine digitale Plattform erleichtert werden. Auch gemeinwohlorientierte und genossenschaftlich organisierte Läden verdienen gezielte Unterstützung.
- > **Stadtteile und Innenstadt neu denken:** Innenstadt und Stadtteilzentren sind mehr als Einkaufsorte, sie sind soziale Räume. Handel, Wohnen, Kultur und Gastronomie sollen gemeinsam gedacht werden. Es braucht Mischnutzung, konsumfreie Aufenthaltsräume und grüne Orte. Auch Stadtteile wie Mettenhof oder Gaarden müssen als lebendige Nahversorgungszentren gestärkt werden.
- > **Digitalisierung lokal gestalten:** Onlinehandel verändert das Konsumverhalten, doch Digitalisierung muss auch dem stationären Handel nützen. Wir wollen eine stadtweite Plattform, die lokale Läden sichtbar macht, Informationen bündelt und Angebote vernetzt - mit Kalender, Gutscheinfunktion und Click-und-Collect-Schnittstelle. Kleine Geschäfte sollen Zugang zu individueller Digitalberatung, Mikroförderung und Basisinfrastruktur erhalten, z. B. durch offene WLAN-Zonen, gemeinsame Kassensysteme oder Social-Media-Schulungen. Digitalisierung soll kein Kostenrisiko, sondern eine Einladung zur Vernetzung sein.
- > **Nachhaltige Geschäftsmodelle stärken:** Handel kann eine treibende Kraft für Umweltschutz sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir wollen Unverpackt-, Refill- und Second-Hand-Läden, Reparaturangebote und Direktvermarktung gezielt sichtbar machen und fördern durch Mietnachlässe und Öffentlichkeitsarbeit. So kann Kiel Modellstadt für sozialen und ökologischen Konsum werden.
- > **Einzelhandel als Teil des Gemeinwesens:** Einzelhandel ist mehr als Wirtschaft, er ist Infrastruktur. Kleine Läden stärken Nachbarschaft, schaffen Begegnung und halten Menschen im Quartier. Deshalb gehören sie in jede Diskussion über Stadtentwicklung, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen Gewerbestrukturen fördern, die für alle erreichbar, bezahlbar und sinnvoll sind, gerade auch für Menschen mit

wenig Einkommen, neue Gründer*innen oder marginalisierte Gruppen. Der Einzelhandel der Zukunft ist lokal, digital vernetzt und ökologisch verantwortlich. Kiel kann zeigen, wie dieser Wandel gelingt, wenn Stadt und Handel gemeinsam neue Wege gehen.

19.7. LEERSTAND NUTZEN STATT HINNEHMEN

Leere Schaufenster trüben das Bild unserer Innenstadt, wo besonders viele Flächen leer stehen. Die Leerstandsquote lag dort 2024 bei 38 Prozent, eine der höchsten in Schleswig-Holstein. Trotz bestehender Pop-up-Projekte fehlt es an langfristigen Strategien. Doch Leerstand ist keine Randnotiz, sondern eine Gestaltungsfrage. Wer Räume blockiert, verhindert Stadtleben. Wer sie öffnet, schafft Möglichkeiten für Handel, Kultur und Gemeinwohl.

- > **Transparenz schaffen durch digitales Mapping:** Eine systematische Leerstandskarte soll öffentlich zugänglich machen, wo und warum Flächen nicht genutzt werden, mit Infos zu Lage, Zustand und Nutzungspotenzial. Dieses Mapping-Tool soll Verwaltung, Gewerbe, Kultur und Zivilgesellschaft dabei helfen, Flächen gezielt zu aktivieren.
- > **Zwischennutzung strategisch fördern:** Kurzzeitmieten gibt es, aber häufig nach dem Prinzip „trial and error“. Es braucht ein kommunales Pop-up-Förderprogramm, das kreative, gemeinwohlorientierte Nutzung erleichtert: mit Mietzuschüssen, rechtlicher Beratung und einer digitalen Vermittlungsplattform. So entsteht Raum für soziale Innovation, nicht nur für Verkauf.
- > **Gemeinwohlorientierte Nutzung vorziehen:** Leerstand soll kein Spekulationsobjekt sein, sondern wieder ein Ort für Begegnung werden. Wir fordern faire Zugangskriterien, gestaffelte Kosten und rechtliche Unterstützung für Kulturprojekte, Nachbarschaftsinitiativen oder nichtkommerzielle Räume.
- > **Handlungsfähig gegen Spekulation:** Die Stadt braucht Werkzeuge gegen spekulativen Leerstand. Dazu gehören eine klare Erfassung aller leerstehenden Flächen, Gespräche mit Eigentümer*innen, eine strategische Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts und Zwischenerwerbsmodelle, wie sie andere Städte bereits prüfen oder umsetzen.

Leerstand ist kein Makel, er ist eine Einladung. Wer ihn sichtbar macht

und gemeinsam nutzt, kann aus Leere wieder Leben entstehen lassen.

Best Practice

Itzehoe macht es vor

*Durch konsequentes Leerstandsmanagement, inklusive gezielter Eigentümer*innenansprache, persönlicher Vermittlung und strategischer Ansiedlung attraktiver Geschäfte, konnte die Leerstandsquote in der Innenstadt von 20 % auf unter 3 % reduziert werden. Statt auf Zufall setzt Itzehoe auf klare Zuständigkeit, kontinuierliche Kommunikation und eine personelle Ansprechstelle für Innenentwicklung.*

19.8. FACHKRÄFTE

Pflege, Kinder- und Jugendhilfe, IT, Handwerk, Gastronomie, Tourismus und viele mehr – zahlreiche Branchen in Kiel sind von einem akuten Fachkräftemangel betroffen. Gleichzeitig engagieren sich Land, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Verwaltung gemeinsam in der Fachkräfteinitiative Schleswig-Holstein, um dem entgegenzuwirken. Prognosen gehen davon aus, dass in Schleswig-Holstein bis 2035 über 300.000 Arbeitskräfte fehlen könnten. Doch auf diese Aktivitäten auf Landesebene allein kann sich Kiel nicht verlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Landesaktivitäten durch gezielte Maßnahmen vor Ort ergänzt werden. Kiel bringt eigene Potenziale mit: ein lebendiges urbanes Umfeld, ein starker Hochschulstandort, die Nähe zur Ostsee – kurz: hohe Lebensqualität, die gezielt in der Fachkräftegewinnung genutzt werden muss.

- > **MoinFachkräfte ausweiten:** Mit dem Projekt MoinFachkräfte spricht die KielRegion bereits gezielt Fachkräfte der Gesundheitsbranche und der Energiebranche an. Mit eigenen Stellenbörsen gewinnt sie Fachkräfte dieser zwei Bereiche für die Region und unterstützt außerdem Energieunternehmen und Pflegeeinrichtungen bei der Nutzung innovativer Recruiting-Methoden. Dieses Projekt sollte auf weitere betroffene Branchen ausgedehnt werden.
- > **Innovative Formate zur Vernetzung fördern:** Kiel ist ein Ort der Ideen und hat damit das Potenzial, Fachkräfte unterschiedlicher Branchen zu binden, die gerne die Zukunft ihrer Lebens- und Arbeitswelt gestalten. Projekte wie das [Waterkant Festival](#) (*s. Kap. 15.6. Waterkant Festival*), Opencampus, die Starterkitchen und die Digitale Woche

(s. Kap. 15 Eine Stadt mit starker Wirtschaft und hoher Zukunftskompetenz) fördern die niedrigschwellige Vernetzung und den Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Unternehmen, Vereinen, Initiativen, Start-Ups, Studierenden, Arbeitnehmer*innen und Selbstständigen *(s. Kap. 17.1. Austausch fördern – Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung vernetzen)*. Auch akademische Initiativen wie die neue Science and Technology Academy (STA) der CAU oder Transferprojekte der FH Kiel stärken die Anziehungskraft Kiels für junge Talente. Sie tragen damit zur Attraktivität der Stadt als Arbeitsort bei. Wir setzen uns für deren Förderung und Unterstützung ein.

- > **Kiel als attraktiven Lebens- und Arbeitsort bewerben:** Fachkräfte entscheiden sich nicht nur für einen Job, sondern für einen Lebensort. Wir setzen uns für eine Standortkampagne ein, die gezielt die Lebensqualität in Kiel in den Vordergrund stellt – mit authentischer Kommunikation, die sich an den Interessen und Bedürfnissen von Fachkräften orientiert. Die Kiel Marketing GmbH, an der die Stadt beteiligt ist, verfügt über Strukturen im Stadt-, Standort- und Tourismusmarketing, adressiert bislang jedoch die Zielgruppe Fachkräfte nicht systematisch. Diese Lücke wollen wir schließen.

Damit Kiel im Wettbewerb um Talente bestehen kann, braucht es mehr als gute Absichten – es braucht eine aktive Fachkräftestrategie, die Lebensqualität, Innovation und Standortprofil konsequent verbindet.

19.9. STADTMARKETING

Kiel ist eine Stadt mit vielen Stärken: eine lebendige Stadtgesellschaft, Zugang zum Meer, international vernetzte Wissenschaft, kreative Freiräume und eine hohe Lebensqualität. Doch diese Stärken werden bislang nicht systematisch nach außen getragen. Besonders bei der Ansprache von Fachkräften, die sich für einen Lebensort und nicht nur für einen Job entscheiden, gibt es Nachholbedarf. Wer sich für Kiel interessiert, braucht mehr als Segelromantik: Er oder sie muss sehen können, was die Stadt im Alltag lebenswert macht.

- > **Sichtbarer werden:** Kiel braucht eine klare, ehrliche Geschichte über sich selbst, jenseits von Klischees. Das bisherige Stadtmarketing konzentriert sich stark auf Events und touristische Angebote, insbesondere rund um das maritime Image der „Sailing.City“. Doch Kiel ist mehr:

eine Stadt der Forschung, Bildung, Nachhaltigkeit und kulturellen Vielfalt. Dieses Profil muss strategisch kommuniziert werden, mit einem modernen Leitbild, barrierearmen und mehrsprachigen Inhalten, digitaler Sichtbarkeit und einer stärkeren Einbindung der Stadtteile und lokalen Initiativen.

- > **Fachkräfte gezielt ansprechen:** Aktuell betreibt Kiel kein systematisches Fachkräftemarketing über die Stadtmarketingstruktur. Projekte wie „MoinFachkräfte“ aus der KielRegion GmbH fokussieren nur einzelne Branchen. Dabei braucht Kiel Fachkräfte in vielen Bereichen: Medizin und Pflege, Bildung, Handwerk, IT, Verwaltung und Start-ups. Wir fordern ein eigenständiges, professionell aufgesetztes Standortmarketing für Fachkräfte, das die Lebensqualität, die urbane Vielfalt und die regionale Einbindung Kiels vermittelt. Zielgruppen wie internationale Bewerber*innen oder Rückkehrer*innen aus anderen Bundesländern müssen dabei gezielt angesprochen werden.
- > **Europa zeigen:** Kiel ist Teil europäischer Städtebündnisse wie Eurocities, der Union of the Baltic Cities und des Klima-Bündnisses. Die Stadt erhält Fördermittel der EU, pflegt 14 internationale Städtepartnerschaften und ist aktiv in vielen transnationalen Projekten. Doch all das bleibt im Stadtbild und im Marketing weitgehend unsichtbar. Wir fordern einen jährlichen Europabericht, eine öffentlich zugängliche Übersicht über EU-Projekte in Kiel („EU-Radar“) sowie gezielte Kommunikation europäischer Beteiligung an Bau-, Umwelt- und Kulturprojekten. Europa darf in Kiel nicht abstrakt bleiben, sondern muss für alle Generationen erlebbar sein.
- > **Kultur und Vielfalt einbinden:** Stadtmarketing soll nicht nur Wirtschaft und Tourismus bedienen, sondern auch die kulturelle und soziale Vielfalt der Stadt sichtbar machen. Kreative Orte wie die Alte Mu, das Waterkant Festival, migrantische und queere Initiativen oder junge Kulturprojekte prägen das Bild eines offenen, zukunftsorientierten Kiel. Diese Perspektiven gehören in die Bildsprache, Themenwahl und Kommunikationsplanung der Stadt. Dafür braucht es faire Förderung, Mitgestaltungsmöglichkeiten und gezielte Einbindung.

Kiel ist mehr als Förde und Fähren. Ein gutes Stadtmarketing zeigt, wer wir sind, und lädt Menschen ein, ein Teil davon zu werden.

NACHWORT

Erstarkender Nationalismus beschränkt die politische Denkweise auf nationales Handeln und gefährdet die europäische Einigung.

Wir brauchen mehr miteinander statt nebeneinander.

Wir brauchen mehr füreinander statt gegeneinander.

Wir brauchen mehr Europa, damit sich unsere Geschichte nicht wiederholt.

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Volt



Volt Schleswig-Holstein